Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland

Die Aufrüstung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

Von
HELMUT BOHN
und anderen

ZUSAMMENFASSUNG

Der Marxismus-Leninismus ist die „theoretische Grundlage der Erziehung sowie der politischen und fachlichen Ausbildung" in den Bewaffneten Streitkräften der Sowjetzone. Durch seinen Eid ist der Soldat an die „Arbeiter-und-Bauern-Macht", d. h. an die kommunistische Staatsführung gebunden.

Ein ausgedehntes Kontrollsystem, in dem die Beauftragten der SED, der Freien Deutschen Jugend, des Staatssicherheitsdienstes und der Sowjetarmee nebeneinander arbeiten, durchdringt die Volksarmee bis in die untersten Einheiten hinein.

Die Gesellschaft für Sport und Technik, nach dem Muster der sowjetischen DOSAAF organisiert, betreibt die vormilitärische Ausbildung der Jugend vom 15. bis zum 25. Lebensjahr, die im übrigen auch zu den Aufgaben der Freien Deutschen Jugend gehört.

Neben dem Staatssicherheitsdienst, der Grenzpolizei, Transportpolizei und Bereitschaftspolizei gibt es eine Allgemeine Polizei, deren Anfänge bis in das Jahr 1945 reichen.

Die eigentliche Armee der Sowjetzone geht auf einen sowjetischen Befehl des Jahres 1948 zurück, in dem die Aufstellung kasernierter Verbände der Polizei angeordnet wird. Die Überführung dieser „Kasernierten Volkspolizei" in die „Nationale Volksarmee" begann am 30. April 1954, nachdem durch das „Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung" vom 18. Januar 1956 die entsprechende Grundlage geschaffen worden war.

„Kampfgruppen", die aus den Mitgliedern Volkseigener Werke bestehen, stellen eine bewaffnete Miliz dar, die seit 1952 auf den „Waffentraditionen der Arbeiterklasse" aufgebaut wird.

Die Nationale Volksarmee umfaßt etwa 110 000 Mann und wird nach sowjetischen Vorschriften und an sowjetischen Waffen ausgebildet. Die Kampfgruppen haben eine Stärke von 250 000 Mann. Die Mitgliederzahl der Gesellschaft für Sport und Technik beträgt etwa 550 000. Die Stärke der verschiedenen Polizeieinheiten der Sowjetzone wird auf 80 000 Mann geschätzt.

BONNER BERICHTE AUS MITTEL- UND OSTDEUTSCHLAND

DIE AUFRÜSTUNG IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS

VON
HELMUT BOHN
und anderen

HERAUSGEGEBEN VOM
BUNDESMINISTERIUM FÜR GESAMTDEUTSCHE FRAGEN
BONN 1958

Auslieferung für den Buchhandel
DEUTSCHER BUNDES-VERLAG · BONN

April 1958

Druck: Hans Meister KG, Kassel

INHALTSVERZEICHNIS

I. DIE IDEOLOGISCHEN GRUNDLAGEN

Die Aufrüstung in der Sowjetzone Deutschlands und das Wesen ihrer Streitkräfte sind nur für den verständlich, der einige Kenntnis von der Ideologie hat, aus der das kommunistische Regime hervorgegangen ist und auf die es sich beruft. Diese Ideologie ist der *Marxismus-Leninismus;* sie gründet sich auf das Werk der Deutschen *Marx* und *Engels,* das unter den besonderen Bedingungen des russischen Imperiums – vor und nach der Oktoberrevolution von 1917 – durch *Lenin* und *Stalin* fortentwickelt und verwandelt wurde. Wie weit der Kommunismus unserer Tage sich in Theorie und Praxis vom ursprünglichen Marxismus und selbst von der Lehre *Lenins* entfernt hat, braucht uns hier nicht zu interessieren. Wir nehmen den Marxismus-Leninismus so, wie er von den kommunistischen Machthabern interpretiert wird. Wenn die Ideologie für sie vielfach auch nicht mehr ist als ein Vorwand für eine von reinem Machtstreben bestimmte Politik, so hat sie für die mittleren und unteren Funktionärsschichten doch noch die Bedeutung einer Weltanschauung, und deren scheinbare Geschlossenheit und „Wissenschaftlichkeit" hat für den Massenmenschen immer noch eine Anziehungskraft, die nicht unterschätzt werden sollte.

Zum Verständnis der Aufrüstung in der Sowjetzone genügt es, wenn einige Seiten der Doktrin dargestellt werden. Insbesondere die bolschewistische *Lehre vom Staat, von der Diktatur des Proletariats und vom Kriege.* Danach ergibt sich, daß die Aufrüstung der Sowjetzone nicht – wie die sowjetzonalen Machthaber in ihrer Propaganda behaupten – eine Folge der Verteidigungsvorbereitungen der Bundesrepublik Deutschland ist. Sie kann es schon deshalb nicht sein, weil sie den Verteidigungsmaßnahmen in der Bundesrepublik um einige Jahre vorausging.[1]) Ohne die seit 1950 zu militärischen Aggressionen treibende Gewaltpolitik des kommunistischen Blocks, die auch die Aufrüstung der Sowjetzone einschließt, wäre die freie Welt nicht zu militärischen Sicherungsmaßnahmen genötigt worden. Die Aufrüstung in der Sowjetzone ist vielmehr schlechterdings und zwingend ideologisch begründet. Aus der kommunistischen Lehre vom Staat ergeben sich seine militärischen Aufgaben und die besonderen Verpflichtungen der kommunistischen Gesellschaft; aus ihr müssen auch die grundsätzlichen Verlautbarungen der SED als der regierenden Staatspartei der Sowjetzone abgeleitet und verstanden werden.

Die ideologische Fundierung der Aufrüstung hat aber auch ihre problematischen Seiten. Die Streitkräfte sollen ihr direktes Vorbild in der russischen Sowjet-

[1]) s. unten S. 78 ff. und 112.

armee sehen; sie sollen aber auch die „fortschrittliche nationale Tradition des deutschen Volkes" verkörpern – was sich nur schwer miteinander vereinen läßt. Die Grundlage der politischen Erziehung und der militärischen Ausbildung in den Streitkräften soll der Marxismus-Leninismus sein; gleichzeitig wird aber auch dem „moralischen Faktor" große Bedeutung beigemessen, – was wieder zu erheblichen Komplikationen mit einer Grundthese des Marxismus-Leninismus, nämlich dem Materialismus, führen muß. Indem die Streitkräfte in hohem Maße politisiert sind, werden die intelligenteren unter ihren Angehörigen zwangsläufig auf die theoretischen Widersprüche der Lehre aufmerksam, und daraus ergeben sich, angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten des Systems, Folgen für Geist und Zuverlässigkeit der Truppe, die man sich leicht ausmalen kann. In jeder Armee ist es ein weiter Weg vom Zweifel an der sittlichen Berechtigung des Herrschaftssystems bis zur Gehorsamsverweigerung oder gar bis zum bewaffneten Aufstand. Sobald jedoch die jungen Soldaten und Offiziere der sowjetzonalen Streitkräfte ihre „gesellschaftliche Funktion" als Macht- und Unterdrückungsinstrument einer privilegierten Parteiführungsschicht erkennen, haben sie einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Aushöhlung des kommunistischen Machtapparates getan.

A. DIE LEHRE VOM STAAT

Die kommunistische Lehre vom Staat geht von Gedanken aus, die *Friedrich Engels* in seiner Schrift: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" niedergeschrieben hat. Der Staat ist nach *Engels*

„. . . ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt innerhalb der Schranken der ‚Ordnung' halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat." [1])

Engels charakterisiert den Staat weiter:

„ . . . Das zweite ist die Einrichtung einer öffentlichen Gewalt . . . Diese öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat, sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art . . ." [2])

[1]) *Friedrich Engels:* Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Ostberlin 1952, S. 169.

[2]) ebenda, S. 163.

Lenin hat eine „geniale Weiterentwicklung der Lehre des Marxismus vom Staat und den Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegeben." [1]) Er fand die kürzeste Definition vom Staat: „ . . . Der Staat im eigentlichen Sinne des Wortes ist die Machtausübung über die Massen durch Formationen bewaffneter Menschen, die vom Volk getrennt sind." [2])

Die Geschichte ist für den Marxismus-Leninismus allein eine Geschichte von Klassenkämpfen. Für *Engels* ist in einem Vorwort zur deutschen Ausgabe des „Kommunistischen Manifest" „ . . . demgemäß die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und beherrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung . . ." [3])

Diese Auffassung von der Geschichte gibt dem Marxismus-Leninismus seinen militanten Charakter, verleiht der „sozialistischen" Revolution ihren Anschein von Rechtmäßigkeit und befähigt den kommunistischen Staat, seine Ziele hemmungslos durchzusetzen.

Es ist durchaus schon „Marxismus-Leninismus", wenn *Marx* und *Engels* erklärten:

„Eine Revolution ist gewiß die autoritärste Sache, die es gibt, ein Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung seinen Willen dem anderen Teil durch Flinten, Bajonette und Kanonen, alles das sehr autoritäre Mittel, aufzwingt; und die Partei, die gesiegt hat, muß ihre Herrschaft durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen, behaupten." [4])

Die Auffassung, daß Staat und bewaffnete Macht unlösbar miteinander verbunden sind, wird von den Theoretikern und Praktikern des Kommunismus in der Sowjetzone ständig wiederholt. So hieß es z. B. in der „Einheit", der Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus: „Aus der marxistisch-leninistischen Lehre vom Staate ergibt sich also, daß kein Staat ohne bewaffnete Formationen, ohne Armee und Polizei denkbar ist. Sie sind mit dem Staat entstanden und werden erst mit dem vollendeten Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt absterben." [5])

In diesem Sinne erklärte auf der III. Parteikonferenz der SED am 29. März 1956 das Mitglied des Politbüros des ZK der SED *Willi Stoph*, Minister für

---

[1]) *Otto Winzer:* Gegen den Militarismus – für nationale Streitkräfte des demokratischen Deutschland. In: „Einheit", Mai 1952, S. 429.

[2]) *W. I. Lenin:* Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. Ausgewählte Werke, Band II. Stuttgart o. J., S. 43.

[3]) *Friedrich Engels:* Vorwort zur deutschen Ausgabe des ‚Manifest' von 1883. Ostberlin 1950, S. XVII.

[4]) *Marx* und *Engels:* ‚Autonomisten' oder Antiautoritäre. Zitiert bei *Lenin:* Staat und Revolution. Ausgewählte Werke, Band II, Moskau 1947, S. 205.

[5]) *Otto Winzer:* Gegen den Militarismus – für nationale Streitkräfte des demokratischen Deutschland. A. a. O. S. 429.

Nationale Verteidigung, zu der Funktion der Armee im sozialistischen Staat fast logisch:

„Unsere Nationale Volksarmee ist ein unlösbarer Bestandteil des Arbeiter-und-Bauern-Staates." [1])

Dieser Gedanke wird auch in die breiten Massen, insbesondere die Massen der Soldaten, getragen: „Der Staat ist ein Machtmittel in der Hand der herrschenden Klasse. Die wichtigste materielle Kraft des Staates ist die Armee." [2]) Die Ideologen halten es geradezu für eine „wissenschaftliche" Begründung der militärischen Aufrüstung in der Sowjetzone, wenn sie aus den kommunistischen Lehren ableiten:

„Die militärischen Maßnahmen des Sozialismus sind, wie alle seine Handlungen, keineswegs aus dem Augenblick geboren. Sie beruhen auf der tiefen Einsicht in die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft." [3])

B. DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS

Zu den „Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft" gehört nach der Lehre des Marxismus-Leninismus eine Periode der Diktatur des Proletariats. *Marx* schrieb in einem Brief an *Bebel* vom 5. Mai 1875:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der vorrevolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats." [4])

Lenin erläuterte diese politische Übergangsperiode folgendermaßen:

„Die Lehre vom Klassenkampf, von *Marx* auf die Frage des Staates und der sozialistischen Revolution angewandt, führt notwendig zur Anerkennung der politischen Herrschaft des Proletariats, seiner Diktatur, d. h. einer ungeteilten und sich mittelbar auf die bewaffnete Gewalt der Masse stützenden Macht . . . Das Proletariat bedarf der Staatsmacht, einer zentralisierten Organisation der Macht, einer Organisation der Gewalt, sowohl zur Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter als auch zur

---

[1]) Protokoll der Verhandlungen der III. Parteikonferenz der SED. Ostberlin 1956, S. 792.

[2]) *Karl-Heinz Lehmann* und *Fritz Wendt:* Militaristisch oder militärisch. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Ostberlin 1956, S. 5.

[3]) *Gerhard Zirke:* Friedrich Engels – der erste Militärhistoriker der Arbeiterklasse. In: „Einheit", August 1955, S. 819–826.

[4]) *Karl Marx:* Kritik des Gothaer Programms. Moskau 1941, S. 223.

Leitung der ungeheuren Masse der Bevölkerung, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier, um die sozialistische Wirtschaft ‚in Gang zu bringen'." [1])

Der von *Marx* schon frühzeitig geäußerte Gedanke, „daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt", [2]) konnte aber praktisch nur verwirklicht werden, wenn dafür ein straff organisierter politischer Vortrupp zur Verfügung stand.

„Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eigenen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet." [3])

Der Anspruch der Kommunisten, d. h. einer kleinen Führungsschicht, die Diktatur des Proletariats auszuüben, wird schon im *„Kommunistischen Manifest"* erhoben:

„Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits . . . die gemeinsamen . . . Interessen des gesamten Proletariats zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie stets das Interesse der gesamten Bewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeine Resultante der proletarischen Bewegung voraus."

Bei dieser Auslegung, die eine Behauptung ohne Beweis ist, ist es nicht verwunderlich, daß die Kommunisten auch dem Begriff der Demokratie – auf den sie weder im 19. noch im 20. Jahrhundert verzichten wollten – einen besonderen Sinn unterschoben:

„Demokratie ist nicht identisch mit der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Demokratie ist ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender Staat, d. h. eine Organisation zur systematischen Gewaltanwendung einer Klasse gegen die andere, eines Teiles der Bevölkerung gegen den anderen." [4])

Es kann hier übergangen werden, daß *Lenin* noch glaubte, daß der „proletarische Demokratismus gerade für die riesige Mehrheit der Bevölkerung, für die Ausgebeuteten und Werktätigen eine noch nicht dagewesene Entwicklung

[1]) *W. I. Lenin:* Staat und Revolution. In: Ausgewählte Werke Bd. II. A. a. O., S. 176.

[2]) *Karl Marx:* Brief an Weydemeyer vom 5. 3. 1852. In: *Marx-Engels,* Ausgewählte Briefe. Stuttgart 1953, S. 86.

[3]) *Karl Marx:* Die heilige Familie. Ostberlin 1953.

[4]) *W. I. Lenin:* Staat und Revolution. In: Ausgewählte Werke Bd. II. A. a. O., S. 220.

und Erweiterung der Demokratie"[1]) bringen würde. Er teilte mit den Urvätern der Lehre, *Marx* und *Engels*, die Meinung: „Für einen Liberalen ist es natürlich, von ‚Demokratie' schlechthin zu sprechen. Ein Marxist dagegen wird nie vergessen zu fragen: ‚für welche Klasse?'"

Eine wichtige Rolle spielt die These vom Absterben des Staates und damit vom Verschwinden seiner Zwangsmittel, vor allem der bewaffneten Macht. Schon *Engels* hat – z. B. in einem Brief an *Bebel* 1875 – erklärt, daß das Absterben des Staates keineswegs ein idyllischer Vorgang sei:

„Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner. Sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen."[2])

Und auch *Lenin*, der Theoretiker und Praktiker des ersten kommunistischen Staates, kam zu der Einsicht, daß „der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus . . . eine ganze geschichtliche Epoche" umfaßte.[3])

Unter *Stalin* entwickelte sich dann der kommunistische Staat zu einem totalen Überstaat. In seinem Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag im Jahre 1939 – also über zwanzig Jahre nach dem Beginn der „proletarischen Diktatur" – erklärte *Stalin*, daß der Staat auch in der kommunistischen Gesellschaft noch fortbestehen werde, solange die „kapitalistische Umkreisung" andauern werde. Daß der Sowjetstaat alle Machtmittel des Staates immer noch und gerade auch für die Erhaltung der Stabilität im Innern anwenden mußte, – das verschwieg er.

Nach der polnischen und ungarischen Revolution von 1956 sind die kommunistischen Staatstheoretiker und Praktiker weiter denn je von der Verheißung entfernt, daß der Staat „absterben" werde. Der Erste Sekretär der SED, *Walter Ulbricht*, wandte sich auf dem 30. Plenum des ZK der SED, Ende Januar 1957, mit aller Schärfe gegen die Auffassung, die von jugoslawischen Theoretikern vertreten worden war, daß die Revolution „zugleich den Prozeß des Absterbens der Funktionen des Staates als eines Machtmittels überhaupt zum Anlaufen bringen soll".

„Die Arbeiterklasse soll also in einer Periode, wo die Reste der alten Klassen noch vorhanden sind, wo die Werktätigen die Staatsmacht als Hauptinstrument für den Aufbau des Sozialismus am dringendsten brauchen, wo die Imperialisten alles nur mögliche tun, um die volksdemokratische Staatsmacht zu unterminieren und den Aufbau des Sozialismus zu verhindern, ihr Hauptinstrument abbauen?"[4])

---

[1]) *W. I. Lenin:* Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. In: Ausgewählte Werke Band II. A. a. O., S. 427.

[2]) ebenda, S. 207 und 225.

[3]) ebenda, S. 434.

[4]) *Walter Ulbricht:* Grundfragen der Politik der SED (Referat auf der 30. Tagung des ZK . . .) Dietz-Verlag, Ostberlin 1957, S. 46.

Ulbricht bekämpft entschieden die Tendenz zur Dezentralisierung und zur Selbstverwaltung:

„Die hier skizzierten Auffassungen stehen im schroffen Widerspruch zur Lehre des Marxismus-Leninismus über die Rolle des Staates und über den demokratischen Zentralismus und zum Beschluß der II. Parteikonferenz: ‚Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht. Deshalb gilt es, die volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht ständig zu festigen.'"

Die Staatsmacht richtet sich nach *Ulbricht* auch in der Phase der „Koexistenz" zunächst nach außen. Er rät den „Genossen" zu begreifen,

„daß das Streben nach der Koexistenz des sozialistischen Lagers in der Welt ein harter politischer Kampf ist, der nur dann Erfolg bringt, wenn er von politisch, wirtschaftlich und militärisch starken Staaten, von starken, mit den Ideen des Marxismus-Leninismus erfüllten, einflußreichen, mit den Massen verbundenen Arbeiterparteien geführt wird. In Theorie und Praxis mit dem Absterben der sozialistischen Staatsmacht zu experimentieren, kommt einer Einladung an die Imperialisten gleich, den kalten Krieg zu verschärfen und konterrevolutionäre Putsche zu organisieren." [1])

Noch deutlicher wurde diese auf Unterdrückung eines inneren Widerstandes gerichtete Funktion der bewaffneten Macht auf dem gleichen 30. Plenum des ZK der SED herausgestellt, als *Erich Honecker*, Leiter der militärpolitischen Abteilung im ZK der SED, feststellte, „daß die Hauptaufgaben der Kampfgruppen in der Verteidigung der Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik gegen alle konterrevolutionären Provokationen sowohl in den Betrieben als auch in den Stadt- und Kreisgebieten liegen. Diese Aufgaben lösen sie gemeinsam mit den Polizeikräften und erforderlichenfalls mit den Einheiten der Nationalen Volksarmee." [2])
Der kommunistische Staat in der Sowjetzone, der seine Existenz allein der sowjetischen Militärmacht verdankt, ist nach den kommunistischen Theoretikern „der einzige rechtmäßige Staat in Deutschland". [3]) Seine bewaffnete Macht hat „eine historische Aufgabe . . . im Kampf für die demokratische Einheit unseres Vaterlandes". [4])

---

[1]) *Walter Ulbricht:* Grundfragen der Politik der SED ... A. a. O., S. 51, 53.

[2]) Aus: „Neues Deutschland" vom 2. Februar 1957, S. 4.

[3]) Materialien der Zentralen Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der SED im Bereich des Ministeriums für Nationale Verteidigung. In: „Der Politarbeiter", März 1953, Dokumentenbeilage.

[4]) *Siegfried Otto:* Die marxistisch-leninistische Theorie – Grundlage für die Arbeit unserer Offiziere. In: „Der Politarbeiter", März 1955. – Ähnlich: Die Nationale Volksarmee hilft die demokratische Einheit Deutschlands herbeiführen. In: „Der Politarbeiter", März 1956.

C. GERECHTE UND UNGERECHTE KRIEGE

Die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat und seiner bewaffneten Macht wird ergänzt von den Thesen über den Krieg. Die kommunistischen Theoretiker und Praktiker betrachten den Krieg auch im Atomzeitalter als die „Fortsetzung der Politik mit den Mitteln der Gewalt"; sie gehen aber weit über die Ideen von *Karl von Clausewitz* hinaus und kommen zu einer weiteren Konsequenz für die internationale Politik: „Wenn der Krieg auch nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, ist auch der Frieden nur eine Fortsetzung des Kampfes mit anderen Mitteln." [1]) Der Kommunismus hat immer wieder jeden Pazifismus in den eigenen Reihen auf das heftigste bekämpft. So schrieb *Lenin* 1914 z. B.:

„Kriegsdienstverweigerung, Streik gegen den Krieg usw. ist einfach eine Dummheit, ein jämmerlicher und feiger Traum vom unbewaffneten Kampf gegen die bewaffnete Bourgeoisie, ein Seufzen nach Beseitigung des Kapitalismus ohne verzweifelten Bürgerkrieg oder eine Reihe von Kriegen." [2])

Auch der Krieg wird unter ideologischen und insbesondere klassenkämpferischen Gesichtspunkten gewertet:

„Jeder Krieg ist Gewaltanwendung gegenüber Nationen, das hindert aber die Sozialisten nicht, für einen revolutionären Krieg zu sein . . . Der Charakter eines Krieges (ob er ein reaktionärer oder ein revolutionärer Krieg ist) hängt nicht davon ab, wer angefangen hat und in wessen Land der ‚Feind' steht, sondern davon, welche Klasse den Krieg führt, welche Politik durch den gegebenen Krieg fortgesetzt wird . . . Nicht vom Standpunkt ‚meines' Landes darf ich urteilen (denn so würde ein kläglicher Dummkopf, ein nationalistischer Spießer urteilen, der nicht versteht, daß er ein Spielzeug in den Händen der imperialistischen Bourgeoisie ist), sondern vom Standpunkt meiner Teilnahme an der Vorbereitung, der Propagierung, der Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution." [3])

Die Unterscheidung zwischen *„gerechten und ungerechten Kriegen"*, die das bis 1956 offizielle „Lehrbuch der Geschichte der KPdSU (B)" vornimmt, [4]) wird in der Sowjetzone Deutschlands auch weiterhin beibehalten.

[1]) *Boris Schaposchnikow:* Das Hirn der Armee. 3 Bände, Moskau 1927–1929. Zitiert nach *R. L. Garthoff:* Die Sowjetarmee, Wesen und Lehre. Köln 1955, S. 35.

[2]) *W. I. Lenin:* Sämtliche Werke Band XVIII. Berlin 1926, S. 19.

[3]) *W. I. Lenin:* Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. In: Ausgewählte Werke Band II. A. a. O., S. 464 f.

[4]) Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang. Ostberlin 1952, S. 210.

„Gerechte Kriege sind:

1. Kriege des Proletariats gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes zur Befreiung der Werktätigen vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung . . .
2. nationale Befreiungskriege der unterdrückten Völker und abhängigen Länder gegen den Imperialismus . . .
3. nationale Befreiungskriege gegen imperialistische Okkupanten . . .
4. Kriege sozialistischer Staaten gegen die kapitalistische Welt zur Sicherung der sozialistischen Errungenschaften . . .

Ungerechte Kriege sind:

1. Kriege der Ausbeuterklasse gegen die Werktätigen im Innern des Landes . . .
2. Kriege imperialistischer Staaten gegen die nationale Befreiungsbewegung der Völker . . .
3. Kriege der imperialistischen Staaten untereinander um die Neuaufteilung der Welt, die Eroberung von Kolonien und die Versklavung der Völker . . .
4. Kriege imperialistischer Staaten gegen die Sowjetunion und die anderen Länder der Volksdemokratie . . .“ [1])

Als Beispiel eines „gerechten Krieges“ nennen die Kommunisten u. a. den Angriffskrieg des kommunistischen Nordkorea gegen das nichtkommunistische Südkorea im Sommer 1950. Die Abwehr Südkoreas und die Hilfsaktion der UNO waren dagegen ein „ungerechter Krieg“. So würde jeder andere Krieg, der z. B. damit begänne, daß starke Panzerverbände einer „Volksdemokratie“ die unbewaffnete schutzlose Bevölkerung einer parlamentarischen Demokratie überfielen, ein „gerechter Krieg“ sein; „ungerecht“ dagegen wäre der Abwehrkampf des angegriffenen Staates. Die kommunistische Lehre läuft darauf hinaus, daß „der sozialistische Staat seinem Wesen nach nur gerechte Kriege führen kann“. [2]) So war der sowjetische Überfall auf Finnland 1939 ein „gerechter Krieg“, und so war auch das Niederschlagen der ungarischen Revolution im Herbst 1956 durch sowjetische Truppen „gerecht“.

---

[1]) *Karl-Heinz Lehmann* und *Fritz Wendt:* Militaristisch oder militärisch. Ostberlin 1956, S. 15–17.

[2]) Große Sowjet-Enzyklopädie. 2. Ausgabe, 1951, S. 532.

D. DIE MILITÄRPOLITISCHE PROPAGANDA IN DEN MASSEN

Es liegt auf der Hand, daß das Dogma von den „gerechten und ungerechten Kriegen" bei den breiten Bevölkerungsschichten kein Verständnis finden kann. Dennoch werden die kommunistischen Ideologen nicht müde, die Thesen ihrer militanten Lehre immer wieder vor den Mitgliedern der Partei, der „Massenorganisationen" und der gesamten Bevölkerung auszubreiten. Ein Beispiel dafür ist ein Artikel unter der Überschrift „Kämpft gegen den Pazifismus!" in einer Zeitschrift der Gesellschaft für Sport und Technik:

„Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, und die Geschichte hat es hundertmal bewiesen, daß die Arbeiterklasse nicht gegen jeden Krieg sein kann, daß sie gerechte Kriege mit allen Mitteln unterstützen und ungerechte Kriege – das sind Raub- und Eroberungskriege der Imperialisten – auf das entschiedenste bekämpfen muß. Die Monopolherren räumen nun aber einmal nicht freiwillig das Feld." [1])

Die Hauptschwierigkeit besteht offenbar darin, der Bevölkerung darzulegen, daß der „moderne Militarismus das Resultat des Kapitalismus" [2]) sei und daß ein kommunistischer Staat keine militaristischen Züge besitze, gleichgültig wie sehr er die Bevölkerung militärischen Gesetzen unterwerfe und wie total sich der militärische Apparat auch in den Vordergrund schieben mag.
Kernsatz der Agitation der Sowjetzone ist die Behauptung, daß „der deutsche Militarismus" – in der Form der Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland gegen die kommunistische Bedrohung – „wiedererstanden" sei. Die folgende Erklärung *Walter Ulbrichts* auf der II. Parteikonferenz der SED am 9. Juli 1952 ist Modell für unzählige gleichartige Verlautbarungen mit geringfügigen Abwandlungen geworden:

„Nachdem die amerikanischen und englischen und französischen Imperialisten in Westdeutschland eine Söldnerarmee für aggressive Zwecke schaffen und die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten offen über ihre aggressiven Ziele gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die Tschechoslowakei und Polen und gegen die Sowjetunion sprechen, müssen wir uns des alten Sprichwortes erinnern: ‚Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.' . . . In dieser neuen Lage ist die Organisierung der Verteidigung der Heimat die erste Pflicht jedes Patrioten in der Deutschen Demokratischen Republik." [3])

Eine tiefergreifende kommunistische Militärpropaganda mit allen Konsequenzen – wie sie im Marxismus-Leninismus an und für sich schon einbe-

[1]) Kämpft gegen den Pazifismus! In: „Sport und Technik", Ausgabe E (Sportschießen, Sporttauben, Reit- und Hundesport), 4. Jahrgang, Nr. 8, April 1955.

[2]) *W. I. Lenin:* Über den Kampf um den Frieden. Ostberlin 1950, S. 14.

[3]) II. Parteikonferenz der SED. In: Sonderdruck der Halbmonatsschrift „Neue Welt", Heft 15/1952, S. 1824.

schlossen sind – wurde in aller Offenheit im Sommer 1952 eingeleitet, nachdem die sowjetische Note vom 10. März 1952 zum erstenmal dem wiedervereinigten Deutschland „eigene nationale Streitkräfte“ zugestanden hatte. So wurde auf der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 auch die These propagiert, daß „Kriege und Kriege nicht das gleiche“ seien und daß es „gerechte und ungerechte Kriege“ gebe. [1]) Nach dem Tode *Stalins* trat die Militärpropaganda in der Phase des „Neuen Kurses“ zurück, um 1955 verstärkt aufzuleben. In einem symptomatischen Artikel forderte *Siegfried Otto,* ein Mitarbeiter in der militärpolitischen Abteilung des ZK der SED, die systematische Aktivierung der Militärpropaganda:

„Während die Werktätigen unserer Republik mit der praktischen militärischen Ausbildung (in den Kampfgruppen, der GST usw.) verstärkt begonnen haben, ist die dazu notwendige ideologische Arbeit, die Vermittlung wissenschaftlicher Kenntnisse auf dem Gebiet der militärischen Erziehung und Ausbildung, der Kriegsgeschichte sowie der Militärwissenschaft äußerst schwach. Unsere militärpolitische Propaganda befindet sich auf einem völlig unbefriedigenden wissenschaftlichen Niveau, sie erfolgt planlos und wird keineswegs den gegenwärtigen Anforderungen gerecht.“ [2])

Eine Flut militärpolitischer Propaganda ergoß sich nun über die Bevölkerung der Sowjetzone. Der 20. Parteitag der KPdSU und die Erklärung *Chruschtschows* über die Hinfälligkeit der Leninschen These von der Unvermeidbarkeit weiterer großer Kriege, solange der Kapitalismus noch neben dem Sozialismus besteht, wirkten wiederum retardierend; aber nach der Revolution in Ungarn, bei deren Niederschlagen der „harte“ Kurs im Kreml von neuem Oberhand gewann, und „in Verbindung mit der Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland und anderen Ländern Europas“ [3]) setzte in der Sowjetzone im Frühjahr 1957 eine dritte Welle der militärpolitischen Propaganda ein. Sie wurde eingeleitet durch einen Artikel in dem parteioffiziellen „Neuen Weg“ vom März 1957, in dem zunächst beklagt wird, daß „das Parteilehrjahr für die Behandlung von Themen über die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft wenig Raum“ lasse. „Dort, wo darauf eingegangen werden konnte, wurde das von uns bei der Anleitung der Propagandisten nicht genügend beachtet.“ Das aber müsse geändert werden; denn „die Deutsche Demokratische Republik ist das am weitesten nach Westen vorgeschobene Land des sozialistischen Weltsystems“. [4])

---

[1]) ebenda.

[2]) *Siegfried Otto:* Verstärkt die militärpolitische Propaganda! In: „Neuer Weg“, Organ des ZK der SED für Fragen des Parteiaufbaus und des Parteilebens, Heft 19, 1. Oktober 1955.

[3]) *Ulbricht* vor dem 30. Plenum des ZK der SED, 30. Januar–1. Februar 1957.

[4]) Die ideologische Arbeit der Partei muß zur Verteidigungsbereitschaft erziehen. In: „Neuer Weg“, März 1957, S. 298.

E. DIE STELLUNG DER STREITKRÄFTE IN STAAT UND GESELLSCHAFT

Aus dem totalen Anspruch des Marxismus-Leninismus ergibt sich, daß die Streitkräfte ein Werkzeug des Regimes sind. So sehr auch die sogenannte „Deutsche Demokratische Republik" militarisiert sein mag, das Militär ist doch unbedingt der politischen Führung unterworfen. Diese verfügt über einen doppelten Kontrollapparat – den der Partei und des Staatssicherheitsdienstes –, von dessen Funktion unten die Rede sein wird.

Zum rechten Verständnis der Stellung der Streitkräfte im kommunistischen Staat ist auch die Kenntnis wichtig, daß der Einsatz von militärischen Mitteln, also der Krieg, nicht das Ziel der Politik ist, wie es vielfach in hochmilitarisierten Staaten der Vergangenheit war. Die Kommunisten bevorzugen es, ihre Ziele durch friedliche Mittel zu erreichen. *Stalin* war durchaus ehrlich, als er sich 1934 in einem Interview äußerte: „Die Kommunisten idealisieren nicht im geringsten die Anwendung von Gewalt . . . Sie würden viel lieber alle Gewaltmethoden fallen lassen, wenn die herrschende Klasse bereit wäre, den Weg freizugeben." [1])

Die Stellung der Streitkräfte kommt in dem Schwur der Nationalen Volksarmee zum Ausdruck:

„Ich schwöre: meinem Vaterlande, der Deutschen Demokratischen Republik, allzeit treu zu dienen, sie auf Befehl der Arbeiter-und-Bauern-Regierung unter Einsatz meines Lebens gegen jeden Feind zu schützen, den militärischen Vorgesetzten unbedingt Gehorsam zu leisten, immer und überall die Ehre unserer Republik und die ihrer Nationalen Volksarmee zu wahren." [2])

Damit ist der Soldat an die „Arbeiter-und-Bauern-Regierung", d. h. an die kommunistische Führungsschicht, gebunden. In einem grundsätzlichen Aufsatz „Militarismus, Eid und Verantwortung" wendet sich die SED-Zeitschrift „Einheit" gegen die Auffassung, daß der soldatische Eid an sich verpflichte:

„Es gibt keine Moral, kein Pflichtgefühl und keine Treue, die für alle Zeiten und für alle Klassen der Gesellschaft (solange es antagonistische Klassen gibt) Gültigkeit haben . . . Der Treueeid, den ein Soldat dem Staate leistet, hat einen politischen Inhalt; denn der Armeeangehörige wird durch den Eid verpflichtet, die politischen Ziele der herrschenden Klasse dieses Staates, ihr politisches System mit der Waffe in der Hand unter Einsatz seines Lebens zu verteidigen." [3])

---

[1]) *J. W. Stalin* in seinem Interview mit H. G. Wells. Zitiert von *R. L. Garthoff*, a. a. O., S. 35.

[2]) Taschenkalender der Nationalen Volksarmee 1957. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, Ostberlin, S. 103.

[3]) *Gerhard Zazworka:* Militarismus, Eid und Verantwortung. In: „Einheit", Heft 11/1956, S. 1111.

Bei „unversöhnlichen und sichtbaren Gegensätzen" zwischen den „politischen Zielen der herrschenden Klasse und den Volksinteressen" ist der Soldat also von seinem Eid entbunden. Diese Situation kann aber für Soldaten der kommunistischen Nationalen Volksarmee niemals eintreten, denn „zwischen der Arbeiter-und-Bauern-Macht, ihrer Nationalen Volksarmee und den Lebensinteressen der Nation besteht eine feste Einheit". Die „bewaffneten Streitkräfte" sind ein politisches Instrument: „Wenn die Arbeiter und Bauern in der Nationalen Volksarmee ihren Dienst ehrlich und gewissenhaft erfüllen, helfen sie die sozialistische Gesellschaftsordnung zu festigen, die den sozialen Fortschritt für alle Werktätigen gewährleistet." [1]) Die Stellung der bewaffneten Macht im kommunistischen Staatsgefüge kommt in der grundsätzlichen Erklärung zum Ausdruck, die *Walter Ulbricht* auf der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 abgab:

„1. Die nationalen Streitkräfte werden die Armee des vom Imperialismus befreiten Volkes in der Deutschen Demokratischen Republik sein . . .

2. Die nationalen Streitkräfte werden die Armee zur Verteidigung der Heimat sein, zum Schutze der sozialistischen Errungenschaften unseres Volkes. Möge diese Volksarmee so stark sein, so gut ausgerüstet, und so ausgezeichnet die Waffentechnik beherrschen, daß den Feinden des deutschen Volkes der Drang nach militärischen Provokationen vergeht.

3. Die nationalen Streitkräfte werden die freie und friedliche Arbeit des Volkes und seine Errungenschaften schützen.

4. Die nationalen Streitkräfte werden ein Werkzeug zur weiteren Stärkung der volksdemokratischen Grundlagen unserer staatlichen Ordnung sein.

5. Die nationalen Streitkräfte sollen erfüllt sein vom Haß gegen die amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten, die die Bevölkerung der doppelten Versklavung unterwerfen wollen. Sie werden erfüllt sein vom Willen zur Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes. Die nationalen Streitkräfte werden sich brüderlich verbunden fühlen mit allen patriotischen Kräften Westdeutschlands.

6. Die nationalen Streitkräfte sollen erfüllt sein von der unverbrüchlichen Freundschaft zur Sowjetunion und zum Führer der Völker, Generalissimus Stalin. Sie sollen sich verbunden fühlen mit den Ländern der Volksdemokratie, die den Sozialismus aufbauen, sowie mit dem nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker in den Kolonien und Halbkolonien . . ." [2])

---

[1]) ebenda, S. 1116.

[2]) II. Parteikonferenz der SED. In: „Neue Welt", Heft 15/1952, S. 1825.

F. IDEOLOGISCHE BESONDERHEITEN DER SOWJETZONALEN STREITKRÄFTE

Der Marxismus-Leninismus ist die „theoretische Grundlage der Erziehung sowie der politischen und fachlichen Ausbildung“ [1]) in den sowjetzonalen Streitkräften. „Auch für das militärische Können eines Offiziers ist die Aneignung der marxistisch-leninistischen Theorie eine der wichtigsten Grundlagen.“ [2]) Und sicherlich auch in diesem Sinne ist nach einer Erklärung Verteidigungsministers *Willi Stoph* auf der III. Parteikonferenz am 29. März 1956 „die nationale Volksarmee . . . eine Grundschule für unsere männliche Bevölkerung . . .“ [3])

Die kommunistische Armee in der Sowjetzone Deutschlands hat aber noch besondere ideologische Auflagen. Sie ist – das ergibt sich aus der jüngsten Geschichte – mehr als die anderen Satellitenarmeen verpflichtet, die russische Sowjetarmee und ihre Kriegslehre als Vorbild anzuerkennen: *Die Sowjetarmee ist unbesiegbar.* Sie ist niemals ein Werkzeug der Aggression gewesen und kann als Bestandteil des ersten sozialistischen Staates niemals zum Aggressor werden.

Die These von der Unbesiegbarkeit der Sowjetarmee spielt nicht nur in der Propaganda eine Rolle, sondern wird auch als Dogma ausführlich dargelegt. *Kurt Hager*, Sekretär des ZK der SED, führt z. B. die Unbesiegbarkeit der Roten Armee auf die Unbesiegbarkeit des Marxismus-Leninismus zurück. [4]) Daß die Sowjetarmee im zweiten Weltkrieg ohne die Hilfe der westlichen Alliierten vernichtet worden wäre, wird in der Sowjetzone meist verschwiegen. Wenn die westlichen Kriegsalliierten überhaupt erwähnt werden, dann wird ihr Eingreifen, besonders die Eröffnung der „Zweiten Front“, nicht etwa dem freien Willen der Regierungen, sondern dem Verlangen westlicher Nationen zugeschrieben [5]); denn die Völker stehen – nach kommunistischer Propaganda - auf Seiten der „fortschrittlichen Sowjetunion“ und ihrer Armee.

Der „Tag der Sowjetarmee“ wird alljährlich am 23. Februar – zum Gedenken an einen ersten Sieg der Roten Armee über deutsche Truppen bei Pleskau im Jahre 1918 – auch von den „nationalen Streitkräften“ der Sowjetzone Deutsch-

---

[1]) *Siegfried Otto:* Die marxistisch-leninistische Theorie – Grundlage für die Arbeit unserer Offiziere. In: „Der Politarbeiter“, Heft 5, März 1955.

[2]) ebenda.

[3]) Protokoll der Verhandlungen der III. Parteikonferenz der SED. Ostberlin 1956, S. 791.

[4]) *Kurt Hager:* Die Sowjetarmee ist unbezwingbar. In: „Neues Deutschland“ vom 8. Mai 1955.

[5]) *Wilhelm Funder:* Die Revolte vom 20. Juli 1944. In: „Die Nation“, Heft 7/1955, S. 494–504.

lands gefeiert. Bei einer solchen Gelegenheit charakterisierte Generalleutnant *Vincenz Müller* die Rote Armee:

„... ist die Sowjetarmee jeder anderen überlegen, weil sie nie ein fremdes Land bedrohen wird, weil sie weiß, daß sie nur kämpfen wird, wenn ihr Vaterland angegriffen wird, wenn es gilt, die heiligen Rechte dieses sozialistischen Staates zu verteidigen ... Unser Vorbild und Lehrmeister bei unserer ... Aufgabe, der Bildung unserer Nationalen Volksarmee, kann nur die große und erprobte Sowjetarmee sein." [1])

Eine weitere Auflage ist die Forderung an die kommunistischen Streitkräfte in der Sowjetzone, die *deutschen nationalen Traditionen* zu pflegen und zu verkörpern.

„Unsere Vorbilder sind die großen Patrioten der deutschen Geschichte, die für die Freiheit, Unabhängigkeit und Einigkeit unseres Volkes eintraten, wie *Scharnhorst, Blücher* und *Gneisenau,* die die allgemeine Volksbewaffnung vorbereiteten und nicht eher ruhten, bis die feindlichen Armeen vom deutschen Boden vertrieben waren." [2])

Bei näherem Zusehen erweist sich jedoch, daß nur ganz wenige, vielfach verfälschte und umgedeutete Epochen, Ereignisse und Gestalten der deutschen Geschichte als Tradition und nationales Erbe von der Nationalen Volksarmee in Anspruch genommen werden: der Bauernkrieg in der Reformationszeit, die Befreiungskriege in der napoleonischen Zeit, die Revolution von 1848, die rote Ruhrarmee von 1920 und die übrigen kommunistischen Unruhen in der Weimarer Republik, die Thälmann-Brigade im spanischen Bürgerkrieg von 1936 und schließlich – wenn auch weniger häufig angeführt – das Nationalkomitee Freies Deutschland aus den Jahren 1943/45. Die militärische Tradition aus Jahrhunderten deutscher Geschichte wird im übrigen als „deutscher Militarismus" verworfen.

Von dieser Linie wich man freilich ab, als bei der Umbenennung der *„Kasernierten Volkspolizei"* in *„Nationale Volksarmee"* eine Uniform eingeführt wurde, die nach Schnitt und Farbe der alten deutschen Wehrmachtsuniform stark ähnelt. Verteidigungsminister *Stoph* begründete dies in seiner Rede vor der Volkskammer am 18. Januar 1956 folgendermaßen:

„In der militärischen Geschichte unseres Volkes gibt es bedeutende fortschrittliche Traditionen, die auch in der Uniform ihren Ausdruck fanden. Der deutsche Imperialismus und Faschismus gaben jedoch die Uniform als Symbol der militärischen und patriotischen Ehre preis ... In der Nationalen Volksarmee wird die deutsche Uniform als Ausdruck der entschlossenen Verteidigungsbereitschaft unserer demokratischen Errungenschaften einen wirklichen patriotischen Sinn erhalten. Die Aus-

[1]) Aus: „National-Zeitung" vom 23. Februar 1956.

[2]) *Karl-Heinz Lehmann* und *Fritz Wendt:* Militaristisch oder militärisch. A. a. O., S. 78 f.

stattung unserer Volksarmee mit einer Uniform, die im Farbton, Schnitt und in der Trageweise der nationalen Tradition des deutschen Volkes entspricht, soll den gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Staat manifestieren und unterstreichen, daß eine neue Armee des deutschen Volkes entsteht, frei von aggressiven Zielen." [1])

Es ist kaum erforderlich, auf die Unlogik dieser Begründung besonders hinzuweisen. Die „deutsche Uniform" wurde zweifellos nur eingeführt, um die Tatsache zu verschleiern, daß es sich bei den sowjetzonalen Streitkräften um eine kommunistische Truppe unter sowjetischem Oberbefehl handelt, für die es in der deutschen Geschichte kein Vorbild gibt und die sich als Werkzeug einer volksfeindlichen Diktatur in der Bevölkerung niemals Sympathien erwerben wird. Die Tatsache allerdings, daß Millionen deutscher Soldaten in dieser „deutschen Uniform" in zwei Weltkriegen Beweise persönlicher Tapferkeit erbracht haben, soll vergessen werden. Vielmehr soll sich – nach *Stoph* – mit der Uniform eine andere, parteipolitisch umgemünzte Erinnerung verbinden:

„In diesen Uniformen, mit roten Abzeichen aber, verjagten 1918 bewaffnete Arbeiter den Kaiser, kämpften Hamburger Arbeiter, Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet, sächsische und thüringische Arbeiter und Bauern gegen die nationalistischen Freikorps und die reaktionären Truppen der Reichswehr. In diesen Uniformen traten im zweiten Weltkrieg viele Offiziere und Soldaten im Nationalkomitee Freies Deutschland gegen die hitlerfaschistische Armee auf ..."

Aus dem Marxismus-Leninismus ließe sich die „deutsche Uniform" allenfalls dialektisch so erklären: Das Zurückgreifen auf Formen einer überwundenen Einrichtung wie der deutschen Wehrmacht geschieht in Übereinstimmung mit der These, nach der die aufsteigende Klasse auch nach ihrem Sieg noch eine Weile die von der überwundenen Klasse entwickelten Formen beibehält, ehe sie neue schafft. Es ist übrigens aufschlußreich, daß über die Einführung der traditionellen deutschen Uniform in breiten Kreisen der Bevölkerung der Sowjetzone eine lebhafte Diskussion entstanden ist, während die von der SED gewünschte militärpolitische Diskussion sonst niemals recht in Gang kommen wollte.
Die weitgehende ideologische Schulung in den Streitkräften (deren Apparat an anderer Stelle dieses Berichtes ausführlich dargestellt wird) soll das „Bewußtsein" der Soldaten heben; denn die Bildung des „Bewußtseins" besitzt in der marxistisch-leninistischen Lehre eine entscheidende Bedeutung. Indem aber die Soldaten zur „Bildung des Bewußtseins", also zum „Denken" veranlaßt werden, beginnt ein Prozeß, der von den Lehrern des Marxismus-Leninismus angesichts der Widersprüche in ihrer Ideologie und Praxis am Ende nicht mehr kontrolliert werden kann. Sehr treffend ist in diesem Zusammenhang die Feststellung eines westlichen Beobachters: „Der Zerfallsprozeß des stalinistischen

[1]) Aus: „Neues Deutschland" vom 19. Januar 1956.

Systems, der in der wachsenden Opposition der Intellektuellen und der Arbeiterschaft der Zone zum Ausdruck kommt, macht an den Kasernentoren der Streitkräfte nicht halt." [1]) Das politische Denken ist auf jeden Fall, gleichgültig, mit welcher Absicht es beginnt, für das totalitäre System gefährlich. Nicht ohne Grund warnte daher nach dem 20. Parteitag der KPdSU (durch den mit der Stalin-Abwertung ein Erdrutsch im gesamten Kommunismus eingeleitet wurde) die *Politische Verwaltung der Nationalen Volksarmee* vor der eingehenden Beschäftigung mit der Vergangenheit:

„Etwa untersuchen zu wollen, wo in der Vergangenheit historische Zusammenhänge entstellt dargelegt wurden, lenkt uns von unseren grundlegenden Aufgaben ab und ist deshalb wenig von Nutzen, ja sogar schädlich." [2])

Beharrlich werden in dieser Anweisung die alten Thesen des Marxismus-Leninismus wiederholt. Es komme aber vor allem darauf an, „die ideologische Arbeit mit dem Leben, mit der Praxis des militärischen Dienstes" zu verbinden.

[1]) Die Krise des Stalinismus in der Sowjetzone. Beilage zum „Parlament" vom 20. März 1957, S. 186.

[2]) Die Bedeutung des 20. Parteitages der KPdSU für unsere bewaffneten Kräfte. In: „Der Politarbeiter", März 1956.

II. DIE ROLLE DER PARTEI IN DER NATIONALEN VOLKSARMEE

Das kommunistische Regime in der Sowjetzone Deutschlands betrachtet die „Armee als die wichtigste materielle Kraft des Staates". [1] Infolgedessen ist die Sicherung der Loyalität des militärischen Apparates gegenüber dem Staat von entscheidender Bedeutung. Ein Sicherheitsfaktor besteht darin, daß mehrere militärische Apparate nebeneinander unterhalten werden. So gibt es in der Sowjetzone neben der Nationalen Volksarmee, die dem Ministerium für Nationale Verteidigung untersteht, die kasernierten Truppenpolizeien des Ministeriums des Innern, die fast alle bis zum 15. Februar 1957 dem Ministerium für Staatssicherheit unterstanden haben: Grenzpolizei, Transportpolizei, Bereitschaftspolizei. Wenn auch die Nationale Volksarmee nach ihrer Bewaffnung und Personalstärke die militärische Hauptkraft darstellt, so können doch die übrigen Verbände im Falle eines inneren Konfliktes eingesetzt werden. Ein Beispiel dafür bietet Ungarn im Oktober 1956, wo sich die Verbände der Staatssicherheitspolizei (AVO) als zuverlässige kommunistische Truppe erwiesen. Ein paramilitärischer Verband, die Betriebskampfgruppen, untersteht der Partei direkt. Alle militärischen Verbände in der Sowjetzone sind einem System der Erziehung und Kontrolle durch die regierende Staatspartei unterworfen, das im Wesen und in der Organisation in jedem Falle ähnlich ist. Es genügt daher, wenn im folgenden das Erziehungs- und Kontrollsystem der SED innerhalb der Nationalen Volksarmee beschrieben wird.

Die nächstliegende Methode, sich der Loyalität der Armee zu versichern, besteht darin, nur politisch zuverlässige Elemente aufzunehmen, insbesondere für das Führungskorps, um auf dem Wege der militärischen Dienstaufsicht die Loyalität des gesamten Apparates zu garantieren. Zweifellos hat das Regime trotz des Mangels an militärischen Führungskräften mit eindeutig kommunistischer Gesinnung versucht, wenigstens die entscheidenden Kommandoplätze in seinem Sinne zu besetzen. Da aber weder das Führungspersonal noch die Masse der Soldaten in der Nationalen Volksarmee von einem einheitlichen Korpsgeist erfüllt ist – eine Tatsache, die dem System schwer zu schaffen macht –, mußten andere Mittel zur Sicherung der Zuverlässigkeit und Einsatzfähigkeit der Armee entwickelt werden. Allein auf die ideologische Verpflichtung der Sol-

[1] *Karl-Heinz Lehmann* und *Fritz Wendt:* Militaristisch oder militärisch. A. a. O., S. 5.

daten gegenüber der „Arbeiter-und-Bauern-Macht" kann man sich nicht gut verlassen, wenn man den Soldateneid nicht als eine absolute Verpflichtung ansieht. [1]) Die SED verläßt sich überhaupt ganz und gar nicht darauf, daß ihr Regime und ihre Weltanschauung auf das gesamte Volk und damit auch auf die Soldaten eine werbende und überzeugende Kraft ausüben. Um ihre absolute Herrschaft in dem wichtigsten „bewaffneten Organ der Staatsmacht", der Nationalen Volksarmee, ständig zu erhalten und weiter zu festigen, wurde ein umfangreicher politischer Apparat aufgebaut, der es der Parteiführung ermöglicht, jeden Armeeangehörigen vom einfachen Soldaten bis zum höchsten Offizier politisch zu überwachen und zu beeinflussen.

A. DIE POLITISCHE VERWALTUNG

An der Spitze des politischen Apparates steht die *Politische Verwaltung im Ministerium für Nationale Verteidigung (Polit-Verwaltung).* Ihr Chef ist einer der Stellvertreter des Verteidigungsministers. Die politischen Direktiven werden unmittelbar vom Zentralkomitee der SED erteilt, dem sowohl der Verteidigungsminister als auch der Chef der Polit-Verwaltung als Mitglieder angehören.

Die Polit-Verwaltung hat den Status einer Bezirksparteileitung und arbeitet mit den Rechten einer Abteilung des ZK der SED. Bereits im Statut der SED von 1954 ist festgelegt, daß die „Parteiorganisationen in der Kasernierten Volkspolizei auf der Grundlage besonderer vom Zentralkomitee bestätigter Instruktionen" [2]) arbeiten. Zu diesen besonderen Instruktionen gehört das „Statut für die Parteiorganisation in der Nationalen Volksarmee". Nach diesem Statut erhalten alle Parteifunktionäre in Schlüsselpositionen bei der NVA die Stellung von Polit-Offizieren, sie werden vom Minister für Nationale Verteidigung auf Vorschlag der Polit-Verwaltung eingesetzt. Bei den Parteiorganisationen in den Streitkräften gibt es nicht einmal jene Scheinwahl, die sonst in den unteren Parteiorganen der SED und bei den unteren Organen der „Massenorganisationen" praktiziert wird. Auf diese Weise soll jeder Einfluß von unten nach oben ausgeschaltet werden.

---

[1]) s. oben S. 16 f.

[2]) Artikel 74 des Statuts der SED, angenommen auf dem IV. Parteitag 1954. In: Protokoll des IV. Parteitages der SED, Band II. Ostberlin 1954, S. 1139. – Aus der Kasernierten Volkspolizei ist die Nationale Volksarmee hervorgegangen (s. unten S. 81 f.).

An der Spitze der Polit-Verwaltung steht der Altkommunist Generalmajor *Rudolf Dölling*, sein Stellvertreter für militärische Fragen ist *Fritz Dickel*, der gleichzeitig Leiter des Büros ist. *Dickel* ist ebenfalls seit langen Jahren Kommunist.
Die Polit-Verwaltung gliedert sich in folgende Abteilungen:

Propaganda und Agitation,
Organisation und Instruktion,
Jugend,
Partei-Kontroll-Kommission (PKK),
Kader,
Presse und Redaktion,
Versorgung,
Allgemeines,
Verschlußsachen.

Eine Verbindungsabteilung des Ministeriums für Staatssicherheit überwacht die gesamte Polit-Verwaltung. Die allgemeine Aufgabe der Polit-Verwaltung besteht in der Organisierung, Leitung und Kontrolle der gesamten politischen Arbeit innerhalb der Nationalen Volksarmee nach den Weisungen des ZK der SED und der sowjetischen Berater. Die Polit-Verwaltung ist – wie in letzter Zeit besonders betont wird – für die Koordinierung der politischen Arbeit mit der militärischen Ausbildung zuständig.
Die wichtigste Abteilung der Polit-Verwaltung ist die *Abteilung Propaganda und Agitation.* Sie gliedert sich in die Unterabteilungen:

Planung und Methodik,
Lehranstalten,
Lektoren,
Presse und Agitation,
Kulturelle Massenarbeit.

Die Aufgaben dieser Abteilung bestehen in der Organisierung, Leitung und Kontrolle

des marxistisch-leninistischen Unterrichts für Offiziere,
des sozial-ökonomischen Unterrichts für Kursanten der Lehranstalten,
des Polit-Unterrichts für Unterführer und Mannschaften,
der Lehrtätigkeit an den Parteischulen der taktischen Einheiten,
des Parteilehrjahres für Zivilangestellte,
der gesamten Pressearbeit in den taktischen Einheiten,
der Agitation in Schrift, Ton und Bild,
der kulturellen Massenarbeit (diese umfaßt Literatur, Musik, Theater, allgemeine Bildung, Exkursionen, Lied, Sport und Spiel),
der politischen Arbeit mit den Familienangehörigen,
der Versorgung der taktischen Einheiten mit allen Materialien für die politisch-kulturelle Arbeit in Zusammenarbeit mit der Abteilung Versorgung in der Polit-Verwaltung.

Die wichtigsten Arbeitsanweisungen dieser Abteilung sind die Direktive Nr. 1 (für die politische Ausbildung der Offiziere), die Direktive Nr. 2 (für die politische Ausbildung der Mannschaften und Unterführer), die Direktive Nr. 3 (für die kulturelle Massenarbeit) sowie die „Anordnungen für politisch-kulturelle Angelegenheiten". Der Inhalt dieser Direktiven umfaßt

die Ergebnisse des vergangenen Parteilehrjahres,
die weltpolitische Lage und die Aufgaben des deutschen Volkes im laufenden Jahr,
die Zielsetzung und Aufgaben im laufenden Ausbildungsjahr,
den Befehl des Leiters der Polit-Verwaltung für die Organisierung der Polit-Ausbildung,
die Unterrichtsformen und -methoden.

Die Lehrprogramme, die in großer Zahl für die verschiedenen militärischen Ausbildungszweige, Lehrgänge und Sondereinheiten herausgegeben werden, haben die Form eines Befehls des Leiters der Polit-Verwaltung. Sie enthalten Lehrthemen und den Zeitplan für die Lektionen, das Studium, die Besprechungen bzw. Seminare und Prüfungen.
Die „Anordnungen für politisch-kulturelle Angelegenheiten" enthalten Anweisungen zur politischen Ausbildung, die sich aus den Veränderungen in der weltpolitischen Lage bei Beginn einer neuen Ausbildungsperiode ergeben. Mit diesen Anordnungen wird die Richtung der politischen Arbeit befohlen, soweit sie nicht in den Direktiven erfaßt wurde.
Die nächstgrößere Abteilung, vom Standpunkt der SED wohl die wichtigste Abteilung (weil ihre Arbeit sich nur auf die Angehörigen der SED beschränkt), ist die Abteilung *Organisation und Instruktion.* Sie gliedert sich in die Unterabteilungen:

Inspektion,
Information,
Parteidokumente.

Die Aufgaben dieser Abteilung bestehen in der Organisierung, Leitung und Kontrolle der gesamten politischen Arbeit der Parteiorganisationen in der Nationalen Volksarmee. Ihr obliegt also

die parteipolitische Organisationsarbeit,
die ideologische Arbeit innerhalb der Parteiorganisationen,
die Arbeit der Parteiaktivs,
die Werbung neuer Parteimitglieder,
die Verwaltung des Finanzhaushaltes der Parteiorganisationen sowie der FDJ-Organisationen,
das politische Berichts- und Überwachungswesen.

Die Anordnungen dieser Abteilung enthalten überwiegend Beschlüsse und Anweisungen des ZK der SED und des Sekretariats des ZK, die auf die besonderen Gegebenheiten bei der Nationalen Volksarmee abgestimmt sind.

Die *Abteilung Jugend* ist nicht weiter gegliedert, sie ist faktisch nur ein Anhängsel der Abteilung Organisation und Instruktion. Sie hat die entsprechenden Aufgaben auf dem Gebiet der FDJ-Organisation in der Armee, hat jedoch nichts mit dem Finanzhaushalt zu tun. In der Praxis werden die meisten Aufgaben dieser Abteilung von der Abteilung Organisation und Instruktion wahrgenommen. So ist die Abteilung Jugend nur eine Verbindungsstelle zwischen dem Zentralrat der FDJ und der Polit-Verwaltung.
Die beiden vorgenannten Abteilungen (Propaganda und Agitation, Organisation und Instruktion) sind die eigentliche politische Führungsspitze der Nationalen Volksarmee. Sie arbeiten nach folgendem Schema:

Periodische Tagungen der verantwortlichen Polit-Offiziere, Einweisung in die Befehle des Leiters der Polit-Verwaltung, Begründung derselben und Richtlinien zur Ausführung dieser Befehle;
periodischer Bericht von den taktischen Einheiten an die Polit-Verwaltung;
Auswertung dieser Berichte;
Inspektionen auf der Grundlage dieser Berichte, Kontrolle der tatsächlichen Lage in den taktischen Einheiten;
Kritik und Anleitung der Arbeit in den taktischen Einheiten;
Kritik der Arbeit der Polit-Verwaltung und Verbesserungsvorschläge;
Tagungen der Polit-Verwaltung zur Auswertung der Inspektionen.

Eine Sonderstellung nimmt die *Abteilung Parteikontrollkommission* (PKK) ein. Der Leiter dieser Abteilung untersteht zwar dem Leiter der Polit-Verwaltung, hat jedoch auch eine unmittelbare Verbindung zur Zentralen Parteikontrollkommission beim ZK der SED.
Diese Abteilung ist zuständig für

Bearbeitung aller Parteiverfahren gegen Parteimitglieder in Kommandeurstellungen oder gleichen Dienststellungen sowie gegen Angehörige der Polit-Verwaltung,
Überwachung der nachgeordneten PKK,
Überwachung der Einhaltung des Parteistatutes,
Überwachung der Durchführung von Parteibeschlüssen und Einhaltung der politischen Generallinie der Partei.

Die *Abteilung Kader* in der Polit-Verwaltung ist verantwortlich für

Besetzung aller Planstellen auf dem Polit-Sektor in der gesamten Nationalen Volksarmee,
Führung der Personalakten aller Polit-Offiziere,
Bildung von Reserven für den Polit-Apparat, Weiterbildung der Polit-Offiziere durch Versetzung oder Kommandierung zu Lehrgängen, Polit- oder Militärschulen auf der Grundlage von „Entwicklungskarteien", die bei den Abteilungen Propaganda und Agitation sowie Organisation und Instruktion geführt werden.

Die Abteilung Kader arbeitet nicht selbständig, sondern stets im Einvernehmen mit der Abteilung Propaganda und Agitation oder der Abteilung Organisation und Instruktion. Sie unterbreitet ihre Vorschläge dem Leiter der Polit-Verwaltung, der sie mit seiner Stellungnahme dem Minister zuleitet. Der Minister wandelt diese Vorschläge in „Kaderbefehle" um.

Die *Abteilung Presse und Redaktion* besorgt die Herausgabe der zentralen Zeitschriften für die Nationale Volksarmee, die beim Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung erscheinen. Auch diese Abteilung ist keine Führungsabteilung, sondern wird in ihrer ideologischen Arbeit von der Abteilung Propaganda und Agitation und Abteilung Organisation und Instruktion angeleitet.
Die Abteilungen Versorgung, Allgemeines und Verschlußsachen sind reine Verwaltungsabteilungen ohne eigene politische Aufgaben.
Zur Polit-Verwaltung ist noch zu bemerken, daß sich ihre Tätigkeit nicht auf die Nationale Volksarmee beschränkt. Sie unterhält zahlreiche Verbindungen zu Staats- und Parteistellen, die hier nicht im einzelnen darzustellen sind.

B. DER POLIT-APPARAT IN DER TRUPPE

Der Apparat der Polit-Verwaltung des Ministeriums für Nationale Verteidigung wirkt in gleicher Weise in den Land-, Luft- und Seestreitkräften und erstreckt sich bei den Landstreitkräften über die Armeekorps, die Divisionen, Regimenter, Bataillone bis hinunter zu den Kompanien. Mit welcher Intensität die politische Arbeit in der Truppe betrieben wird, zeigen die nachstehenden Stellenpläne einer Divisions- und einer Regiments-Polit-Abteilung.
Zur *Polit-Abteilung der Division* gehören folgende Funktionäre:

Politischer Stellvertreter des Kommandeurs und Leiter der Polit-Abteilung,
Stellvertreter des Leiters der Polit-Abteilung,
Vorsitzender der Parteikontrollkommissionen (PKK),
Oberpropagandist,
Propagandist,
Oberinstrukteur für Parteifragen,
Instrukteur für Parteifragen und -organisation,
Instrukteur für Parteidokumente,
Instrukteur für kulturelle Massenarbeit,
Gehilfe für Jugendarbeit,
Klubleiter (mit Kinomechaniker und Rundfunkmechaniker),
Bibliothekar (ziviler Gehilfe),
Instrukteur für Information (zwei Gehilfen),
Redakteur (Gehilfe).

Zur *Polit-Abteilung des Regiments* gehören folgende Funktionäre:

Politischer Stellvertreter des Kommandeurs und Leiter der Polit-Abteilung,
Propagandist,
Instrukteur für Parteiarbeit,
Gehilfe für Jugendarbeit,
Klubleiter (mit Kinomechaniker und Rundfunkmechaniker),
Bibliothekar.

Im Bataillon gibt es keine Polit-Abteilung. Hier wird die politische Arbeit von einem Partei-Sekretär und einem FDJ-Sekretär unter Führung des *Politischen Stellvertreters des Bataillonskommandeurs* getragen. Das gleiche gilt für die Kompanie.

Die *Polit-Offiziere* in einem Divisionsstab haben im einzelnen folgende Aufgaben:

Der Leiter der Polit-Abteilung ist verantwortlich für die gesamte politische Arbeit in seiner eigenen und in den untergeordneten Einheiten. (Über seine Position als stellvertretender Kommandeur und über die Verantwortlichkeit des Kommandeurs für die politische Arbeit wird an anderer Stelle berichtet. [1])

Der Leiter der Polit-Abteilung ist in der Regel zugleich Mitglied der Lektorengruppe des Parteikabinetts der örtlichen Bezirksleitung der SED.

Der Stellvertreter des Leiters der Polit-Abteilung vertritt den Leiter der Polit-Abteilung in dessen Eigenschaft als Polit-Offizier, aber nicht als Stellvertreter des Kommandeurs. Faktisch ist er der Adjutant des Leiters der Polit-Abteilung.

Der Vorsitzende der Parteikontrollkommission hat auf seiner Ebene die gleichen Aufgaben wie die Abteilung PKK in der Politischen Verwaltung.

Der Oberpropagandist ist verantwortlich für den ideologischen Inhalt und die Anleitung und Kontrolle der marxistisch-leninistischen Schulung der Offiziere seines Stabes sowie der untergeordneten Einheiten und für die Lehrtätigkeit in der Parteischule der Division. Dem Propagandisten unterstehen Anleitung und Kontrolle des politischen Unterrichts für Unterführer und Mannschaften, die Arbeit in den politischen Aufklärungszimmern und im Zusammenhang mit dem Parteilehrjahr für die Zivilangestellten im Stab und in den untergeordneten Einheiten.

Der Oberinstrukteur für Parteifragen ist verantwortlich für die ideologische Parteiarbeit in seinem Stab und in den untergeordneten Einheiten. Er leitet die Arbeit im Parteikabinett der Divison und ist verantwortlich für die politische Arbeit des Frauenrates. Der Instrukteur für Parteiarbeit und -organisation ist verantwortlich für die organisatorische Parteiarbeit in seinem Stab und in den untergeordneten Einheiten. Der Instrukteur für Parteidokumente verwaltet alle Parteidokumente, z. B. Mitgliedsbücher, Mitgliederbewegungsbücher, Beitragsmarken, er ist u. a. auch für den Finanzhaushalt zuständig.

Der Instrukteur für kulturelle Massenarbeit ist verantwortlich für die Organisierung und Anleitung der kulturellen Massenarbeit in seinem Stab und in den untergeordneten Einheiten.

Der Klubleiter ist verantwortlich für die Arbeit im „Haus der Offiziere" und leitet die Agitationsarbeit in Schrift und Bild nach den Weisungen der Propagandisten. – Der Bibliothekar ist verantwortlich für die Arbeit in der Bibliothek des Stabes.

[1]) s. unten S. 31.

Der Instrukteur für Information ist verantwortlich für die gesamte politische Information über die untergeordneten Einheiten. – Der Redakteur ist verantwortlich für den Inhalt und die Organisation der Divisionszeitung.
Schon diese stichwortartige Darstellung der Organisation und der Aufgaben der Politischen Verwaltung im Ministerium für Nationale Verteidigung und der politischen Funktionäre in der Truppe läßt die umfassende und intensive politische Arbeit in der Nationalen Volksarmee erkennen.
Der Aufbau der Parteiorganisationen der SED in der Nationalen Volksarmee entspricht der taktischen Gliederung der Streitkräfte. In gleicher Weise sind auch die FDJ-Organisationen in der Nationalen Volksarmee aufgebaut. Diese arbeiten mit den regionalen Organisationen der FDJ eng zusammen:

„Die FDJ-Organisationen der bewaffneten Kräfte sind verpflichtet, eine enge Verbindung zu den örtlichen Leitungen der Freien Deutschen Jugend zu halten, ständig an der Arbeit dieser Organisationen sowie den Wahlen der leitenden Organe der Freien Deutschen Jugend teilzunehmen." [1])

C. DIE POLITISCHE ERZIEHUNG

Inhalt der politischen Erziehung und Schulung in der Nationalen Volksarmee ist der *Marxismus-Leninismus.* In der Praxis des Unterrichts ergeben sich qualitative Unterschiede. Die Polit-Ausbildung der Mannschaften und Unterführer bedient sich einer Mischung von marxistisch-leninistischen Thesen und nationalistischer Phraseologie mit primitiven Geschichtsklitterungen vor allem hinsichtlich der Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit. Hier ist der „Polit-Unterricht" keineswegs wissenschaftlich begründet, selbst nicht im Sinne der marxistisch-leninistischen Pseudowissenschaftlichkeit, sondern stellt eine vornehmlich an das Gefühl – vor allem auch an den Haß – appellierende Propaganda dar.
Der Polit-Unterricht für Offiziere steht auf einem höheren Niveau, auch hier gibt es Unterschiede in den Gruppen der subalternen, mittleren und höheren Offiziere. Die nationalistischen Phrasen treten zurück. Eindeutig ist die marxistisch-leninistische Ausrichtung, die Werke der „Klassiker des Marxismus-Leninismus" werden in sorgfältiger Auswahl benutzt. Der Elementarunterricht umfaßt die wichtigsten Gebiete des Marxismus-Leninismus.
Die eigentliche „politisch-wissenschaftliche" Ausbildung erhält der Offizier, sobald er die Dienststellung eines Regimentskommandeurs erreicht hat. Sie

[1]) Artikel 58 der „Neuen FDJ-Statuten". In: „Junge Welt" vom 6. Mai 1955.

wird ihm in einem Spezialstudium vermittelt, das von der Politischen Verwaltung und bei höheren Dienststellungen einschließlich der Generale von zivilen Partei-Instituten geleitet wird. Dieses Studium wird auf der *Höheren Kommandeur-Schule in Dresden* absolviert. Die politische Ausbildung stellt sich konsequent auf den „Klassenstandpunkt" und gibt entsprechend der Linie des „proletarischen Internationalismus" die weltweite Perspektive der kommunistischen Weltrevolution und der kommunistischen Großraumwirtschaft auf der Grundlage der Aufhebung der Organisation nationaler Staaten. Ziel ist es, den politisch-militärischen Kämpfer zu erziehen, der sich nicht mehr vom politischen Tagesgeschehen irritieren läßt, sondern sich als Motor der von ihm angestrebten Entwicklung sieht. Das „Heute" wird lediglich ausgenutzt, um das „Morgen" aufzubauen. In dieser politischen Ausbildung gibt es keinen Appell mehr an Gefühle und Instinkte, sondern nur den nüchternen, im marxistischen Sinne planenden Verstand. Um auch die Offiziere in die Lage zu versetzen, „die Welt zu verändern", wird ihre allgemeine politische Ausbildung mit dem Studium der Naturwissenschaften, der Staats- und Finanzverwaltung usw. verbunden.
Die hier geschulten Offiziere sind die politisch allein bedeutsame Gruppe innerhalb der Nationalen Volksarmee. Sie überstehen, ungehemmt von Gefühlen und ausgerüstet mit einem umfangreichen Wissen, alle Wandlungen und Schwankungen der Generallinie. Ob es auch in Zukuft eine solche Gruppe geben wird, nachdem gerade in der kommunistischen „Intelligenz" Zweifel an der Richtigkeit der marxistischen Lehren stalinistischer Prägung aufgetaucht sind, muß abgewartet werden. Vorerst greift die SED auf diese Gruppe von Militärs, deren „Bewußtsein" völlig vom Marxismus-Leninismus bestimmt ist, gern zurück, um höhere Führungsaufgaben im zivilen Bereich zu lösen.

D. DIE KOORDINIERUNG DER POLITISCHEN UND MILITÄRISCHEN AUFGABEN

Die politische Erziehung in der Nationalen Volksarmee führt nicht von den militärischen Aufgaben weg, sie besitzt auch keineswegs einen Nebenrang, sie soll vielmehr eng mit der militärischen Ausbildung verbunden werden. Indem die Kommandeure immer mehr im „Geist des Marxismus-Leninismus" ihre Truppe führen, soll auch der *Dualismus zwischen Kommandeur und Polit-Offizier* mehr und mehr verschwinden.
Die Stellung des Polit-Offiziers hat sich aus der des „Kommissars" in der Roten Armee der Sowjetunion entwickelt. In den Jahren des russischen Bürgerkrieges war der „Kommissar" in den sowjetischen militärischen Einheiten

dem „Militärspezialisten", einem Kommandeur, der vielfach schon in der zaristischen Armee gedient hatte, praktisch übergeordnet. Später waren die Kommissare jahrelang den Kommandeuren gleichgestellt. Seit 1942 aber ist der Kommissar zu einem Stellvertretenden Kommandeur für Politische Angelegenheiten abgestiegen und dem Kommandeur entschieden untergeordnet. Als man 1948 in der Sowjetzone Deutschlands mit der Aufstellung von kasernierten militärischen Verbänden begann, wurde – mit dem gesamten System der politischen Armee – auch die Einrichtung des *Stellvertretenden Kommandeurs für Politische Angelegenheiten* übernommen. Inzwischen hat sich in der russischen Sowjetarmee die Tendenz zum „einheitlichen Kommando" weiter durchgesetzt. Diese Entwicklung ist auch für die sowjetzonale Volksarmee nicht ohne Folgen geblieben. In einem grundsätzlichen Artikel „Vor neuen Aufgaben in der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit" heißt es im Organ der Politischen Verwaltung z. B.: „Noch kann von einem wirklichen Umschwung nicht die Rede sein, noch immer ist die ideologische Arbeit vom Leben, von den militärischen Aufgaben losgelöst. Noch erfüllt sie nicht die vom 20. Parteitag und der III. Parteikonferenz in aller Klarheit gestellte Aufgabe, den Menschen unmittelbar bei der Erfüllung ihrer täglichen Pflichten zu helfen." [1]) In einer anderen offiziellen Verlautbarung wird sogar gefordert:

„Der Kommandeur als Einzelleiter, der für die gesamte politische und militärische Erziehung und Ausbildung, für das gesamte Leben der Einheit verantwortlich ist, muß an der Spitze der politischen Arbeit stehen." [2])

In dieselbe Richtung geht eine weitere Verlautbarung:

„Die Autorität des Kommandeurs darf aber unter keinen Umständen durch die Tätigkeit der Parteiorganisationen oder ihrer Leistungen eingeschränkt werden." [3])

Daß die Grundeinheiten der Partei in den Streitkräften die „Autorität des Kommandeurs" einschränken, ist kaum anzunehmen. Sie sind in der Hauptsache ein Hilfsmittel des Kommandeurs, um seine Einheit besser führen zu können. In der Gruppe der Parteimitglieder besitzt er einen zuverlässigen Kader. Das gilt auch für die FDJ-Organisationen:

„Die FDJ-Organisationen in den bewaffneten Streitkräften helfen den Kommandeuren und Politischen Abteilungen bei der Stärkung der Kampfbereitschaft . . . Das Mitglied der Freien Deutschen Jugend betrachtet es als eine ehrenvolle patriotische Pflicht, den Dienst in den bewaffneten Kräften gewissenhaft zu erfüllen und in der militärischen und politischen Ausbildung an der Spitze zu stehen." [4])

---

[1]) Vor neuen Aufgaben in der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit. In: „Der Politarbeiter", Heft 13, Juli 1956.

[2]) Der Kommandeur muß verstärkt politisch arbeiten! In: „Der Politarbeiter", Heft 2, Januar 1956.

[3]) Aus der Praxis der parteipolitischen Arbeit in der Kasernierten Volkspolizei. In: „Der Politarbeiter", Heft 13, Juli 1955.

[4]) Neue FDJ-Statuten. A. a. O., Artikel 55 und 56.

Im Zusammenhang mit dieser Stärkung der Autorität des militärischen Kommandeurs wurden die „Politarbeiter" aufgefordert, ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern und sich mehr mit militärischen Aufgaben zu befassen:

„Man muß den Polit-Stellvertreter besonders mit den militärischen Fragen gut vertraut machen . . ." [1])

„ . . . ist entscheidend, daß die Politarbeiter ständig an ihrer militärischen Qualifikation arbeiten, sich vor allem theoretisch weiterbilden, um bei diesem Teil der Flugvorbereitung ihren Einfluß noch verstärken zu können." [2])

„Der Leiter der Polit-Abteilung muß bestrebt sein, die politische Arbeit eng mit der Kampfausbildung zu verbinden . . . Es ist die Aufgabe des Polit-Stellvertreters beim Seeklar-Machen des Bootes, sich vor allem auch über die Einsatzbereitschaft des Bootes zu informieren. Es kommt immer wieder vor, daß Boote mit gestörten technischen Mitteln, unberichtigten Seekarten auslaufen." [3])

„Wenn der Soldat im Verlauf der Übung vor Schwierigkeiten steht, hat es keinen Zweck, ihm einen philosophischen Vortrag zu halten oder billige Phrasen zu dreschen. In einer solchen Situation, wo die Gefahr des Resignierens besonders besteht, ist nicht nur das persönliche Verhalten des Agitators, sondern auch sein aktiver Einsatz zur Beseitigung der Mängel von entscheidender Bedeutung für den Erfolg seiner Arbeit." [4])

„Im allgemeinen verhält er (der Polit-Stellvertreter) sich in seiner Tätigkeit auf dem Grundausbildungsplatz in seiner Arbeit wie der Kompanieführer." [5])

Die Tendenz ist eindeutig: Durch die Koordinierung des politischen und des militärischen Dienstes, durch die engste Zusammenarbeit des politischen und militärischen Führungspersonals sollen die Geschlossenheit der Armee, die militärische Schlagkraft und die politische Zuverlässigkeit in gleichem Maße erhöht werden.

---

[1]) Aus: „Der Politarbeiter", Heft 2, Januar 1956.

[2]) Die parteipolitische Arbeit während des Flugdienstes. In: „Der Politarbeiter", Heft 16, August 1956.

[3]) Die Arbeit des Polit-Stellvertreters auf dem Boot. In: „Der Politarbeiter", Heft 13, Juli 1955.

[4]) Aufgaben der Agitatoren bei taktischen Übungen. In: „Die Volksarmee", Organ des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Ostberlin, 4. September 1956.

[5]) Gute Methodik hebt das Niveau der Grundausbildung. In: „Der Kämpfer", Organ des Ministeriums des Innern – Kasernierte Volkspolizei. Ostberlin, 17. Juli 1955.

E. DIE PARTEIPOLITISCHE KONTROLLE

Mit der im vorstehenden angedeuteten Entwicklung – daß nämlich der Parteiapparat in der Nationalen Volksarmee als Erziehungsorgan stark in den Dienst rein militärischer Aufgaben getreten ist – wird die Bedeutung des Parteiapparates als eines politischen Überwachungsorgans eher vergrößert als verkleinert. Die Stärkung der Autorität des Kommandeurs bietet zwar militärische Vorteile, enthält aber unter Umständen auch politische Gefahren.

Die Überwachung aller Angehörigen der Nationalen Volksarmee durch den Parteiapparat bedient sich in der Praxis zweier Methoden, der propagandistisch-ideologischen und der organisatorischen Methode. Für die politische Kontrolle ist der auf propagandistischem Sektor tätige Polit-Offizier zuständig. Dieser Art der Überwachung wird die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Ihre Ergebnisse finden ihren Niederschlag in einer „Entwicklungskartei", die in den entsprechenden Abteilungen des Ministeriums für Nationale Verteidigung geführt wird. Diese Überwachungsmethode wird besonders hoch geschätzt, weil die These: „Wie der Mensch denkt, so handelt er", als Axiom in der politischen Arbeit gilt. Aus dieser These folgert das Regime letztlich, daß es von der ideologischen Abweichung bis zur aktiven konterrevolutionären Handlung nur ein kleiner Schritt sei. Die Überwachung mittels der propagandistisch-ideologischen Methode arbeitet zunächst in voller Offenheit, indem sie die Meinung breitester Kreise durch Diskussion, Kritik und Selbstkritik zu erkunden sucht. Die Aufzeichnung und Auswertung dieser Befunde jedoch wird im geheimen vorgenommen.

Die andere Methode politischer Überwachung – die organisatorische Methode – wird von den auf dem parteipolitischen Sektor tätigen Polit-Offizieren bevorzugt. Hier wird die oben angeführte These umgedreht und davon ausgegangen: „Wie der Mensch handelt, so denkt er". Deshalb wird hier mit allen erdenklichen Mitteln und Methoden versucht, in die persönliche Sphäre des Soldaten oder sonstigen Bediensteten einzudringen, um ihn auch dort ständig in seiner Handlungsweise beobachten zu können, wo er sich für unbeobachtet hält. Einige Beispiele mögen die Methode dieser Überwachung erläutern: Bei jeder Dienststelle wird ein sogenannter „Frauenrat" gebildet, d. h. ein Gremium von „politisch bewußten" Frauen, die offiziell die Aufgaben haben, die Familienangehörigen der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften zu betreuen und politisch zu erziehen. Der „Frauenrat" dient aber dem Polit-Offizier gleichzeitig dazu, über die Ehefrauen Einblick in das Privatleben der Angehörigen der betreffenden Einheit zu gewinnen. Auf diese Weise kann z. B. auch der Umgang des Überwachten mit der übrigen Zivilbevölkerung ermittelt werden, der wiederum Schlüsse auf die tatsächliche politische Einstellung zuläßt. Für diesen Zweig des Überwachungsdienstes ist eine Kaffeetüte westdeutscher Herkunft im Abfalleimer der Wohnung eines Armeeangehörigen ebenso interessant wie der regelmäßige Besuch von Filmen

westlicher Produktion. Es ist auch nichts besonderes, wenn die Braut oder die Freundin des Armeeangehörigen dazu gebracht wird, ihren Bräutigam oder Freund zu bespitzeln. Diese Methode wird vielfach so geschickt gehandhabt, daß die Spitzel meinen, eine gute Tat für ihren Freund zu tun. Häufig werden Armeeangehörige, die Disziplinar- oder Parteistrafen erhielten, zu Spitzeldiensten verpflichtet, indem ihnen für erfolgreiche Arbeit die Streichung ihrer Strafe in Aussicht gestellt wird.
Diese Art der Überwachung wird, was die bewußte Mitwirkung angeht, mit einem möglichst kleinen Personenkreis durchgeführt. Die Ergebnisse werden ständig an die Verbindungsoffiziere des Staatssicherheitsdienstes weitergegeben und mit ihnen gemeinsam ausgewertet.
Im Gegensatz zur ideologischen Überwachung erfolgen bei der Überwachung des Verhaltens unverzüglich entsprechende Maßnahmen parteipolitischer, kaderpolitischer oder militärdisziplinarischer Art.

III. DIE ÜBERWACHUNG DURCH DEN STAATSSICHERHEITSDIENST UND DIE SOWJETNIKS

Um die militärischen Kräfte bis hinab zur letzten Einheit und zum letzten Mann total zu kontrollieren, begnügt sich das kommunistische Regime nicht mit dem im vorhergehenden Kapitel beschriebenen Überwachungsapparat der Partei. Vielmehr wird er ergänzt durch einen besonderen Kontrollapparat des *Ministeriums für Staatssicherheit* (MfS), das offiziell im Februar 1950 gebildet wurde, aber auf bereits 1948 aufgebaute Organe im Rahmen der Kommissariate V der Kriminalpolizei zurückgeht. Dieser Kontrollapparat ist mit einem entsprechenden Apparat in der Sowjetunion verbunden, arbeitet unabhängig von den militärischen Kommandobehörden und überwacht auch den Politapparat in der Armee.

In der Sowjetunion war dieser Kontrollapparat bis 1946 wenigstens formal ein Teil der Sowjetarmee, d. h. seine Spitze bildete eine Hauptverwaltung im sowjetischen Verteidigungsministerium; seitdem sind seine Funktionen auch formal von der Sowjetarmee unabhängig, sie waren zunächst im MWD/MGB (Ministerium des Innern/Ministerium für Staatsicherheit) und sind seit 1954 im Nachfolger des sowjetischen MGB, dem KGB (Komitee für Staatssicherheit), zentralisiert.

Das System der Kontrollen über die bewaffneten Kräfte der Sowjetzone wird noch durch die *sowjetischen „Berater"* vervollständigt, durch die sich die Sowjets in der Sowjetzone wie in allen Satellitenstaaten die Möglichkeit gesichert haben, alles Geschehen zu überwachen. Durch den Abschluß des Warschauer Paktes und die Bildung des Vereinten Oberkommandos (1955) ist dieses System der Überwachung in eine andere Form gebracht worden, die für die Satelliten annehmbarer erscheinen könnte. [1]) Auch in der Sowjetzone sind die sowjetischen „Berater" zumindest auf den unteren Ebenen mehr und mehr in den Hintergrund getreten.

---

[1]) Vgl. auch Kap. VI: Die NVA – ein Kontingent des Sowjetblocks, S. 125 ff.

A. DER STAATSSICHERHEITSDIENST

Die Spitze des besonderen Kontrollapparates, der von außen her die Volksarmee überwacht, bildet die Hauptabteilung I des Ministeriums für Staatssicherheit, der ausschließlich die Überwachung der Nationalen Volksarmee mit allen ihren Stäben, Schulen, Dienststellen, einschließlich der Politverwaltung im Verteidigungsministerium, sowie die Wahrnehmung aller abwehrmäßigen Aufgaben in Stäben und Dienststellen obliegt.

Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben sind allen Kommandobehörden der Volksarmee von der Division an aufwärts besondere *Verbindungsstäbe* zugeteilt. Die Verbindungsstäbe sind bei den Divisionen mit drei bis fünf, bei den Korps mit fünf bis sieben Offizieren des Ministeriums für Staatssicherheit besetzt, während den Regimentern in der Regel zwei Verbindungsoffiziere zugeteilt sind. Selbständigen Einheiten in Bataillonsstärke wird ein Verbindungsoffizier zukommandiert. Liegen mehrere kleinere Einheiten im gleichen Objekt, so werden sie meist von einem Verbindungsoffizier überwacht. Die verschiedenen Dienststellen der Rückwärtigen Dienste – z. B. Auslieferungslager oder Werkstätten – sind gewöhnlich dem Verbindungsoffizier im nächsten Standort zur Bearbeitung zugewiesen.

Diese Offiziere sind durchweg Angehörige des operativen Dienstes des Staatssicherheitsdienstes. Sie tragen die Uniform des Truppenteiles, dem sie zukommandiert sind, haben aber der Eigenart ihrer Aufgabe entsprechend die Berechtigung, nach Bedarf innerhalb und außerhalb des Dienstes Zivilkleidung zu tragen. Sie nehmen eine privilegierte Stellung ein, die schon durch die Besoldungsordnung gekennzeichnet ist, denn ihre Bezüge liegen weit über denen der gleichrangigen Armeedienstgrade. Sie sind von den Kommandeuren der Einheiten, denen sie zukommandiert sind, unabhängig und unterstehen auch nicht der Disziplinargewalt der Einheitsführer.

Die Sicherheit der Truppe zu gewährleisten, ist eine Aufgabe dieser Offiziere. Sie entspricht im wesentlichen den Aufgaben der Abwehroffiziere aller Armeen. Außerdem haben sie aber auch die Sicherheit des Regimes zu gewährleisten. Das bedeutet, daß es ihnen obliegt, alle Gegner des Regimes innerhalb der Truppe herauszufinden, laufend zu überwachen und gegebenenfalls unschädlich zu machen. Sie haben sich ständig ein Bild über die Stimmung in der Einheit zu machen und in ihren Berichten auf etwaige Mißstände und deren Urheber hinzuweisen.

Diese Aufgabe bedingt eine enge Zusammenarbeit mit den Politoffizieren, erfordert aber auch von diesen unabhängige Informationsquellen. Zu diesem Zweck hat jeder Verbindungsoffizier des Ministeriums für Staatssicherheit sich ein Netz *Geheimer Mitarbeiter* (GM) und *Geheimer Informatoren* (GI) aufzubauen, die nach seinen Anweisungen in der Truppe Spitzeldienste leisten. So wird zum Beispiel ein Verbindungsoffizier sich durch Spitzel darüber unterrichten, ob ein Politoffizier, der in seinen Leistungen nachläßt, in der

Schulungsarbeit Anzeichen dafür gibt, daß er in seiner politischen Überzeugung schwankend geworden ist. Wird das festgestellt, so ist eine eingehende Durchleuchtung auch der privatesten Lebensbereiche dieses Offiziers die Folge, um die Quellen negativer Einflüsse oder gar staatsfeindliche Querverbindungen ausfindig zu machen und ausschalten zu können. Da derartige Recherchen durch den Spitzelapparat in der Truppe allein nicht durchzuführen sind, werden nicht selten zivile Spitzel angesetzt, die auch sonst zur Überwachung der Truppe herangezogen werden. Durch diese werden z. B. die von Offizieren und Soldaten bevorzugten Gaststätten überwacht, besonders aber auch die mit ihnen dort zusammenkommenden Zivilpersonen. Die Verbindungsoffiziere wenden aus abwehrmäßigen Gründen auch den „leichten Mädchen" ihr Augenmerk zu, und es ist festgestellt worden, daß auch diese Mädchen zur Überwachung der Truppenangehörigen eingesetzt werden.
In besonderen Fällen schleust der Staatssicherheitsdienst auch hauptamtliche Mitarbeiter in die Truppe ein, die als Soldaten oder Dienstgrade am regulären Truppendienst teilnehmen, nebenher aber die ihnen gestellten Ermittlungsaufgaben zu lösen haben.
Wie die *Nationale Volksarmee*, so werden auch die anderen „bewaffneten Kräfte" der Sowjetzone vom Staatssicherheitsdienst besonders überwacht. Das gilt in gleicher Weise für die *Bereitschaftspolizei* (früher: Innere Truppen), für die *Grenzpolizei* und die *Transportpolizei* wie für die allgemeine *Volkspolizei*, die eigene VP-Bereitschaften unterhält. Die Überwachung dieser Verbände vollzieht sich auch beiläufig auf dem Wege der „Zusammenarbeit".
Die Überwachung der vormilitärischen *Gesellschaft für Sport und Technik* und der *Kampfgruppen* bereitet dem Staatssicherheitsdienst keine Schwierigkeiten. Bei der Gesellschaft für Sport und Technik wird die Überwachung dadurch erleichtert, daß nach den Statuten der Kampf gegen „Sabotage" für jedes Mitglied „patriotische Pflicht" ist. [1]) Auch die FDJ-Mitglieder – die mehr als die Hälfte unter den Mitgliedern der Gesellschaft für Sport und Technik ausmachen – sind nach dem Statut der FDJ besonders verpflichtet, „die staatlichen Sicherungsorgane zu unterstützen". [2]) Schon mit dem Hinweis auf die Statuten kann also der Staatssicherheitsdienst Mitglieder der GST dazu dingen, Meldungen über das Leben in ihrer Einheit an den Staatssicherheitsdienst zu geben. Die besondere Überwachung der paramilitärischen Kampfgruppen durch den Staatssicherheitsdienst dürfte in erster Linie durch ihre enge Verbindung zu den Polizeistellen gesichert sein, die – auch wenn es sich hier um Stellen der allgemeinen Volkspolizei handelt – vom Staatssicherheitsdienst leicht für seine Zwecke eingespannt werden können.

[1]) Nach: „Sport und Technik", Beilage Nr. 24, Dezember 1954.
[2]) Nach: „Junge Welt" vom 6. Mai 1955.

B. DIE SOWJETISCHEN BERATER

Im Bestreben, auch das militärische Potential der Satellitenstaaten voll auszuschöpfen und den machtpolitischen Zielen der Weltmacht Sowjetunion dienstbar zu machen, sind alle Armeen der Signatarmächte des Warschauer Paktes mit nur geringen Abweichungen nach dem Vorbild der Sowjetarmee gegliedert und ausgerüstet. Um auch die militärische Ausbildung und die Truppenführung zu vereinheitlichen, sind diesen Armeen sowjetische Offiziere zugeteilt, die es der Sowjetunion ermöglichen, bis in die einzelnen Verbände hinein eine direkte Kontrolle auszuüben.

So sind seit dem Beginn der Aufstellung militärischer Einheiten in der Sowjetzone im Sommer 1948 auch diesen sowjetische Offiziere zugeteilt, die offiziell als *„Berater"*, inoffiziell als *„die Freunde"*, im allgemeinen Sprachgebrauch als *„Sowjetniks"* bezeichnet werden. Diese Offiziere, die im Dienst meist in der Uniform der Nationalen Volksarmee auftreten, außerdienstlich aber ihre sowjetische Uniform bevorzugen, sind in allen Stäben bis hinunter zu den Regimentern vertreten und stehen meist im gleichen Rang wie der Offizier, dem sie zugeteilt sind. Bei den Regimentern versehen zwei sowjetische Offiziere Dienst: der Berater des Regimentskommandeurs, ein Stabsoffizier der entsprechenden Waffengattung, und als Berater des Politstellvertreters der Einheit ein sowjetischer Politoffizier. In den höheren Stäben sind nicht nur dem Divisionskommandeur und seinem Politstellvertreter, sondern auch allen Abteilungsleitern – z. B. dem Stabschef, dem Leiter des Nachrichten- und des Pionierwesens – besondere Berater zugeordnet, die mit ihren Hilfsoffizieren eigene Stäbe unter der Leitung des Chefberaters bilden, d. h. des Beraters des deutschen Einheitsführers. In diesen Stäben von der Division aufwärts ist auch der sowjetische Staatssicherheitsdienst durch einen Offizier vertreten, so daß das KGB (Komitee für Staatssicherheit) in Moskau nicht nur durch seinen verlängerten Arm, den Staatssicherheitsdienst in der Sowjetzone, sondern auch direkt seine Überwachungsfunktionen auszuüben vermag.

An den Lehranstalten der Volksarmee ist die „Beratung" besonders intensiv. An der Höheren Kommandeurschule in Dresden, d. h. der Kriegsakademie der Nationalen Volksarmee, sind z. B. allen Hauptfachlehrern Sowjetniks zugeteilt.

Die Stellung dieser Berater in der sowjet-deutschen Truppe war in der ersten Zeit dadurch gekennzeichnet, daß alle Dienstvorschriften, Grundsatzanweisungen oder wichtigeren Befehle von den Sowjetniks kamen. Daran hat sich auch nach der Souveränitätserklärung der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik" vom 25. März 1954 wenig geändert. Wenn auch die „Berater" offiziell über keine Befehlsgewalt verfügen, sondern nur „Wünsche äußern" oder „Ratschläge geben", so kommt doch jeder „Wunsch" oder „Rat" einem Befehl gleich, dem bedingungslos zu folgen ist.

Begründet wird diese Stellung der „Berater“ im Bereich der Politverwaltung mit den Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, im militärischen Bereich mit der „sowjetischen Militärwissenschaft“, die durch die im Zweiten Weltkrieg erzielten Erfolge zum Vorbild jeder fortschrittlichen Truppenführung geworden sei. Als ein anderer Grund wird angeführt, daß die Sowjetunion das „mächtigste Bollwerk des Weltfriedenslagers“ und daher berufen sei, das „Lager der Volksdemokratien“ zu führen.
Durch diesen sowjetischen Kontrollapparat sind die Sowjets in der Lage, sich laufend einen Überblick über den Stand der militärischen Ausbildung, über die Disziplin und über die ideologische Festigung der Nationalen Volksarmee zu verschaffen, ohne dabei allein auf die Berichte aus deutscher Quelle angewiesen zu sein. Sie haben die Möglichkeit, sich durch ihre eigenen Offiziere ein Bild von der Persönlichkeit und den Fähigkeiten des deutschen Truppenführers zu verschaffen. Das ist für sie von großer Bedeutung, weil sie bei der Stellenbesetzung in der Volksarmee ein ebenso gewichtiges Wort mitsprechen wie in allen anderen Fragen.[1])

[1]) Mit den Grenzen der Wirksamkeit dieses Kontrollapparates befaßt sich dieser Bericht im Kapitel V., S. 94 ff.

IV. DIE BEWAFFNETE MACHT

A. DIE VORMILITÄRISCHE AUSBILDUNG

Mit der vormilitärischen Ausbildung befaßt sich in der Sowjetzone vor allem die *Gesellschaft für Sport und Technik* (GST); sie wurde durch Regierungsverordnung vom 7. August 1952 gebildet und ist seit Mai 1956 dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt. Sie ist eine „Massenorganisation", die in Zusammenarbeit mit der Freien Deutschen Jugend, mit den Schulen, Fach- und Hochschulen sowie mit den Sportorganisationen die Jugendlichen vom 15. bis zum 25. Lebensjahr erfassen soll. Die vormilitärische Ausbildung wird mit dem Ziel betrieben, die spätere Ausbildung in der Nationalen Volksarmee und den anderen regulären bewaffneten Verbänden zu erleichtern; dies wird auch unter dem Gesichtspunkt der Ersparnis von Zeit und öffentlichen Mitteln angestrebt. Neuerdings dürfte auch der Gedanke mitsprechen, den der damalige sowjetische Verteidigungsminister, Marschall *Schukow*, auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion äußerte:

„Infolge der Einschränkung der Streitkräfte wird ein gewisser Teil der Dienstpflichtigen künftig nicht zur Truppe eingezogen. Wir haben daher Maßnahmen zu ergreifen, um die Jugendlichen, die nicht eingezogen werden, außerhalb der Armee militärisch auszubilden, damit sie sich die notwendigen Kenntnisse aneignen und ihre Pflichten in bezug auf die Landesverteidigung erfüllen können. In Verbindung damit gilt es, die Arbeit der ‚Freiwilligen Gesellschaft zur Förderung der Armee, der Luftwaffe und der Flotte' weiter zu verbessern." [1])

In diesem Zusammenhang ist die altersmäßige Abgrenzung zwischen den beiden militärähnlichen (paramilitärischen) Organisationen von Bedeutung: Das Mindestalter für den Eintritt in die *Kampfgruppen der SED* ist 26 Jahre, während der *Gesellschaft für Sport und Technik* Jugendliche bis zu 25 Jahren angehören. So werden neben den regulären Streitkräften und ihren Reserven die in der Bevölkerung vorhandenen militärischen Befähigungen bis zu einem gewissen Grade erfaßt und ausgebildet, ohne daß sich die beiden nebenmilitärischen Organisationen, GST und Kampfgruppen, überschneiden. Wenn auch von der Masse der Einheiten der GST nicht angenommen werden darf, daß

[1]) Marschall *G. K. Schukow* am 18. Februar 1956. Aus: „Neues Deutschland" vom 21. Februar 1956.

sie ohne weiteres als Miliz, selbständig oder zur Unterstützung der regulären Militär- oder Polizeiverbände, eingesetzt werden können, so ist doch eine starke Tendenz in Richtung Miliz vorhanden. Es wurden bereits Übungen abgehalten, bei denen Polizeiverbände, Kampfgruppen und Einheiten der GST zusammenwirkten, vereinzelt sogar unter Teilnahme der Nationalen Volksarmee. Die GST dürfte heute mehrere hunderttausend Mitglieder [1]), unter ihnen 15 v. H. Frauen und Mädchen, zählen, deren militärischer Wert recht unterschiedlich ist. Wenn es gelingt, diese Mitgliederzahlen zu vervielfachen, so würde das zweifellos bewirken, daß aus einer solchen Masse auch eine größere Zahl spezifischer Talente, vor allem für den technischen Dienst, herausgefunden werden kann, vorausgesetzt, daß die Schwierigkeiten bei der technischen Ausrüstung behoben werden können.

Das Vorbild für die weitgehende vor- und nebenmilitärische Erfassung der Bevölkerung bildet die Sowjetunion mit der „Freiwilligen Gesellschaft zur Förderung der Armee, der Luftwaffe und der Flotte" (DOSAAF). Die DOSAAF war im September 1951 durch eine Verschmelzung der DOSARM, DOSAW und DOSFLOT (der selbständigen freiwilligen Gesellschaften für die Armee, die Luftwaffe und die Flotte) entstanden, die ihrerseits vor dem Mai 1948 in Osoawjiachim – die vor allem auch den zivilen Luftschutz einschloß – vereinigt waren. Entsprechend dem Aufbau und der Gliederung der Sowjetarmee vermittelt die DOSAAF ihren etwa 20 Millionen Mitgliedern eine technische und militärische Ausbildung auf den Gebieten des Heer-, Flug- und Marinewesens. Die Angehörigen der DOSAAF werden mit den wichtigsten Waffen, mit den sowjetischen Militärdienstvorschriften, mit Fragen der Taktik, mit Geländekunde, Pionier- und Schanzarbeit vertraut gemacht. Ähnliche vormilitärische Organisationen finden sich auch in anderen Satellitenstaaten, so z. B. in der Tschechoslowakei (SVAZARM), in Polen (LPZ), in Bulgarien (DOSO), Rumänien (AVSAR). Mit diesen Organisationen steht die Gesellschaft für Sport und Technik in Verbindung; u. a. werden Erfahrungen ausgetauscht und gelegentliche Wettbewerbe veranstaltet.

Schon bevor im August 1952 die Gesellschaft für Sport und Technik gebildet wurde, war das Regime bemüht, die Bereitschaft der Jugend zur Teilnahme an der vormilitärischen Ausbildung (und zum Eintritt in die militärischen Verbände) zu wecken. Es bediente sich dabei der FDJ, der Schule und in gewissem Maße der Sportorganisationen, die auch heute noch einen wesentlichen Beitrag leisten.

In aller Öffentlichkeit und mit großem Aufwand begann die *Freie Deutsche Jugend* die vormilitärische Erziehung zu propagieren, nachdem sich die Sowjetunion in der Note vom 10. März 1952 an die Westmächte erstmalig für das Zugeständnis „eigener nationaler Streitkräfte" an Deutschland aus-

[1]) Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder soll bei 625 000 liegen, davon dürfte mindestens ein Viertel aktiv sein.

gesprochen hatte. Bereits zwei Wochen später wurde in Versammlungen der FDJ die Forderung erhoben, „die Jugend im Gelände-, Motor-, Segelflug- und Schießsport auszubilden". Beim IV. Parlament der FDJ traten am 1. Juni 1952 in Leipzig zum erstenmal FDJ-Marschkolonnen mit geschulterten Kleinkalibergewehren auf. Hatte es auf dem I. Parlament der FDJ, im Juni 1946, geheißen, daß „der Soldat seinen Kredit in Deutschland ganz und gar verloren" habe, [1]) so erklärte 1952 *Walter Ulbricht* vor dem IV. Parlament der FDJ:

„ . . . Das Neue in der Lage besteht darin, daß wir alles tun müssen, um die fortschrittlichen Arbeitsmethoden, die fortschrittliche Wissenschaft zu meistern, unsere demokratische Staatsmacht zu stärken und gleichzeitig das Waffenhandwerk zu erlernen, um unser Vaterland mit der Waffe zu verteidigen.
Ich wünsche, daß möglichst viele Jugendliche das Abzeichen „Für gutes Wissen" erwerben mögen. Aber ich spreche auch den Wunsch aus, daß aus der Freien Deutschen Jugend recht viele Jugendliche hervorgehen, die die Auszeichnung als tüchtige Scharfschützen erhalten werden.
Wir begrüßen es . . . , daß der Zentralrat der FDJ alles tut, was möglich ist, um alle militärischen Fähigkeiten in unserer Jugend zu entwickeln . . ." [2])

Vorübergehend nahm die FDJ nicht nur die ideologische Vorbereitung der militärischen Erziehung, sondern die vormilitärische Ausbildung überhaupt wahr. Unmittelbar vor der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 erreichte diese Phase ihren Höhepunkt. Die „Junge Welt", das offizielle Organ der FDJ, berichtete am 10. Juli 1952:

„Unsere Jungen und Mädchen betreiben mit Begeisterung diese mit neuem Geist belebten Sportarten. Sie lassen sich mit dem ernsten Bewußtsein in ihnen unterweisen, daß niemand an der Tatsache zu zweifeln braucht, daß die Sportschützen von heute die für alle Feinde sehr gefährlichen Scharfschützen von morgen, die Wassersportler von heute bald die Beschützer unserer Seegrenzen und die heutigen Segelflieger unsere künftigen Piloten sein werden." [3])

Auf der II. Parteikonferenz im Juli 1952 proklamierte *Wilhelm Pieck*, der seinerzeit mit *Otto Grotewohl* Vorsitzender der SED war, die Verpflichtung der Partei zur militärischen Festigung der Sowjetzone. Zur vormilitärischen Ausbildung sagte er:

---

[1]) *Otto Grotewohl* auf dem I. Parlament der FDJ in Brandenburg a. d. Havel. In: „Chronologische Materialien zur Geschichte der SED". Eine Dokumentation des Informationsbüros West. Berlin 1956, S. 34.

[2]) „Seid bereit zur Verteidigung des Friedens und der Heimat". Aus der Rede des Generalsekretärs der SED, *Walter Ulbricht*, auf dem IV. Parlament der FDJ. In: „Der Pionierleiter", Zeitschrift des Zentralrats der FDJ für Pionierleiter, Heft 7/8, Juli/August 1952.

[3]) Aus: „Junge Welt", Organ des Zentralrats der FDJ, vom 10. Juli 1952.

„Unsere Jugend darf sich . . . nicht auf Kleinkaliberschießen und sportliche Ausbildung beschränken. Sie muß die moderne Militärwissenschaft und die modernen Waffengattungen meistern, was eine besondere Ausbildung erfordert . . ." [1])

Die „besondere Ausbildung" erfolgte dann allerdings nicht mehr in der FDJ, sondern in der vier Wochen später gegründeten *Gesellschaft für Sport und Technik*. Dafür mögen verschiedene Gründe maßgebend gewesen sein. Die FDJ hätte ihrem Charakter nach nur Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr ausbilden können, und es sollten natürlich vor allem auch die älteren Jugendlichen (bis zum 25. Lebensjahr) in die vormilitärische Ausbildung einbezogen werden. Als weiterer Grund mochte hinzukommen, daß bei der Vielfältigkeit der Aufgaben der FDJ dort die vormilitärische Ausbildung leicht hätte zu kurz kommen können. Eine gewisse pazifistische Grundtendenz in der FDJ – oder besser: unter ihren Mitgliedern – könnte ebenfalls mitgesprochen haben. Hauptsächlich aber dürfte für die Trennung der vormilitärischen Ausbildung von der allgemeinen Jugendorganisation das sowjetische Vorbild maßgebend gewesen sein; denn auch der allgemeine sowjetrussische Jugendverband, KOMSOMOL, der der Partei untersteht, ist von der DOSAAF, die dem Verteidigungsministerium untersteht, getrennt.
Die Vordringlichkeit der vormilitärischen Ausbildung der Jugend ist seit dem Frühjahr 1952 immer wieder von der Partei und der FDJ betont worden. Das V. Parlament der FDJ beschloß im Mai 1955 in Erfurt neue FDJ-Statuten, in denen eine Reihe militärischer Pflichten für die Mitglieder festgelegt wurden:

„Die Mitglieder der FDJ setzen alles daran, um die gesamte Jugend mit dem hohen Bewußtsein der Bereitschaft zur Verteidigung des Friedens und der Heimat zu erfüllen."
„Jedes Mitglied der FDJ hat die Pflicht: . . . seine Bereitschaft zur Arbeit und zur Verteidigung . . . ständig zu erhöhen und entschlossen zu sein, . . . für die Sache der Verteidigung der DDR persönliche Opfer zu bringen . . ." [2])

Auch in der unter der Leitung der FDJ stehenden Pionierorganisation „Ernst Thälmann", für Kinder vom 6. bis 14. Lebensjahr, spielt eine *„patriotische Erziehung"* mit Geländeübungen bereits eine Rolle.
Bei der vormilitärischen Ausbildung macht die FDJ nicht vor den Schulen halt. Nach einer Erklärung des Zentralrates der FDJ von 1955 müssen die „FDJ-Gruppen und Grundeinheiten" in den Schulen „in der Erziehung aller Mitglieder ständig mit dem Statut der FDJ arbeiten. Durch vorbildliches Verhalten überzeugen sie alle Schüler, am Kampfsport und an der Ausbildung in der GST teilzunehmen." [3])

---

[1]) Aus: „Neue Welt", Nr. 15/1952, S. 1886.

[2]) Aus: „Junge Welt" vom 6. Mai 1955.

[3]) Aus: „Deutsche Lehrerzeitung", Ostberlin, vom 8. Oktober 1955.

Über die Aufgaben der Schule bei der vormilitärischen Erziehung heißt es symptomatisch in einem Beschluß der IV. Zentraldelegiertenkonferenz der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung vom Mai 1955:

„In den Berufs- und Oberschulen sowie in den Einrichtungen der Lehrerbildung müssen die Gewerkschaftsgruppen darauf achten, daß die patriotische Erziehung der Schüler ihren Niederschlag findet in der aktiven Mitarbeit der Schüler in der GST und in der freiwilligen Verpflichtung zum Ehrendienst in der KVP." [1])

Daß dem *gesamten Sport* ebenfalls eine wesentliche Aufgabe im Dienst der militärischen Bereitschaft zugewiesen ist, wurde bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt und in der Praxis bewiesen. Auf seiner 5. Tagung befaßte sich das Zentralkomitee der SED mit der Rolle und Aufgabe des „Deutschen Sportausschusses". In dem Beschluß vom 17. März 1951 hieß es:

„Aufgabe und Inhalt der Demokratischen Sportbewegung sind ... die Heranbildung und Erziehung von Menschen, die bereit sind zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens." [2])

Dementsprechend wurde auch ein *Sportleistungsabzeichen „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens"* geschaffen.
Im Sommer 1952 wurde bei der Errichtung des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport die vormilitärische Bedeutung des Sportes neuerdings betont. In der Regierungsverordnung vom 24. Juli 1952, mit der dieses Komitee als oberste staatliche Instanz für alle Sportangelegenheiten errichtet wurde, heißt es u. a.:

„Die Regierung muß dafür sorgen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik gesunde, frohe, kräftige, willensstarke Menschen heranwachsen, die ihre Heimat lieben, fest zur Regierung und ihrem Präsidenten stehen, die zur Ehre unseres Landes ihre sportliche Meisterschaft ständig erhöhen, treue und unverbrüchliche Freunde des großen Sowjetvolkes sind, die mit Willenskraft, Härte, Ausdauer und Mut alle Schwierigkeiten überwinden, die von unversöhnlichem Haß gegen alle Feinde des Friedens und des Fortschritts erfüllt sind und die die sozialistischen Errungenschaften unserer Werktätigen gegen alle Bedrohungen schützen und verteidigen." [3])

Welche Schwierigkeiten es macht, die Jugend für die vormilitärische Ausbildung zu gewinnen, mag ein Beschluß des ZK der SED „Über die Verbesserung der Arbeit der FDJ" vom 3. März 1953 zeigen:

---

[1]) Aus: „Deutsche Lehrerzeitung", Ostberlin, vom 22. Mai 1955. – Die patriotische Erziehung war in einem Rechenschaftsbericht vor der Konferenz als „Mittelpunkt unserer Unterrichts- und Erziehungsarbeit" bezeichnet worden.

[2]) Dokumente der SED ... Bd. III. Dietz-Verlag, Ostberlin 1952, S. 415.

[3]) Aus: „Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik" Nr. 104 vom 24. Juli 1952, S. 635.

„Das ZK stellt fest, daß eine ganze Anzahl unserer Parteiorganisationen und vor allem auch der Organisationen der FDJ sich gleichgültig und passiv gegenüber den Aufgaben der allseitigen körperlichen Ertüchtigung der Jugend verhalten. Die Mehrzahl unserer Parteiorganisationen und auch der FDJ-Leitungen haben keine genaue Kenntnis von der tatsächlichen Beteiligung der Jugend an der allseitigen sportlichen Betätigung und der vormilitärischen Ausbildung . . ."

In diesem Beschluß wurden alle Parteieinrichtungen angewiesen, die FDJ bei ihren vormilitärischen Aufgaben anzuleiten und zu unterstützen:

„Es ist Aufgabe der Parteiorganisationen . . ., die FDJ-Organisationen, das Staatliche Komitee für Körperkultur und Sport und die Sportvereinigungen, die Genossen in den Leitungen der GST und die für den Schulsport verantwortlichen Lehrer tatkräftig zu unterstützen. Im Vordergrund der Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen muß dabei die breiteste Einbeziehung der Jugend in den Industriebetrieben, in den MTS, Volkseigenen Gütern und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Fach- und Hochschulen in die sportliche und vormilitärische Ausbildung stehen." [1])

Die Ermahnungen der Partei, die vormilitärische Ausbildung der Jugend ernst zu nehmen und zu fördern, haben sich seitdem bei verschiedenen Anlässen wiederholt.
Die Regierungsverordnung vom 7. August 1952 über die Bildung der GST hatte festgestellt, daß der „Aufbau des Sozialismus in der DDR und die Organisierung des Schutzes unserer Heimat und der demokratischen Errungenschaften" die Aneignung „hoher wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse durch breite Schichten der Bevölkerung, insbesondere durch die Jugend," erforderten:

„Von großer Bedeutung ist hierbei die Entwicklung des Segel- und Motorflugsportes, des Flugmodell- und Fallschirmsportes, des Motor- und Wasserfahrsportes, des Schieß- und Geländesportes sowie des Amateurfunkens zum wahrhaften Massensport." [2])

Zu dieser Reihe, in der aus propagandistischen Gründen der unpopuläre Schieß- und Geländesport noch ziemlich am Ende stand, kamen alle anderen Sportarten hinzu, die von militärischem Wert sein können: Hunde-, Pferde-, Tauben-, Jagd-, Ski- und Fechtsport.
In der Verordnung vom 7. August 1952 erhielt die GST den Charakter einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes, und es wurde bestimmt, daß sie ihre Tätigkeit unter „Anleitung des Ministeriums des Innern" ausübt.
In ihrem Mitte August 1952 beschlossenen ersten Statut stellte sich die GST die Aufgabe, „die Regierung der DDR bei der Organisierung der bewaffneten Verteidigung der Heimat und des sozialistischen Aufbaus zu unterstützen".

---

[1]) Dokumente der SED . . . Bd. IV. Dietz-Verlag, Ostberlin 1954, S. 285.

[2]) Aus: „Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik", Nr. 108/1952, S. 712.

Anfang September 1952 wurde eine Neugliederung der Sportarten in folgende vier große Sparten vorgenommen:

Gelände- und Schießsport,
Technischer Sport,
Flugsport,
Seesport.

Am 29. August 1952 umschrieb der damalige Vorsitzende der GST, der „zeitweilig vom Dienst freigestellte" KVP-Oberst *Arno Berthold,* die Aufgabe der GST folgendermaßen:

„Die GST stellt sich die Aufgabe, in ihrem Bereich Jugendliche beiderlei Geschlechts vom 15. Lebensjahr an auf freiwilliger Basis zu vereinen, sie körperlich zu ertüchtigen und mit speziellen Kenntnissen auszurüsten.
Das bedeutet, daß die in der GST ausgebildeten Sportschützen die Scharfschützen von morgen sind, die heutigen Segelflieger die künftigen Piloten unserer Luftstreitkräfte und unsere Seesportler die kommenden Beschützer unserer Seegrenzen."

Die Werbung zum Eintritt in die GST wurde in der ersten Zeit sehr geschickt betrieben. Im Statut war auf die ausdrückliche Anerkennung der SED-Führung verzichtet worden, weil man so möglichst weite Bevölkerungskreise, unabhängig von ihrer parteipolitischen Einstellung, zu erfassen hoffte. Da den Jugendlichen versprochen wurde, daß jeder in der von ihm gewählten Sektion nach freiem Ermessen basteln, segeln, fliegen und kostenlos einen Führerschein für Motorrad oder Kraftwagen erwerben könnte, stieg die Mitgliederzahl bis zum Herbst 1952 auf weit über eine halbe Million. Die technischen Sektionen hatten starken Zulauf, während die Sektion Gelände- und Schießsport kaum gefragt wurde. Dieser Umstand bewog den GST-Zentralvorstand, für alle Mitglieder eine sogenannte *Grundausbildung,* d. h. in Schießen, Exerzieren und Geländedienst, einzuführen. Als im März 1953 außerdem noch politische und ideologische Schulungsstunden eingeführt wurden und die Ablegung einer *gesellschaftspolitischen Prüfung* neben der bisherigen fachpraktischen und fachtheoretischen Prüfung zur Voraussetzung des im Mai 1952 eingeführten „Leistungsabzeichens" gemacht wurde, sank die Mitgliederzahl bis zum Herbst 1953 auf etwa 350 000 ab.
Am 9. Juni 1953 leitete das Politbüro der SED mit einer „Empfehlung an die Regierung" den sogenannten „Neuen Kurs" ein. Dieser Beschluß des Politbüros war mit offenbarem Widerstreben und erst auf zweimalige Mahnung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 15. April und 3. Juni 1953 gefaßt worden. Der Kurswechsel kam daher auch für die GST völlig überraschend. Gerade Anfang Juni war die obligatorische Ausbildung aller Mitglieder im Scharfschießen mit Kleinkalibergewehren als Bestandteil der Grundausbildung angeordnet worden; nun mußten im Zeichen des „Neuen Kurses" alle auf eine intensive vormilitärische Ausbildung abgezielten Anordnungen der GST rückgängig gemacht werden. Im Juli 1953 interpretierte der Zentralvorstand der GST die „nächsten Aufgaben" der Organisation so:

„Der neue Kurs unserer Regierung ändert auch den Charakter unserer Gesellschaft. Die sportliche und technische Ausbildung – nicht die militärische – steht jetzt im Mittelpunkt unserer Arbeit. Die Aneignung technischer und sportlicher Kenntnisse hilft, unsere Wirtschaftspläne vorfristig zu erfüllen."

Der Schwerpunkt der Arbeit der GST verlagerte sich auf das politisch-ideologische Gebiet; denn der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 hatte gezeigt, daß auch die in der GST organisierten Bevölkerungskreise nicht mit dem Regime sympathisierten. Der „Neue Kurs" war aber, soweit er eine Zurücksetzung der vormilitärischen Ausbildung bedeutete, nur von kurzer Dauer. Bereits am 3. September 1953 stellte das Sekretariat des Zentralvorstandes der GST auf einer Arbeitstagung fest, die Festlegung der Hauptaufgabe der GST bedeute, „daß die bisherige Arbeit der GST richtig war und richtig ist". Das hieß, daß die vormilitärische Ausbildung und die politisch-ideologische Erziehung gegenüber der rein technischen und sportlichen Betätigung wieder in den Vordergrund treten sollten. Im Dezember 1954 erreichte daraufhin die Mitgliederzahl mit 182 000 ihren tiefsten Stand; zu diesem Zeitpunkt gehörten etwa 45 v. H. der Mitglieder der GST zur Sektion Motorsport, und nur etwa 8 v. H. beteiligten sich an der Arbeit der Sektion Sportschießen.
Ende November 1954 wurde ein neues Statut der GST angenommen, das stärker als das alte Statut vom August 1952 den Charakter und die Zielsetzung der Organisation offenkundig werden läßt. Das neue Statut erkennt ausdrücklich an, daß die GST „aktiv unter der Führung der Arbeiterklasse und ihres Vortrupps, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" kämpft.

„Der Schutz und die Verteidigung der demokratischen Errungenschaften der DDR gegen Spionage, Sabotage und Provokation ist für jedes Mitglied der GST eine patriotische Pflicht. Die Mitglieder der GST sind verpflichtet, das gesellschaftliche Eigentum zu schützen und an der Stärkung der Verteidigungsbereitschaft unserer Heimat aktiv mitzuwirken." [1])

Das Statut legt die Aufgaben und die Arbeitsweise im einzelnen fest:

„a) erläutert die GST den Mitgliedern und darüber hinaus allen Werktätigen ihre Ziele und Aufgaben, organisiert sie die systematische Ausbildung nach den Lehrplänen und die regelmäßige Teilnahme der Mitglieder;

b) organisiert sie gemeinsam mit den Ausschüssen der Nationalen Front die politische Massenarbeit durch den Einsatz der Mitglieder als Aufklärer und durch sportliche Veranstaltungen und hilft den Mitgliedern, ihre Lernergebnisse und Leistungen am Arbeitsplatz zu verbessern;

c) führt sie zur Festigung der kameradschaftlichen Verbindung mit den Einheiten der Volkspolizei gemeinsame sportliche Veranstaltungen und Wettbewerbe durch;

---

[1]) Statut der Gesellschaft für Sport und Technik. In: „Beilage ‚Sport und Technik'", 3. Jahrgang, Nr. 24, Dezember 1954.

d) gibt sie Zeitungen, Zeitschriften, Lehrmaterialien, Bücher und Werbematerialien heraus, um die patriotische Erziehung und Ausbildung der Mitglieder zu unterstützen und der Bevölkerung die Erfolge der GST interessant und lebendig nahezubringen, läßt sie Lehr- und Agitationsfilme herstellen, hält Lektionen, Vorträge und führt Veranstaltungen, Ausstellungen usw. durch; nutzt sie die demokratische Presse und den Rundfunk für die Propagierung ihrer Arbeit und der Erfolge bei Wettkämpfen und Meisterschaften;

e) bildet sie Lehrgruppen, Zirkel und Sportmannschaften, errichtet sie Schiffs- und Flugmodellbauwerkstätten, Fallschirmsportstätten, Kollektivsender und Empfangszentralen, Schießplätze, Sportlager usw.;

f) bildet sie Klubs, die zu Zentren der Ausbildungsarbeit zu entwickeln sind und allen Ausbildungsfunktionären eine allseitige Hilfe bei ihrer Tätigkeit geben sollen;

g) veranstaltet sie Wettbewerbe und Vergleichswettkämpfe zwischen Lehrgruppen, Zirkeln und Sportmannschaften der Grundeinheiten, Kreis- und Bezirksorganisationen, um den Massensport zu entwickeln; ermöglicht sie die Ablegung der Leistungsabzeichen, führt Meisterschaften durch, um in allen Sportarten sportliche und technische Höchstleistungen zu erreichen;

h) unterhält sie Verbindungen zu den Sportorganisationen der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder, wertet ständig deren Erfahrungen zur Verbesserung der eigenen Sportarbeit aus, beteiligt sich an internationalen Wettkämpfen und sorgt für die Aufnahme der Verbindung mit fortschrittlichen Sportorganisationen kapitalistischer Länder, besonders mit den Arbeitersportorganisationen Westdeutschlands;

i) unterhält sie Schulen zur Heranbildung und Qualifizierung von Funktionären;

j) festigt und stärkt sie ständig die Zusammenarbeit mit den Leitungen und Mitgliedern der FDJ zur Gewinnung der Mehrheit der Jugend für die aktive sportliche und technische Betätigung innerhalb der GST;

k) stellt sie Ausbildungsgeräte und Materialien für die Ausbildung zur Verfügung und nutzt zusätzlich alle örtlichen und betrieblichen Reserven, entwickelt und fördert die Initiative der Mitglieder zum Selbstbau von Ausbildungsgeräten und -stätten."

Die GST ist nach dem Territorial- und dem Betriebsprinzip aufgebaut. Oberstes Organ ist der Kongreß; er soll in der Regel alle vier Jahre einmal zusammentreten; der erste Kongreß fand im September 1956 statt. Der Zentralvorstand ist statutenmäßig für die Durchführung der Beschlüsse des Kongresses verantwortlich; bei ihm liegt in der Praxis die Entscheidung über alle wichtigen Angelegenheiten der GST. Der Zentralvorstand bildet aus seinen Reihen das Sekretariat, an dessen Spitze – als Leiter der GST – der Erste Sekretär steht. Bei der Gründung der Gesellschaft wurde Halle an der Saale zum Sitz des Zentralvorstandes bestimmt, nach der Unterstellung der GST unter das Ministerium für Nationale Verteidigung wurde der Sitz des Zentralvorstandes nach Neuenhagen bei Berlin, in unmittelbare Nähe des Stabes der Nationalen Volksarmee, verlegt.

In den Bezirken tritt laut Satzung „in der Regel" alle zwei Jahre die Bezirksdelegiertenkonferenz zusammen, die Leitung der Arbeit in den Bezirken obliegt der Bezirksleitung und dem von ihr gebildeten Sekretariat. In gleicher

Weise ist die Gesellschaft in den Kreisen aufgebaut (Delegiertenkonferenz – Kreisleitung – Sekretariat).
Grundeinheiten werden in den Großbetrieben und Verwaltungen, an den Universitäten, Schulen, Lehranstalten, Maschinen-Traktoren-Stationen, Volkseigenen Gütern, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften usw. gebildet.
Diese Ordnung wurde im Oktober 1955 insofern ergänzt, als die Grundeinheiten sich jetzt nicht mehr allein nach Betrieben usw. abgrenzen, sondern es daneben auch überbetriebliche Grundeinheiten gibt, um die vormilitärische Ausbildung intensivieren und alle Bevölkerungskreise erfassen zu können. Ähnlich wie die Kampfgruppen der Partei ist auch die GST nach Hundertschaften, Abteilungen und Gruppen gegliedert.
Dieser Aufbau der GST nach den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus" bedeutet, daß alle Macht in der Zentrale, beim Zentralverband und dem Ersten Sekretär, liegt. Die Wahlen zu den leitenden Organen der GST müssen nach dem Statut in „offener Abstimmung" erfolgen, womit die SED auf jeden Fall die ihr genehmen Kandidaten durchsetzen kann. (Die ersten Wahlen, in 8500 Grundeinheiten, fanden im Jahre 1956 vor dem I. Kongreß statt.) Die Organe in den Bezirken, Kreisen usw. konstituieren sich und arbeiten nach den Richtlinien des Zentralvorstandes.
Die Haushaltspläne und die Struktur- und Stellenpläne der Grundeinheiten werden vom Zentralvorstand bestätigt, und die Verwaltung des Vermögens, der Objekte, Materialien und Geräte obliegt nach den Richtlinien des Zentralvorstandes den Bezirks- und Kreisleitungen; die Mittel aber müssen weitgehend von den Grundeinheiten selbst aufgebracht werden. Die Geldmittel der Grundeinheiten setzen sich zusammen aus einem 25prozentigen Anteil an den Mitgliedsbeiträgen (für Schüler und Lehrlinge 0,25 DM-Ost, für Berufstätige zwischen 0,50 und 5,– DM-Ost), den Zuschüssen der Betriebe, den Zuwendungen von Institutionen und Organisationen und dem anteiligen Erlös von Veranstaltungen und Sammlungen. Aus den Beiträgen müssen alle Ausgaben für die Arbeit in den Kreisen bestritten werden. Für den Unterhalt der GST-Schulen, für die Beschaffung von Waffen und Ausrüstungsgegenständen und für die Gehälter der hauptamtlichen Funktionäre kommt der Zentralvorstand auf, dem staatliche Zuschüsse zur Verfügung stehen. Zu den hauptamtlichen Funktionären in den Bezirken und Kreisen gehören neben dem Ersten Sekretär und seinem Polit-Stellvertreter Instrukteure für Ausbildung, für Kadernachweisführung und für Wirtschaft und Finanzen. Die Leiter der Grundorganisationen und Stützpunkte arbeiten ehrenamtlich.
Die *militärischen Zielsetzungen* der GST, die schon im Statut vom November 1954 deutlich hervortraten, wurden noch entschiedener betont, als im Januar 1955 der Funktionärskörper der GST weitgehend überprüft und der bisherige Vorsitzende, *Arno Berthold,* ein ehemaliger Oberstleutnant der Wehrmacht, durch den bisherigen Stellvertretenden Minister für Verkehrswesen und frü-

heren Generalinspekteur der KVP, *Richard Staimer*, ersetzt wurde. Staimer, Altkommunist und Spanienkämpfer, ist heute noch Erster Sekretär der GST. Er sah bei der Übernahme seiner Tätigkeit seine Hauptaufgabe darin,

„die Gesellschaft von ihren zivilen Elementen zu säubern und daraus binnen kürzester Frist eine straffe militärische Massenorganisation zu machen, die mehr als bisher zum Kaderreservoir der bewaffneten Streitkräfte dienen soll."

Ähnlich umriß *Staimer* auf der Zentralen Funktionärskonferenz der GST vom 4. März 1955 seine Vorstellung von den Aufgaben der GST:

„Ein Teil der Mitglieder und Funktionäre ist noch der Auffassung, daß die GST nur eine Sportorganisation sei, ohne dabei zu erkennen, daß unsere Organisation die Aufgabe hat, den Werktätigen zu helfen, die Militärwissenschaft zu erlernen, und die Militärtechnik zu meistern." [1])

Eine treffende Charakterisierung der Ziele der GST findet man in der Zeitschrift „Neuer Weg", dem zentralen SED-Organ für Fragen des Parteiaufbaues und des Parteilebens:

„Im Mittelpunkt der Ausbildung in der GST steht die Aneignung der militärwissenschaftlichen und militärtechnischen Kenntnisse in allen Sportarten. Diese Ausbildung hat aber nur dann einen Sinn, wenn die GST in ihren Reihen mit den Überresten der bürgerlichen Ideologie, den Tendenzen des Pazifismus, der in der GST besonders im Nur-Sportlertum seinen Ausdruck findet, Schluß macht. Solche Nur-Sportler glauben, es genüge, wenn sie z. B. im Motorsport die Fahrerlaubnis erwerben, sie halten es nicht für notwendig, gleichzeitig an der Schießausbildung und Geländekunde teilzunehmen und sich einer straffen Disziplin zu fügen." [2])

Im Sommer 1955 wurden in der Sowjetzone *„Kampfpläne zur Verbesserung der militärischen Ausbildung innerhalb der GST"* aufgestellt. In den Grundeinheiten kam die Forderung auf, daß die GST künftig auch an großkalibrigen Waffen auszubilden sei. Der Zentralvorstand entsandte 240 GST-Ausbilder unter Führung des ehemaligen Vorsitzenden *Berthold* in die Sowjetunion, die gemeinsam mit Ausbildern der polnischen und tschechoslowakischen Organisationen an einem mehrwöchigen Lehrgang der sowjetischen DOSAAF teilnahmen.
In den einzelnen Sparten der GST verlief die Entwicklung der nächsten Jahre folgendermaßen:
Obwohl der *Schießsport* bereits nach der Entschließung der Zentralen Funktionärskonferenz der GST vom 4. März 1955 in allen Sparten „zu einem wesentlichen Bestandteil der Gesamtarbeit" gemacht werden sollte, betrug im Spätsommer 1956 die Teilnahme der GST-Mitglieder am Sportschießen, von

[1]) Aus: „Das Banner", Halle an der Saale, 5/1955.

[2]) *Leo Kuntz:* Die Aufgaben der Partei bei der Stärkung der Gesellschaft für Sport und Technik. In: „Neuer Weg" 6/1955.

regionalen Ausnahmen abgesehen, nur 20 bis 25 v. H.[1]). Diese geringe Beteiligung am Schießsport ist aber im Mangel an Material begründet; die GST konnte nicht einmal ihren Meisterschützen geeignete Gewehre und Munition geben. Der Zentralvorstand kündigte mehrfach die Verbesserung und Vervollständigung von Waffen, Gerät und Munition an. Für den Mangel an Schießständen werden die örtlichen Stellen, vor allem die Räte der Kreise und Städte, verantwortlich gemacht. Die vorhandenen Stände haben zu wenige Bahnen, so daß Mannschaftsschießen nicht möglich sind und die Schützen zu lange warten müssen, ehe sie zum Schuß kommen.

Zur Popularisierung des Schießsportes werden seit einiger Zeit Massenschießen und Schützenfeste organisiert. Nach den Angaben *Staimers* auf dem I. Kongreß der GST (vom 14. bis 16. September 1956 in Chemnitz) haben von Januar bis September 1956 eine Million Menschen an solchen Veranstaltungen teilgenommen. Am 7. Jahrestag der „DDR" haben sich an einem Luftgewehrschießen allein in Berlin 110 000 Schützen beteiligt.[2])

Noch unbefriedigender als die Teilnahme an der Schießausbildung ist die Entwicklung im *Geländesport.* Vor dem schon erwähnten I. Kongreß der GST erklärte *Staimer,* daß die GST „über die Organisierung einiger Dutzend Geländespiele kaum hinausgekommen" sei.[3]) Bei solchen Übungen zeigte sich, „daß die Einzelausbildung der Kämpfer und Kameraden noch nicht genügend ist. Das Verhalten im Gelände, das Vorgehen unter Ausnutzung der Deckung, die geschickte Tarnung entsprechend den Geländeverhältnissen und die ständige Beobachtung des Kampffeldes sind noch nicht genügend geübt."[4]) *Staimer* schlug im September 1956 vor, „daß man z. B. Kämpfe der Arbeiterklasse und Kampfhandlungen des Spanienkrieges oder vielleicht bestimmte, schon bekannte Kämpfe des Lützower Freikorps nachspielt". Zur Förderung des Geländesportes sollen Kampfbahnen gebaut werden, es dürfte in Zukunft keinen Großbetrieb, keinen Sportplatz, keinen Volkspark ohne eine Kampfbahn geben.

Die Zeltlager der GST im Sommer 1956 haben – nach *Staimers* Worten – „das gestellte Ziel und ihren Zweck nicht erreicht". Die Sommerlager waren z. T. unterbelegt.

Recht stiefmütterlich scheint der *Pferdesport* in der GST behandelt zu werden:

„Zunächst sei festgestellt, daß das Jahr 1956 den Pferdesport keinen Schritt weitergebracht hat. Wir haben das Gefühl, daß der Pferdesport für die Funktionäre der

[1]) *Ernst Marlow:* Mehr Verantwortung in der Arbeit mit der Statistik. In: „Das Banner" 18/1956, 7. Beilage.

[2]) Nach: „Der Sport-Schütze", Januar 1957.

[3]) Rechenschaftsbericht des Sekretariats des Zentralvorstandes der GST. In: „Das Banner", 3. Sonderausgabe anläßlich des I. Kongresses der GST, 1956.

[4]) Gemeinsame Übung der Kampfgruppen und der GST in Weißenfels. In: „Freiheit", Halle an der Saale, vom 1. November 1955.

GST nicht aktuell genug ist und wahrscheinlich im Augenblick auch die notwendige Fachkenntnis fehlt. Wir Mitglieder verlangen von unseren Funktionären eine klare Linie und aktive Hilfe für den Pferdesport auf dem Lande." [1])

Hier ist schon der Unterhalt der Pferde, die meist den landwirtschaftlichen Betrieben gehören und dort nur schwer entbehrlich sind, ein Problem.
Auch der Stand der *technischen Ausbildung* und des *Flugsportes* in der GST befriedigt nicht. Auf die Frage „Was muß im Flugsport geändert werden?" antwortete vor dem I. Kongreß die GST-Zeitschrift „Flügel der Heimat": „Wir müssen mehr fliegen . . . Ändern muß sich auf alle Fälle in Zukunft die Versorgung mit Material zu Grundüberholungen."
Zwar hatte die GST im Februar 1953 fünf Motorflugzeuge, Doppeldecker älterer Bauart, von der Sowjetarmee erhalten, aber mit der Motorflugschulung sollte erst 1957 begonnen werden, bis 1959 soll in den Bezirken die Errichtung von Motorflugstützpunkten erreicht sein. Immerhin wurden im zweiten Quartal 1956 insgesamt 67 000 Starts mit Segelflugzeugen durchgeführt, 3635 Flugstunden geleistet und 687 Flugprüfungen abgelegt. Das *Fallschirmspringen* kann, da die Motorflugzeuge fehlen, vorerst nur von Sprungtürmen in Halle, Berlin, Kottbus, Zwickau und Dresden geübt werden. *Staimer* stellte für den *Nachrichtensport* – innerhalb dieser Sektion werden 70 v. H. der Teilnehmer im Funken, 20 v. H. in der Fernschreibetechnik und 10 v. H. in der Fernsprechtechnik ausgebildet – auf dem I. Kongreß fest, daß die Ausbildungsgeräte nicht mehr dem Stand der modernen Technik entsprächen. Er appellierte daher an den anwesenden Minister für Nationale Verteidigung, Generaloberst *Stoph,* modernes Gerät zur Verfügung zu stellen. Um vor den Mitgliedern der Motorsport-Gruppen den Mangel an Motorfahrzeugen zu verbergen, wird die Bedeutung der theoretischen Ausbildung stark betont:

„Viele unserer Kameraden erkennen noch nicht den Wert einer gründlichen theoretischen Ausbildung, gerade auf dem Gebiet des Motorsportes." [2])

Die Beteiligung in den Gruppen für Motorsport (ebenso wie für Flugsport, Nachrichten- und Seesport) ist verhältnismäßig rege. Die GST strebt an, daß der in ihren Reihen erworbene Führerschein mit der allgemeinen amtlichen Fahrerlaubnis von Kraftfahrzeugen gleichgestellt wird, um so das Interesse am Motorsport der GST noch stärker zu beleben.
Allgemein ist bei der vormilitärischen Ausbildung und auch bei der Erweiterung zu einer „Massenorganisation" vorerst noch der Mangel an Ausbildungsstätten, Waffen und Geräten hinderlich. Für die geregelte Ausbildung ist es

[1]) Ein ernstes Wort an unsere Funktionäre. In: „Sportschießen und Pferdesport", September 1956.
[2]) Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat. In: „Volksstimme", Chemnitz (Karl-Marx-Stadt), vom 1. Februar 1956.

auch störend, daß die meisten Mitglieder noch anderweitig in Parteiarbeit und „gesellschaftspolitisch" eingespannt sind. Die Umbildung der GST in eine milizartige Organisation ist bisher nicht gelungen. Vor dem erwähnten I. Kongreß der GST äußerte sich *Staimer* auch zu dem Aufbau und den Planungen der Gesellschaft:

„Was nützt uns überhaupt der im Plan vorgesehene Aufbau in Gruppen und Abteilungen, wenn Mehrschichtenbetriebe, Zusammensetzung der Mitglieder usw. diesen Plan zunichte machen?" [1])

Am stärksten ist die GST an den Schulen organisiert und wirksam; dort können die Mitglieder leicht zusammengehalten werden, und dort ist es am einfachsten, die vorgesehenen vier Übungsstunden in der Woche einzuhalten. Am geringsten ist das Interesse an den Universitäten und Hochschulen, wo auch ideologische Widerstände wirksam sein mögen.
Die Eifersucht der Freien Deutschen Jugend spielt eine abträgliche Rolle. Auf dem I. Kongreß bemerkte ein Diskussionsredner, daß beide Organisationen teilweise gegeneinanderarbeiten, weil „jeder versuchte, die Jugendlichen auf seine Seite zu ziehen". [2]) Zwar sicherte der Erste Sekretär des Zentralrats der FDJ, *Karl Namokel*, der GST die volle Unterstützung der FDJ zu. Gleichzeitig hieß es aber auch von anderer Seite: „Die FDJ wird künftig jede Unterstützung der Gesellschaft zur Erziehung der gesamten Jugend und zu ihrer Gewinnung für den Aufbau des Sozialismus erhalten." [3])
Der I. Kongreß der GST in Chemnitz vom 14. bis 16. September 1956 war eine Heerschau ihrer Wehrarbeit. Dort marschierten 60 000 GST-Mitglieder auf. Neben Verteidigungsminister *Willi Stoph* und Generalmajor *Fritz Dickel* waren auch die Vertreter der vormilitärischen Organisationen der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens, Albaniens, Jugoslawiens, Chinas und Nordkoreas als Ehrengäste erschienen. Minister *Stoph* erinnerte in seiner Rede vor den 1000 Delegierten vor allem an das Vorbild der sowjetischen DOSAAF. Es sei notwendig, daß die GST ihre Grundorganisation wesentlich erweitere, um zu einem „wichtigen Faktor bei der Stärkung der Volksmacht und beim Schutz der Heimat" zu werden. [4])

---

[1]) Aus: „Motorsport", Oktoberheft 1956.

[2]) Diskussionsbeitrag „Wer die Heimat liebt, wird sie verteidigen". In: „Das Banner", Nr. 20/1956.

[3]) Bis 1957 Flugstützpunkte in allen Bezirken. In: „Deutsches Sportecho" vom 21./22. September 1956.

[4]) In diesem Zusammenhang ist ein Beschluß des Zentralvorstandes der GST zu erwähnen, wonach bis zum 1. November 1957 in allen Kreisen der Sowjetzone *Alarmeinheiten* aus zuverlässigen Mitgliedern, die nach Möglichkeit bei der NVA gedient haben sollen, aufgestellt werden sollen. Für die Angehörigen der Alarmeinheiten sind Kleinkaliber-Gewehre und je 50 Schuß Munition vorgesehen, die in Waffenkammern gelagert werden sollen.

Nach dem I. Kongreß führte die GST zielbewußt und wendig ihre vormilitärische Ausbildungsarbeit fort. Sie soll der NVA vorgeschulte Rekruten geben und soll neben den Kampfgruppen (KG), der militärähnlichen Miliz der SED, eine zweite Miliz aufbauen. – Ein drittes, bedeutend knapperes Statut der GST war schon auf dem I. Kongreß am 16. September 1956 geheim beschlossen worden. Da der Ministerrat der „DDR" sich das letzte Wort dazu vorbehalten hatte, wurde es erst am 21. Februar 1957 bestätigt und in Kraft gesetzt.
Dieses Dritte Statut übernimmt die Bestimmungen des Zweiten Statutes von Ende 1954 im wesentlichen. Bemerkenswert sind zunächst einige Neufassungen, in denen sich die seit 1955 entwickelte militärpolitische Linie der Sowjetzone widerspiegelt: Die GST verzichtet auf die ausdrückliche Unterstellung unter die SED, unter eine Partei. Dafür spricht sie nun in § 3, Abs. 1, vom Staat und von patriotischen Pflichten gegen diesen Staat: „Die GST erzieht ihre Mitglieder zu guten Patrioten, zur Liebe und Treue zu ihrem ersten Arbeiter- und Bauern-Staat – der Deutschen Demokratischen Republik." Entsprechend heißt es in § 3, Abs. 3: „Sie läßt sich in ihrer Tätigkeit von den Beschlüssen der Organe unserer Arbeiter- und Bauern-Macht leiten." Gefordert wird nicht mehr die Bindung an die Volkspolizei, d. h. an die KVP, sondern an die NVA. Die GST pflegt, so lautet § 5, Abs. f, „in brüderlicher Verbundenheit eine enge Zusammenarbeit mit der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik". Auch jene Kräfte sollen für die Militärpropaganda und Wehrarbeit der GST eingespannt werden, die durch Ämter in Verwaltungen, Parteien oder Massenorganisationen allzusehr gefesselt sind. Deshalb ist der § 6, Abs. 2, neu eingefügt worden: „Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die durch gesellschaftliche Pflichten, wie z. B. in Organen der staatlichen Verwaltung, in wirtschaftlichen und anderen Funktionen sowie solche, die durch körperliche Schäden nicht an der Ausbildung teilnehmen können, haben die Möglichkeit, Freund der Gesellschaft für Sport und Technik zu werden."

B. DER POLIZEIAPPARAT UND SEINE VERBÄNDE

Neben der Nationalen Volksarmee gibt es in der Sowjetzone eine Reihe anderer bewaffneter Einheiten nach dem Vorbild der Sowjetunion, wo neben der Sowjetarmee weitere gut ausgerüstete Sicherungsverbände unterhalten werden. Sie sollen vor allem dem Regime innere Sicherheit garantieren. Wenn eine solche Sondertruppe existiert, ist das Regime nicht genötigt, bei inneren Unruhen die reguläre, (in der UdSSR) auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht aufgestellte Armee einzusetzen und im Volke zu diskreditieren. Außerdem steht dem Regime in Form dieser besonders zuverlässigen Sicherheitstruppen ein militärisches Instrument und Gegengewicht gegen die Armee bei eventuellen

internen Auseinandersetzungen zur Verfügung. Diese für alle autoritären Herrschaftsformen typische Erscheinung mehrerer voneinander getrennter militärischer Apparate gab es auch bis zu einem gewissen Grade im alten zaristischen Rußland. Die Unterhaltung von militärischen oder paramilitärischen Verbänden, die nicht einen Teil der Armee bilden, erscheint auch im Hinblick auf die internationalen Abrüstungsbestrebungen zweckmäßig: die Zahl der nominellen Soldaten und Armee-Verbände soll möglichst klein erscheinen; die paramilitärischen Verbände, die zudem weniger für den Angriff geeignet sind, werden meist nicht mitgezählt. Schließlich wird allgemein die Aufstellung besonderer Verbände, die als Polizei zwar mehr mit dem zivilen und wirtschaftlichen Leben im Staate zusammenhängen, aber es doch andererseits militärisch mobilisieren können, durch die moderne Kriegsführung begünstigt, bei der es angesichts der Gefahr einer vertikalen Umfassung (aus der Luft) kaum einen Unterschied zwischen Front und Heimat gibt. In diesem Sinne bilden also die Sonderverbände das Rückgrat der Zivilverteidigung, wenn nicht überhaupt einer bodenständigen Verteidigung.

Dieser Polizeiapparat ist in der Sowjetzone eng mit dem *Staatssicherheitsdienst* (SSD) verbunden. Der SSD stellt eine rein politische Polizei dar, dessen oberste Spitze das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Berlin-Lichtenberg bildet. Diese Polizei ist neben der den Staat tragenden kommunistischen Partei, der SED, die stärkste Stütze des Regimes.

Ihre Anfänge gehen auf die seit dem 1. Dezember 1947 unter Leitung der sogenannten Deutschen Verwaltung des Innern wirkenden Politischen Abteilungen (K 5) der Polizei zurück. Im späteren Ministerium des Innern wurden ihre Aufgaben seit dem 12. Oktober 1949 durch die Hauptverwaltung 2, „Schutz der Volkswirtschaft“, wahrgenommen. Im Februar 1950 wurde diese Hauptverwaltung zu einem selbständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet. Die vorübergehende Zurücksetzung des Staatssicherheitsdienstes in der Sowjetunion – durch Unterstellung der MGB unter das MWD nach dem Tode *Stalins*[1]) – fand auch in der Sowjetzone ihre Nachfolge, als nach dem

[1]) In der *Sowjetunion* wurden 1941 mit der Trennung der eigentlichen Geheimpolizei (Volkskommissariat für Staatssicherheit = NKGB) von dem Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (NKWD), das Nachfolger der ursprünglichen Tscheka, der späteren GPU und OGPU war, auch die entsprechenden Polizeiverbände voneinander getrennt. Im Jahre 1944 wurden die Volkskommissariate in Ministerien umbenannt: Aus dem NKWD wurde das MWD, aus dem NKGB das MGB. Im März 1953 wurde das MGB mit dem MWD verschmolzen, und die bis dahin zum MGB gehörenden Verbände, die Sicherheits- und Grenztruppen, kamen in die Zuständigkeit des MWD. Im März 1954 wurde in der Sowjetunion ein Komitee für Staatssicherheit (KGB) beim Ministerrat der Sowjetunion geschaffen, das als zentrale Behörde für Staatssicherheit praktisch eine Fortsetzung des MGB ist, dem *Stalin* die Aufgabe gestellt hatte, „eine Drohung an die Bourgeoisie, eine immer wachsame Wache der Revolution, das entblößte Schwert des Proletariats“ zu sein.

Volksaufstand vom 17. Juni 1953 der Minister für Staatssicherheit, *Wilhelm Zaisser*, abtreten mußte und seine Behörde zu einem Staatssekretariat für Staatssicherheit im Ministerium des Innern gemacht wurde. Im November 1955 wurde das Staatssekretariat wieder zum Ministerium erhoben. Minister für Staatssicherheit ist, als Nachfolger *Ernst Wollwebers*, seit November 1957 *Erich Mielke*.

Der Aufgabenkreis des Staatssicherheitsdienstes, auf dessen Gliederung und Arbeitsweise [1]) hier nicht näher eingegangen werden kann, ist praktisch allumfassend. Ihm obliegt nicht nur – wie jeder anderen politischen Polizei auch – die Aufdeckung von politischen Verbrechen und Vergehen und die Verfolgung von Spionage, sondern auch die Überwachung aller wirklichen oder vermeintlichen Gegner des Systems, wobei zu berücksichtigen ist, daß jeder dieser Begriffe in den Ländern unter kommunistischer Herrschaft einen sehr viel weiteren Inhalt hat als im Westen. Dem Staatssicherheitsdienst ist aber auch die Sicherung aller staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und der gesamten Volkswirtschaft, die Überwachung des Staatsapparates und selbst der staatstragenden kommunistischen Partei, der SED, sowie der von der SED gelenkten "Massenorganisationen" übertragen. (Daß der Staatssicherheitsdienst selbst durch ein Überwachungsorgan, die Hauptabteilung VIII S als Sonderabteilung, kontrolliert wird, rundet das Bild ab.) Für die Überwachung der Nationalen Volksarmee ist die Hauptabteilung I des Ministeriums für Staatssicherheit zuständig.

Bis Ende 1956 waren dem Ministerium für Staatssicherheit neben diesen Aufgaben, die von dem operativen Dienst des Staatssicherheitsdienstes, also der eigentlichen geheimen politischen Polizei wahrgenommen werden, noch besondere Sicherungsaufgaben übertragen, für deren Erfüllung er dem Zentralkomitee der SED einerseits und dem sowjetischen Komitee für Staatssicherheit (KGB) in Moskau andererseits verantwortlich ist, als dessen verlängerter Arm er in der Sowjetzone wirkt. Hierzu gehörten die Sicherung der Staatsgrenzen und Verkehrsverbindungen in der sogenannten „DDR". Dem Ministerium waren daher als selbständige Sonderverwaltungen die *Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei* (HVDGP) und die *Hauptabteilung Transportpolizei* unterstellt.

Wie eingangs erwähnt, ist den Sondertruppen entsprechend dem sowjetischen Vorbild die Aufgabe gestellt, innere Unruhen ohne Inanspruchnahme der Armee gegebenenfalls mit Waffengewalt zu unterdrücken. Dazu dienen kasernierte Wach- und Sicherungsverbände; sie unterstanden bis 1956 im Ministerium für Staatssicherheit der Sowjetzone der *Verwaltung Bereitschaftspolizei*.

Alle kasernierten Verbände, Grenzpolizei, Transportpolizei und Bereitschaftspolizei („Innere Truppen"), waren im Ministerium für Staatssicherheit dem

---

[1]) Vgl. „Der Staatssicherheitsdienst". Herausgegeben vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Berlin-Zehlendorf-West, 1956.

Generalmajor *Hermann Gartmann* unterstellt, der die Funktionen eines militärischen Beraters des Ministers für Staatssicherheit ausübte.

In dem Unterstellungsverhältnis dieser vom Ministerium für Staatssicherheit aufgebauten und geführten Verbände erfolgte am 1. November 1956 eine wichtige Veränderung: Aus der Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei (HVDGP), der Hauptverwaltung Transportpolizei und der Verwaltung Bereitschaftspolizei wurde eine „Hauptverwaltung Innere Sicherheit" (HVIS) gebildet, die dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellt war; ihre Leitung wurde dem bereits erwähnten Generalmajor *Hermann Gartmann* übertragen (Sitz in Pätz bei Königswusterhausen).

Diese Regelung war nur von kurzer Dauer; denn bereits im Februar 1957 wurde die Hauptverwaltung Innere Sicherheit aus der Zuständigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit in die des Ministeriums des Innern überführt und kurze Zeit später aufgelöst. Während die *Transportpolizei* der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei unterstellt wurde, unterstehen das neugebildete *Kommando der Deutschen Grenzpolizei* (Generalmajor *Ludwig)* und das ebenfalls neugebildete *Kommando der Deutschen Bereitschaftspolizei* (Generalmajor *Winkelmann)* unmittelbar dem Ministerium des Innern. Sitz dieser beiden Kommandos ist Pätz bei Königswusterhausen.

Im einzelnen verlief die Entwicklung dieser paramilitärischen Verbände und Sondereinheiten folgendermaßen:

Die *Deutsche Grenzpolizei* wurde im Dezember 1946 aufgestellt. Sie ist eine nach dem Vorbild der sowjetischen Grenztruppen gebildete militärische Formation mit polizeiähnlichen Sonderfunktionen. In der ersten Zeit vollbrachten ihre Angehörigen „Seite an Seite mit den sowjetischen Genossen ungezählte Heldentaten im täglichen Kampf gegen Schieber- und Schmugglerbanden, Agenten und Spione, die damals ihre ‚große Zeit' hatten".[1]) Im Mai 1952 wurde die Grenzpolizei aus dem Ministerium des Innern in das Ministerium für Staatssicherheit überführt.

Nach dem 17. Juni 1953 wurde dann die Grenzpolizei als eigene Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei (HVDGP) – neben der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (HVDVP) stehend – dem Ministerium des Innern eingegliedert. Von Mai 1955 bis Februar 1957 unterstand die Grenzpolizei wiederum dem Ministerium für Staatssicherheit. Bald nach dem Ausscheiden aus dem Ministerium für Staatssicherheit (im Februar 1957) hat die Grenzpolizei im Mai 1957 als Organisationsspitze das Kommando der Deutschen Grenzpolizei mit Sitz in Pätz bei Königswusterhausen erhalten. Bereits am 1. Dezember 1955 hatte ihr die sowjetische Besatzungsmacht offiziell die alleinige „Sicherung der Grenzen" übergeben. Seitdem obliegt ihr in vollem Umfang die Sicherung aller Grenzen der Sowjetzone, einschließlich des „Ringes

---

[1]) „Kampfgefährten" von Major *Trötscher,* Redaktion „Der Grenzpolizist". In: „Die Volksarmee" vom 1. Dezember 1956.

um Berlin". Sie übt die Kontrolle an den zum Grenzverkehr zugelassenen Kontrollpassierpunkten (KPP) für Fahrzeuge und Fußgänger und Kontrollpunkten (KP) für Fußgänger aus – gegen den illegalen Grenzverkehr.

Entsprechend diesen Aufgaben ist die Grenzpolizei als kasernierter Verband in *Bereitschaften* (Regimenter), *Kommandanturen* (Bataillone) und *Kommandos* (Kompanien) gegliedert. [1]) Je nach den örtlichen Gegebenheiten zählt die Bereitschaft in der Regel drei bis vier Kommandanturen, denen meist je vier, in einzelnen Fällen auch mehr Kommandos unterstellt sind. Die Kontrollpassierpunkte an der Zonengrenze und die Hauptübergänge an den „Staatsgrenzen" unterstehen den Bereitschaftsstäben direkt. Weniger wichtige Kontrollpassierpunkte an der Küste, an der Oder-Neiße-Demarkationslinie und der CSR-Grenze sind den Kommandanturen unterstellt, die Kontrollpunkte am „Ring um Berlin" werden auch von den Kommandos aus besetzt. Für den Kontrollpassierpunkt Marienborn, den Hauptübergang im Interzonenverkehr, ist die Hauptverwaltung selbst zuständig.

Von den 29 *Grenzbereitschaften,* die mit den Ausbildungseinheiten etwa 35 000–38 000 Mann zählen, stehen an der „Demarkationslinie" (Zonengrenze) von der Lübecker Bucht bis zum bayerisch-sächsisch-tschechischen Grenzpunkt 16 Bereitschaften.[2]) Sie unterstehen den Divisionsstäben („Abschnittsverwaltungen") in Perleberg, Magdeburg, Erfurt und Dittrichshütte. Im Gegensatz zu den Bereitschaften dieser Abschnitte und des „Ringes um Berlin" ist die Sollstärke im Küstenabschnitt (Stab in Rostock), an der Oder-Neiße-Demarkationslinie und der Grenze mit der CSR nicht erreicht. Ein Grund hierfür dürfte sein, daß bei der Aufstellung der „Inneren Truppen" 1955 diese einen erheblichen Teil der Grenzpolizei-Rekruten bekamen.

Die Ausbildung der Grenzpolizisten, welche die olivfarbene Uniform nach sowjetischem Schnitt und mit der grünen Paspelierung der Grenztruppen der UdSSR tragen und militärische Dienstgradbezeichnungen führen, erfolgt in den Ausbildungskompanien der einzelnen Bereitschaften. Neben dem Polit-Unterricht, der in gleicher Weise wie bei der Nationalen Volksarmee von den Polit-Offizieren erteilt wird, steht die infanteristische Ausbildung im Vordergrund. Auch der Unterricht im „Grenzfach" entspricht mehr der Ausbildung des infanteristischen Einzelkämpfers als der eines Polizeibeamten, wenn auch in diesem Rahmen die Vorschriften über Festnahme und Durchsuchung behandelt werden. Der vorwiegend militärische Charakter der Grenzpolizei wird ferner dadurch gekennzeichnet, daß die Einheiten auch nach erfolgter Grundausbildung Gefechtsübungen aller Art im Rahmen eines Infanterie-Zuges, einer -Kompanie oder eines -Bataillons durchführen. Die Offiziere der Grenzpolizei

[1]) Vgl. *Heinrich v. zur Mühlen:* Die Grenztruppen der „DDR". In: „SBZ-Archiv" Nr. 15/1955, S. 230–232.

[2]) Nach ernsthaften Schätzungen zählt die Grenzpolizei 42 000–46 000 Mann. Dabei dürften aber die nichtkasernierten Grenzpolizei-Helfer mitgerechnet worden sein.

werden zu den Lehrgängen für Kompaniechefs, Bataillons- und Regimentskommandeure an der Höheren Kommandeurschule der Nationalen Volksarmee in Dresden abkommandiert.
Die politische Erziehung und Überwachung der Grenzpolizei erfolgt nach demselben Schema wie in der Nationalen Volksarmee und wird von der Hauptabteilung für politische Arbeit gesteuert. Ebenso wie bei den Regimentern der Nationalen Volksarmee sind auch den Bereitschaften der Grenzpolizei Verbindungsoffiziere des Staatssicherheitsdienstes zugeteilt.
Allen Einheiten der Grenzpolizei sind „Aufklärungsgruppen" eingegliedert, die aus Angehörigen des „operativen Dienstes" des Staatssicherheitsdienstes bestehen und im Zonengrenzraum besondere Überwachungsfunktionen wahrnehmen: Zu ihren Aufgaben gehört es, jenseits der Zonengrenze den grenznahen Raum durch Agenten „aufzuklären"; sie haben auch für die Einschleusung der in die Bundesrepublik entsandten Agenten und Kuriere, soweit diese nicht die offiziellen Grenzübertrittspunkte passieren, zu sorgen.
Zur Unterstützung der Grenzpolizei wurden *„Grenzpolizeihelfer"* den örtlichen Grenzpolizeikommandos oder Kontrollpassierpunkten zugeteilt. Diese Freiwilligen werden an Infanteriewaffen ausgebildet, haben im Dienst Hilfspolizeivollmacht und müssen sich verpflichten, im Monat mindestens zwölf Stunden Dienst zu leisten. Ihre Hauptaufgabe ist die Beobachtung und Ermittlung von sogenannten „Schwerpunkten", d. h. Spitzeltätigkeit.
Die Einheiten der Grenzpolizei sind auf engste Zusammenarbeit mit den in der Sowjetzone stationierten sowjetischen Grenztruppen angewiesen, deren Kommandeure praktisch die gleiche Rolle wie die „Berater" bei der Armee spielen. In jedem Bereitschaftsabschnitt an der „Staatsgrenze West" (Zonengrenze) und im „Ring um Berlin" ist ein *sowjetisches Grenzbataillon* stationiert, das diesen Abschnitt sichert. Jeder Abteilung der Hauptverwaltung und den Stäben sind sowjetische „Berater" zugeteilt, an deren Spitze ein sowjetischer General (mit Sitz in Wünsdorf) steht; er ist Chefberater des Chefs des Kommandos der Deutschen Grenzpolizei.
Die Grenztruppen verfügen über mittelschwere Begleitwaffen und haben mindestens den Kampfwert motorisierter Infanterie.
Wie in der Sowjetunion obliegen auch in der Sowjetzone die politische Überwachung und der Schutz des Verkehrswesens dem Ministerium für Staatssicherheit. Das gilt insbesondere für die Deutsche Reichsbahn, da sich der Personen- und Wagenverkehr in Mitteldeutschland zu 80 v. H. der Schienenwege bedient. Bei den Aufgaben der *Transportpolizei* ist zwischen der eigentlichen politischen und abwehrmäßigen Überwachung einerseits und dem ständigen Schutz der reichsbahneigenen Anlagen, namentlich vor Sabotage- und „Diversions"-Anschlägen, andererseits zu unterscheiden. Die erstgenannten Aufgaben nimmt ein besonderer Kontrollapparat des Staatssicherheitsdienstes mit geheimpolizeilichen Funktionen wahr, dessen Arbeit von der Hauptabteilung XIII Transport des Ministeriums gesteuert, während die Bewachung

der Verkehrsanlagen, insbesondere der Eisenbahnbrücken, Viadukte usw., sowie der polizeiliche Ordnungsdienst auf diesen Verkehrsanlagen Sache der Transportpolizei ist.

Die *Transportpolizei (Trapo)* ist aus dem ursprünglich zivilen Bahnschutz der Reichsbahn und der uniformierten Bahnpolizei schon in den ersten Nachkriegsjahren zu einem Sonderverband der Volkspolizei entwickelt worden, zu dessen wichtigsten Aufgaben Jahre hindurch der Schutz der in den Osten rollenden Züge mit Reparationsgütern gehörte. Sie unterstand bis Ende 1952 dei Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (HVDVP) im Ministerium des Innern und war vom Januar 1953 bis Februar 1957 als polizeilicher Sonderverband dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellt. Im Zuge der oben geschilderten Umgliederung wurde die Transportpolizei dem Ministerium des Innern unterstellt. Sie bildet eine Hauptabteilung in der *Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei.* [1])

Die Transportpolizei unterscheidet sich von den anderen Polizeiverbänden der Sowjetzone durch hochgeschlossene dunkelblaue Uniform. Im Unterschied zur Grenzpolizei und zur Bereitschaftspolizei, deren Angehörige ebenso wie die hauptamtlichen Mitarbeiter des operativen Dienstes des Staatssicherheitsdienstes militärische Dienstgradbezeichnungen führen, entsprechen die Ränge der Transportpolizisten denen der allgemeinen Volkspolizei.

An der Spitze der größtenteils kasernierten Transportpolizei steht der Chefinspekteur (Generalmajor) *Otto Auerswald.* Die Hauptabteilung Transportpolizei hat als regionale Kommandobehörde acht Volkspolizei-Abschnitte (Transport), in Berlin, Kottbus, Dresden, Erfurt, Greifswald, Halle Magdeburg und Schwerin, deren Stärke je nach Verkehrsdichte und Bedeutung des Abschnittes verschieden ist. Bei der Bedeutung Berlins als des Verkehrsknotenpunktes Mitteldeutschlands sind dem Volkspolizei-Abschnitt (Transport) Berlin – VP-A (T) Berlin – allein 16 Kompanien Transportpolizei unterstellt, während entsprechend der geringen Verkehrsdichte im mecklenburgischen Raum den VP-A (T) in Schwerin und in Greifswald nur 5 bzw. 7 Kompanien unterstehen. Insgesamt verfügt die Transportpolizei gegenwärtig über 8300 Mann in 70 Kompanien, die an den Verkehrsschwerpunkten stationiert sind. Die Stärke dieser Kompanien schwankt zwischen 80 und 140 Mann und dürfte im Mittel zur Zeit 100 bis 110 Mann betragen.

Neben den zur normalen „Objektbewachung" eingesetzten Kompanien verfügt die Transportpolizei auch über Sonderkompanien, welche die Zugbegleitkommandos (ZBK) stellen. Diese überwachen den Reiseverkehr in Personen- und Schnellzügen. Den Fernverkehr nach Berlin überwachen die ZBK-Einheiten der außerhalb Berlins liegenden Abschnitte, während die Kontrolle des Nahverkehrs, insbesondere der Personenzüge, den detachierten Zügen der ZBK-Kompanien in Berlin-Johannistal, dem Sitz des VP-A (T) Berlin, obliegt.

---

[1]) s. oben S. 56 f.

Im Frühjahr 1956 erhielt diese polizeiliche Wachtruppe einen stärkeren militärischen Charakter. Die Einweisungslehrgänge wurden auf ein Vierteljahr verlängert. Auf die infanteristische Grundausbildung sowie auf den Schießdienst wird seitdem wesentlich größeres Gewicht gelegt als bisher. Zur Ausbildung am Karabiner 98 k und der Pistole ist die Ausbildung an leichten und schweren Maschinengewehren hinzugekommen, so daß die Transportpolizei – gleichgültig, welchem Ministerium sie unterstellt ist –, in absehbarer Zeit im Rahmen der bewaffneten Kräfte als kasernierter Sonderverband militärischen Charakters an Gewicht gewinnen wird. Daneben ist auch der politisch-ideologischen Schulung größere Aufmerksamkeit geschenkt worden.
Im Jahre 1956 wurden im übrigen für den gesamten Reichsbahndienst militärische Formen eingeführt. Die „Verordnung über die Pflichten und Rechte der Eisenbahner in der Deutschen Demokratischen Republik" [1]) vom 18. Oktober 1956 verlangt von dem Personal „strenge Disziplin". Die Befehlsgewalt der Vorgesetzten und Gehorsamspflicht der Untergebenen sind stark herausgestellt; die Dienstränge, der Titel und das Ehrenzeichen „Verdienter Eisenbahner der Deutschen Demokratischen Republik" sowie die „Verdienstmedaille der Deutschen Reichsbahn" spielen eine erhebliche Rolle, und das „vorschriftsmäßige Tragen der Uniform und die Grußpflicht der Eisenbahner untereinander" sind bis ins kleinste geordnet; jeder Eisenbahner ist schließlich zur „ständigen Wachsamkeit und Abwehr von Störversuchen und Anschlägen gegen die Deutsche Reichsbahn" gesetzlich verpflichtet. Die Eisenbahner-Verordnung greift in die Freizeit ein: Jedem Eisenbahner wird zur Pflicht gemacht, „sich ständig gesellschaftlich und fachlich zu qualifizieren". Damit ist die Unterwerfung unter die ideologische Erziehung der SED vollkommen.
Wie der Staatssicherheitsdienst in der Sowjetunion eigene rein militärische Verbände unterhält, so hat auch der Staatssicherheitsdienst in der Sowjetzone schon bald nach seiner offiziellen Errichtung mit der Aufstellung militärischer Sondereinheiten begonnen. Als erstes wurde in Berlin-Adlershof ein *Wach-Regiment* aufgestellt, und in den damaligen fünf Landeshauptstädten Dresden, Erfurt, Halle, Potsdam und Schwerin wurde je ein *Wach-Bataillon* gebildet. Aufgabe dieser Einheiten war einmal die Sicherung der eigenen Einrichtungen des Staatssicherheitsdienstes und der wichtigsten Regierungsgebäude, zum anderen auch der „Personenschutz", d. h. der Schutz der höchsten Partei- und Staatsfunktionäre; für den Personenschutz ist die Hauptabteilung PS (Personenschutz) im Ministerium für Staatssicherheit verantwortlich, der diese Truppen auch unterstellt waren. An ihre Offiziere und Mannschaften wurden besondere „kaderpolitische" Anforderungen gestellt. Diese Einheiten haben auch während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 das von den kommunistischen Machthabern in sie gesetzte Vertrauen nicht enttäuscht. Sie blieben bestehen, obwohl das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) vom 26. Juli 1953 bis zum

[1]) Aus: „Gesetzblatt der DDR" – Teil I, vom 14. November 1956.

23. November 1955 auf den Stand eines Staatssekretariats im Ministerium des Innern beschränkt wurde. Ermutigt durch das Verhalten dieser Verbände im Juniaufstand, und um in Zukunft bei Volkserhebungen nicht die eigentliche Armee zum Schutz des kommunistischen Regimes einsetzen zu müssen, begann das Regime eineinhalb Jahre später, aus den erwähnten Wachverbänden neue Einheiten zu entwickeln.

Zunächst wurde Ende 1954 das in Adlershof stationierte Wach-Regiment des Staatssekretariats für Staatssicherheit geteilt, und es entstanden durch Auffüllung zwei regimentsstarke Einheiten: das *Wach-Regiment Adlershof* unter Oberstleutnant *Barth* und das *Sicherungsregiment Berlin*, dessen Führung zunächst dem bisherigen Chef der Verbände des Staatssekretariats für Staatssicherheit, Oberst *Engelbrecht*, übertragen wurde. Das Wach-Regiment mit seinen zwei Wach-Bataillonen und einem Kampf-Bataillon sowie einigen Sonderkompanien blieb der Hauptabteilung PS als Verfügungstruppe unterstellt; es unterschied sich zunächst von den am 1. Mai 1955 als *„Innere Truppen"* zusammengefaßten militärischen Verbänden des Staatssicherheitsdienstes in der Uniform, die im wesentlichen der Uniform der Nationalen Volksarmee entspricht, während die Inneren Truppen noch bis zum Sommer 1957 die olivfarbene Uniform nach sowjetischer Art trugen.

Diese „Inneren Truppen", die aus den als Kader verwendeten Bataillonen des Staatssekretariats für Staatssicherheit hervorgingen und durch Neuaufstellungen stark vermehrt wurden, erhielten im Frühjahr 1955 in der „Verwaltung Innere Truppen" des Staatssekretariats für Staatssicherheit eine eigene Kommandobehörde, deren Leitung dem Generalmajor *Paech* übertragen wurde. Sein Stellvertreter wurde Oberst *Engelbrecht*, ein ehemaliger Wehrmachtsoffizier. Als Chef des Stabes fungiert der ehemalige Oberleutnant der Wehrmacht und Ritterkreuzträger *Paul Markgraf*, jetzt Oberst, der von 1945 bis 1948 Polizeipräsident in Berlin war. Außer ihm sind auch andere Offiziere aus der Kasernierten Volkspolizei in die Inneren Truppen übernommen worden. Im Oktober 1956 wurden die *„Inneren Truppen"* in *„Bereitschaftspolizei"* umbenannt, ohne daß sich jedoch in ihrem militärischen Charakter etwas änderte. Im November 1956 wurde, wie bereits dargelegt, die „Hauptverwaltung Innere Sicherheit" gebildet, und im Februar 1957 wurden schließlich die Verbände der „Bereitschaftspolizei" aus der Zuständigkeit des SSD gelöst und dem Ministerium des Innern unterstellt. An der Spitze der Bereitschaftspolizei steht Generalmajor *Winkelmann* als Chef des *Kommandos der Deutschen Bereitschaftspolizei* (Sitz: Pätz bei Königswusterhausen).

Diese „Bereitschaftspolizei" wurde unabhängig von den VP-Bereitschaften der eigentlichen Volkspolizei aufgebaut. Sie gliederte sich zunächst in *S (Sicherungs) -Regimenter* und in *Mot. Regimenter*, die auch mit leichten Panzerfahrzeugen und schweren Waffen ausgerüstet werden. Nach den Planungen sollte in jedem der 15 Verwaltungsbezirke der Sowjetzone ein S-Regiment aufgestellt werden.

In Berlin steht so neben dem Wach-Regiment (fünf Bataillone)[1]) das S-Regiment Berlin unter Führung von Major *Smolka* in Stärke von drei Bataillonen. Daneben sind in Basdorf bei Bernau und in Potsdam noch die Mot. Regimenter Berlin I und Berlin II mit ebenfalls je drei Bataillonen stationiert, so daß das Regime allein im Raum um Berlin über 14 Bataillone zur Aufrechterhaltung der „inneren Sicherheit" verfügt.
Weitere S-Regimenter sind in Schwerin, Erfurt, Dresden, Halle (zwei) und Potsdam stationiert, deren Bataillone nicht selten disloziert sind und offenkundig durch Auffüllung zu selbständigen Einheiten fortentwickelt werden sollen. So liegt z. B. je ein Bataillon des Regimentes Erfurt in Gera, Suhl und Erfurt; diese Bataillone sind durch Auffüllung der nach Gera, Suhl und Erfurt verlegten Kompanien des früheren Wach-Bataillons Erfurt entstanden. Einen besonderen Verband der Bereitschaftspolizei bildete die *Brigade Karl-Marx-Stadt* (Chemnitz), die im August 1956 aufgestellt wurde, um das Uran-Berg-baugebiet zu sichern. Sie wurde Ende 1957 aufgeteilt und verlegt, weil die Sicherung dieser Urangruben durch die Bezirksbehörde Siegmar-Schönau der Volkspolizei übernommen wurde, die vor allem als besondere Wismut-Betriebsschutz-Behörde wirkt
Diese Gliederung ist nach der geschilderten Änderung der Unterstellungsverhältnisse geändert worden. Um die motorisierten Regimenter aufzufüllen und um solche Regimenter neu aufzustellen, sind die S-Regimenter bis Herbst 1957 aufgelöst worden. Mit Ausnahme der vier Bereitschaften in Ostberlin wurden zu diesem Zweck auch aufgelöst die kasernierten Bereitschaften der territorialen „Volkspolizei", die seit 1953 stets der HVDVP unterstanden hatten.[2])
Im Herbst 1956 veranstalteten die Betriebsparteiorganisationen in den Betrieben der Sowjetzone eine Werbekampagne für den Eintritt in die Bereitschaftspolizei. Dabei wurde „der Schutz der Herzstücke unserer Wirtschaft, darunter auch die gesamten Objekte der SDAG Wismut, der Aufbau des ersten Atom-Reaktors, unserer großen Werften und anderer wichtiger Betriebe vor Agenten und Saboteuren" als eine Aufgabe der Bereitschaftspolizei bezeichnet.[3]) Die Jugendlichen wurden mit dem Hinweis auf Vorteile des zweijährigen Dienstes „in der Uniform mit den dunkelblauen Spiegeln"[4]) ge-

[1]) Das Wach-Regiment Adlershof ist nach der Neugliederung vom Februar 1957 als einzige Truppe unmittelbar unter der Zuständigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit verblieben. Es gliedert sich in vier Wachbataillone und ein Kampfbataillon.

[2]) Vgl. *Heinrich v. zur Mühlen:* Konzentration der Kräfte bei der Volkspolizei. In: „SBZ-Archiv" 1/1958.

[3]) Nach: „Der Parteiarbeiter", Organ der Bezirksleitung Potsdam der SED, Heft 5, Oktober 1956.

[4]) Seit dem Sommer 1957 ist die khakifarbene Uniform nach sowjetischem Schnitt mit den dunkelblauen Kragenspiegeln durch die graugrüne Polizeiuniform ersetzt worden.

worben. Ihnen wurde versprochen: „Nach Absolvierung eines Einführungslehrganges geht es in die Einheiten, wobei auch die Möglichkeit besteht, zu motorisierten Einheiten zu kommen, die technisch gut ausgerüstet sind.“ [1])
Der Bedarf an Führungspersonal für diese Einheiten, die eine Stärke von 25 000 Mann erreicht haben dürften, decken eine zunächst in Dingelstedt bei Halberstadt untergebrachte eigene Offiziersschule und das Lehr-Regiment in Potsdam, das in Jahreslehrgängen Unteroffiziere heranbildet. Die ersten Unterführer wurden in Lehrgängen auf der Insel Rügen ausgebildet, die von den in Prora stationierten KVP-Einheiten durchgeführt wurden. Den Nachwuchs an Politoffizieren soll die für die Bereitschafts-, Grenz- und Transportpolizei gemeinsame Politoffiziers-Schule in Groß-Glienicke bei Potsdam heranbilden.
Wie bei den früheren Wacheinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit, so werden auch bei der Bereitschaftspolizei besondere „kaderpolitische“ Anforderungen an Offiziere und Mannschaften gestellt.
Abschließend ist zur „Bereitschaftspolizei“ zu sagen, daß es sich hier um eine Verfügungstruppe handelt, die den Charakter motorisierter Infanterie besitzt und mit mittelschweren Begleitwaffen ausgestattet ist.

Die Volkspolizei

Neben dem Staatssicherheitsdienst und den drei Truppenpolizeien steht in der Sowjetzone – so wie in der Sowjetunion und den anderen Satellitenstaaten – ein Apparat der allgemeinen Polizei,[2]) der sich jedoch weder nach seinem Umfang noch nach den ihm gestellten Aufgaben mit den Polizeiverwaltungen westlicher Länder vergleichen läßt. Die Spitze dieses Apparates, mit dessen Aufbau schon im Juni 1945 begonnen wurde, bildet die *Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei* (HVDVP) im Ministerium des Innern, das seit dem 1. Juli 1955 von dem langjährigen Chef der Deutschen Volkspolizei und Generalinspekteur *Karl Maron* geleitet wird. Nachfolger Marons als Generalinspekteur wurde *Herbert Grünstein.*
Die Politisierung der polizeilichen Funktionen ist bei der Schutzpolizei am augenfälligsten. Seit der Einteilung der Kreise in polizeiliche Abschnitte mit in der Regel 800 bis 1200 Einwohnern und deren Unterstellung unter einen Abschnittsbevollmächtigten (ABV) der Schutzpolizei sind die ordnungspolizeilichen Aufgaben zugunsten einer reinen Überwachungstätigkeit politischer Art mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Nach dem Geheimbefehl Nr. 45/9

---

[1]) Aus: „Der Parteiarbeiter“, Heft 5, Oktober 1956.

[2]) Die Personalstärke dürfte bei 78 000 Bediensteten liegen, nicht mitgerechnet die vier kasernierten Bereitschaften der Volkspolizei in Berlin, die mindestens 3 000 Mann zählen.

55 des Chefs der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei vom 3. August 1955 besteht die Hauptaufgabe des Abschnittsbevollmächtigten in der „Enthüllung feindlicher und verbrecherischer Absichten". Zu diesem Zwecke hat er sich ein Netz von *Vertrauensleuten* zu schaffen, „um jederzeit allseitige Informationen über Gegner unserer demokratischen Ordnung und andere verbrecherische Elemente zu erhalten und die Stimmung in seinem Abschnitt kennenzulernen", da die vorhandenen zivilen „Helfer der Volkspolizei" [1]) in Sollstärke von je 12 bis 15 je Abschnitt für diese Dienste nicht ausreichen. Auch der Kriminalpolizei sind politische Funktionen zugewiesen. Die Gliederung der „Abteilung Untersuchung" in Dezernate VE (Volkseigentum) und AK (allgemeine Kriminalität) deutet darauf hin, daß die Verfolgung von Vergehen gegen das „Volkseigentum" Vorrang vor dem Schutz von Privateigentum genießt, wie ja auch Diebstahl, Unterschlagung und Betrug an „Volkseigentum" grundsätzlich mit Zuchthaus, nicht unter einem Jahr, bestraft wird. Dem Kommissariat AK III obliegt die kriminalpolizeiliche Aufklärung aller der politischen Delikte, deren Bearbeitung der Staatssicherheitsdienst nicht an sich zieht. Seit dem Herbst 1955 baut die Kriminalpolizei zur Intensivierung ihrer Tätigkeit auf diesem politischen Arbeitsgebiet ein eigenes Spitzelnetz auf. Dabei greift sie anweisungsgemäß auf straffällig gewordene Personen zurück, deren Strafverfahren für die Dauer der Spitzeltätigkeit ausgesetzt wird. [2])

Der Abteilung PM (Paß- und Meldewesen) kommt innerhalb des politischen Überwachungssystems besondere Bedeutung zu. Vorwiegend unter politischem Aspekt arbeitet die Abteilung Erlaubniswesen, der die Überwachung und Genehmigung aller Veranstaltungen, auch kirchlicher Art, obliegt; sie steht in enger Verbindung mit dem Abschnittsbevollmächtigten. Ergeben sich aus dem Überwachungsbericht Beanstandungen politischer Art, so wird der Bericht vom Abteilungsleiter direkt der zuständigen Kreisdienststelle des Staatssicherheitsdienstes zur weiteren Bearbeitung zugeleitet; der Staatssicherheitsdienst hat das Recht, auch sonst jeden interessierenden polizeilichen Vorgang an sich zu ziehen.

Aus dieser weit über den Rahmen einer normalen Polizei hinausgreifenden Aufgabenstellung ergibt sich auch der Umfang des Polizeiapparates. Wenn auch die Gliederung der *Volkspolizei-Kreisämter* einheitlich ist, so ist doch deren Stärke sehr verschieden. Sie ist von der Struktur der Kreise abhängig. In den rein landwirtschaftlichen Gebieten sind die Kreisämter wesentlich schwächer besetzt als in den Industriebezirken, in denen allein die Abteilung Betriebsschutz oft über mehr Planstellen verfügt als eines der Ämter in den industrie-

[1]) Nach der Verordnung vom 25. September 1952 dürfen alle Bürger in der „DDR", „die das 17. Lebensjahr vollendet haben und bereit sind, aktiv an der Sicherung der staatlichen Ordnung der DDR mitzuwirken", als freiwillige Helfer der Volkspolizei herangezogen und eingesetzt werden.

[2]) Vgl. *Heinrich v. zur Mühlen:* Die „Innere Sicherheit" der Sowjetzone. In: „SBZ-Archiv" 12/1956, S. 184.

armen Gebieten. So verfügt das Volkspolizei-Kreisamt in Demmin, in einem Kreise ohne Industrie, über rund 120 Planstellen, während im Kreise Königswusterhausen, in dem zwei industrielle Großbetriebe liegen, einschließlich der Abteilung Betriebsschutz annähernd 450 VP-Angehörige Dienst tun. Allein die Kriminalpolizei hat in diesem Kreise 25 Planstellen.
Über die Bedeutung der Volkspolizei-Kreisämter für die Ausbildung, die Bewaffnung und den Einsatz der Kampfgruppen wird in dem Abschnitt „Die Kampfgruppen der Partei" berichtet.
Die Volkspolizei-Kreisämter sind den Bezirksbehörden der Volkspolizei (BdVP) in den 14 Verwaltungsbezirken der Sowjetzone unterstellt, die ihrerseits wieder der *Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei* unterstehen. Den Bezirksbehörden entspricht im Ostsektor Berlins das *Volkspolizei-Präsidium* (VPP), dem die Volkspolizei-Inspektionen mit ihren Revieren nachgeordnet sind. Im Zuge der in den letzten Jahren erfolgten Zentralisation des Polizeiapparates sind die meisten der den Volkspolizei-Kreisämtern in der Zone unterstellten Reviere aufgelöst worden; gegenwärtig bestehen Reviere nur noch in den Großstädten und in Kreisen, in denen es neben der Kreisstadt noch andere größere Städte gibt.
Bis zum 1. Januar 1956 gehörte auch der gesamte Strafvollzug zur Zuständigkeit der Volkspolizei, der er seit 1950 eingegliedert war. Er bildet jetzt nach sowjetischem Vorbild eine polizeiliche Sondereinrichtung, an deren Spitze eine *Hauptverwaltung für den Strafvollzug* im Ministerium des Innern steht.
Die Führung der Volkspolizei ist seit Jahren bemüht, den Nachwuchs der Volkspolizei aus den Personenkreisen zu gewinnen, die bereits bei der Kasernierten Volkspolizei bzw. der Nationalen Volksarmee politisch geschult und militärisch ausgebildet wurden. Denjenigen Polizeibediensteten, die wegen ihres Alters oder aus sonstigen Gründen keinen längeren Wehrdienst ableisten können, versucht man durch Lehrgänge aller Art ein gewisses Maß militärischer Ausbildung zu vermitteln, so daß diese in absehbarer Zeit den militärischen Reserven zuzurechnen sind. In vollem Umfang aber sind jene Angehörigen der allgemeinen Volkspolizei der bereits einsatzfähigen militärischen Reserve zuzuzählen, die in den vier kasernierten *Volkspolizei-Bereitschaften im Sowjetsektor Berlins* Dienst tun.
Anlaß zur Aufstellung besonderer kasernierter Polizeiverbände gab der Volksaufstand am 17. Juni 1953. Im Rahmen der Schutzpolizei wurden zunächst sogenannte *Einsatzkommandos* gebildet, die später kaserniert und zu *Bereitschaften* [1]) erweitert wurden. In diesen Einheiten wurden die jüngeren unverheirateten Schutzpolizisten zusammengefaßt; sie wurden in zunächst dreimonatigen Lehrgängen vorwiegend militärisch ausgebildet. Damit stand den Bezirksbehörden eine jederzeit einsatzbereite Polizeitruppe zur Verfügung.

[1]) Sie sind nicht zu verwechseln mit den Formationen der *Deutschen Bereitschaftspolizei,* die seit Februar 1957 dem Ministerium des Innern unterstellt ist. S. oben S. 57 und 61–64.

In der Folge wurde die Dienstzeit in den Bereitschaften auf ein Jahr verlängert, und die militärische Ausbildung entsprechend intensiviert. Seit Herbst 1957 sind alle nicht in Berlin stehenden Bereitschaften der DVP durch die ebenfalls dem Innenministerium unterstehende Bereitschaftspolizei übernommen worden. In Zukunft ist damit zu rechnen, daß Bewerber für die allgemeine Polizei, soweit sie nicht in der Volksarmee oder Grenzpolizei gedient haben, erst dann in der allgemeinen Polizei verwendet werden, wenn sie in der Bereitschaftspolizei ausgebildet worden sind.
Eine Sonderstellung, unabhängig von der Bereitschaftspolizei, haben die in Berlin stationierten Bereitschaften inne, von denen jeweils drei im turnusmäßigen Wechsel die Sektorengrenze zu bewachen haben, während die vierte sich ausschließlich der Ausbildung widmet und zugleich als Eingreifreserve zur Verfügung steht. Diese Bereitschaften in Ostberlin zählen je sieben Abteilunggen, darunter eine motorisierte Sonderabteilung mit gepanzerten Fahrzeugen (Straßenpanzer mit Maschinengewehr-Türmen) und Kradschützen-Zügen. Die allgemeinen Abteilungen sind im wesentlichen Infanterie-Abteilungen, die aus drei bis vier Zügen zu je drei Gruppen bestehen. (Jeder Zug hat 1 Offizier, 3 Unteroffiziere und 27 Mann.) – Eine 5. Abt. soll in der Aufstellung sein.

C. DIE KAMPFGRUPPEN DER PARTEI

In der Aufrüstung der Sowjetzone spielen die 1953 in den Volkseigenen Betrieben, Maschinen-Traktoren-Stationen und Verwaltungen gebildeten und 1955 zu einer territorialen Miliz umorganisierten paramilitärischen *Kampfgruppen* eine wichtige Rolle. In der Idee kommen sie der alten marxistischen Vorstellung der „bewaffneten Arbeiterklasse" entgegen. Ihre Tradition knüpft angeblich an die „proletarischen Arbeiterwehren, die 1919 in München die weißgardistischen Formationen zerschlugen", und an die „bewaffneten Kämpfe der proletarischen Hundertschaften in Mitteldeutschland und an den Hamburger Aufstand unter Führung *Ernst Thälmanns*" an. Vorbild waren bei ihrer Gründung die „Arbeiterbataillone der CSR, die im Februar 1948 die Konterrevolution verjagten und den Schutz der CSR in ihre eigenen Hände nahmen". In gewisser Hinsicht lassen sich auch Parallelen zur Sowjetunion in den Jahren des militärischen Aufbaus zwischen 1924 und 1939 ziehen: Im Jahre 1924 schuf der sowjetische Kriegskommissar *Frunse* [1]) zum Ausgleich für die Reduzierung der regulären Roten Armee eine territoriale Miliz, die er allerdings nur als ein

[1]) *M. W. Frunse:* Ausgewählte Schriften. Verlag der Kasernierten Volkspolizei, Ostberlin 1955, S. 408–428: „Kaderarmee und Miliz". Das Buch erschien 1956 in der Sowjetzone in der 3. Auflage.

Notbehelf ansah. Auch die Kampfgruppen der Sowjetzone dienen als ein Notbehelf, nachdem bei der Aufstellung der regulären Nationalen Volksarmee aus vielerlei Gründen Grenzen gezogen sind. Andererseits würden die Kampfgruppen, wenn sie die ihnen gesteckten militärischen Ausbildungsziele erreichen, der heute überall in der Welt vorhandenen Tendenz zu einer territorialen Miliz, die ein wesentlicher Teil der Heimatverteidigung sein soll, entsprechen.
Die Kampfgruppen zählen heute vermutlich über 200 000 Mann, sollen aber bedeutend verstärkt werden.
Bereits vor dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 waren in einer Reihe von Volkseigenen Betrieben, besonders aber in den Betrieben der Sowjetischen Aktiengesellschaften, Kampfgruppen oder kampfgruppenähnliche Formationen gebildet worden. Diese bereits uniformierten und mit dem deutschen Karabiner 98 k bewaffneten Betriebsschutzeinheiten, die zuweilen mehrere hundert Mann umfaßten, unterstanden damals der Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft im sowjetzonalen Innenministerium. Nach Reorganisation der militärischen Verbände der Volkspolizei wurden zuverlässige Offiziere und Unteroffiziere formell entlassen und mit Aufbau und Leitung dieser Betriebsschutzgruppen beauftragt. Der Dienst in diesen Einheiten beschränkte sich anfangs auf die Bewachung der anvertrauten Objekte. Die Ausbildung war ähnlich wie in der Schutzpolizei. Allmählich gewannen die Formationen jedoch mehr militärischen Charakter, vor allem seit der Abkommandierung militärisch ausgebildeter Offiziere und Unterführer aus den früheren Volkspolizei-Bereitschaften.
Die ersten Ansätze zur Bildung dieser Einheiten liegen bereits in der Zeit unmittelbar nach der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952. Mit dem „Abschluß von Verträgen zum Schutze der sozialistischen Betriebe" (zweites Halbjahr 1952) wurden Maßnahmen eingeleitet, in deren Verlauf es dann allgemein zur Bildung von bewaffneten Arbeitermilizen kam.
Die offizielle Gründungszeit der Kampfgruppen liegt nach sowjetzonalen Angaben im März 1953. Z. B. berichtete das SED-Organ „Volksstimme", Chemnitz, am 1. Mai 1955 über den VEB Bau-Union Chemnitz:

„Die Arbeiter dieses Betriebes gründeten bereits im März 1953 eine starke Kampfgruppe... Wohlgemerkt, sie hatten keinerlei Anweisungen, sie handelten spontan, von sich aus. Deshalb waren sie am 17. Juni bereit, als die Faschisten den geplanten Anschlag auf unsere Republik unternahmen... Seit März 1953 findet eine systematische Ausbildung statt. Die Genossen lernen schießen, Karten lesen, mit dem Kompaß umgehen, sie führen Marschübungen und Geländebesprechungen durch und studierten die Aufgaben beim Kundschafterdienst, nur um einiges aus dem Arbeitsprogramm zu nehmen."

Dieser Bericht ist insofern falsch, als die militärische Ausbildung nicht nur die ausdrückliche Bewilligung der SED besaß, sondern auch von ihr in Gang gesetzt worden war; die Kampfgruppen sind nicht aus einem Schutzbedürfnis örtlicher Betriebe entstanden, sondern aus den Bestrebungen der Partei, zur Sicherung

ihres Regimes eine parteieigene Truppe aufzustellen. Der Beschluß zur militärischen Ausbildung aller SED-Mitglieder wurde zum erstenmal auf der 13. Tagung des ZK der SED am 14./15. Mai 1953 geheim gefaßt: Es sollten alle Mitglieder und Kandidaten der SED zwischen dem 18. und 30. Lebensjahr einem dreimonatigen Ausbildungskurs unterworfen werden:

„Diese Maßnahme ist der Prüfstein für die tatsächliche Stellung des einzelnen Parteimitgliedes zur Politik der Partei . . . Damit wird gleichzeitig die Verteidigungsbereitschaft der DDR erhöht."

Im Zeichen des „Neuen Kurses" unter dem Eindruck des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 wurden diese Pläne zunächst zurückgestellt. Aber bereits auf der 16. Plenartagung des ZK der SED vom 17. bis 19. September 1953 steckte *Ulbricht* erneut den Rahmen für die Entwicklung der Kampfgruppen ab; er erklärte, daß aus den Reihen der 1 230 000 Mitglieder und Kandidaten der SED 150 000 bis 200 000 Parteiaktivisten „um die Parteileitungen" zusammenzuschließen sind:

„Gemeinsam mit den Kampfgruppen der Arbeiter in den Betrieben, die politisch besser geschult und zahlenmäßig verstärkt werden müssen, werden sie die Unantastbarkeit der Grundlagen unserer fortschrittlichen demokratischen Ordnung sichern und die leitende Rolle unserer Partei festigen."

In der Zeit des Aufbaues, d. h. bis zum Mai 1955, unterstanden die in fast allen Volkseigenen Betrieben, staatlichen Verwaltungen und sonstigen Einrichtungen gegründeten Kampfgruppen organisatorisch, ausbildungs- und einsatzmäßig ausschließlich der SED. Bis Anfang des Jahres 1954 waren die „Kämpfer" – wie die Mannschaften genannt werden – nahezu ausnahmslos Parteimitglieder oder Kandidaten der SED. Erst etwa seit April 1954 ging die Partei, in deren Händen auch heute noch die Entscheidung über die Aufnahme neuer „Kämpfer" liegt, dazu über, auch Nichtparteimitglieder zu werben, da offenbar aus den eigenen Reihen nicht genügend Nachwuchs zu erhalten war. Als Ausbilder waren in dieser Phase Angehörige der *Kasernierten Volkspolizei* eingesetzt; sie arbeiteten mit Funktionären der vormilitärischen *Gesellschaft für Sport und Technik*, ehemaligen Volkspolizisten und anderen Funktionären mit militärischen Erfahrungen zusammen. Die Ausbildung beschränkte sich zunächst auf Schießdienst mit dem Kleinkalibergewehr, während an großkalibrigen Handfeuerwaffen meist nur eine theoretische Unterweisung stattfand. Als Uniform wurde ein blauer Overall mit roter Armbinde und Skimütze eingeführt. In geschlossener Formation traten die Kampfgruppen in dieser Uniform zum erstenmal am 1. Mai 1954 öffentlich in Erscheinung, jedoch noch ohne Waffen. Im Laufe des Sommers 1957 wurde mit der Einführung einer grauen zweiteiligen Uniform begonnen. Eine spezielle Winteruniform soll geschaffen werden.
In den Monaten April und Mai 1954 wurden in den wichtigsten Schwerpunktbetrieben Vorausetzungen für die Verteidigung durch die Kampfgruppen ge-

schaffen. Es wurden „Stützpunkte“ errichtet, d. h. Dachkammern, Werktürme usw. wurden soweit ausgebaut, daß sie Überblick über das Werkgelände und Schußfeld boten. Sie wurden untereinander und mit der zuständigen SED-Kreisleitung als der „höheren Einsatzleitung“ durch Feldfernsprecher verbunden. Bis zum Mai 1955 wurde in den Kampfgruppen eine verstärkte Schulung und Ausbildung betrieben und für sie geworben.
Im Rahmen des Warschauer Vertrages vom 14. Mai 1955 übernahm die Sowjetzone die Verpflichtung, „die Verteidigungsbereitschaft der DDR durch den Aufbau nationaler Streitkräfte zu stärken“. In einem Beschluß „Über die Organisierung und Ausbildung der Kampfgruppen“, den das Politbüro des ZK der SED etwa am 20. April 1955 faßte, hieß es:

„ . . . In Anbetracht der verstärkten Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte und der ernsten Bedrohung des Friedens durch die Ratifizierung der Pariser Kriegsverträge im Bonner Bundestag und Bundesrat ist es notwendig, auf der Grundlage der Moskauer Deklaration beschleunigt alle Maßnahmen zur wirksamen Verteidigung der Republik und des Friedens zu treffen. Im Rahmen dieser Maßnahmen müssen die Kampfgruppen der Partei zu einem wirksamen Instrument der Heimatverteidigung entwickelt werden . . .“ [1])

Daß diese Maßnahmen nicht erst durch die Ratifizierung des am 5. Mai 1955 in Kraft getretenen Deutschlandvertrages ausgelöst wurden, geht aus einer Reihe offizieller sowjetzonaler Verlautbarungen hervor. So etwa aus der Erklärung des Zentralkomitees der SED über „Sicherungsmaßnahmen zum Schutze der Errungenschaften der DDR“ vom 3. April 1955:

„Die Arbeiter in den volkseigenen Betrieben werden starke Kampfgruppen bilden, und die Partei wird alles tun, um diese in den Betrieben, auf dem Lande und in den Verwaltungen zu disziplinierten, schlagkräftigen Einheiten zu entwickeln. Die Mitglieder der Kampfgruppen werden die Meisterung der Waffentechnik als einen ehrenvollen Auftrag betrachten, den sie zum Schutze aller Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse und der Werktätigen erhalten haben.“ [2])

Die Umbildung der Kampfgruppen ergab sich nicht aus der internationalen Lage, die im Frühjahr 1955 – schon im Zeichen der Genfer Konferenz – als entspannt gelten konnte, sondern aus den nun bereits zweijährigen Erfahrungen mit den Kampfgruppen. So erläuterte am 1. Juni 1955 der Mitarbeiter im ZK der SED, *Erhardt Hentschel*, den Beschluß des Politbüros u. a. mit den Worten:

„ . . . Die bisherigen Erfahrungen – besonders die des ersten Lehrganges zur Ausbildung von Kampfgruppenkommandeuren – zeigen eine Reihe ernster Mängel in der Parteiarbeit, die es schnell zu überwinden gilt . . . Die organisatorischen Mängel

---

[1]) Abgedruckt in *Erhardt Hentschels* Aufsatz „Die Aufgaben der Parteileitungen bei der Organisierung der Kampfgruppen“. In: „Neuer Weg“ (Organ des ZK der SED . . .) Nr. 11/1955, S. 655.

[2]) Aus: „Neues Deutschland“ vom 3. April 1955, S. 1.

entstanden in der Hauptsache durch die Unklarheiten über den Charakter und die Aufgaben der Kampfgruppen. Es wird nicht immer beachtet, daß die Kampfgruppen stets einsatzfähige, straff organisierte, bewaffnete Einheiten sein müssen." [1])

Nach dem Beschluß des Politbüros vom 31. Mai 1955 sollen in die Kampfgruppen nur Männer im Alter zwischen 25 und 60 Jahren aufgenommen werden. Nach neueren Meldungen vom Frühjahr 1958 gehören die Mitglieder über 55 Jahre zur sogenannten Kampfgruppenreserve, die nur innerhalb der Betriebe eingesetzt werden soll. Die vormilitärische Ausbildung der jüngeren Männer unter 25 Jahren, soweit sie nicht in den Streitkräften stehen, bleibt der Gesellschaft für Sport und Technik vorbehalten. Frauen und Mädchen sind nur noch für technische Ausbildungszweige der GST und für die Ausbildungsgruppen des Deutschen Roten Kreuzes anzuwerben; allerdings ist für jeden Zug der Kampfgruppen eine Sanitäterin und für jede Hundertschaft eine leitende Sanitäterin vorgesehen. Die örtliche SED-Leitung entscheidet ausschließlich über die Verpflichtung von Parteimitgliedern und über die Aufnahme Parteiloser. Bei der Aufnahme ist in jedem Fall ein militärärztliches Attest vorzulegen. Die Ausbildung liegt außerhalb der Arbeitszeit, sie ist in der Regel auf vier Stunden wöchentlich festgesetzt. Die Entscheidung über die Kampfgruppenkommandeure hat sich die SED vorbehalten, die zuständige Kreisleitung der SED übt ein Bestätigungsrecht aus. Der Sekretär der Parteiorganisation trägt außerdem für die politische Anleitung und Ausbildung die Verantwortung. Den Kommandeuren der Kampfgruppen sind Instrukteure der Deutschen Volkspolizei beigeordnet. In allen Fragen der militärischen Ausbildung und des Einsatzes ist die Deutsche Volkspolizei zuständig.
Den entscheidenden Beschluß des Politbüros vom 31. Mai 1955 hat der schon zitierte Mitarbeiter im ZK der SED, *Erhardt Hentschel,* weiter erläutert:

„Eine große Verantwortung bei der militärischen Ausbildung der Kampfgruppen tragen die Parteimitglieder in der Deutschen Volkspolizei. Ihnen, als Instrukteure, die die Ausbildung leiten, ist die Entscheidung über alle Fragen der Ausbildung und des Einsatzes der Kampfgruppen übertragen. Ihre Befehle, die von den Kampfgruppen ausgeführt werden müssen, sollen . . . der Erreichung höchstmöglicher Ergebnisse der Ausbildung oder erfolgreichen Lösung der Aufgaben des Einsatzes dienen. Die Parteileitungen der Grundorganisationen der Deutschen Volkspolizei sollen dafür sorgen, daß die Instrukteure über ihre Arbeit bei der Ausbildung der Kampfgruppen regelmäßig berichten . . . Der Auftrag, die Kampfgruppen auszubilden, ist für die Grundorganisationen der Deutschen Volkspolizei gegenwärtig der wichtigste Parteiauftrag." [2])

Unmittelbar nach Bekanntgabe des Beschlusses des Politbüros setzte die strukturelle Reorganisation zu einem zentralgelenkten militärischen Organ ein.

[1]) Die Aufgaben der Parteileitungen bei der Organisierung der Kampfgruppen. In: „Neuer Weg", Nr. 11/1955, S. 656.

[2]) ebenda S. 659.

Diese Entwicklung fand Anfang 1958 ihren Abschluß, als ein zentrales Kommando der Kampfgruppen beim Innenministerium errichtet wurde. Parallel dazu hat die Abteilung Sicherheit des ZK der SED über die politische Ausrichtung – aber auch über die Einsätze der Kampfgruppen im Ernstfall – die Verantwortung an oberster Stelle.
Nach 1955 wurden alle Kampfgruppen zu *Hundertschaften* unter einem Kampfgruppenkommandeur zusammengefaßt. In den größeren Betrieben, vor allem auch in den Schwerpunktbetrieben, wurden aus den Belegschaften Kampfgruppen gebildet; für die kleineren Betriebe wurden örtliche Hundertschaften aufgestellt, deren Träger diejenige Betriebsparteiorganisation wurde, die den Kommandeur oder die Masse der Mannschaften stellte.
Jede Hundertschaft ist– ähnlich einer Kompanie – in Züge und Gruppen eingeteilt. Die Leitung der Hundertschaft bilden

1 Kommandeur; ihm sind ein oder zwei Instrukteure der Deutschen Volkspolizei beigeordnet,
1 Stellvertreter für Politarbeit; er wird von der zuständigen Betriebsparteiorganisation berufen und von der SED-Kreisleitung bestätigt,
1 Stellvertreter für Allgemeines,
1 Stellvertreter für Wirtschaftsfragen.

An Unterführer und Mannschaften sind vorgesehen

3 Zugführer,
3 Stellvertretende Zugführer,
9 Gruppenführer,
9 Stellvertretende Gruppenführer,
72 Kämpfer.

Die Hundertschaften sind jeweils einem *Kreis-Kampfstab* unterstellt, der sich aus Funktionären des SED-Kreissekretariats und des Volkspolizei-Kreisamtes zusammensetzt. Ende 1955 wurde für jede Hundertschaft und für jeden Kreis ein Mobilisierungsplan ausgearbeitet. Gleichzeitig wurden Arsenale für Waffen eingerichtet, die im Mob-Fall den Kampfgruppen ausgehändigt werden sollen. Für Ausbildungszwecke und Aufmärsche stellt die Volkspolizei Waffen zur Verfügung. Die Volkspolizei sorgt auch für den Transport der Kampfgruppen zu den Übungs- und Schießplätzen. Die Bekleidung (Anzüge, Mützen und Schuhe) müssen die Angehörigen der Kampfgruppen häufig selbst stellen. Einen Teil der Ausrüstung (Koppel, Tragegurte, Patronentaschen usw.) haben, wenn auch widerstrebend, die Betriebe gestellt.
Im April 1955 wurde in Ludwigsfelde, südlich von Berlin, der erste Lehrgang für Kampfgruppenkomandeure unter sehr harten Bedingungen durchgeführt. Die Teilnehmer wurden nicht nur am Karabiner, sondern auch an der Maschinenpistole und am alten deutschen Maschinengewehr 34 ausgebildet. Seit dem Frühjahr 1955 werden regelmäßig Lehrgänge für Kampfgruppenkommandeure und Unterführer veranstaltet. Die Lehrgänge für die Kommandeure

werden teilweise von der Volksarmee, teilweise von der Volkspolizei durchgeführt. Feste Ausbildungsstätten dieser Art befinden sich z. B. im Sperrgebiet Prora auf Rügen und in Zillbach bei Schmalkalden. An schweren Waffen werden jedoch nur ehemalige Angehörige der Volksarmee oder anderer militärischer Formationen ausgebildet. Für die anderen Kampfgruppenkommandeure finden nur Infanterie-Lehrgänge statt.
Im übrigen geht die Ausbildung von den Grundsätzen aus, die in dem „Programm für die Ausbildung der Kampfgruppen in 132 Ausbildungsstunden (33 Ausbildungswochen)", herausgegeben am 20. April 1955 von der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei im Ministerium des Innern, festgelegt sind. Das Kapitel I dieses Programms enthält die „Hauptaufgaben und organisatorisch-methodischen Anweisungen":

„1. Der Ausbildung der Kampfgruppen ist zugrunde zu legen:
– Die Geschlossenheit der Kampfgruppen und das ständige Aufrechterhalten ihrer Einsatzbereitschaft;
– die Erziehung der Angehörigen der Kampfgruppen zur Wahrung der Interessen unserer Heimat, zum Patriotismus und zur grenzenlosen Ergebenheit gegenüber der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik;
– die Erziehung der Angehörigen der Kampfgruppen zum Haß gegen die angloamerikanischen Imperialisten und ihre westdeutschen Helfershelfer, der Adenauer-Clique, die die Schuldigen an der Spaltung Deutschlands sind.

2. Hauptaufgaben zur Ausbildung der Angehörigen der Kampfgruppen:
– Ausbildung und Erziehung von disziplinierten, körperlich widerstandsfähigen Angehörigen der Kampfgruppen, die jederzeit in der Lage sind, ihre Produktionsstätten sowie alle Errungenschaften unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates zu verteidigen;
– Ausbildung der Angehörigen der Kampfgruppen in treffsicherem Schießen, in der Beherrschung der Waffen und Kampftechnik sowie deren Einsatz im Kampf;
– Erziehung der Angehörigen der Kampfgruppen zur strikten Erfüllung der Befehle und Anordnungen der Kommandeure der Kampfgruppen.

3. Die Kommandeure der Kampfgruppen haben die Ausbildung ihrer Einheiten unmittelbar zu leiten.
Sie sind verpflichtet:
– Unter Anleitung der Instrukteure persönlich die Ausbildung durchzuführen;
– eine hohe Qualität des Ausbildungsplanes zu gewährleisten und den Nachweis genau zu führen;
– von den Angehörigen der Kampfgruppen die Erfüllung der Aufgaben und Pflichten zu fordern.

4. Zur Erhöhung der Verantwortlichkeit der Hundertschafts-, Zug- und Gruppenkommandeure in der Ausbildung und für die Festigung der Einheit sind in der zweiten Hälfte des Ausbildungsjahres überwiegend Stunden für die taktische Ausbildung im Verband eingeplant."

Für jede der 33 Ausbildungswochen ist eine Themenaufstellung und ein Durchführungsprogramm angegeben. Im Mittelpunkt der ersten Ausbildungswochen stehen Waffenkunde und Schießausbildung mit Karabiner und Maschinenpistole. Großer Wert wird auf Übungsmärsche nach der Geländekarte und dem Marschkompaß gelegt. In der zehnten Ausbildungswoche wird mit der Grundausbildung und der Ausbildung am MG 34 begonnen. In der 20. Ausbildungswoche beginnen die Übungen „Vorgehen des Kämpfers im Gelände", in der 24. Woche die „Übungen im Angriffskampf". Die letzten drei Wochen sind für die Ausbildung im Verteidigungskampf vorgesehen. Nacht- und Straßenkämpfe werden berücksichtigt.
Bei der Ausbildung werden folgende Dienstvorschriften und Merkblätter verwendet:

DVP Nr. 67, Ergänzung zur vorläufigen Dienstvorschrift für die Schießausbildung der Deutschen Polizei;
DV Nr. 106, Seite 19–23, für den Übungsmarsch;
DV Nr. 107, Seite 6–8, für die Formen der Entfaltung;
VP-DV Nr. 104, „Das MG-Gerät 34";
Merkblatt „Die Gruppe in der geöffneten Ordnung";
Merkblatt VP-Taktik „Das Vorgehen des Volkspolizisten im Gelände";
Merkblatt VP-Taktik „Das Verhalten des Volkspolizisten im Gelände bei Nacht";
Merkblatt VP-Taktik „Der Volkspolizist als Beobachter";
Merkblatt VP-Taktik „Die Gruppe im Angriffskampf";
Merkblatt VP-Taktik „Sturmangriff des Zuges auf einen Gegner, der sich in einem einzelnen Gebäude verteidigt";
Merkblatt VP-Taktik „Der Volkspolizist im Verteidigungskampf";
Merkblatt VP-Taktik „Die Ausbildung der Volkspolizisten im Eingraben und Schanzen";
Merkblatt VP-Taktik „Die Gruppe bei der Verteidigung eines Objektes".

Über den Dienstbetrieb in einer Hundertschaft aus dem Klement-Gottwald-Werk in Schwerin liegt ein Zeitungsbericht vor. [1]) Danach spielt sich der Dienst in den Kampfgruppen folgendermaßen ab: In jedem Monat ist ein „ständiger Ausbildungstag" festgelegt. Die „Genossen Kämpfer" sind angewiesen, sich an jedem dritten Sonnabend im Monat in der Zeit von 6.30 bis 16.00 oder 18.00 Uhr „von betrieblichen und familiären Dingen" freizumachen. Die dadurch ausfallende Arbeitszeit muß in Überstunden von den Kampfgruppenangehörigen oder den nicht am Kampfgruppen-Dienst beteiligten Kollegen nachgeholt werden. Übungsmaterial (z. B. Schießkellen, Zielsäcke, Sandsäcke usw.) wird von den Handwerkern des Betriebes als Ausdruck besonderer „Verbundenheit zur Kampfgruppe in Solidaritätsarbeit", d. h. in unbezahlter Mehrarbeit, bereitgestellt. Als Grundlage der Ausbildung dient der „Dienstplan", der acht Tage vor dem Ausbildungstag besprochen wird; diese Erörterung bedeutet eine zusätzliche Belastung für die beteiligten Unterführer. Die Aus-

[1]) Nach: „Schweriner Volkszeitung" vom 11. Juli 1956.

bildung beschränkt sich nicht auf den Umgang mit der Waffe und den Geländedienst, sondern sieht auch „Lektionen und Filmvorführungen" vor. Die Aufstellung eines Spielmannszuges von 16 Mann wurde in diesem Betrieb durch „freiwillige Geldspenden" ermöglicht. – Aus anderen Betrieben ist bekannt, daß Einrichtungen für die Ausbildung der Kampfgruppen, wie z. B. Schießstände, durch „freiwillige" Arbeitseinsätze, d. h. in nichtbezahlter Spät- und Sonntagsarbeit, geschaffen wurden.

Allgemein werden offenbar die vorgeschriebenen vier Ausbildungsstunden pro Woche auf ein Wochenende im Monat verlegt. Neben der Ausbildung werden die Kampfgruppen zur Bewachung der Betriebe, zum Schutz von Delegierten-Konferenzen der Partei und der Gewerkschaften, zum Absperren bei Aufmärschen und zum Streifendienst auf den Straßen (z. B. während der Unruhen in Polen und dem Aufstand in Ungarn) und zu anderen Einsätzen herangezogen.

Wie bei allen kommunistischen Organisationen spielt auch bei den Kampfgruppen die *ideologische Schulung* eine große Rolle. Einblick in die Schulungsarbeit der Kampfgruppen gibt ein Bericht des Ersten Sekretärs der Parteibetriebsorganisation des Kraftfahrzeugwerkes Horch in Zwickau.[1]) Danach wurden „Lektionen" u. a. über folgende Themen gehalten: „Die historische Bedeutung der Lenin-Stalinschen These vom friedlichen Nebeneinanderleben des Kapitalismus und Kommunismus" und „Die Rolle und Aufgabe der Kampfgruppen im Kampf gegen die Feinde des deutschen Volkes". Auch Filme wurden gezeigt und besprochen, wie z. B. „*Ernst Thälmann* – Sohn seiner Klasse" und „Junge Garde" nach dem Roman von *Fadajew*. Die Kampfgruppen haben in den Horch-Werken eine eigene Bibliothek, deren Bücher „vom Kampf der deutschen und internationalen Arbeiterklasse berichten und zur Bildung des Klassenbewußtseins und zur politischen Erziehung beitragen". Weitere Mittel der Schulungsarbeit sind Buchbesprechungen und Berichte „bewährter Genossen".

Die Verpflichtung zu politischer Zuverlässigkeit gilt besonders für die Kampfgruppen-Kommandeure; politische Zuverlässigkeit rangiert vor militärischer Eignung:

„ . . . eine Parteileitung (darf) nur solch einen Genossen mit dieser Funktion betrauen, der bereits ein hohes politisches Bewußtsein bewiesen hat, der das Vertrauen der Parteimitglieder und der Parteilosen besitzt, der hohe moralische und kämpferische Eigenschaften hat, sich durch Aktivität und Entschlossenheit auszeichnet, körperliche Anstrengungen verhältnismäßig leicht erträgt und zumindest mit den wichtigsten Grundlagen der militärischen Ausbildung vertraut ist." [2])

Trotz gegenteiliger Worte ist das sowjetzonale Regime von der politischen Zuverlässigkeit und der militärischen Wirksamkeit der Kampfgruppen offen-

[1]) Nach: „Freie Presse", Zwickau, vom 3. Juni 1955.

[2]) *Günther Schumann* in: „Neuer Weg", Nr. 4/1956.

sichtlich nicht überzeugt. In der Öffentlichkeit werden die Kampfgruppen zwar sehr herausgestellt, aber symptomatisch ist die Handlungsweise des Regimes während des Aufstandes in Ungarn: Ende Oktober 1956 wurden „demonstrative Appelle" der Kampfgruppen inszeniert, um der Bevölkerung den „unerschütterlichen Willen der Arbeiter" vor Augen zu führen, die „sozialistischen Errungenschaften gegen alle Anschläge des Feindes" zu verteidigen. Gleichzeitig wurden aber Waffen der Kampfgruppen, soweit sie in Waffenkammern der Betriebe lagerten, wieder in die Lager der Volkspolizei-Kreisämter überführt. Diese Maßnahme wurde damit begründet, daß es in Ungarn auch deshalb zum Aufstand gekommen wäre, weil die Waffen der Arbeiter in den Betrieben nicht genügend sicher gelagert gewesen wären.
Aber gerade die Wiederaufstellung von „Arbeiter-Milizen" nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution durch sowjetische Truppen dürfte die Gedanken der Machthaber des kommunistischen Regimes, das sich der offenen Feindschaft des Volkes bewußt ist, enthüllen: Im Falle eines inneren Konfliktes tragen solche paramilitärischen Verbände, wenn sie schon nicht sicher in der Hand des kommunistischen Regimes sind, leicht zu einem allgemeinen Chaos bei. Sie können die Tätigkeit einer legitimen demokratischen Regierung durch bewaffnete Störaktionen erschweren oder gar verhindern und unter Umständen der Sowjetunion einen Vorwand für eine militärische Intervention geben.
Auf dem 30. Plenum des ZK der SED, das vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 in Ostberlin tagte, beschäftigte sich der Leiter der Abteilung Sicherheit des ZK der SED und ehemalige FDJ-Vorsitzende, *Erich Honecker*, programmatisch mit den Kampfgruppen:

„In jedem Fall ist die politische Zuverlässigkeit und körperliche Eignung von entscheidender Bedeutung für die Einsatzfähigkeit der Kampfgruppen. Daher darf man auch nicht dulden, daß sich die zahlenmäßige Verstärkung der Kampfgruppen auf Kosten der politischen Zuverlässigkeit vollzieht." [1])

Hier sind zwar die Schwierigkeiten, die sich für das Regime bei der Aufstellung der Kampfgruppen ergeben, eingestanden, aber die den Kampfgruppen zugedachte Rolle wurde noch eindeutiger bezeichnet:

„Die Beratung unseres 29. Plenums [2]) stellte unserer Partei die Aufgabe, die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in jeder Beziehung zu stärken und alle Maßnahmen für eine gründliche Ausbildung im Orts-, Straßen- und Häuserkampf zu treffen.
Das Politbüro hat sich eingehend mit der Verbesserung der politischen und militärischen Ausbildung sowie der Bewaffnung und Ausrüstung der Kampfgruppen beschäftigt. Dabei wurde klargestellt, daß die Hauptaufgaben der Kampfgruppen in

[1]) Aus: „Neues Deutschland" vom 2. Februar 1957.

[2]) Das 29. Plenum des ZK der SED tagte vom 12. bis 14. November 1956. Seine Beschlüsse standen unter dem Zeichen des ungarischen Volksaufstandes.

der Verteidigung der Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik gegen alle konterrevolutionären Provokationen sowohl in ihren Betrieben als auch in ihren Stadt- und Kreisgebieten liegen. Diese Aufgaben lösen sie gemeinsam mit den Polizeikräften und erforderlichenfalls mit den Einheiten der Nationalen Volksarmee. Ihre Aufgaben liegen also auf dem Gebiet des Schutzes der jeweiligen Betriebe oder Objekte, in der Durchführung von Ordnungs- und Sicherungs- oder Kampfaufgaben in ihrem Stadt- oder Kreisgebiet." [1])

Ein paar Tage vor dem Bericht *Honeckers* hatten im Rahmen dieser Aufgabenerweiterung bereits in Wernigerode, Stendal, Rostock, Leipzig und vielen anderen Städten Übungen der Kampfgruppen stattgefunden. Hervorzuheben ist das Kampfgruppen-Manöver im Kreis Halberstadt. Bei ihm wirkten neben den Hundertschaften der *Kampfgruppen* Verbände der *Volkspolizei* und kleinere Einheiten der *Gesellschaft für Sport und Technik* mit: Die Volkspolizei setzte Straßenpanzerwagen und Krad-Staffeln ein, die GST stellte Fernsprech-, Funk- und Meldetrupps. Den Kampfgruppen war die Aufgabe gestellt, mit Unterstützung von Kampfwagen das Gaswerk von Halberstadt zu erobern und die Stadt zu säubern; den Gegner („eingedrungene starke Agentengruppen") stellte die Volkspolizei dar. Offiziere der *Nationalen Volksarmee* nahmen als Instrukteure und Beobachter an diesen Übungen teil. Ähnliche Manöver fanden in den Winter- und Frühjahrsmonaten auf Rügen, im Kreis Worbis, in Jena, Rostock, Leipzig, Potsdam und in Ostberlin statt.
Welche Stellung und Bedeutung den Kampfgruppen im System der Sowjetzone beigemessen ist, zeigt ein Urteil des Kreisgerichtes Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) vom 2. Mai 1957, das die Kampfgruppen ausdrücklich als Staatseinrichtung im Sinne des § 131 des Strafgesetzbuches bezeichnet. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Die Kampfgruppen sind bewaffnete, militärisch ausgebildete Organe der Arbeiterklasse zum Schutze der Errungenschaften unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht gegen alle konterrevolutionären Provokationen. Ihre Mitglieder, die aus den fortschrittlichsten Werktätigen bestehen, setzen sich dafür ein, daß unser sozialistischer Aufbau nicht gestört wird. Sie erfüllen damit ein großes Werk, für das sie in erheblichem Umfang ihre Freizeit zur Verfügung stellen. Es ist daher auch die Pflicht der Gerichte des Arbeiter-und-Bauern-Staates, diese Angehörigen der Kampfgruppen ganz besonders vor Angriffen und vor Beleidigungen zu schützen. Die Kampfgruppen sind ein Teil unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates geworden und den, der sich gegen sie stellt und sie in der Öffentlichkeit verächtlich macht, muß die ganze Härte des Gesetzes treffen." [2])

---

[1]) Aus dem Bericht des Politbüros auf der 30. Tagung des ZK. – Berichterstatter: *Erich Honecker*. – In: „Neues Deutschland" vom 2. Februar 1957.

[2]) Aus: „Neue Justiz", Nr. 10 vom 20. Mai 1957, S. 317 f.

D. DIE NATIONALE VOLKSARMEE

Kerntruppe der bewaffneten Macht der Sowjetzone ist die *Nationale Volksarmee.* Sie ist mit zahlreichen konventionellen Waffen der Landstreitkräfte, mit einigen taktischen Luftstreitkräften und kleineren Einheiten der Seestreitkräfte ausgerüstet und soll im Falle eines Konfliktes mit der Bundesrepublik Deutschland wie bei kleineren internationalen Konflikten scheinbar selbständig operieren, aber auch bei größeren internationalen Konflikten zur Unterstützung der Sowjetarmee oder der anderen Armeen des kommunistischen Blocks an der Front oder im Hinterland eingesetzt werden können. Sie ist also die militärische Macht im engeren Sinne. Entsprechend der kommunistischen Lehre, die grundsätzlich keinen Unterschied zwischen äußeren und inneren Konflikten macht, würde die Nationale Volksarmee aber gegebenenfalls auch zum Niederschlagen von Volksaufständen in der Sowjetzone selbst eingesetzt werden.
Im folgenden sollen das militärische Wesen, die Organisation, Spitzengliederung, Bewaffnung und Ausbildung dieser Armee beschrieben werden. Eine einleitende Übersicht über die Entwicklung legt dar, daß die Nationale Volksarmee als militärische Truppe nicht erst mit dem 18. Januar 1956, dem Tag ihrer gesetzlichen Begründung, ins Leben gerufen wurde. Die Darstellung des Dislozierungsplanes der Streitkräfte mußte auf eine Übersicht in großen Zügen beschränkt bleiben; denn die Verteilung der Einheiten auf ihre Standorte nach der Überführung der Kasernierten Volkspolizei in die Nationale Volksarmee ist offenbar noch nicht abgeschlossen.

1. Die Entwicklung im Überblick

Die Sowjets haben schon früh die Möglichkeit ins Auge gefaßt, Deutschland bei einer in ihrem Sinne verlaufenden politischen Entwicklung (aber auch, um eine solche Entwicklung zu beschleunigen!) eigene militärische Verbände zuzugestehen. Am 6. November 1942 erklärte *Stalin*, sicher auch mit Nebenabsichten gegenüber seinen westlichen Alliierten:

„Eine solche Aufgabe, wie die Vernichtung jeder organisierten militärischen Kraft in Deutschland, haben wir nicht, denn jeder einigermaßen Gebildete wird verstehen, daß das in Bezug auf Deutschland ebenso wie in Bezug auf Rußland nicht nur unmöglich, sondern auch vom Standpunkt des Siegers unzweckmäßig ist. Aber die Hitler-Armee vernichten – das kann man und muß man." [1])

[1]) *J. W. Stalin:* Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion. Berlin: Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. 1945, S. 59.

Der Gedanke, ein deutsches militärisches Potential zum eigenen Nutzen zur Verfügung zu haben, mochte auch mitsprechen, als die Sowjets im Juli 1943 unter den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion mit Hilfe deutscher kommunistischer Emigranten das *Nationalkomitee Freies Deutschland* und im September 1943 den *Bund Deutscher Offiziere* gründeten. Zwar entstanden aus dem Nationalkomitee keine militärischen Einheiten, doch wurden einzelne Mitglieder von der sowjetischen Roten Armee im Kampf gegen die deutsche Wehrmacht eingesetzt. Vor allem aber konnten die Sowjets durch diese Organisation nicht nur die Kenntnisse deutscher militärischer Fachleute für die Rote Armee auswerten, sondern sie fanden hier auch Helfer für den Aufbau einer späteren kommunistischen deutschen Armee. Das gilt beispielsweise für die ehemaligen Generale der deutschen Wehrmacht *Vincenz Müller*, *Arno von Lenski*, *Dr. Otto Korfes* und *Hans Wulz*, die später beim Aufbau der bewaffneten Verbände der Sowjetzone mitwirkten. Die Sowjets lösten zwar im Herbst 1945 das Nationalkomitee und den Bund Deutscher Offiziere [1]) auf, betrieben aber unter den deutschen Kriegsgefangenen eine um so intensivere politische Umerziehung im Sinne des Marxismus-Leninismus, die vielfach später in eine militärische Ausbildung in Sonderlehrgängen einmündete.
In der von ihnen besetzten Zone Deutschlands bereiteten die Sowjets dann bald die Aufstellung kommunistischer deutscher militärischer Verbände vor. Ausgangsorganisation war die am 1. Juni 1945 gegründete *Deutsche Volkspolizei*, die im August 1946 in der Deutschen Verwaltung des Innern zentralisiert wurde. Den entscheidenden Schritt taten die Sowjets im Sommer 1948, als mit der verstärkten Aufrüstung in der Sowjetunion und mit der Berliner Blockade ein schärferer außenpolitischer Kurs eingeleitet wurde.
Am 3. Juli 1948 befahl die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) den Aufbau kasernierter bewaffneter Verbände der Deutschen Polizei, die bald als *Kasernierte Volkspolizei* (KVP) bezeichnet wurden. Angeblich sollten diese Verbände nur den „Schutz der Zonengrenze" übernehmen; tatsächlich waren sie Ausbildungs- und Stammverbände für den Aufbau militärischer Streitkräfte. Ihr Chef wurde der ehemalige Oberleutnant der deutschen Wehrmacht *Hermann Rentsch*, der als einer der Frontbevollmächtigten des Nationalkomitees Freies Deutschland gegen die deutsche Wehrmacht eingesetzt gewesen war. Seine offizielle Bezeichnung lautete: Chef der Hauptabteilung Grenzpolizei-Bereitschaften in der Deutschen Verwaltung des Innern.
Am 14. April 1949 wurden auf Befehl der SMAD die Bereitschaftsverbände der Volkspolizei in der Hauptverwaltung für Schulung (HVS) zusammen-

[1]) Eine letzte Plenarsitzung des Nationalkomitees fand am 2. November 1945 statt. Dort wurde festgestellt, daß „nach der völligen Vernichtung des Hitler-Staates . . . die Notwendigkeit des Weiterbestehens entfällt". Vgl. *Helmut Bohn:* Die patriotische Karte in der sowjetischen Deutschland-Politik. In: „Ost-Probleme", VII. Jahr, Nr. 38, 40, 42 (1955).

gefaßt. Sie unterstanden nun nur noch formell der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (HVDVP). Die oberste Befehlsgewalt lag beim Minister des Innern. Mit der Reorganisation wurde *Wilhelm Zaisser*, der „General Gomez" aus dem spanischen Bürgerkrieg, beauftragt, der am 8. Februar 1950 zum Minister für Staatssicherheit ernannt wurde.

Von Dezember 1949 bis zum Sommer 1950 fand auf der sowjetischen Kriegsakademie Priwolsk bei Saratow ein erster Lehrgang für 120 deutsche Volkspolizei-Offiziere statt, unter ihnen befand sich Chef-Inspekteur *Hermann Rentsch*.

Am 3. Februar 1950 wurde die Hauptverwaltung für Schulung (HVS) in Hauptverwaltung für Ausbildung (HVA) umbenannt und der Oberbefehl an Generalinspektor *Karl-Heinz Hoffmann* als Nachfolger von *Zaisser* übertragen. *Hoffmann*, der frühere Sekretär *Ulbrichts*, stellte *Volkspolizei-Bereitschaften (VPB)* für Mannschaften und Unterführer auf und errichtete *Volkspolizei-Schulen (VPS)* für den Offiziersnachwuchs. Es wurden A-Einheiten (Infanterie), B-Einheiten (Artillerie), C-Einheiten (Panzer), D_1-Einheiten (Nachrichtentruppe), D_2-Einheiten (Pioniere) gebildet. Die Ausbildung fand an Waffen und nach Vorschriften der ehemaligen deutschen Wehrmacht statt. Die Hauptverwaltung für Ausbildung verfügte bald über 12 Volkspolizei-Schulen und 39 Volkspolizei-Bereitschaften mit einer Gesamtstärke von etwa 60 000 Mann. (Zu dieser Zeit gab es in der Bundesrepublik Deutschland keine kasernierten Polizeiverbände, ganz zu schweigen von militärischen Einheiten; die Polizei war nicht einmal auf Bundesebene zentralisiert.)

Am 15. Juni 1950 wurde auf Beschluß des Ministerrates im Innenministerium die Hauptverwaltung Seepolizei (HVS) gebildet.

Die Reorganisation der kasernierten „Polizei"-Verbände wurde am Jahresende 1950 abgeschlossen. Die Bereitschaften wurden, nachdem sie nun nicht mehr landsmannschaftlich zusammengesetzt waren, zu gemischten, taktisch verwendbaren Verbänden aus 3 Bataillonen (offiziell: Kommandos) Infanterie, einer Abteilung Artillerie und 7 weiteren Kompanien zusammengefaßt. Die Ausbildung wurde auf sowjetische Vorschriften umgestellt. Die Bezeichnung VP-Bereitschaft (VPB) wurde durch *VP-Dienststelle (VPD)* ersetzt.

Erst zu diesem Zeitpunkt setzten im Westen die ersten Überlegungen ein, ob die Bundesrepublik Deutschland militärisch bewaffnet werden sollte. Nach dem kommunistischen Überfall in Korea (25. Juni 1950) und angesichts der fortschreitenden militärischen Vorbereitungen in der Sowjetzone Deutschlands stimmte die New Yorker Ministerkonferenz im September 1950 einer Verstärkung der Polizei der Länder in der Bundesrepublik Deutschland zu und erteilte die Erlaubnis, kasernierte und motorisierte Verbände aufzustellen. Eine zentralisierte Polizei, wie sie 1946 bereits in der Sowjetzone geschaffen wurde, gibt es in der Bundesrepublik aber selbst heute noch nicht. Am 16. März 1951 verkündete der Bundespräsident das Gesetz über die Errichtung eines kasernierten und motorisierten Bundes-Grenzschutzes in Stärke von 10 000 Mann.

Bis Ende Oktober 1951 zählte die Bereitschaftspolizei der Länder der Bundesrepublik etwa 2000 Mann.
Im März 1951 wurde in der Sowjetzone bei der Hauptverwaltung für Ausbildung eine „Abteilung z. b. V." aufgestellt, aus der die *Hauptverwaltung Luftpolizei* entwickelt wurde.
Im Januar 1952 wurden die Verbände erneut reorganisiert: Aus den VP-Dienststellen wurden nun *Divisionen* gebildet. Die bis zu diesem Zeitpunkt bei der Ausbildung verwendeten Waffen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (Beute-Bestände) wurden durch sowjetische Waffen ersetzt.
Im Sommer 1952 wurden nach einer offen betriebenen Werbekampagne und unter Anwendung von Zwangsmitteln die HVA-Verbände von 65 000 auf 110 000 Mann verstärkt. Am 1. Juli 1952 wurde die Hauptverwaltung Ausbildung offiziell in *Kasernierte Volkspolizei (KVP)* umbenannt. Jeder Einheit der KVP wurde ein Ausbildungsoffizier der Sowjetarmee (Sowjetnik) beigegeben. Am 5. Juli 1952 beschloß der Ministerrat auf Vorschlag des ZK der SED die Aufstellung von *4 Heeresgruppen* (= Armeekorps von je 3 Divisionen).
Am 1. September 1952 war der Aufbau der *„Territorialen Verwaltung Nord"* der KVP mit dem Sitz in Pasewalk abgeschlossen. Sie war die erste „Heeresgruppe" und entsprach in Aufbau und Gliederung einer Heeresgruppe der Sowjetarmee, d. h. einem Armeekorps im üblichen Sinne.
Am 7. Oktober 1952 wurden auf Befehl des Ministeriums des Innern die bisher bei den militärischen Verbänden verwendeten Polizeidienstgrade durch militärische Ränge ersetzt. Die KVP erhielt eine neue Uniform, die nach Farbe und Schnitt der sowjetischen entsprach.
Am 19. Februar 1953 bildete der Ministerrat zur „weiteren Festigung der Staatsmacht" innerhalb des Innenministeriums ein Staatssekretariat für innere Angelegenheiten, das die Obliegenheiten eines Ministeriums des Innern im überlieferten Sinne erfüllen sollte, während das übrige Ministerium des Innern immer mehr die Aufgaben eines Wehrministeriums wahrnahm. Diese Aufgabenverschiebung war mit einem Wechsel in der Leitung des Innenministeriums eingeleitet worden, das am 9. Mai 1952 *Willi Stoph*, der heutige Minister für Nationale Verteidigung, erhalten hatte.

2. Das Ministerium für Nationale Verteidigung

Das Oberkommando der Kasernierten Volkspolizei in Strausberg bei Berlin unterstand – der offiziellen Version entsprechend, daß es sich bei der KVP um Polizeikräfte handele – bis zum Sommer 1955 dem Minister des Innern, *Willi Stoph*. Als dieser am 30. Juni 1955 die Leitung des Innenministeriums an den bisherigen Chef der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei, Generalinspekteur *Karl Maron* abgab, wurde auch der gesamte Apparat der KVP aus dem

Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern herausgelöst und von *Stoph* in der Eigenschaft als Stellvertreter des Ministerpräsidenten geleitet. *Stoph*, der im Sommer 1955 erstmalig bei Truppenbesichtigungen in der Uniform eines Generalobersten der KVP auftrat, übernahm damals als ranghöchster Offizier den militärischen Oberbefehl über die KVP. Er ersetzte den zu einem Lehrgang in die Sowjetunion kommandierten bisherigen Chef der KVP, Generalleutnant *Karl-Heinz Hoffmann*, der 1956 als Vertreter der „DDR" dem Stabe des Oberkommandos der Warschauer Paktstaaten zugeteilt wurde.
Durch die Verabschiedung des „Gesetzes über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung" vom 18. Januar 1956 wurde nur ein bestehender Zustand legalisiert: Das bisherige Oberkommando der KVP erhielt den Namen *Ministerium für Nationale Verteidigung*. Seine Leitung übernahm nun auch formell der Stellvertretende Ministerpräsident Generaloberst *Willi Stoph*, dem (wie bisher in der KVP) als Chef des *Hauptstabes des Ministeriums für Nationale Verteidigung* der Generalleutnant *Vincenz Müller* (ehemaliger Generalleutnant der deutschen Wehrmacht und Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland) und als stellvertretender Stabschef der Generalmajor *Bernhard Bechler* (ehemaliger Major der deutschen Wehrmacht und Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland) zur Seite stehen. Erster Stellvertreter des Ministers wurde Generalleutnant *Heinrich Dollwetzel*, der, wie auch der Politische Stellvertreter und Leiter der Politischen Verwaltung, Generalmajor *Rudolf Dölling*, seit Jahrzehnten Kommunist ist.
Im Ministerium dürften etwa 4 000 Personen arbeiten, davon 3 000 Militärpersonen, 80 sowjetische Offiziere, 900 Zivilangestellte; von den 100 zum Ministerium gehörenden Frauen sind etwa die Hälfte Armeeangehörige. Die Mehrzahl der Dienststellen des Ministeriums befindet sich nach wie vor in Strausberg bei Berlin.
Das Verteidigungsministerium ist die oberste Kommandobehörde für die drei Wehrmachtsteile, und der Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee hat im Auftrage des Ministers Weisungsrecht über die Heeresverbände und die zahlenmäßig weniger bedeutungsvollen See- und Luftstreitkräfte. Schon zur Zeit der Kasernierten Volkspolizei gab es u. a. folgende Verwaltungen (mit unterschiedlicher Selbständigkeit):

Verwaltung Operativ
mit der Aufgabe, die Planung operativer Einsätze der militärischen Verbände und die Schulung der operativen Planungsoffiziere durchzuführen;

Verwaltung Aufklärung
mit der Aufgabe, Strukturpläne, Stärken und Bewaffnung ausländischer Streitkräfte zu ermitteln und auszuwerten;

Verwaltung Nachrichten
verantwortlich für das gesamte Nachrichten- und Kurierwesen; sie hat den technisch-operativen Einsatz der Nachrichteneinheiten zu bearbeiten und sicherzustellen;

Verwaltung Organisation und Nachweisführung
mit der Aufgabe, Personalakten der Unterführer- und Mannschaftsdienstgrade zu bearbeiten und sich gutachtlich über die fachlichen Qualifikationen bei Beförderungs- oder Degradierungsvorschlägen, Versetzungen und Entlassungen zu äußern;

Verwaltung Kader
mit der Aufgabe, die Personalakten der Offiziere zu bearbeiten und Gutachten über die Dienstausübung und die fachliche Qualifikation von Offizieren abzugeben;

Verwaltung Rekrutierung
mit der Aufgabe, Richtlinien für die Werbemaßnahmen auszuarbeiten und diese an die 15 Bezirks-Registrierverwaltungen (heute Bezirkskommandos) weiterzugeben und deren Arbeit zu kontrollieren (siehe das Kapitel über das Rekrutierungssystem, S. 94 ff.);

Verwaltung Besondere Vorkommnisse
mit der Aufgabe, folgende Fälle zu bearbeiten: unerlaubte Entfernung von der Truppe, Beschwerden über Angehörige der Militärverbände, nichtmilitärische Gesetzesübertretungen und Verbrechen, Schußwaffenmißbrauch und anderes;

Verwaltung Chiffrierwesen
mit der Aufgabe, Decknummern für die Einheiten, Kurierleitzahlen und Nachrichten-Codes auszuarbeiten und Nachrichten zu verschlüsseln und zu dechiffrieren;

Verwaltung Transportwesen
mit der Aufgabe, für die Bereitstellung von Verkehrsmitteln und den Mannschafts- und Materialtransport zu sorgen;

Verwaltung Topographie
mit der Aufgabe, Kartenmaterial anzufertigen, zu prüfen und zu ergänzen und die Truppe damit zu versorgen;

Verwaltung Verschlußsachen
mit der Aufgabe, sämtliche Geheimbefehle und geheime und vertrauliche Dokumente zu verwalten;

Verwaltung Rückwärtige Dienste
mit der Aufgabe der Versorgung der militärischen Verbände;

Verwaltung Bauwesen und Unterbringung
verantwortlich für militärische Bauten;

Medizinische Verwaltung
mit der Aufgabe, die Sanitätsabteilungen bei den Korps und Divisionen, die Feldscherlehrgänge ausbildungsmäßig zu leiten, zu kontrollieren und den Sanitätsbedarf sicherzustellen;

Verwaltung Ausbildung und Inspektion
mit der Aufgabe, Ausbildungsvorschriften zu erstellen und laufend die militärische Ausbildung zu überprüfen und anzuleiten;

Verwaltung Lehranstalten
verantwortlich für die Offiziers- und Unteroffiziersschulen der Landstreitkräfte; mit der Aufgabe, Lehrpläne herauszugeben, die Prüfungen festzusetzen und bei der Abnahme der „Staatsexamen" mitzuwirken;

Verwaltung Bewaffnung
mit der Aufgabe, die Waffenbestände zu registrieren und Waffenvorschriften zu erstellen;

Verwaltung Artillerieversorgung
mit der Aufgabe, die Artillerie-Einheiten mit Geschützen, Munition, optischen Geräten und Ausbildungsvorschriften zu versorgen und bei der Entwicklung neuer Waffen mitzuwirken;

Verwaltung Pionierwesen
mit der Aufgabe, Ausbildungspläne für die Pionier-Einheiten auszuarbeiten und auszugeben sowie das Pionierwesen technisch-operativ weiterzuentwickeln;

Verwaltung Motorisierung
mit der Aufgabe, für die Panzer-, Kradschützen- und mechanisierten Einheiten die Ausbildungspläne auszuarbeiten und auszugeben sowie die Weiterentwicklung und Versorgung auf dem Gebiet der Kettenfahrzeuge zu betreiben;

Verwaltung Kraftfahrzeugwesen
mit der Aufgabe, Fahrzeuge zu beschaffen, zu unterhalten sowie die Treibstoffversorgung sicherzustellen;

Zentrales Dolmetscherbüro
mit der Aufgabe, sowjetische Dokumente ins Deutsche und die von den Einheiten und Verwaltungen eingehenden Berichte ins Russische zu übersetzen.

Nach der Errichtung des Ministeriums für Nationale Verteidigung wurde dieses Schema in einigen Punkten verändert, im wesentlichen erweitert.

Die *Politische Verwaltung* stand schon in der Zeit der KVP außerhalb des Stabes. Sie untersteht auch heute nicht dem Hauptstab der Nationalen Volksarmee, wohl aber dem Ministerium für Nationale Verteidigung und gleichzeitig dem ZK der SED. Wegen ihrer zentralen Bedeutung wurde die Politische Verwaltung in einem besonderen Kapitel über die Rolle der Partei in der Nationalen Volksarmee behandelt. [1]

Bezeichnend ist, daß auch die *Gesellschaft für Sport und Technik* (GST) [2] als vormilitärische Massenorganisation der Sowjetzone direkt dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt wurde. Die Errichtung von Ausbildungsstätten für die GST und die Versorgung der Gesellschaft mit Gerät ist Aufgabe des Verteidigungsministeriums.

Auch das *Deutsche Rote Kreuz* der Sowjetzone ist – zumindest personell – eng mit dem Verteidigungsministerium verbunden.

Ein *Beschaffungsamt* (verbunden mit dem Amt für Technik) im Ministerium für Nationale Verteidigung ist verantwortlich für die Koordinierung und Anleitung der für die Rüstung arbeitenden Volkseigenen Betriebe. Es wird von Staatssekretär *Ernst Wolf* geleitet und gliedert sich in 8 Fachverwaltungen: Waffen und Geräte, Sprengstoffe, Textilien, Fernmeldetechnik, Feinmechanik

---

[1] s. oben S. 22 ff.

[2] Ausführlich wird die GST oben im Abschnitt A dieses Teils behandelt, S. 40 ff, insbesondere S. 45.

und Optik, Schiffsbau, Kraftfahrzeugbau, Flugzeugbau. Dem Amt untersteht eine Reihe von Betrieben direkt.
Erweitert wurde gegenüber dem Schema aus der Zeit der KVP die *Verwaltung für Bauwesen und Unterbringung*. Ihr untersteht eine Reihe von Abteilungen: so die Bezirksabteilung Unterbringung (BAU) Nord und Süd und das Zentrale Sonderbüro der Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB-ZSBB), eine Dienststelle mit dem Sitz in Potsdam, die bis Anfang 1956 dem Aufbauministerium unterstellt war und früher nur für die Sowjetarmee arbeitete.
Im März 1957 wurde bekannt, daß mit der Einrichtung von *Militär-Staatsanwaltschaften* Ansätze einer Militärgerichtsbarkeit geschaffen wurden.

3. *Die Überführung der KVP in die Nationale Volksarmee*

Die Überführung der Verbände der Kasernierten Volkspolizei in die Nationale Volksarmee begann mit der Vereidigung des 1. mechanisierten Regimentes der Division Potsdam im Lustgarten zu Berlin am 30. April 1956 durch den Verteidigungsminister *Stoph*. Am gleichen Tag wurden in Strausberg die dort stationierten Verfügungstruppen des Ministeriums durch Generalleutnant *Vincenz Müller* vereidigt. Im Laufe der folgenden Monate wurden dann nacheinander alle Einheiten und Dienststellen der KVP – nach entsprechenden Veränderungen – in die Nationale Volksarmee übernommen und vereidigt. In einem Tagesbefehl am 7. Oktober 1956 zum „7. Jahrestag der DDR" stellte *Stoph* fest, daß die Nationale Volksarmee jetzt aufgestellt sei.
Vor der Überführung der KVP-Einheiten in die Nationale Volksarmee wurde dieser Vorgang im Politunterricht ausführlich behandelt. Es galt, zahlreiche zumindest psychologische Widerstände bei den Soldaten zu überwinden. Ehe also die KVP-Angehörigen vereidigt wurden und ihnen die schriftliche Verpflichtung abverlangt werden konnte, verging eine gewisse Zeit. Wie immer wurden auch bei diesen Vorbereitungen Druckmittel angewandt. Insbesondere wurde damit gedroht, daß die Verweigerung der Unterschrift als ein Bekenntnis „gegen den Arbeiter-und-Bauern-Staat" angesehen werden müsse und der Verweigerer demzufolge nicht damit rechnen könne, nach der Entlassung in einem Volkseigenen Betrieb Arbeit zu erhalten.
Andererseits wurde die Überführung in die Nationale Volksarmee für eine Säuberung benutzt, die sich auch auf das Offizierskorps erstreckte. Soweit übersehbar, sind namentlich viele der sogenannten „Fließband-Offiziere", d. h. Offiziere, die in den ersten Jahren des militärischen Aufbaus in Schnellkursen herangebildet worden waren, entlassen worden. Ein Teil der entlassenen Offiziere und längerdienenden Unteroffiziere wurde in den Ausbildungsstab der *Gesellschaft für Sport und Technik* übernommen.

Am 28. Juni 1956 beschloß der Ministerrat, die Stärke der Nationalen Volksarmee von 120 000 auf 90 000 Mann herabzusetzen. Gleichgültig, welche Gründe dafür ausschlaggebend gewesen sein mögen (Gesamtschwierigkeiten, besonders bei der Rekrutierung, Propaganda im Zusammenhang mit den Absichten der sowjetischen Außenpolitik), diese Reduzierung (die nur theoretischer Natur war, da die Stärke von 120 000 Mann noch nicht erreicht war) läßt zusammen mit anderen Maßnahmen die Grundtendenz erkennen, daß die Nationale Volksarmee zu einer zahlenmäßig begrenzten, aber zuverlässigen und schlagkräftigen *Kaderarmee* werden soll. Im übrigen hielt sich die Regierung der „DDR" nicht an ihre Zusicherung, denn nach vorsichtiger Berechnung ist die Nationale Volksarmee (mit Luftwaffe und Marine) seit Juni 1956 nie schwächer als 110 000 Mann gewesen, wobei das Landheer immer mindestens 89 000 Mann zählte.

4. Die Landstreitkräfte

Die Sowjetzone wurde teritorial in zwei *Militärbezirke* eingeteilt: den Militärbezirk V für den Nordteil der Zone mit Sitz in Neubrandenburg und den Militärbezirk III für den Südteil mit Sitz in Leipzig. Jeder Militärbezirk entspricht einem Armeekorps.

Zum Militärbezirk V, d. h. dem Armeekorps Nord, befehligt von Generalmajor *Hermann Rentsch* (Sitz Neubrandenburg), gehören

die 6. (teilmechanisierte) motorisierte Schützendivision Prenzlau im Raum Prenzlau–Pasewalk–Pinnow,

die 8. (teilmechanisierte) motorisierte Schützendivision Schwerin im Raum Schwerin–Prora–Rostock,

die 9. Panzerdivision im Raum nördlich von Pasewalk.

Als operative Reserven unterstehen dem Korps Nord unmittelbar je ein Regiment Flak und Artillerie und je ein Bataillon Nachrichtentruppen und Pioniere.

Zum Militärbezirk III, d. h. dem Armeekorps Süd, befehligt von Generalmajor *Kurt Wagner* (Sitz Leipzig), gehören

die 4. (teilmechanisierte) motorisierte Schützendivision Erfurt im Raum Erfurt-Mühlhausen–Gotha–Gera,

die 11. (teilmechanisierte) motorisierte Schützendivision Halle im Raum Halle–Weißenfels–Zeithain,

die 7. Panzerdivision Dresden im Raum Dresden–Zittau–Spremberg.

Als operative Reserven unterstehen dem Korps Süd unmittelbar je ein Regiment Flak und Artillerie und je ein Bataillon Nachrichtentruppen und Pioniere.

Dem Hauptstab des Ministeriums für Nationale Verteidigung unterstehen unmittelbar

die 1. (teilmechanisierte) Schützendivision in Potsdam,
das Wachregiment in Strausberg,
2 Pionier-Regimenter,
1 Nachrichten-Regiment,
1 Kraftfahr-Regiment,
1 Flak-Regiment.

Die motorisierten Schützendivisionen der NVA können nur als „teilmechanisiert" bezeichnet werden, da nur ein Teil ihrer Einheiten jeweils „mechanisiert" (d. h. allgemein gesprochen: mit Kettenfahrzeugen versehen) ist. – Die Gliederung des Landheeres ist, wie man deutlich erkennen kann, dem sowjetischen Vorbild angeglichen. Die motorisierte Schützendivision der NVA, deren volle Mechanisierung angestrebt wird, soll in absehbarer Zeit nach Aufbau und Feuerkraft der sowjetischen „mechanisierten Division" entsprechen (d. h. einer leichten Panzerdivision, die wiederum etwa mit einer deutschen Panzergrenadier-Division der Jahre vor 1945 verglichen werden kann). Die Panzerdivision der NVA hat die gleiche Struktur wie die sowjetische Panzerdivision. Das Hauptmerkmal bei der Umgliederung der NVA seit der Überführung aus der KVP ist die zunehmende Mechanisierung.
Mit der Überführung der KVP fielen auch endgültig die bisher vorgeschriebenen Tarnbezeichnungen fort, deren man sich allerdings im allgemeinen Sprachgebrauch auch im Dienst in letzter Zeit kaum noch bedient hatte. Die „Bereitschaft" heißt jetzt offiziell Division, das „Kommando" Regiment und die „Abteilung" Bataillon. Auch die Deckbezeichnung für die verschiedenen Waffengattungen wurden nicht mehr verwendet; statt der Buchstaben wurde die Waffengattung genannt (A = Infanterie, B = Artillerie, C = Panzer, D_1 = Nachrichten, D_2 = Pioniere, S_1 = Aufklärungstruppe, S_4 = Panzerjäger, S_5 = Flak, S_6 = Granatwerfer). Die Regimenter erhielten bei der Überführung Nummern, ebenso die Divisionen. Die selbständigen Bataillone führen die Nummern ihrer Divisionen, z. B. das 1. Pionier-Bataillon (der 1. mechanisierten Division).
Seit der Ausrüstung der Landstreitkräfte mit sowjetischen Waffen im Jahre 1952 haben sich in dieser Hinsicht fortlaufend Verbesserungen, aber zunächst keine grundsätzlichen Änderungen ergeben. Die nachstehende Aufzählung gibt den ungefähren Bestand an schwereren Waffen aus dem Jahre 1956 wieder, wobei allerdings die in den Waffendepots für die Polizeiverbände [1]) gelagerten Waffen ebenso wie die von den Sowjets für die Nationale Volksarmee bereitgehaltenen schwereren Waffen nicht berücksichtigt sind.

---

[1]) s. oben S. 72.

Geschütze und andere Feuerwaffen

Kanonen und Haubitzen	152 mm	70
Kanonen und Haubitzen	122 mm	200
Kanonen	85 mm	?
Kanonen	76 mm	380
Flak	100 mm	?
Flak	85 mm	80
Flak	37 mm	200
Pak	57 mm	150
Pak	45 mm	250
Granatwerfer	120 mm	330
Granatwerfer	82 mm	550
Salvengeschütze M-13		36

Nach dieser Übersicht ist die Zahl der Artilleriewaffen gering, und auch eine Reihe moderner Geschütze und anderer Waffen fehlt. Doch können diese fehlenden Waffen ohne Schwierigkeiten aus den sowjetischen Beständen bereitgestellt werden.
Allgemein wurden die Gewehre in starkem Maße durch Maschinenpistolen und Sturmgewehre ersetzt. Andere Spezialhandfeuerwaffen – z. B. eine Panzerbüchse – wurden eingeführt.

Panzer und Panzerfahrzeuge

Panzer JS-III (1956 neu)	?
Panzer JS-II	75
Panzer T-34/85	750
Panzer T-34/76	100
Panzer T-54	?
Sturmgeschütze auf Selbstfahrlafette US-152	?
Sturmgeschütze auf Selbstfahrlafette US-100	50
Sturmgeschütze auf Selbstfahrlafette US-85	80
Sturmgeschütze auf Selbstfahrlafette US-76	260
Panzerspähwagen und Schützenpanzerwagen	600
Schwimmpanzer	?

Im Vergleich mit der sowjetischen Panzerwaffe fehlt das Sturmgeschütz SU-122. Es gibt in den Verbänden vielfach erhebliche Unterschiede zwischen dem Soll- und dem Istbestand an Panzern, schwere Panzer werden zum Teil noch durch mittlere vertreten.

Kraftfahrzeuge

Gesamtbestand an Kraftfahrzeugen	10 000
Zugmaschinen für schwere Geschütze	100

Während die Panzer und Geschütze der Nationalen Volksarmee aus nichteigener (sowjetischer, zum Teil auch polnischer und tschechischer) Produktion stammen, sind die meisten Kraftfahrzeuge der Nationalen Volksarmee in der Sowjetzone selbst produziert. Aus sowjetischer Produktion stammen die Lastkraftwagen Typ SIS-150 und 151, Motorräder und Spezialfahrzeuge.
Auch bei den Kraftfahrzeugen gibt es einen Unterschied zwischen dem Soll- und Istbestand in den Verbänden, d. h. einen Fehlbestand von 10 bis 40 v. H. Ein besonderer Mangel bei der Motorisierung ist die geringe Ausstattung mit Ketten-Zugmaschinen.
In der Nationalen Volksarmee gelten die sowjetischen Ausbildungsvorschriften und -praktiken. Die *Ausbildung* soll eng an die Erfordernisse der erwarteten Kampflage gebunden und hart sein. Die *Dienstzeit* beträgt zwei Jahre. Das Alter soll bei Eintritt in die Streitkräfte möglichst 19 Jahre betragen.
Nach den Direktiven des Ministeriums für Nationale Verteidigung für das *Ausbildungsjahr 1957* ist das Ziel, „eine ständige Gefechtsbereitschaft, eine hohe Beweglichkeit und eine hohe Kampfmoral und Disziplin der Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere" herzustellen. Dazu gehört auch, daß im Unterricht mit der Unterschätzung des Gegners Schluß gemacht werde und daß vielmehr „die Kampfkraft der NATO-Armee real eingeschätzt" werde.
Nach der Grundausbildung werden die Einheiten und Verbände häufig auf die zahlreichen Übungsplätze und in Übungslager (im Sommer und im Winter) verlegt, wo bei Tag und Nacht im Rahmen der Kompanie, des Bataillons und des Regimentes geübt wird, auch Zug- und Kompanie-Gefechtsschießen durchgeführt werden.
Die Gefechtsausbildung wird häufig feldmarschmäßig und oft unter Gasmaske und mit angelegter ABC-Schutzkleidung ausgeführt. Etwa ein Drittel der Gefechtsausbildung findet – ebenfalls nach sowjetischem Muster – nachts statt. In der Verbandsausbildung wird auf das Üben des Zusammenwirkens der Waffen, schon in der verstärkten Kompanie, Wert gelegt. Gefechtsübungen im Regimentsrahmen finden unter Zuteilung anderer Waffen statt.
Zu den Besonderheiten bei der Ausbildung gehört zunächst das Scharfschießen während der ganzen Ausbildungszeit, zum Teil auch in Sonderlehrgängen für Scharfschützen.
Wie in der Sowjetzone erhalten alle Waffengattungen eine allgemeine Pionierausbildung, d. h. sie üben das Anlegen von Feldstellungen, das Eingraben von Waffen und großem Gerät sowie das Überschreiten von Flüssen. Nur für größere Bauten, die mit besonderem Material und Gerät ausgeführt werden müssen, werden eigentliche Pioniere herangezogen.

Die Unteroffiziere werden auf Regimentsschulen in Lehrgängen von 9 bis 12 Monaten Dauer herangebildet. Die Ausbildungszeit der Offiziere auf den Offiziersschulen beträgt 3 Jahre.
Die Nationale Volksarmee unterhält als Schule für Stabsoffizere die *Kriegsakademie in Dresden*. Auch ist die *Kadettenanstalt in Naumburg* zu erwähnen. Von den Schulen, welche die NVA für Offiziere der verschiedenen Waffengattungen eingerichtet hat, sind vor allem zu nennen die Schulen für

Infanterie in Plauen/Vogtland
Artillerie in Dresden
Panzerwaffe in Erfurt
Panzerwaffe und Sturmartillerie in Großenhain (Bezirk Dresden)
Nachrichtenwesen in Döbeln
Pioniere in Dessau-Alten
Flak in Potsdam
Kraftfahrtechnik in Stahnsdorf
Politkultur (Politschulung) in Berlin-Treptow
Dolmetscher in Weimar-Holzdorf
Militärärzte in Greifswald.

Höhere Offiziere nehmen an Lehrgängen auf Militärakademien in der Sowjetunion an gelegentlichen Planspielen und Studien des Vereinten Oberkommandos der Armeen des Warschauer Paktes teil.
Die hohen Ziele der Ausbildung dürften bisher in vielem noch nicht erreicht sein; seit dem Herbst 1956 hat sich der Ausbildungsstand jedoch wesentlich gebessert.
In der Truppenausbildung nimmt seit Ende 1955 die Berücksichtigung einer durch *Atomwaffeneinwirkung* entstandenen Lage auf dem Gefechtsfeld einen wesentlichen Raum ein. Wenn auch die allgemeine Ausrüstung mit Schutzgerät noch wenig vorangekommen ist, so wird diese doch angestrebt. Besondere Schutzeinheiten sind in die Verbände eingegliedert.
Im nachstehenden wird die Atomschutz-Kompanie einer mechanisierten Division beschrieben:
Die Atomschutz-Kompanie hat 3 Züge: einen Lehrzug (mit 3 Lehrgruppen), einen Aufklärungszug (mit 2 Aufklärungsgruppen) und einen Entgiftungszug (mit 4 Entgiftungsgruppen).
Zur besonderen Ausrüstung gehören u. a. Gasmaske, Schutzhandschuhe, Schutzumhänge, Schutzschürzen, Schutzstrümpfe; des weiteren Radiometer für Beta- und Gamma-Strahlenmessung, ein Atomwarngerät, Meßgeräte für chemische Kampfstoffe sowie eine Reihe verschiedener Entgiftungsgeräte für chemische und radioaktive Stoffe. Bei den Übungen werden verschiedene chemische Kampfstoffe verwendet.

Die Ausbildung im Lehrzug soll die Angehörigen befähigen, selbst über Angriff und Abwehr von ABC-Waffen theoretisch und praktisch zu unterrichten. Im Aufklärungszug liegt das Schwergewicht darauf, die Angehörigen mit den Aufgaben vertraut zu machen, die dieser Zug beim Vorgehen der gesamten Division zu erfüllen hat. Sie müssen die verschiedenen Kampfstoffe kennen, verseuchte bzw. radioaktive Geländeabschnitte mit Fahnen bezeichnen und für die Errichtung des Entaktivierungspunktes der Schutzkompanie den geeigneten Ort – Waldgebiete, Schluchten, Punkte mit viel Wasser – finden. Die Aufklärung muß auch im gegnerischen Raum erfolgen, um zu erkunden, ob der Gegner ABC-Waffen einsetzen will. Des weiteren soll der Aufklärungszug durch Ausspritzen bestimmter Flüssigkeiten Schneisen durch verseuchte bzw. radioaktive Gebiete legen, durch die der Vormarsch der Division ermöglicht wird.
Der Entgiftungszug hat die Aufgabe, das Personal und Material der Division zu entgiften bzw. zu entaktivieren, um den Verband nach einem Angriff mit ABC-Waffen wieder einsatzfähig zu machen. Er errichtet den Entaktivierungspunkt. Zur Unterstützung dieses Zuges werden Schutzzüge und das Sanitätspersonal anderer Einheiten der Division herangezogen. Nach den Vorschriften sind alle Angehörigen des Entgiftungszuges mit besonderen Vollmachten ausgestattet. Sie sind gegebenenfalls berechtigt, Soldaten und Offiziere fremder Truppenteile, die sich den Anordnungen bei der Entgiftung nicht fügen, auf der Stelle zu erschießen.
Die Ausbildung der Atomschutz-Kompanie geht unter besonders harten Bedingungen vor sich. So müssen die Angehörigen des Aufklärungszuges während einer Geländeaufklärungsübung bis zu drei Tagen ohne Wasser, Eß- oder Tabakwaren bleiben, auch bei strenger Kälte oder großer Hitze. Die Angehörigen des Entgiftungszuges müssen längere Zeit im Schutzanzug und unter Gasmaske arbeiten können.
Allgemein soll sich die Truppe in folgender Weise auf Atomangriffe vorbereiten: Bei Alarm ist die Schutzkleidung anzulegen. Bei einem überraschenden Atomangriff ist sofort Deckung zu nehmen, wobei sich der Soldat in seinen Schutzanzug einrollen und auf den Bauch legen soll, die Füße in Richtung des Explosionsherdes, das Gesicht gegen die Erde gepreßt. Als weitere Sicherung gegen Atomwaffeneinwirkung soll die Truppe Laufgräben und Bunker anlegen und Kraftfahrzeuge, Panzer und Geschütze so eingraben, daß sie in ihrer Feuerkraft unbehindert bleiben bzw. wieder schnell bewegt werden können.
Atomare Übungen fanden bereits im Oktober 1955 und in größerem Ausmaß im April 1956 statt. Bei diesen Übungen waren auch Offiziere der Verbände des Ministeriums für Staatssicherheit und der Deutschen Volkspolizei sowie andere Staatsfunktionäre als Zuschauer zugegen.
Der Atomschutz wird in der allgemeinen militärischen Presse immer häufiger behandelt. So enthält auch der „Taschenkalender der Nationalen Volksarmee

1957" einen längeren Artikel über das Verhalten des Soldaten bei der Anwendung von atomaren Waffen. [1])
Die atomare Ausbildung erstreckt sich nicht nur auf den passiven Schutz. Zunehmend finden Übungen statt, denen die Annahme des *eigenen Einsatzes taktischer* Atomwaffen zugrundeliegt.

5. *Die Seestreitkräfte*

Die oberste Kommandobehörde der Seestreitkräfte, die *Verwaltung Seestreitkräfte* mit dem Sitz in Rostock, ist dem Minister für Nationale Verteidigung unterstellt. Kommandeur der Seestreitkräfte ist der Vizeadmiral *Waldemar Verner*, ein Altkommunist, dem der Konteradmiral *Heinz Neukirchen*, ein ehemaliger Korvettenkapitän der deutschen Kriegsmarine, als Fachmann zur Seite steht. Die Seestreitkräfte zählen etwa 10 000 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften.
Das Oberkommando verfügt, in der *Flottenbasis Ost* und in der *Flottenbasis West*, u. a. über folgende schwimmende Einheiten, die zu *Flottillen* zusammengefaßt sind:

12 Minenleger- und Räumboote
14 Küstensicherungsboote
18 Räumpinassen
1 Flak-Schiff
2 Tanker
3 Versorgungsschiffe
1 Feuerlöschboot.

Unmittelbar dem Oberkommando unterstehen u. a.

2 Schlepper
1 Taucher-Boot
1 Feuerlöschboot
1 50-t-Schwimmkran.

Des weiteren unterstehen dem Oberkommando eine Abteilung Baubelehrung (in der die Besatzungen auf den neuen schwimmenden Einheiten ausgebildet werden), eine Schiffsstamm-Abteilung (in der die infanteristische Grundausbildung der Matrosen erfolgt), eine Pionierkompanie, eine Reihe von Versorgungsdienststellen sowie die Lehranstalten.
Die Marine verfügt über die Ingenieur-Offiziersschule in Stralsund, die Nachrichtenschule in Stralsund und die Flottenschule in Parow.

---

[1]) In: Atomschutz und sanitäre Betreuung. Taschenkalender der Nationalen Volksarmee 1957, S. 196–202.

6. Die Luftstreitkräfte

Mit der Umwandlung der obersten Kommandobehörde der Kasernierten Volkspolizei in das Ministerium für Nationale Verteidigung wurde auch das als „Verwaltung der Aero-Klubs" getarnte Kommando der sowjetdeutschen Fliegerverbände in *Verwaltung der Luftstreitkräfte* umbenannt. Sie ist in Kottbus stationiert. Chef der Luftstreitkräfte ist Generalmajor *Heinz Kessler*, dem als Fachmann ein ehemaliger Major der deutschen Luftwaffe, Generalmajor *Heinz Zorn*, zur Seite steht. Die Luftstreitkräfte zählen rund 11 000 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Sie erhalten – im Gegensatz zu den Landstreitkräften – genügend Nachwuchs auf Grund wirklicher Freiwilligenmeldungen.
Die *fliegenden Verbände* gliedern sich in 4 *Flieger-Divisionen* mit je 3 *Regimentern*. Die Sollstärke einer Division beträgt 118 Maschinen; sie ist jedoch noch nicht aufgefüllt. Bis zum Sommer 1956 wurden nur Maschinen vom Typ Yak-11, Yak-18 sowie einige Maschinen vom Typ AN-2 (Doppeldecker für Fallschirmabsprünge) verwendet. Mit der Umschulung von diesen alten Maschinen auf den Düsenjäger MIG-15 sollen die Luftstreitkräfte Anschluß an eine moderne taktische Luftwaffe gewinnen. Der Bestand dürfte bei 150 Einsatzflugzeugen (darunter 70 MIG-15) und 100 Schulflugzeugen liegen. Stationiert ist die

1. Fliegerdivision in Kottbus
2. Fliegerdivision in Drewitz bei Kottbus
3. Fliegerdivision in Bautzen
4. Fliegerdivision in Preschen bei Guben.

Die als *technische Basen* bezeichneten Flugplätze der Luftstreitkräfte, mit den auf diesen stationierten *Flugplatz-Bataillonen*, liegen durchweg im östlichen Teil der Sowjetzone. Bei der Ausbildung wird der Treibstoff so bemessen, daß eine Flucht nach dem Westen nicht möglich ist. Für die Überwachung des Luftraumes sind ausschließlich die Sowjets zuständig.
Der *Verwaltung Luftstreitkräfte* unterstehen weiter eine Reihe von Sondereinheiten, die Lehranstalten und ein zentrales Versorgungslager. Die technische Offiziersschule der Luftwaffe liegt in Kamenz.
Für Luftverteidigungsaufgaben wurde zunächst eine *Flak-Division* aufgestellt.

V. PROBLEME UND GRENZEN DER AUFRÜSTUNG

A. DAS SYSTEM DER REKRUTIERUNG

Die Grundlage des Militärsystems aller Ostblockstaaten bildet die allgemeine Militärdienstpflicht nach dem Vorbild der Sowjetunion: Die Dienstpflicht beginnt im Alter von 19 Jahren (von 18 Jahren für Mittel- und Oberschüler). Die aktive Dienstzeit beträgt für Mannschaften in der Armee und bei den MWD-Truppen 2 Jahre, für Unteroffiziere 3 Jahre, für Mannschaften und Unteroffiziere bei den Luftstreitkräften und der Küstenverteidigung 4 Jahre, bei der Marine für Maate 5 Jahre. Die Reservedienstpflicht geht bis zum 35., 40. und 50. Lebensjahr je nach Tauglichkeit, Familienstand und anderen Bedingungen. Wehrdienstverweigerung ist ausgeschlossen und wird strafrechtlich verfolgt.

Eine Ausnahme von diesem allen Ostblockstaaten gemeinsamen System einer weiterreichenden allgemeinen Militärdienstpflicht macht die Sowjetzone. Ihr ist aus politisch-propagandistischen Erwägungen und unter Berücksichtigung ihres Menschen- und Wirtschaftspotentials die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht auch nach der Proklamierung der Nationalen Volksarmee zunächst noch versagt. Vorbereitungen dazu sind aber schon getroffen. Schon das „Gesetz zur Ergänzung der Verfassung" vom 26. September 1955 bereitet darauf vor, wenn es in § 1 heißt:

„Der Dienst zum Schutze des Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen ist eine ehrenvolle nationale Pflicht der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik." [1])

Der Sowjetzonenregierung ist ein weiter Spielraum für Regierungsverordnungen und Beschlüsse gelassen; denn § 3 des genannten Gesetzes bestimmt:

„Die Organisierung des Dienstes zum militärischen Schutz der Heimat und zum Schutz der Zivilbevölkerung wird durch Beschluß des Ministerrates geregelt."

Die Gewinnung des Personals war bei der Aufstellung militärischer Verbände in der ersten Phase der sowjetzonalen Aufrüstung, zwischen dem Sommer 1948 und Ende 1951, noch verhältnismäßig einfach. Es handelte sich damals um reine

---

[1]) Aus: „Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik", Teil I, Nr. 82 vom 6. Oktober 1955.

Kaderverbände, und die allgemeine Situation in der Sowjetzone veranlaßte junge Leute zum freiwilligen Eintritt in die Volkspolizei, zumal die Angehörigen der militärischen Verbände bedeutend besser mit Lebensmitteln versorgt wurden als die übrige Bevölkerung. Während der KVP-Angehörige 120 g Butter oder Fett als Tagessatz bekam, erhielten die Normalverbraucher zu dieser Zeit nur 29,5 g; dem KVP-Angehörigen standen an Fleischwaren 150 g zu, dem Normalverbraucher nur 44,5 g. Ähnlich waren die Unterschiede in der Textilversorgung. Einen besonderen Anreiz bot zudem die hohe Besoldung. Hinzu kam die Furcht jüngerer Arbeitnehmer, zum Uranbergbau oder zu anderen gefährlichen Arbeiten verpflichtet zu werden. Immerhin konnte so in der ersten Zeit der Schein der Freiwilligkeit aufrechterhalten werden.

Der Mangel dieses Rekrutierungssystems wurde Ende 1951 sichtbar, als damit begonnen wurde, die bisherigen Rahmenverbände zu vollgültigen militärischen Einheiten aufzufüllen. Der Bedarf an Freiwilligen wuchs von Monat zu Monat und konnte von den aufgestellten Werbekommissionen der SED nicht mehr gedeckt werden. Da für die Deckung des Personalbedarfs einer Armee ein gut funktionierendes Meldewesen Voraussetzung ist, wurde zur Erfassung der militärdienstfähigen Jahrgänge und der in Bildung begriffenen Reserve ein entsprechendes System entwickelt. Seit dem 1. Oktober 1952 war die Rekrutierung den *Kreis-Registrierabteilungen* (= Wehrmeldeämtern) übertragen, die den *Bezirks-Registrierverwaltungen* unterstehen. Oberste militärische Erfassungsbehörde ist die *Verwaltung für Rekrutierung* im Stab der KVP bzw. jetzt im Ministerium für Nationale Verteidigung. Seit 1956 heißen die örtlichen Rekrutierungsstellen *Bezirks- und Kreis-Kommandos.*

Dieser staatliche Apparat kann seine Aufgabe allein nicht erfüllen, da er mangels gesetzlicher Handhaben keine nachhaltige Einwirkungsmöglichkeit auf den einzelnen besitzt. So ist in dem Rekrutierungssystem der Sowjetzone dem Parteiapparat der SED die Funktion des eigentlichen Trägers der Werbung zugewiesen. Den militärischen Stellen obliegt lediglich die technische Vorbereitung der Werbeaktionen durch die namentliche Erfassung des zur Anwerbung vorgesehenen Personenkreises sowie die Verteilung der Angeworbenen auf die verschiedenen Formationen.

Bei der Rekrutierung ist zwischen der laufenden Werbung und den Großwerbungen zu unterscheiden. Den Kreis-Registrierabteilungen ist ein monatliches Soll an „Freiwilligen" gestellt. Bei den Großwerbeaktionen, die unter Einsatz des gesamten Propagandaapparates der Sowjetzone durchgeführt werden, wird dieses Soll vervielfacht. So hatte die Kreis-Registrierabteilung Doberan im Winter 1954/55 ein Soll von 20 Freiwilligen im Monat zu erfüllen; während der Großwerbung im Frühjahr 1955 hatte sie aber monatlich über 200 Rekruten zu stellen, – eine Zahl, die bei weitem nicht erreicht wurde.

Die Mitglieder der SED und der „Massenorganisationen" sind durch die Statuten ihrer Organisationen verpflichtet, bei Aufforderung selbst in die Streitkräfte einzutreten oder sich an der Werbung für die Streitkräfte aktiv zu

beteiligen. Eine solche Verpflichtung ist indirekt schon in der strengen Parteidisziplin begründet, wie sie im Statut der SED von 1946 [1]) festgelegt wurde. Im Statut der SED von 1950 ist die Pflicht des Parteimitgliedes, „sich den Beschlüssen der Partei unterzuordnen", noch eindeutiger formuliert. Im Statut, das auf dem IV. Parteitag der SED 1954 angenommen wurde, ist dann die besondere Aufgabe der SED bei der Erfassung der Bevölkerung zum Militärdienst ausdrücklich festgestellt:

„Die Partei erzieht und organisiert die Werktätigen zur allseitigen aktiven Verteidigung der Heimat, des Staates der Arbeiter und Bauern, gegen alle aggressiven Aktionen ihrer Feinde." [2])

Ähnliche Bestimmungen – sowohl über die Pflicht zum eventuellen eigenen Eintritt des Mitgliedes in die Streitkräfte wie auch zur Werbung anderer – sind auch für die Mitglieder der Hilfsorganisationen der SED verbindlich. Die militärischen Pflichten der Mitglieder der Freien Deutschen Jugend sind in den im Mai 1955 beschlossenen neuen FDJ-Statuten festgelegt worden. [3]) Auch in den Satzungen des kommunistischen Gewerkschaftsbundes FDGB sind seit 1955 militärische Verpflichtungen enthalten:

„Die Gewerkschaften erziehen die Werktätigen zum Patriotismus, zur Liebe zur Heimat, zur Wachsamkeit gegenüber Saboteuren und Agenten und zur Erfüllung ihrer Pflicht, die sozialistischen Errungenschaften ihres Arbeiter-und-Bauern-Staates zu verteidigen." [4])

Im Zusammenhang mit der Satzungsänderung des FDGB von 1955 wurde vor allem auch der Eintritt der Gewerkschafter in die Kampfgruppen gefordert. [5]) Ähnliche Verpflichtungen in mehr oder weniger direkter Form sind in den Statuten und Resolutionen aller Partei- und Massenorganisationen der Sowjetzone für die Mitglieder festgelegt, so daß jedes Mitglied allein mit dem Hinweis auf die beim Eintritt anerkannten Statuten zur „freiwilligen" Meldung für den Militärdienst genötigt werden kann. Da die gesamte Bevölkerung irgendwie „organisiert" ist, so unterliegt praktisch die ganze männliche wehrdienst-

---

[1]) Abgedruckt in: Chronologische Materialien zur Geschichte der SED. A. a. O., S. 569 ff. Sowjetzonale Quelle ist: Dokumente der SED... Bd. I. Dietz-Verlag, Ostberlin 1951, S. 11 f.

[2]) Chronologische Materialien zur Geschichte der SED. A. a. O., S. 577. Quelle ist: Dokumente der SED ... Bd. V, 1956, S. 92.

[3]) s. oben S. 43. Text des Statutes bei *Hans-Peter Herz:* Freie Deutsche Jugend, München 1957, S. 86 ff. Quelle ist: „Junge Welt", Nr. 134 vom 8. Juni 1955, S. 3 f.

[4]) Aus: „Die Arbeit", Monatsschrift für Theorie und Praxis der deutschen Gewerkschaften, herausgegeben vom Bundesvorstand des FDGB, Nr. 6 vom Juni 1955.

[5]) *Kurt Meier:* Zu den Abänderungen an der Satzung des FDGB. In: „Neues Deutschland" vom 21. Juni 1955.

fähige Bevölkerung auch einer totalen Militärdienstpflicht. Dieser Pflicht kann sich der einzelne zwar durch Austritt aus der Organisation entziehen, er würde aber damit in vielen Fällen seine persönliche Existenz gefährden oder gar vernichten. Der *„Parteiauftrag"*, sich „freiwillig" zu melden, ist also ein verhältnismäßig einfaches Verfahren zur Rekrutierung der Streitkräfte.

Schwieriger ist schon die allgemeine Werbung. Ihre Schauplätze sind in der Regel Arbeitsstätten und Schulen; denn der Anzuwerbende kann sich hier nur schwer den Werbern entziehen. Die Werbung beginnt meist mit Vorträgen, in denen vor allem die Notwendigkeit eines Militärdienstes ideologisch begründet wird. Hierbei spielt die angebliche Bedrohung der „Errungenschaften der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR" durch den kapitalistischen Westen und den in der Bundesrepublik „wiedererstandenen deutschen Militarismus" eine große Rolle. Gleichzeitig wird der Militärdienst in der Sowjetzone in den rosigsten Farben geschildert.

Da diese Vorträge meist keinen nennenswerten Erfolg bringen, schließt sich ihnen die individuelle Bearbeitung der Anzuwerbenden durch die Einzelwerber der SED, der FDJ oder des FDGB an. In den Schulen werden dazu auch die Lehrer, in den Sportorganisationen besonders beliebte Trainer oder Sportler herangezogen. Auch bei dieser individuellen Werbung, die sich über Wochen hinziehen kann, ist der Anzuwerbende einer intensiven politischen Propaganda ausgesetzt. Gleichzeitig wird aber auch mit Versprechungen gearbeitet, deren Unerfüllbarkeit dem Werber, der selbst unter dem Druck einer „Sollerfüllung" steht, meist bekannt ist. Wirkt der Hinweis auf gute Besoldung noch nicht, so folgen u. a. Urlaubsversprechungen, die später keine Truppe einlösen kann. Es wird dem Anzuwerbenden gegebenenfalls auch zugesagt, daß er sich bei der Truppe in seinem Beruf fortbilden, ja seine Lehre beenden oder gar einen Beruf erlernen könne.

Verfangen alle propagandistischen und ideologischen Vorstellungen und materiellen Versprechungen nicht, so wird der Anzuwerbende systematisch unter Druck gesetzt. Am Arbeitsplatz ist das leicht möglich. Dort kann mit Kündigung gedroht werden. Der Gekündigte würde bei Ablehnung eines anderen ihm vermittelten Arbeitsplatzes – wozu auch der Dienst in den Streitkräften gerechnet wird – keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Daneben gibt es eine Reihe von kleineren Schikanen, die einem für die Streitkräfte Anzuwerbenden die Arbeit in seinem Betrieb verleiden können. Dazu gehört z. B. die Erklärung gegenüber einem Lehrling, daß er wohl kaum die Gesellenprüfung bestehen könnte, bei einer freiwilligen Verpflichtung zum Militärdienst aber nicht mit Schwierigkeiten zu rechnen habe. Ähnlich wird vielfach die Zulassung zum Abitur, zum Besuch einer Fach- oder Hochschule davon abhängig gemacht, daß der Bewerber sich „freiwillig" verpflichtet, sofort nach der Prüfung und vor Aufnahme des Studiums eine Zeitlang bei den „bewaffneten Streitkräften" zu dienen.

Nach Verlautbarungen der SED in der Öffentlichkeit sollen bei der Werbung

Druckmittel nicht angewendet werden. So heißt es im „Neuen Deutschland" vom 15. Juli 1955:

„Bei der Gewinnung von Jugendlichen für den Ehrendienst in der KVP wurde in letzter Zeit eine Reihe Fehler gemacht. Es gibt Parteizeitungen und einzelne Funktionäre, welche die Aufklärungsarbeit durch die schädlichen Methoden des Kommandierens und Administrierens ersetzen . . Obwohl auf dem 24. Plenum des ZK der SED ausdrücklich betont wurde, daß die Partei nur durch eine breite politisch-ideologische Aufklärungsarbeit Erfolge in ihrer Arbeit erzielen kann, wurde dieser Hinweis bis jetzt ungenügend verwirklicht und vielfach versucht, die politische Massenarbeit durch isolierte Tätigkeit einzelner Genossen zu ersetzen."

Der Wechsel in den Werbemethoden geht wohl auch von der Erfahrung aus, daß Zwangsmaßnahmen bei der Rekrutierung sich nachteilig auf die Gruppe der Freiwilligen auswirken müssen. Die Erfassungsstellen und die einzelnen Werber stehen aber unter dem Druck der Sollerfüllung, und es wird ihnen ziemlich gleichgültig sein, ob die für „freiwillige Meldung" Geworbenen auch wirklich qualifiziert sind. Die Kaderabteilungen der Betriebe andererseits, die an der Werbung mitwirken, haben auch kein Interesse daran, qualifizierte Kräfte aus ihrem Betrieb, wenn auch nur für zwei oder drei Jahre, an die Streitkräfte zu verlieren, da es in vielen Betrieben ohnehin schon an qualifizierten und voll einsatzfähigen Kräften fehlt. Dasselbe gilt auch für die lokalen Partei- und Massenorganisationsleitungen. So neigen die örtlichen Stellen dazu, vornehmlich weniger brauchbare Arbeitskräfte und Mitglieder an die Streitkräfte abzugeben bzw. abzuschieben.
In der ersten Zeit des Aufbaus der „bewaffneten Kräfte" in der Sowjetzone wurden besonders ehemalige Wehrmachtsangehörige, vornehmlich Berufssoldaten, unter politischem Druck angehalten, sich mit ihren militärischen Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Dabei wirkte die *National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)* mit, die sich seit ihrer Gründung im Sommer 1948 (zur gleichen Zeit wurden die ersten kasernierten Verbände der Volkspolizei aufgestellt) erklärungsgemäß an den „Mittelstand, die ehemaligen Mitglieder der NSDAP, die Berufssoldaten und Offiziere" wendet. Eines ihrer prominentesten Mitglieder ist der ehemalige General der deutschen Wehrmacht *Vincenz Müller*, der mit einer Reihe anderer Offiziere bereits in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft dem „Bund deutscher Offiziere" und dem „Nationalkomitee Freies Deutschland" angehörte und der seit 1948 eine hohe Stellung in den bewaffneten Kräften der Sowjetzone innehat. Zahlreiche Absolventen von sowjetischen Antifa-Schulen für deutsche Kriegsgefangene wurden nach ihrer Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft in die NDPD delegiert. Diesen ehemaligen Soldaten und Offizieren wurde erklärt, daß sie, die im Dienst des „verbrecherischen deutschen Militarismus" gestanden hätten, durch den Eintritt in die sowjetzonalen Streitkräfte ihre Schuld wiedergutmachen könnten. Die „Nationalzeitung", das Organ der NDPD, stellte einen dieser ehemaligen Offiziere besonders heraus und schrieb:

„Er ist einer unter Tausenden und aber Tausenden ehemaliger Offiziere und Berufssoldaten, die durch die Tat bewiesen haben, daß sie aus den bitteren Erfahrungen des Hitler-Krieges ihre Lehre gezogen haben und erkannten, daß sie, wenn auch oft mit großem Mut und persönlichem Schneid, einer schlechten Sache gedient haben." [1])

Bei Personen, die sich im eigentlichen Sinne des Wortes freiwillig melden, lassen sich deutlich zwei Gruppen unterscheiden. Die erste wird von den Freiwilligen gebildet, die von der „politischen Notwendigkeit" des Militärdienstes überzeugt sind. Es handelt sich hierbei um die verhältnismäßig kleine Gruppe der Jugendlichen, die durch die FDJ und einseitige Umwelteinflüsse zu überzeugten Anhängern des Regimes erzogen worden sind und in den bewaffneten Formationen zur Festigung der politischen Kader beitragen.
Bei der zweiten, wesentlich größeren Gruppe sind die Motive, die zur Meldung führen, sehr unterschiedlich. Die gute Besoldung und der Wunsch, „etwas zu erleben" oder auch „endlich aus dem Kaff herauszukommen", führen namentlich immer wieder Jugendliche aus der Landwirtschaft und schlecht entlohnter ungelernter Arbeit in die Reihen der bewaffneten Verbände. Weiter finden sich unter den Freiwilligen nicht selten solche, die Berufssoldaten, Seeleute oder Flieger werden wollen oder eine in der Sowjetzone sonst nicht erreichbare Spezialausbildung – z. B. Flugzeugmechaniker, Flugzeugbauer, Radartechniker, Funker usw. – anstreben. Einen ständig wachsenden Anteil dieser Gruppe bilden aber auch die Freiwilligen, die zu der Auffassung gelangt sind, daß sie sich dem Militärdienst in der Sowjetzone auf die Dauer doch nicht entziehen können, und ihn deshalb möglichst frühzeitig hinter sich bringen wollen.
Der dem Rekrutierungssystem in der Sowjetzone eigentümliche „freiwillige Zwang" zeigt – wie jede andere Zwangsmaßnahme des Sowjetzonenregimes – auch in der *Flüchtlingsstatistik* seinen Niederschlag. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der militärdienstfähigen Jahrgänge sucht sich dem Dienst in den bewaffneten Verbänden durch die Flucht zu entziehen. Bei den Dienststellen des Notaufnahmeverfahrens meldeten sich in der Zeit vom 4. Februar 1952 bis zum 30. November 1957 186 004 männliche Flüchtlinge im Alter von 18 bis 25 Jahren, also Angehörige der Jahrgänge, die von der Werbung zum Militärdienst erfaßt werden. Dazu wären noch die 17-jährigen Flüchtlinge zu rechnen, die von der Flüchtlingsstatistik nicht gesondert ausgewiesen werden, in der sowjetzonalen Werbepraxis aber in der Regel einer intensiven „Bearbeitung" unterliegen.
Eine Tabelle mit dem Steigen und Fallen der Zahl der männlichen Flüchtlinge im Alter von 18 bis 24 Jahren in der Zeit von Februar 1952 bis November 1957 entspricht der jeweiligen Stärke der Werbung für die bewaffneten Verbände. – Dazu ist noch im einzelnen hinzuzufügen: Im Frühjahr 1952 setzte eine Großwerbung ein, die zu einer erheblichen Zunahme der

[1]) Aus: „Nationalzeitung", Ostberlin, vom 10. Mai 1955.

Männliche jugendliche Sowjetzonenflüchtlinge im Alter von 18 bis 25 Jahre
Februar 1952 bis November 1957 [1])

Jahr	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der Flüchtlinge in Prozent
1952 Febr. – Dez.	27 209	14,9
1953	26 323	7,9
1954	15 270	8,3
1955	41 290	16,3
1956	36 035	12,9
Jan. – Nov. 1957	39 877	16,4

Flüchtlinge führte. Ziel dieser Aktion war vornehmlich die Auffüllung der Rahmenverbände des Armeekorps Nord. Ein sprunghaftes Ansteigen der Flüchtlingszahl im ersten Vierteljahr verdeutlicht die Intensität der Werbeaktion zur Ergänzung der Kader des inzwischen aufgestellten Armeekorps Süd. Ein neues Emporschwellen der Kurve im Juni 1953 steht dagegen im Zusammenhang mit dem Volksaufstand am 17. Juni 1953.
Wie genau sich aus der Statistik das Geschehen in der Sowjetzone ablesen läßt, zeigt die dann abfallende Flüchtlingszahl; denn am 18. Juni 1953 wurde vom Stab der KVP jede Werbung für die bewaffneten Verbände eingestellt. Nachdem die Werbung im August 1953 wieder aufgenommen wurde, stieg aber auch die Zahl der Flüchtlinge zunächst wieder an. Der weitere Verlauf der Kurve bis Februar 1955 spiegelt dann die Periode des sogenannten „Neuen Kurses“ wieder, in der zwar auch weiter geworben wurde, größere Aktionen jedoch unterblieben.
Die in Ausdehnung und Intensität größte Werbeaktion setzte im Frühjahr 1955 ein und führte zu Rekordzahlen in der Flüchtlingsstatistik. Es galt ja nicht nur, die nach dreijährigem Dienst zur Entlassung anstehenden KVP-Soldaten zu ersetzen, sondern das Regime mußte auch den durch die erhebliche Verstärkung der Grenzpolizei und die Aufstellung der „Inneren Truppen“ laufend wachsenden Personalbedarf des Staatssicherheitsdienstes decken. Der Druck, unter dem damals die militärdienstfähige Jugend der Sowjetzone stand, wurde sogar von der SED zugegeben; am 15. Juli 1955 gestand das Zentralorgan „Neues Deutschland“ ein: „ . . . Dadurch wurden Jugendliche

[1]) Zusammengestellt nach den Monatsstatistiken der Notaufnahmelager Berlin, Gießen und Uelzen.

irregeführt, ihr Vertrauen zu unserer Staatsmacht untergraben, so daß sie in manchen Fällen republikflüchtig wurden."
Die Flüchtlingsziffern der Jugendlichen stiegen allgemein nach der „Souveränitätserklärung der DDR" (März 1954) an, weil allen gegenteiligen Beteuerungen *Grotewohls* zum Trotz in der Sowjetzone allgemein mit der Einführung der Militärdienstpflicht gerechnet wurde. Angesichts dieser Flucht ordnete das Regime besondere polizeiliche Maßnahmen an, welche es der militärdienstfähigen Jugend erschweren sollen, sich in die Bundesrepublik abzusetzen.

Umgekehrt melden die Zuzugsberichte der Bezirksverwaltungen der Zone allmonatlich jeweils „einige hundert" westdeutscher Bürger, die sich durch ihren Übertritt in die Zone dem Wehrdienst in der Bundesrepublik entzogen haben sollen. Sachkundige Beobachter bezweifeln diese Angaben; nach ihrer Ansicht handelt es sich hauptsächlich um in der Sowjetzone beheimatete „Rückwanderer", die für den Dienst in der Bundeswehr noch gar nicht erfaßt worden waren, – abgesehen davon, daß die Zahlen stark übertrieben sind. Die Machthaber der Sowjetzone übergehen übrigens selbst die wenigen Jugendlichen, die sich dem Wehrdienst in der Bundesrepublik durch Übertritt in die Sowjetzone entziehen wollen, bei der Rekrutierung für die sowjetzonalen Streitkräfte nicht, was sie ursprünglich versprochen hatten. Auch an sie treten die Werber mit ihren vielfältigen Methoden heran: Es genügte nicht, sich lediglich dem Wehrdienst im Westen zu entziehen, vielmehr müßten auch die westdeutschen Wehrdienstverweigerer „aktiv gegen die Kriegstreiber kämpfen". Abgesehen von allen politischen und moralischen Unterschieden zwischen der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik und dem Militärdienst in der Sowjetzone ist hervorzuheben, daß schon bei der Rekrutierung für die Streitkräfte der Sowjetzone äußerste Willkür herrscht, gegen die die Betroffenen sich in der Praxis nicht wehren können; denn sie können sich auf keinerlei gesetzliche Bestimmungen berufen. (Daß in der Sowjetzone kein moralisches Recht auf Kriegsdienstverweigerung anerkannt wird, versteht sich aus der kommunistischen Lehre vom Krieg, die nach Nützlichkeitsgesichtspunkten im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung zwischen „gerechten" und „ungerechten Kriegen" unterscheidet.) Zwar können sich die sowjetzonalen Werber nicht auf (wenigstens scheinbar rechtmäßig) beschlossene Gesetze stützen, aber hinter ihnen steht die Macht des totalitären Regimes. Die militärdienstfähigen Jugendlichen leben angesichts der Willkür, mit der sie zum Eintritt in die Streitkräfte gezwungen werden, in einer dauernden Ungewißheit. Sie fürchten, daß sie mit der Abgabe der „Freiwilligenmeldung" sich nicht nur für zwei Jahre aus ihrem zivilen Leben herauslösen müssen. Sie wissen nicht, ob sie nicht nach Ableistung ihrer Dienstzeit erneut unter Druck gesetzt werden, sich auf weitere Jahre für den Militärdienst zu verpflichten. Die Gefahr, weiter verpflichtet zu werden, besteht solange, wie die Nationale Volksarmee hauptsächlich eine Kaderarmee darstellt.

B. DAS BEVÖLKERUNGS- UND PRODUKTIONS-POTENTIAL DER SOWJETZONE

Die Machthaber der Sowjetzone haben es bisher unterlassen, für die Zone die allgemeine Wehrpflicht einzuführen; sie unterließen es auch, eine ins Gewicht fallende Rüstungsproduktion aufzubauen. Hierbei ließen sie sich zweifellos nicht etwa von Überlegungen leiten, daß ihre Rüstungspolitik Schwierigkeiten für die Wiedervereinigung mit sich brächte. Entscheidend dürfte vielmehr das Fehlen der Zustimmung der Sowjetregierung gewesen sein. Für die Sowjets spielen dabei sicherlich Befürchtungen über die Zuverlässigkeit der Satellitenarmee eine wesentliche Rolle, die sich bei den Ereignissen in Ungarn und Polen im Herbst 1956 bestätigten, als sich dort die auf der Basis der Wehrpflicht aufgestellten Armeen für die Sowjetmacht als unzuverlässig erwiesen.

Eine großangelegte Aufrüstung, verbunden mit der Aufstellung einer aus Wehrpflichtigen bestehenden Truppe, stößt ohnehin zunächst auf Grenzen, die durch das verfügbare Bevölkerungs- und Produktionspotential gesteckt sind. Zum Aufbau einer großen Armee gehören Menschen, Material und Produktionsmöglichkeiten. Die Herstellung von Waffen und Ausrüstung erfordert wiederum Menschen. Menschen, Material und Produktionsmöglichkeiten aber sind in der Sowjetzone mindestens für die nächsten Jahre nur recht beschränkt verfügbar.

Die Wohnbevölkerung der Sowjetzone hat seit 1950 sowohl absolut als auch im Verhältnis zur Bundesrepublik ständig abgenommen. Ein Strom von Flüchtlingen und sonstigen Abwanderern ergießt sich ununterbrochen nach der Bundesrepublik. Allein ab Januar 1950 bis zum Ende 1957 verließen nach amtlichen Feststellungen der Behörden in der Bundesrepublik rund 1 800 000 Menschen ihre Heimat in der Zone, um in der Bundesrepublik ein neues, von politischem Zwang befreites Leben beginnen zu können. In umgekehrter Richtung gab es auch eine gewisse Wanderungsbewegung. In dem genannten Zeitraum dürften etwa 200 000 Menschen aus der Bundesrepublik nach Ostberlin und der Sowjetzone umgesiedelt sein, darunter eine größere Anzahl sogenannter „Rückwanderer", denen es nicht gelungen ist – sei es aus persönlichen oder anderen Gründen – im Westen Fuß zu fassen. Setzt man diese Umsiedler und Rückwanderer von der Zahl der Zuwanderer ab, dann verbleibt für den erwähnten Zeitraum ein Abwanderungsverlust für die Zone in Höhe von rund 1 600 000 Menschen. Nach den Feststellungen durch die westlichen Aufnahmebehörden waren davon etwas mehr als 60 v. H. erwerbstätige und arbeitsfähige Personen, d. h. annähernd eine Million Arbeitskräfte! Der Erwerbstätigenanteil unter den Abwanderern aus der Zone liegt um etwa 14 v. H. höher als der Erwerbstätigenanteil an der Wohnbevölkerung der Zone ins-

gesamt im Jahre 1956.[1]) Das zeigt, daß aus der Zone überdurchschnittlich viel Arbeitskräfte abwandern.

Noch deutlicher wird der Substanzverlust, wenn man die Altersstruktur der aus der Zone Abgewanderten ins Auge faßt. Etwa die Hälfte von ihnen sind Menschen im jugendlichen Alter bis zu 25 Jahren und stehen damit sowohl hinsichtlich ihrer Wehrpflichttauglichkeit als auch bezüglich ihrer Arbeitsfähigkeit und ihrer beruflichen weiteren Entwicklungsmöglichkeiten im allergünstigsten Lebensalter.

Die unaufhörlichen Abwanderungen aus der Zone sind jedoch nicht allein die Ursache für den Arbeitskräftemangel in der Zone. Die Zusammensetzung der Zonenbevölkerung nach Alter und Geschlecht hat sich als Kriegsfolgewirkung ungünstig entwickelt und diese Entwicklung noch mindestens einige Jahre lang angehalten. Eine aus amtlichen sowjetzonalen Angaben[2]) erstellte Analyse der Bevölkerungsbewegung in der Sowjetzone zwischen 1950 und 1955 nach Altersgruppen zeigt folgendes Bild:

Die Entwicklung der Altersstruktur der Wohnbevölkerung der Sowjetzone (einschließlich Ostberlin)

Altersgruppe Jahre	31. 8. 1950 1000	v. H.	31. 12. 1955 1000	v. H.	+ = Zugang — = Abgang
0 bis unter 18	5 055,9	28,5	4 717,3	26,4	— 338 600
18 bis unter 25	1 661,7	9,0	1 817,8	10,2	+ 156 100
25 bis unter 45	4 664,5	25,5	4 006,5	22,5	— 658 000
45 bis unter 65	5 062,4	27,5	5 070,7	28,4	+ 8 300
über 65	1 943,8	10,5	2 219,9	12,5	+ 276 100
Zusammen	18 388,3	100	17 832,2	100	— 556 000

Nach diesen Zahlen aus amtlicher sowjetzonaler Quelle hat die Bevölkerung der Zone von 1950 bis 1955 also um mehr als eine halbe Million Menschen abgenommen. Dieser Substanzverlust betraf ausschließlich die besten Jahrgänge zwischen 25 und 45 Jahren. Das „Statistische Jahrbuch 1956 der DDR" weist auf S. 25 für 1956 einen weiteren Verlust von 229 000 Menschen aus, und wieder sind mit 115 000 die 25-45-Jährigen besonders hoch daran beteiligt.

Faßt man die Zahlen in obiger Tabelle (1950–1955) und die Zahl für 1956 zusammen, so ergibt sich bei den 25-45-Jährigen allein in den genannten sechs Jahren ein Rückgang von 763 000 Personen. Für 1957 liegen noch keine genauen Zahlen vor. Mit Sicherheit betrug in diesem Jahre der Rückgang in

[1]) Der Erwerbstätigenanteil unter der Zonenbevölkerung betrug 1956 46,5 v. H. Nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1956. Ostberlin 1957, S. 26 und 116.

[2]) ebendort S. 23–26.

dieser Altersgruppe wiederum mindestens 100 000 Menschen, so daß *seit 1950 bis Ende 1957 für die Zone ein vom SED-Regime zugegebener Substanzverlust bei diesen arbeitsfähigsten Jahrgängen in der Größenordnung von etwa 900 000 Menschen eingetreten ist.*[1])

Andererseits haben die älteren Jahrgänge erheblich zugenommen; bei den über 65-Jährigen ist eine regelrechte Überalterung erkennbar.

Schließlich hat die Zone nicht mit Zugängen an arbeitsfähigen Menschen aus den heranwachsenden jüngeren Jahrgängen zu rechnen. Die Geburtenausfälle aus den letzten Jahren des zweiten Weltkrieges und aus den ersten Nachkriegsjahren beginnen sich auszuwirken. Die nachstehende Tabelle macht das deutlich:

Die Entwicklung der Wohnbevölkerung bis zum 18. Lebensjahre in der Sowjetzone (einschließlich Ostberlin)[2])

Altersgruppe	31. 8. 1950		31. 12. 1955		31. 12. 1956	
Jahre	1000	v. H.	1000	v. H.	1000	v. H.
0 bis unter 6	1 289,6	7,9	1 670,0	9,3	1 651,7	9,3
6 bis unter 14	2 586,2	14,1	1 728,9	9,7	1 709,2	9,7
14 bis unter 18	1 180,1	6,5	1 318,4	7,4	1 228,6	6,9
Zusammen	5 055,9	28,5	4 717,3	26,4	4 589,5	25,9

Seit 1950 bis Ende 1956 haben die jüngeren Altersgruppen bis unter 18 Jahren absolut um 466 400 Personen, bezogen auf die Gesamtbevölkerung um 2,6 v.H., abgenommen. Es ist also kein ausreichender Nachwuchs vorhanden, der auch nur die normale Bevölkerungsbewegung ausgleichen könnte; die enormen Abwanderungsverluste bleiben außerdem völlig ungedeckt.

Diese Situation findet auch in den Zahlen der Schulabsolventen in der Zone entsprechenden Niederschlag:

Schülerzahl in den Grund- und Sonderschulen[3]) (in 1 000)

1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
2542	2413	2220	2030	1895	1753	1648

Schülerzahl in den Berufsschulen (in 1000)

1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
801	916	862	761	712	654	610

[1]) Nach westlichen Ermittlungen liegen die Verluste wesentlich höher. Im „Statistischen Jahrbuch der DDR" wurde das durch einen zu niedrigen Ansatz für das Jahr 1950 verschleiert.

[2]) Errechnet aus: Statistisches Jahrbuch der DDR 1956. Ostberlin 1957, S. 25 ff.

[3]) ebendort S. 117.

Im Jahre 1957 war die Zahl der Schüler weiter rückläufig, und auch in den nächsten Jahren wird sich hieran nichts ändern. Nach einer anderen sowjetzonalen amtlichen Quelle[1]) entwickelten sich die Zahlen der Schulabgänger aus Grundschulen wie folgt:

1950	=	322 000	Schulabgänger
1955	=	298 000	„
voraussichtlich 1960	=	167 000	„

Die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur zeigt sich in noch ungünstigerem Lichte, wenn man die Geschlechterstruktur betrachtet. Nach neuesten amtlichen Angaben[2]) beträgt der männliche Anteil an der Wohnbevölkerung nach dem Stande vom 31. 12. 1956 44,7 v. H. Auf 100 männliche Einwohner entfielen zu diesem Zeitpunkt 124 weibliche Einwohner.[2]) In der Bundesrepublik betrug das entsprechende Zahlenverhältnis 100 : 112.[3]) In den arbeitsgünstigsten Lebensjahren ist der Überhang an Frauen in der Zone noch weitaus größer als 100:124, wie folgende Tabelle zeigt:

Männer und Frauen im Alter von 25 bis unter 45 Jahren (Verhältniszahlen)

Jahr	Sowjetzone einschl. Ostberlin[4])		Bundesrepublik einschl. Westberlin[6])	
(31. Dez.)	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1950	100	155	100	130
1955	100	149	100	123
1956	100	146	100	.

Entsprechend diesem Frauenüberhang in der Zone ist auch der Anteil der Frauen an den Beschäftigten überdurchschnittlich hoch:

Beschäftigtenzahlen (Arbeiter und Angestellte, einschl. Beamte) in der

Jahr	SBZ einschl. Ostberlin[5]) Männer 1	Frauen 2	Verhältnis 1 : 2	Bundesrepublik einschl. Westberlin[6]) Männer 1	Frauen 2	Verhältnis 1 : 2
1955	3 735 596	2 675 396	100 : 71	12 025 966	5 780 675	100 : 48
1956	3 694 582	2 672 201	100 : 72	12 453 773	6 155 590	100 : 49

[1]) Nach: Arbeit und Sozialfürsorge. Ostberlin, Mai 1956.

[2]) Nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1956. A. a. O. S. 25 f.

[3]) Nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1956. Wiesbaden 1956, S. 42.

[4]) Errechnet aus: Statistisches Jahrbuch der DDR 1956. A. a. O., S. 168.

[5]) Desgl. S. 168 ff. (Jahresdurchschnitt).

[6]) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik 1956. A. a. O., S. 121 ff. (jeweils Stand vom 30. 9.)

Der überaus hohe Anteil weiblicher Arbeitnehmer in der Sowjetzone dürfte nicht nur eine Folgeerscheinung des hohen Frauenüberhangs sein, sondern ist wesentlich auch als Ergebnis der SED-Propaganda anzusehen, die auf den immer stärkeren Einsatz von Frauen als Arbeitskräfte abzielt. Die Parolen „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und „Alle Aufstiegsmöglichkeiten auch für die Frau“ haben zweifellos eine gewisse Zugkraft bewiesen. Auch die sonstige Arbeitspolitik, nicht zuletzt auch die Preispolitik – für dringendsten Lebensbedarf müssen hohe HO-Preise gezahlt werden, die ein größeres Familieneinkommen erfordern! – haben viele Frauen veranlaßt, neben ihrer Hausarbeit eine Berufstätigkeit aufzunehmen.

Nach alledem ist es sehr fraglich, ob der Berufstätigenanteil der Frauen in der Zone noch in nennenswertem Umfange weiter gesteigert werden kann. Der Vergleich mit der Bundesrepublik (siehe vorstehende Tabelle) zeigt, daß die äußerste Grenze des Frauenanteils an der Beschäftigtenzahl in der Zone annähernd erreicht sein dürfte.

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß das Bevölkerungspotential in der Zone für den Einsatz in der Wirtschaft, aber auch für einen eventuellen Aufbau einer größeren Armee auf der Basis der Wehrpflicht sehr begrenzt ist. Jeder Mann, der aus der produzierenden Wirtschaft abgezogen wird, ist praktisch nicht ersetzbar; die Reserven an weiblichen Arbeitskräften sind so gut wie erschöpft, und mit einem Nachschub aus heranwachsenden Jahrgängen kann nicht gerechnet werden; diese jüngeren Jahrgänge können noch nicht einmal die natürlichen Abgänge ausgleichen. Schließlich ist die Fortdauer der erheblichen Abwanderung wertvoller Arbeitskräfte und wehrdiensttauglicher junger Menschen in Rechnung zu stellen.

Dabei will die Sowjetzonenverwaltung für die nächsten Jahre einen weiteren Anstieg der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion erzwingen. Jeder weitere Produktionszuwachs in den kommenden Jahren müßte aber mit der gleichen, wenn nicht sogar mit einer noch geringeren Zahl von Arbeitskräften als bisher geleistet werden!

Eine Verminderung des Arbeitskräftemangels in der Zone wäre zu erreichen, wenn es gelänge, die Arbeitsproduktivität sehr erheblich zu steigern. Nach Schätzungen westlicher Fachleute beträgt gegenwärtig die Arbeitsproduktivität in der Zone je Beschäftigter im Verhältnis zur Bundesrepublik nur etwa 80 v. H. Zwar wird auf die Arbeiterschaft in der Sowjetzone seit Jahren durch fortwährende Erhöhung der Arbeitsnormen, durch Lohn-Rückstufungen, durch Wettbewerbe und nicht zuletzt durch politische Propaganda ein entsprechender Druck ausgeübt, aber das kann die Lage nicht grundlegend ändern; denn die Ursachen für die geringe Arbeitsproduktivität sind systembedingt. Es sind dies vor allem: die Unzulänglichkeit des starren Planungssystems, der abgewirtschaftete Zustand vieler Produktionseinrichtungen und Maschinen, der chronische Mangel an Rohstoffen und sonstigem Material und das Überhandnehmen von Verwaltungsdienststellen im Staatsapparat und in der

Wirtschaft. Die durch diese Mängel verursachten Warte- und sonstigen Ausfallzeiten in den Betrieben machen einen untragbar hohen Anteil an der Arbeitszeit jedes einzelnen Arbeiters aus. Westdeutsche Wirtschaftler schätzen, daß in der Zone etwa 1 Million Arbeitskräfte für produktive Tätigkeit gewonnen werden könnten, wenn technische und organisatorische Arbeitsbedingungen, wie sie in der Bundesrepublik bestehen, geschaffen werden könnten. Damit aber ist auf viele Jahre hinaus überhaupt nicht zu rechnen, wahrscheinlich ist das unter dem jetzigen Regime mit seiner dogmatisch-marxistischen Wirtschaftspolitik überhaupt niemals möglich.
Die Sowjetzonenregierung erkennt sehr wohl die überaus schwierige Situation in der sie sich befindet. Ihre Maßnahmen können aber keine fühlbare Verbesserung herbeiführen, auch wenn sie immer wieder anordnet, daß

Arbeitskräfte von Betrieb zu Betrieb zwangsweise umgesetzt werden,
Arbeitskräfte zwangsweise zu „Qualifizierungsmaßnahmen" herangezogen werden,
Verwaltungsangestellte in die Produktion abgestellt werden sollen,
die volle Ausnutzung des Arbeitstages propagiert wird,
Frauen und Rentner in noch größerem Umfange als bisher berufstätig werden
usw.

Die Ursachen für die Schwierigkeiten liegen – wie dargestellt – tiefer: sie sind teils durch die ungünstige Entwicklung der Bevölkerungsstruktur bedingt, teils systembedingt (und dazu zählen auch die Ursachen für die Abwanderungen nach dem Westen).
Auch dem Produktionspotential sind in der Sowjetzone Grenzen gezogen, die für die Aufrüstung bedeutsam sind. Zum Produktionspotential eines Landes gehören neben den vorhandenen Arbeitskräften vor allem die Rohstoffverfügbarkeit und die technischen Produktionsmöglichkeiten.
Die Sowjetzone ist ein an wehrwirtschaftlich bedeutsamen Rohstoffen ausgesprochen armes Land. Wenn man von den Uranvorkommen absieht – deren Ausbeutung sich die Sowjets gesichert haben –, verfügt Mitteldeutschland aus eigenen Vorkommen nur unzureichend oder überhaupt nicht über die sogenannten „Rüstungsmetalle" Eisen, Kupfer, Nickel, Aluminium und Zinn. Die Förderung bzw. Erzeugung dieser Metalle reicht in der Zone noch nicht einmal aus, damit eine friedensmäßige Produktion sicherzustellen.
Der Eisengehalt der in der Zone geförderten Eisenerze betrug in den letzten Jahren im Schnitt 400 000 t jährlich. Der zur Vollbeschäftigung der eisenverarbeitenden Industrie erforderliche Eisenbedarf betrug fast das Vierfache davon, d. h. drei Viertel des in der Zone benötigten Eisens mußten importiert werden. Bei den Nichteisenmetallen ist das Mißverhältnis zwischen Eigenaufkommen und Bedarf noch größer. Bei Kupfer, dem nach dem Eisen zweitwichtigsten Rüstungsmetall, betrug das Aufkommen aus Eigenerzen zuletzt

jährlich etwa 17 000 t; die Industrie verarbeitete aber jährlich mehr als das Fünffache dieser Menge, und zwar teils aus Erzimporten, teils aus Halbmaterialimporten und teils aus Schrottumarbeitungen. An Nickel benötigt die Sowjetzonenindustrie jährlich etwa 1000 t; es mußte bisher vollständig aus dem Auslande bezogen werden. Bei Zinn mußten von dem geschätzten Jahresbedarf von 16 000 t nicht weniger als etwa 15 000 t importiert werden. Schließlich verfügt die Zone überhaupt nicht über Bauxit, den Ausgangsstoff für die Aluminiumherstellung. Die gesamte Leichtmetall verarbeitende Industrie, insbesondere die seit 1955 im Aufbau befindliche Flugzeugindustrie, ist praktisch auf Importe in Form von Bauxit oder als Halbmaterial angewiesen. Dazu fehlten der Zone bisher völlig oder nahezu völlig die meisten Veredelungsmetalle wie Vanadium, Titan, Rhenium usw.

Wenn von Industrierohstoffen gesprochen wird, dann darf der wohl wichtigste Rohstoff, die elektrische Energie, nicht unerwähnt bleiben. Auf der Basis der großen Braunkohlenvorkommen Mitteldeutschlands sind zwischen den beiden Weltkriegen große Kraftwerke und eine Anzahl Werke der Großchemie (das Leunawerk bei Merseburg, das Bunawerk in Schkopau, die drei Großchemiewerke in Bitterfeld usw.) errichtet worden. Diese Werke sind Großverbraucher elektrischer Energie. Die Stromerzeugung ist nach dem Beginn des Wiederaufbaus in den Nachkriegsjahren 1946/47 sehr erheblich gesteigert worden. Noch im Jahr 1950 betrug die Stromerzeugung 19 466 Millionen kWh; sie stieg bis 1956 auf 31 182 Millionen kWh an. Dieser Anstieg, so beachtlich er unter den gegebenen Verhältnissen war, hielt aber nicht Schritt mit dem zunehmenden Strombedarf der Industrie. Elektrische Energie war in den vergangenen Jahren Engpaß erster Ordnung und wird es auch noch mindestens einige Jahre lang bleiben. Von dieser Seite her ist der weiteren Entwicklung der Industrie in der Zone eine ziemlich sichere Grenze gesetzt.

Engpässe bestehen auch bei den wichtigen chemischen Ausgangsstoffen wie Schwefelsäure, Soda, Ätznatron, Karbid usw., die für die Produktion der meisten Industrieerzeugnisse benötigt werden. Diese Engpässe werden sich erst in Jahren beseitigen lassen.

Die Rohstoffbasis der Sowjetzonenindustrie ist also im ganzen gesehen ungünstig. Auf dieser Basis wäre die Zone keinesfalls in der Lage, ihre Wirtschaft zu entwickeln. Sie ist in hohem Maße von Einfuhren abhängig und bezieht diese überwiegend aus der Sowjetunion und den Ländern des Sowjetblocks. Mehr als drei Viertel des Außenhandels der Zone entfielen in den letzten Jahren auf die Handelsbeziehungen zum Osten.

Der große Rohstoff-Einfuhrbedarf erfordert einen entsprechend umfangreichen Export von Fertigwaren. Bei ihren Bemühungen um die Ausweitung des Exports stößt die Sowjetzone zunehmend auf Schwierigkeiten, die ihr durch die unrentable Produktion und durch ungenügenden Qualitätsstand im Zusammenhang mit den weitgehend veralteten Fabrikationseinrichtungen entstehen. Nach amtlichem Eingeständnis entsprechen z. B. die für den Export so

überaus wichtigen Erzeugnisse der Maschinenbauindustrie zu 60–70 v. H. nicht den in der westlichen Welt üblichen Qualitätsansprüchen. Das ist um so schwerwiegender, als 60–65 v. H. des Gesamtexportes auf den Maschinenbau entfallen. Der Vorrang der Maschinenbauindustrie im Gesamtexport wird auch für die nächsten Jahre beibehalten werden müssen, obwohl die Maschinenausstattungen in den Industriebetrieben der Zone selbst dringend der Ergänzung, der Modernisierung oder des Ersatzes bedürfen.

Eine Verminderung des Anteils der Maschinenbauerzeugnisse am Sowjetzonenexport würde zwangsläufig eine Verminderung der Importe bei wichtigsten Industrierohstoffen zur Folge haben und damit nicht nur die Aufrechterhaltung der bisherigen Industrieproduktion, sondern darüber hinaus die geplante weitere Ausweitung ernstlich gefährden. Aus diesem Grunde wird die technische Erneuerung und die Modernisierung der sowjetzonalen Industrie nur im Verlaufe vieler Jahre durchgeführt werden können.

Das Produktionspotential der Zone wird auch für die nächsten Jahre entscheidend von der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte und von dem Funktionieren des Außenhandels bestimmt werden. Exporte und Importe stehen dabei in einem unlösbaren Abhängigkeitsverhältnis zueinander.

Trotz der dargestellten vielfältigen Schwierigkeiten versucht die Sowjetzonenregierung eine gewisse Rüstungsproduktion zu entwickeln. Dabei ist es auffällig, daß in den Inudstriebetrieben der Sowjetzone – wenn man von einer begrenzten Zahl bisher gefertigter Handfeuerwaffen absieht – kaum Kriegsmaterial hergestellt wurde oder hergestellt wird, das unmittelbar für einen Kampfeinsatz geeignet wäre. Wenn die Betriebe in die Rüstungsproduktion eingeschaltet werden, dann stellen sie in der Regel nur Teile von Waffen her oder Zusatzgerät wie Optik oder Nachrichtengeräte. Zwar soll die Zone nach kürzlichen Vereinbarungen im Rahmen des Warschauer Paktes Handfeuerwaffen, Nachrichtengeräte, Fahrzeuge und Mannschaftsausrüstungen herstellen, aber diese Produktion ist noch nicht in nennenswertem Umfange angelaufen. Infolge der dargestellten Schwierigkeiten in der Materialversorgung und der Unzulänglichkeit der Produktionseinrichtungen und im Hinblick auf das fast unlösbare Arbeitskräfteproblem wird das Sowjetzonenregime auch in den nächsten Jahren nicht in der Lage sein, in erheblichem Umfange als Rüstungslieferant für die Sowjetunion und die sowjetischen Satellitenstaaten tätig zu sein. Auch für die Ausstattung einer eigenen großen Armee fehlen der Sowjetzone noch alle erforderlichen Voraussetzungen. Die im Jahre 1955 in der Zone angelaufene Flugzeugproduktion benötigt z. B. noch eine ganze Reihe von Jahren der Entwicklung, bevor sie ein ernst zu nehmendes Rüstungspotential darstellen könnte. Auch hierbei muß wieder eingeschränkt werden: soweit die Sowjets eine solche Entwicklung überhaupt zulassen werden. Bisher jedenfalls haben die Sowjets nur den Bau einiger Typen für die zivile Luftfahrt gestattet.

Immerhin versucht die Sowjetzonenregierung im Rahmen des Möglichen eine Rüstungsproduktion zur Ausstattung der aufgestellten militärischen und paramilitärischen Verbände aufzubauen. Beim Ministerium für Nationale Verteidigung wurde das *„Amt für Technik"* gebildet, das als das zentrale Rüstungsamt der Zone anzusehen ist. Den acht Fachverwaltungen („Waffen und Geräte", „Sprengstoffe", „Textilien", „Fernmeldetechnik", „Feinmechanik und Optik", „Schiffbau", „Kraftfahrzeugbau" und „Flugzeugbau") sind eine Anzahl Industriebetriebe unterstellt worden, die von ihnen direkt angeleitet werden. Die Bedarfspläne des „Amtes für Technik" werden jedoch über die „Staatliche Plankommission" geleitet; diese erteilt den Betrieben, die dem „Amt für Technik" unmittelbar unterstellt sind, ebenso wie allen anderen Industriebetrieben die Kontrollziffern (Produktionsauflagen). Außer einigen Textil- und Konfektionsgroßbetrieben, Leder- und Schuhfabriken, elektrotechnischen Betrieben, zwei mittleren Kraftfahrzeugwerken, zwei kleineren Werften, einem Motorenwerk und einigen Entwicklungs- und Konstruktionsbüros sind alle Rüstungsbetriebe, insbesondere sämtliche Entwicklungs- und Produktionsbetriebe des Flugzeugbaus, dem „Amt für Technik" unterstellt worden. Das bedeutet nicht, daß alle diese Werke ausschließlich Aufträge rüstungswirtschaftlicher Art ausführen. Die Unterstellung unter das „Amt für Technik" hat wohl mehr vorsorglichen Charakter in dem Sinne, daß die Betriebe angehalten werden können, mit Vorrang Aufträge des „Amtes für Technik" auszuführen. Insgesamt dürften in den genannten Betrieben Ende 1957 etwa 35–40 000 Beschäftigte tätig gewesen sein, davon etwa 15–20 000 in der Flugzeugindustrie (einschl. Zulieferbetriebe). Einige der verstaatlichten Bauunternehmen sind ausschließlich für das „Amt für Technik" tätig, z. B. für Kasernen- und Hafenbauten, für die Anlage von Flugplätzen und ähnlichen wehrwirtschaftlich wichtigen Bauvorhaben.

Bisher hat die Nationale Volksarmee schwere Waffen und schweres Gerät entweder aus der Sowjetunion oder aus den Partnerstaaten des Warschauer Paktes, insbesondere aus der CSR, bezogen. Die Bezahlung erfolgte durch Gegenlieferungen von Maschinen oder Einzelteilen für die Rüstungsfertigung.

Über die Summen, die bisher für die Aufrüstung in der Zone aufgewendet wurden und die weiter aufgewendet werden, gibt es nur wenige zuverlässig erscheinende Angaben. Daß z. B. in den vergangenen Jahren für den Bau von Kasernen und Flugplätzen für die sowjetische Besatzungsmacht und für die frühere Kasernierte Volkspolizei mehrere Milliarden DM-Ost aufgewendet wurden, ist bekannt. Genauere Zahlen nannte der sowjetzonale Finanzminister *Rumpf* vor der Volkskammer anläßlich der Beschlußfassung über den Staatshaushaltsplan 1956, wobei er ausführte:

„Auf Grund des Beschlusses der Volkskammer über die Schaffung der Nationalen Volksarmee ist erstmalig im Etat dieses Jahres für die mit der Organisierung und Unterhaltung der Nationalen Volksarmee verbundenen Ausgaben des Ministeriums für Nationale Verteidigung ein Betrag von 974,8 Millionen DM bereitgestellt

worden. Die im bisherigen Etat vorgesehenen Mittel für die KVP werden gestrichen. Damit betragen die Mittel für die nationale Verteidigung nicht mehr als drei Prozent der gesamten Ausgaben des Staatshaushaltes."

Dieses Zitat hat in sich einen Widerspruch: Es wird gesagt, daß die Mittel für „die Organisierung und Unterhaltung der Nationalen Volksarmee" bestimmt seien; im letzten Satz werden jedoch diese Aufwendungen – die tatsächlich annähernd 3 v. H. des offiziellen Staatshaushaltes 1956 in Höhe von rund 35,8 Milliarden DM-Ost betragen – mit den Kosten für die „nationale Verteidigung" gleichgesetzt. Unter „Organisierung und Unterhaltung" dürfte schwerlich auch der Bedarf an Waffen- und Geräteausrüstung zu verstehen sein. Zweifellos existiert neben dem veröffentlichten Staatshaushalt noch ein geheimer Etat, aus welchem nicht nur die tatsächlichen Rüstungsausgaben, sondern auch die Kosten für den Unterhalt der sowjetischen Truppen in der Zone bestritten werden. Alle diese Staatsausgaben sind auch in den früheren Jahren trotz der formalen Ausbalancierung der veröffentlichten Staatshaushalte niemals bekanntgegeben worden, obwohl es sich dabei um Posten von einer Größenordnung handelt, die man schwerlich über irgendwelche „schwarze Kassen" finanzieren kann. Über die tatsächliche Höhe der Rüstungsausgaben kann man nur Vermutungen anstellen.
Die Verlautbarungen von amtlicher Seite in der Zone sind wenig zuverlässig. In der „Direktive der III. Parteikonferenz der SED für den Zweiten Fünfjahrplan" vom März 1956 hieß es, daß im zweiten Planjahrfünft (1956–1960) 3,6 Milliarden DM für die „Nationale Verteidigung" investiert werden sollen. Da diese Angaben unter dem Kapitel „Investitions- und Bautätigkeit" stehen, muß mit Sicherheit angenommen werden, daß nur die Bauvorhaben für Rüstungszwecke gemeint sind; denn jährlich rund 700 Millionen DM reichen für den Unterhalt *und* die Ausrüstung einschl. der Bauvorhaben bei weitem nicht aus. Die sonstigen Rüstungsausgaben sind sicherlich unter anderen Positionen dieser Direktive versteckt worden.
In den Referaten auf der 33. Tagung des Zentralkomitees der SED (16. bis 19. Oktober 1957) haben schließlich weder *Ulbricht* noch *Leuschner* irgendwelche Angaben über die Rüstungsausgaben im zweiten Fünfjahrplan gemacht, und auch in dem im Dezember 1957 erschienenen „Statistischen Jahrbuch der DDR" für das Jahr 1956 fehlt jede diesbezügliche Angabe. Bemerkenswert ist hierbei, daß das „Statistische Jahrbuch 1956" von den fast 36 Milliarden DM Einnahmen nur 11,9 Milliarden DM spezifizierte Ausgaben ausweist, nämlich den Haushalt für „kulturelle, gesundheitliche und soziale Zwecke". Alles andere bleibt nach wie vor verborgen. Im „Staatshaushalt 1957" sind wiederum keine spezifizierten Ausgaben über die Verwendung der für die Nationale Volksarmee vorgesehenen 975 Millionen DM enthalten. Man muß annehmen, daß es sich hierbei ebenfalls wieder nur um die Unterhaltskosten der Nationalen Volksarmee handelt, nicht aber um die Ausgaben für Ausrüstung und Gerät. Schließlich scheint auch der Aufwand für die in der

SBZ stationierten Sowjettruppen wieder aus einem nichtveröffentlichten Etat bezahlt zu werden.
Selbst wenn man nur die Nationale Volksarmee berücksichtigt und die Verbände der „Inneren Sicherheit" und die milizartigen Kampfgruppen [1]) außer acht läßt, zeigt sich, daß ihr Personalbestand weitaus größer ist als der derzeitige Bestand bei der Bundeswehr. Auf die größere Bevölkerungszahl umgelegt, müßte die Bundeswehr – um allein mit der Nationalen Volksarmee der Zone gleichzuziehen – einen Personalbestand von etwa 360 000 Mann haben. Hierbei sind die erwähnten paramilitärischen Verbände in der Zone noch nicht berücksichtigt, ferner nicht der Umstand, daß es in der Zone bereits „Reservisten" mit militärischer Grundausbildung gibt, da dort die Ausbildung bereits 1948/49 einsetzte.
Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Arbeitskräftebilanz und im besonderen der Mangel an jüngeren Menschen im wehrfähigen Alter ein schwer zu überwindendes Hemmnis für die Einführung der Wehrpflicht und die personelle Verstärkung der „bewaffneten Streitkräfte" überhaupt darstellen. Die Rohstoffabhängigkeit und die Rückständigkeit in der technischen Ausstattung der Industriebetriebe hemmen die Entwicklung der Produktion von Rüstungsgütern.

C. DIE INNEREN VERHÄLTNISSE DER NATIONALEN VOLKSARMEE

Die inneren Verhältnisse der Nationalen Volksarmee werden hauptsächlich durch drei Faktoren bestimmt:

1. durch den raschen Aufbau der Armee in der Zeit eines von außen aufgezwungenen totalen Umbruchs der politischen, sozialen und geistigen Verhältnisse in der Sowjetzone;
2. durch die Teilung Deutschlands, d. h. in diesem Fall durch den Einfluß, den die Bundesrepublik Deutschland allein schon durch ihre Existenz als ein Land der Freiheit auf die Angehörigen der Nationalen Volksarmee ausübt;
3. durch die Bestimmung der Armee zum bewaffneten Organ der regierenden kommunistischen Partei, der SED, und als Instrument des „Klassenkampfes".

Die Wirkung dieser Faktoren zeigt sich in den verschiedenen Formen und hat eine gewisse Bedeutung für die Einsatzmöglichkeiten und die Schlagkraft der Nationalen Volksarmee.
Der rasche, von den Sowjets im Jahre 1948 befohlene Aufbau bewaffneter militärischer Verbände in der Sowjetzone stand unter der Devise: Erst die Organisation schaffen, dann die hierzu erforderlichen Fachkräfte heranbilden.

---

[1]) s. oben S. 62–64 und 67 ff.

Das hatte zur Folge, daß der Offiziersbestand hinsichtlich seiner sozialen Herkunft, seiner allgemeinen und militärischen Bildung, seiner Weltanschauung und seiner Lebensmaximen sowie nach seiner Altersgliederung äußerst uneinheitlich war und daß auch heute noch kein einheitliches Offizierskorps besteht. In dieser Hinsicht sind die Gruppen der politischen Offiziere (als Politoffiziere oder in Kommandeurstellen), der ehemaligen Offiziere der deutschen Wehrmacht (in Lehr-, Stabs- oder Kommandeurstellen) und der ehemaligen Mannschaften und Unterführer der deutschen Wehrmacht (die heute in der Nationalen Volksarmee in mittlere und höhere Offiziersstellungen avanciert sind) neben der großen allgemeinen Gruppe der subalternen Offiziere hervorzuheben. Die Angehörigen dieser Gruppen rivalisieren innerhalb der Nationalen Volksarmee, d. h. unter unbedingter Anerkennung des Regimes suchen sie sich persönlich, ihre Freunde und die von ihnen vertretenen Prinzipien zur Geltung zu bringen.

Die politisch-ideologischen Vorteile liegen bei der Gruppe der politischen Offiziere, die militärisch-fachlichen bei den ehemaligen Wehrmachtsoffizieren. Die eigentlichen *Politoffiziere,* d. h. die Offiziere in der Politischen Verwaltung und in den Politischen Abteilungen sowie die Politischen Stellvertreter der Kommandeure, bilden auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Weltanschauung und ihrer Sonderstellung in der Armee ein festgefügtes Korps, das zusammen mit der obersten militärpolitischen Führung die eigentliche entscheidende Macht besitzt und anwendet. Eine gewisse Veränderung erfährt diese Gruppe lediglich durch den Aufstieg der „jüngeren" Kommunisten, d. h. derjenigen, die erst nach 1945 politisch hervorgetreten sind (z. T. in der Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion). Diese Jüngeren verdrängen die „alten Kämpfer", die meist noch sentimentale Bindungen zur Kommunistischen Partei haben. Das Aufrücken der Jüngeren ist unaufhaltsam und schreitet alljährlich mit den allgemeinen Personalveränderungen nach Abschluß eines Ausbildungsjahres fort. Die Machtstellung dieser Gruppe findet jedoch sofort ihre Grenze dort, wo militärfachliche Kenntnisse und Fähigkeiten notwendig sind. Diese Tendenz hat sich nach dem 20. Parteitag der Komunistischen Partei der Sowjetunion mit der Abwertung der „stalinistischen Militärwissenschaft" noch verstärkt. [1]) Hier tritt der militärisch gut ausgebildete Wehrmachtsoffizier mit seinen praktischen Erfahrungen auf den Plan. Zwischen diesen beiden Gruppen gab es in der Vergangenheit eine erhebliche Konkurrenz, wobei der ehemalige Wehrmachtsoffizier überhaupt um seine Existenz in den Streitkräften kämpfte, während der politische Offizier lediglich um die Expansion seiner Macht besorgt war. Von der höheren Führung werden die politischen Offiziere dazu angehalten, sich militärisch zu qualifizieren. Seit dem Jahre 1954 erhalten sie eine besondere Fachausbildung in der Höheren Kommandeur-Schule in Dresden, und zwar mit dem Ziel, die Befähigung eines Bataillons- oder Re-

[1]) Vgl. oben Kapitel II, S. 31.

giments-Kommandeurs zu erwerben. Die als Kommandeure fungierenden Altkommunisten werden häufig zu Lehrgängen auf sowjetischen Kriegsakademien beordert.

Die Gruppe der *ehemaligen Wehrmachtsoffiziere* war schon früh in sich gespalten. Der eine Teil gehört zu den eifrigsten Jüngern der kommunistischen Ideologie in Wort und Tat und drang in die höchsten Führungsstellen vor. Der typische Vertreter ist der ehemalige Oberleutnant der deutschen Wehrmacht und heutige Kommandeur des Militärbezirks V, Generalmajor *Hermann Rentsch*, der in sowjetischer Kriegsgefangenschaft Frontbeauftragter des „Nationalkomitees Freies Deutschland" an der weißrussischen Front war, dann Schüler der Lenin-Akademie wurde und am ersten Lehrgang 1949/50 auf der sowjetischen Kriegsakademie Priwolsk bei Saratow teilnahm. Diese ehemaligen Wehrmachtsoffiziere haben keinen Zusammenhang mehr untereinander. Sie sind völlig mit dem System verschmolzen und stellen nach kommunistischer Auffassung vorbildliche Einzelleiter, d. h. Kommandeure, die in gleicher Weise die militärischen und politischen Aufgaben in ihrer Einheit meistern. Der andere Teil der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere resignierte, entwickelte sich immer mehr zu „Nur-Militärspezialisten" und wurde in die Stäbe oder als Lehrer in die Lehranstalten abgedrängt. Diese ehemaligen Wehrmachtsoffiziere, in der Regel natürlich auch SED-Mitglieder, verlieren mehr und mehr an politischer Bedeutung, wenn sie auch nicht über das Maß des natürlichen Abganges durch Überalterung hinaus aus der Nationalen Volksarmee ausscheiden.

Über die weitere Entwicklung der „Ehemaligen" in der Nationalen Volksarmee läßt sich etwas sagen, wenn man einen Vergleich mit der russischen Sowjetarmee zieht. Dort waren in der Zeit des langjährigen Aufbaus nach 1918 die Verhältnisse bei der personellen Zusammensetzung des Führungskorps ähnlich. Auch ehemalige zaristische Offiziere dienten in der Roten Armee, und nur verhältnismäßig wenige von ihnen fielen der großen Säuberungsaktion im Jahre 1938 zum Opfer, die sich hauptsächlich gegen die aus den eigenen kommunistischen Reihen stammenden Offiziere richtete.

Die große Gruppe der Offiziere, die in der ehemaligen Wehrmacht Mannschafts- und Unterführerdienstgrade innehatten, stellt einen beträchtlichen Teil der mittleren Offiziere. Ihre Laufbahn begann in der Regel in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft, wo sie eine Antifa-Gebiets- oder Zentralschule besuchten. Auf Grund ihres Avancements, das ihnen in der ehemaligen deutschen Wehrmacht versagt geblieben war, und im Bewußtsein ihrer Sonderstellung gegenüber der Zivilbevölkerung sind sie zu zuverlässigen Dienern des Regimes geworden. Die Angehörigen dieser Gruppe stehen zu den ehemaligen Wehrmachtsoffizieren meist ebenfalls feindlich. Die Ursache für diese Feindschaft liegt vielfach in den Minderwertigkeitskomplexen dieser Avancierten, die immer wieder bestätigt wissen wollen, daß ein ehemaliger Gefreiter oder ein Feldwebel einem früheren Wehrmachtsoffizier militärisch nicht nachzustehen

braucht. Als Produkt der gesellschaftlichen Umwälzung haben sie „Errungenschaften" zu verteidigen, sie arbeiten in vielen Fällen eng mit den Politoffizieren gegen die Gruppe der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere zusammen, an deren Stelle sie treten wollen.

Ein Gegensatz zwischen dem Kommandeur und dem „Kommissar" (d. h. dem Politischen Stellvertreter des Kommandeurs) ist zwar – ähnlich wie in der Sowjetarmee – noch vorhanden, hat aber nicht mehr die anfängliche Bedeutung. [1])

Einen ungefähren Überblick über die soziologische Zusammensetzung der bisher genannten Offiziersgruppen, d. h. der höheren und mittleren Offiziere, vermittelt das Ergebnis einer aus dem Jahre 1954 stammenden Untersuchung, die sich auf 1 500 Stabsoffiziere (vom Major bis zum Generalleutnant, in Einzelfällen auch auf Hauptleute in Stabsfunktionen) bezieht. [2]) Von den dort erfaßten Stabsoffizieren waren 1 099 (= 73,27 v. H.) ehemalige Angehörige der deutschen Wehrmacht und von diesen 440 (= 29,33 v. H. der Gesamtzahl) ehemalige Offiziere. In sowjetischer Gefangenschaft hatten sich 501 (= 33,4 v. H.) befunden, und an Lehrgängen in der Sowjetunion hatten 546 (= 36,4 v. H.) teilgenommen.

Unter den 1 500 Stabsoffizieren waren 139 (= 9,27 v. H.) Altkommunisten, d. h. sie hatten mindestens 20 Jahre der Kommunistischen Partei angehört. 36 (= 2,4 v. H.) hatten auf kommunistischer Seite in Spanien gekämpft, 88 (= 5,8 v. H.) hatten sich in den Jahren 1933–1945 in nationalsozialistischen Gefängnissen oder Konzentrationslagern befunden (was allerdings nichts über ihre frühere Einstellung zum Kommunismus aussagt) und 45 (= 3,0 v. H.) waren in der nationalsozialistischen Ära in der Emigration, vorwiegend in der Sowjetunion, gewesen. Für diesen Personenkreis kann man mit geringen Ausnahmen eine „proletarische Herkunft" als gegeben annehmen.

Von den in dieser Untersuchung erfaßten 27 Generalmajoren gehörten 16 der ehemaligen deutschen Wehrmacht an (12 waren bereits in der deutschen Wehrmacht Stabsoffiziere gewesen, 4 hatten Mannschafts- oder Unterführerdienstgrade, und 11 waren Mitglieder der Kommunistischen Partei vor 1933 gewesen. Von den 3 Generalleutnants waren 2 Altkommunisten und einer ehemaliger Stabsoffizier der deutschen Wehrmacht gewesen. Fast Dreiviertel dieser Generale (18 Generalmajore und 3 Generalleutnants = 72,4 v. H.) wurden mit Sicherheit – zum Teil mehrmals – in der Sowjetunion geschult.

Unter den statistisch erfaßten Obersten hatten 45 der deutschen Wehrmacht angehört (22 als Stabsoffiziere, 14 als Subalterndienstgrade und 9 als Unterführer und Mannschaften), während 20 Altkommunisten waren. Auch die

[1]) Vgl. oben, Kap. II. S. 30ff.

[2]) „Die kasernierte Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands", herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1955, S. 28–29.

Angehörigen dieser Gruppe waren zu 75 v. H. in der Sowjetunion geschult worden.

Die Gruppe der *subalternen Offiziere* ist nach ihrer sozialen Herkunft am einheitlichsten. Ihre Angehörigen sind meistens Söhne von Arbeitern, Kleinbauern und kleinen Handwerkern. Für sie mag gelten, was Generalleutnant *Hoffmann* bereits anläßlich des fünfjährigen Bestehens der KVP sagte, daß nämlich „80 Prozent aller Offiziere der KVP junge Offiziere, Arbeiter- und Bauernsöhne“ [1]) sind. Aber die Richtigkeit seiner Behauptung, daß nämlich diese jungen Offiziere „fest verbunden mit den Arbeitern und Bauern unserer Republik, treu ergeben für die Sache der Arbeiterklasse und für die Sache der Deutschen Demokratischen Republik eintreten“, ist fragwürdig; denn gerade diese Gruppe dürfte vielmehr militärisch und politisch am wenigsten zuverlässig sein. Den Sprung aus dem Arbeiter-, Landarbeiter- oder Schülerdasein in den Offiziersstand haben bei einer improvisierten Ausbildung in kürzester Zeit nur wenige voll gemeistert. Das klingt auch beispielsweise in einem Rechenschaftsbericht der Parteikontrollkommission über das Jahr 1955 an:

„Unser Offizierskorps ist noch jung; nicht wenige Offiziere sind direkt aus dem zivilen Leben auf eine Offizier-Lehranstalt entsandt worden und besitzen noch wenig militärische Erfahrung . . . Außerdem besteht bei manchen Offizieren die Gefahr der Verspießerung. Des weiteren muß man feststellen, daß zahlreiche jüngere Offiziere mit Frauen verheiratet sind, die kleinbürgerlich eingestellt sind. Natürlich können wir unseren Offizieren nicht vorschreiben, wen sie sich als Lebensgefährten auswählen. Wenn sie jedoch eine Frau mit spießbürgerlichen Lebensgewohnheiten heiraten, so ist es ihre Pflicht, sie durch eine geduldige ideologische Arbeit zum sozialistischen Bewußtsein zu erziehen.“

Diese jungen Offiziere sind vielfach in den untersten Diensstellen steckengeblieben und in Fällen, wo sie weiter vorprellten, durch Offiziere mit einer gut fundierten Ausbildung abgelöst worden. Es hat sich in dieser Gruppe eine gegen die „Erfolgreichen“ gerichtete Opposition entwickelt. Da die Umbildung der KVP zur Nationalen Volksarmee bisher weniger zu einer Ausweitung als vielmehr zu einer Konzentrierung auch im Offzierskorps geführt hat, ist die Hoffnung dieser Gruppe, dennoch schnell zu avancieren, nicht erfüllt worden. Da sie ihren Offiziersrang vom kommunistischen Regime erhielten, richtet sich ihre Opposition nicht gegen das System, sondern lediglich gegen einzelne Methoden. Ihre Stellung verleitet sie zu extremen Handlungen. Entweder verbünden sie sich mit ihren Untergebenen, um gegen gemeinsame Vorgesetzte zu opponieren, oder sie entwickeln sich zu Kasernenhofschindern, weil sie glauben, mit rigorosen Ausbildungsmethoden aufrücken zu können.

Diese inneren Gegensätze im Offizierskorps werden jedoch kaum die Schlagkraft der Volksarmee ernstlich gefährden; jedenfalls nicht, wenn diese Armee lediglich als Unterstützungsorgan der sowjetischen Armee eingesetzt wird und

[1]) Zur Ehre und Würde des Offiziers. In: „Der Politarbeiter“, Heft 5, März 1955.

keine Katastrophe eintritt. Auch eine schwere Krisensituation des Systems, wie sie der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 darstellte, gefährdet zunächst noch nicht die Einsatzfähigkeit dieses militärischen Apparates, dessen Führungskorps noch dazu einer wirksamen politischen und militärischen Kontrolle unterworfen ist.

Die Mitgliedschaft der Offiziere in der SED und FDJ sagt nichts über die politische Gesinnung aus. Auf die Parteimitgliedschaft der Offiziere wird Wert gelegt; denn die Führung kann Parteimitglieder besser in der Hand haben und auch zu größeren militärischen Leistungen anspornen. Die Politoffiziere gehören durchweg der SED an. Über die Zahl der Parteimitglieder unter den Offizieren überhaupt ist nichts bekannt. Bereits im Frühjahr 1956 waren aber 84 v. H. aller Jugendlichen [1]) der Nationalen Volksarmee Mitglieder der FDJ, wo sie einer strengen Disziplin unterworfen sind. Offenbar ist nicht beabsichtigt, die Parteimitgliedschaft in der Armee zu einem Vorrecht der Offiziere zu machen, denn von den Kandidaten der Partei in der Nationalen Volksarmee waren 1955 47,2 v. H. Unteroffiziere und Mannschaften, 7 v. H. mehr als im Vorjahr.

Das System hat verständlicherweise Interesse daran, ein einheitliches Offizierskorps zu schaffen und die „Ehre und Würde des Offiziers" zu heben. Dieser Aufgabe dienen auch die 1955 eingeführten *Offiziers-Ehrengerichte*, die eigentlich Hilfsorgane der Kommandeure sind. Sie können dem Kommandeur bei Verstößen eines Offiziers Vorschläge zur Bestrafung machen, sollen aber mehr noch allgemein vorbeugend und erzieherisch wirken.

Das Interesse des Regimes an der Bildung eines einheitlichen Offizierskorps ist jedoch begrenzt. Wie in der Sowjetarmee so finden auch in der Nationalen Volksarmee häufig Versetzungen statt, durch die engere menschliche Bindungen unter den Offizieren verhindert werden sollen. Auch die „militärische Kameradschaft" wird nicht auf menschliche Bindungen im Zusammenhang gemeinsamer Dienstzeit und Einsätze zurückgeführt, sondern mit der „sozialistischen Moral" verbunden. Die Kameradschaft ist „klassengebunden":

„Die höchste Form der militärischen Kameradschaft in den bewaffneten Kräften eines sozialistischen Landes ist die Waffenbrüderschaft, d. h. engste Verbindung zwischen den verschiedenen Waffengattungen sowie den anderen Zweigen der Sicherheitsorgane." [2])

Was die Waffenbrüderschaft mit „den anderen Zweigen der Sicherheitsorgane" betrifft, so läßt sie zu wünschen übrig. Die Angehörigen der Nationalen Volksarmee und der Verbände der „Inneren Sicherheit" grüßen sich meist nicht. Die innere Ablehnung dieser konkurrierenden Verbände dürfte allerdings die Bildung eines Korpsgeistes in der Nationalen Volksarmee fördern.

---

[1]) Bei der FDJ ist die Altersgrenze nach oben nicht deutlich festgelegt.

[2]) Die militärische Kameradschaft. In: „Der Politarbeiter", Nr. 3, Jahrgang 1956, Februar.

Es ist bezeichnend, daß die Kluft zwischen den Offizieren einerseits und den Unterführern und Mannschaften andererseits in keiner Armee größer ist als in der eines kommunistischen Staates. Die Gemeinsamkeiten der Mannschaften und Unterführer gegenüber dem Offizierkorps ergeben sich aus den gemeinsam zu meisternden Dienstaufgaben und einer gemeinsamen Weltanschauung, die häufig äußerst primitiv ist und im Unbewußten wurzelt, die sich aber als fester Kitt erweist und auch starke Belastungen vertragen kann. Die Masse der Mannschaften und Unterführer kam aus allen anderen Gründen, nur nicht aus politischen, zur Armee.[1]) Da der Rekrut sich in jeder Armee erst an die militärische Ordnung gewöhnen muß – und in der Nationalen Volksarmee eine „eiserne, besondere militärische Disziplin" herrscht –, bildet die Gruppe der jung dienenden Soldaten den labilsten Teil der Armee. Ist die Krise des ersten Ausbildungsjahres überwunden, dann macht sich auch eine gewisse Gewöhnung bemerkbar, und die Masse der Soldaten erscheint dann als „politischbewußte Kämpfer". Die zweite Krise tritt nach dem zweiten oder dritten Dienstjahr ein, wenn für einen Teil die Beförderung zum Unterführer erfolgt, aber auch der restliche Teil seine Dienstzeit verlängern soll. Von denjenigen, die auf Grund des auf sie ausgeübten Druckes weiter dienen, geht eine starke negative Stimmung aus; sie werden zu echten Landsknechten.
Die Tatsache, daß die Nationale Volksarmee unter den Bedingungen eines gespaltenen Deutschland existiert und daß die Einflüsse aus dem Westen nicht abgeschnitten werden können, wirkt bei der Prägung der inneren Verhältnisse ebenfalls mit. Die Bildung von prowestlichen Gruppen ist nicht möglich, da in solchen Fällen (die relativ selten sind) in kürzester Frist die Organe des Staatssicherheitsdienstes eingreifen. Aber die Zahl derjenigen, die individuell westlichen Vorstellung anhängen, ist groß. Dazu kommt, daß auch die meisten der als linientreu geltenden Armeeangehörigen, einschließlich eines Teiles der politischen Offiziere, sich, jedenfalls individuell, mit den westlichen Einflüssen innerlich auseinandersetzen. Das westliche Ideen- und Gedankengut ist in den Köpfen der Armeeangehörigen lebendig und führt in der politischen und hier und da auch in der militärischen Ausbildung zu Auseinandersetzungen, die die Wirksamkeit der kommunistischen Doktrin herabsetzen. So gelang es z. B. der politischen Führung bislang noch nicht, in den sächsischen Einheiten wie Löbau, Zittau, Dresden und an anderen Orten „völlige Klarheit über die Oder-Neiße-Linie als Friedensgrenze" zu erreichen.
Der westliche Einfluß kommt durch verschiedene Kanäle. Zunächst einmal hat sich in der Bevölkerung der Zone selbst eine Vorstellung vom Westen gebildet, bei der sich Erinnerungen an frühere Verhältnisse in Deutschland mit zum Teil stark überhöhten Vorstellungen vom Lebensstandard in der Bundesrepublik mischen. Die größte Gefahr für die politische Bewußtseinsbildung im Sinne des Systems bei den Armeeangehörigen liegt in dem starken Einfluß der-

[1]) Vgl. oben den Abschnitt „Das System der Rekrutierung", S. 94 ff.

jenigen Familienangehörigen, die durch den harten Existenzkampf in der Zone gegen das System eingestellt sind und die diese ablehnende Haltung an den betreffenden Soldaten im Urlaub oder bei Besuchen, bewußt oder unbewußt, herantragen. Bei Verwandten, die aus dem Westen in die Zone zu Besuch kommen, liegt die Stärke der Beeinflussung weniger in einem bewußten politischen Inhalt und Handeln, als vielmehr in der Tatsache, daß sie allgemein Vertreter der westlichen Gedankenwelt und Lebensweise sind. Diese Einflüsse haben zur Folge, daß in den Einheiten der Nationalen Volksarmee besonders nach den Urlaubstagen eine angespannte Stimmung herrscht. Vielfach kommen die Urlauber verspätet zurück oder melden sich im Urlaub krank. Das wiederum führt zu negativen Auswirkungen in der allgemeinen Disziplin und in der Ausbildung. Durch die Einführung einer „politischen Urlaubsvorbereitung" durch die Politarbeiter soll den negativen Urlaubseinflüssen vorgebeugt werden. Nach dem Urlaub wird der zurückkehrende Soldat ebenfalls besonders belehrt.

Der Briefwechsel von Angehörigen der militärischen Verbände mit dem Westen zeigte in der Vergangenheit eine außerordentliche Wirkung, wenn der westliche Briefpartner die politischen Verhältnisse in der Sowjetzone kannte. Daher ist jeder Briefwechsel mit dem Westen verboten. Der allgemeine Briefverkehr wird allgemein durch die Politoffiziere überwacht, und zwar zunächst dadurch, daß die Ortsangabe des Absenders mit dem Poststempel verglichen wird. In verdächtigen Fällen wird der Soldat „gebeten", den Brief im Beisein des Politoffiziers zu öffnen. Ist der Inhalt eines solchen Briefes für die politische Agitation brauchbar, dann wird er in der entsprechenden Form allen Angehörigen der Einheit zur Kenntnis gebracht. In besonderen Fällen erhalten politisch zuverlässige Armeeangehörige die Erlaubnis (die nur von höheren Dienststellen gegeben werden kann), einen Briefwechsel mit dem Westen zu unterhalten.

Einen weiteren ernst zu nehmenden Einfluß auf die inneren Verhältnisse übt die westliche Literatur aus. In erster Linie ist es die Fachliteratur, die zwar in der Wirkungsbreite beschränkt, jedoch in der Tiefenwirkung besonders mächtig ist. Vor allem wertvolle junge Menschen haben das Bestreben, sich auch während ihrer Dienstzeit fachlich fortzubilden. Um beispielsweise über die technische Entwicklung in der westlichen Welt orientiert zu sein, verschaffen sie sich Fachliteratur westlicher Herkunft. Der unterschiedliche Stand der technischen Entwicklung in Ost und West läßt die betreffenden Armeeangehörigen sehr rasch die Lügenhaftigkeit der kommunistischen Behauptung von der Überlegenheit der „sozialistischen Technik" erkennen, die zwar auf einzelnen Gebieten (z. B. im Raketenbau) unter Einsatz des gesamten staatlichen Apparates und unter bedenkenloser Ausnutzung ausländischer Erkenntnisse und Patente beachtliche Erfolge errungen hat, die jedoch in der Breite gesehen noch weit hinter dem Stand westlicher Technik zurück ist. Die Erkenntnis der Mangelhaftigkeit der „sozialistischen Technik" und ihrer Abhängigkeit von der

„kapitalistischen Technik“ muß dem „sozialistischen Bewußtsein“ abträglich sein und zur Opposition gegen das Regime führen. Seit einiger Zeit hat die politische Führung daraus gewisse Konsequenzen gezogen, indem namentlich die in der Nationalen Volksarmee gelesenen Zeitungen und Zeitschriften des öfteren über westliche technische Entwicklungen berichten, – wie man seit dem 20. Parteitag der KPdSU häufiger davor warnt, „den Gegner zu unterschätzen“. Einen verhältnismäßig großen Einfluß, besonders auf die jungen Soldaten, haben gewisse westliche Druckerzeugnisse, die dem Westen nicht zum Ruhme gereichen. Groschenromane, Kriminal-, Wildwest- und seichte Liebesgeschichten kommen dem unbewußten Drang des Soldaten nach Freiheit und Ablenkung entgegen, der durch den eintönigen und streng geregelten Dienstablauf sowie durch die allgemeine Prüderie in der Öffentlichkeit der Zone stark entwickelt ist. Als Nebenerscheinung auf diesem Gebiet ist auch das Eindringen von pornographischer Literatur zu nennen. Dieser Einfluß zersetzt allerdings nicht nur die Wehrkraft der Nationalen Volksarmee, sondern richtet auch an den Menschen, denen jede Vergleichsmöglichkeit in einer freien Gesellschaft fehlt, großen Schaden an. Die durch solche Schriften beeinflußten Soldaten brechen nicht nur aus der militärischen Disziplin aus, sie verfallen auch einem falschen Freiheitsbegriff, der sich in kurzer Zeit in einem allgemeinen Rowdytum äußert. Regelmäßige Spind- und Bettkontrollen werden durchgeführt; die dabei gefundene Literatur wird, gewöhnlich ohne jede agitatorische Auswertung, vernichtet. Um dem Abenteurerdrang der jungen Soldaten entgegenzukommen, gibt der Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung Erzähler-Reihen heraus, deren Hefte stark mit politischer Tendenz getränkt sind, was ihren Wert als Unterhaltungsmittel beeinträchtigen muß. In den für die Soldaten bestimmten Zeitschriften erscheinen häufig Beiträge, die auf die Freizeit einen positiven moralischen Einfluß ausüben sollen. So wird darin auch ein bescheidener Anstandsunterricht für das Verhalten gegenüber Frauen und Mädchen erteilt.

Nicht unerwähnt darf auch die Wirkung westlicher Rundfunksendungen auf die Angehörigen der Nationalen Volksarmee bleiben. Eine unwiderstehliche Anziehungskraft haben dabei die Unterhaltungssendungen, während rein politische Sendungen nur begrenzte Wirkung haben.

Am stärksten sind die inneren Verhältnisse in der Nationalen Volksarmee durch den Aufbau der Armee als „bewaffnetes Instrument der proletarischen Revolution“, als „Arbeiter-und-Bauern-Armee“ unter Führung der SED gekennzeichnet. Die dazu ausgegebenen Leitbilder wurden ausführlich in dem Kapitel über die ideologischen Grundlagen behandelt.

Aus dieser Bestimmung der Armee ergibt sich eine *Klassifizierung* der Soldaten nach ihrer sozialen Herkunft, die automatisch mit einem Werturteil verbunden wird. Dabei gilt zunächst folgende Skala mit fallender Wertschätzung:

1. Industrie- und Landarbeiter
2. Selbständige Handwerker und Kleinbauern
3. Angestellte und Mittelbauern
4. Intelligenz.

Diese Skala wird überschnitten durch eine weitere Klassifizierung:

1. ohne jede Verbindung mit dem Westen
2. mit Verwandten zweiten Grades im Westen
3. mit Verwandten ersten Grades im Westen
4. mit freiwilligen Verbindungen oder Bindungen zum Westen.

Ihre Ergänzung findet diese Einteilung durch eine dritte Wertskala:

1. bis zum Juni 1946 in westlicher Gefangenschaft
2. nach dem Juni 1946 in westlicher Gefangenschaft
3. Aufenthalt in Westdeutschland oder in anderen Ländern der freien Welt nach 1945.

Diese drei Beurteilungsschemen werden an jeden Angehörigen bei seiner Dienstverwendung und Beförderung angelegt. So ist es z. B. unmöglich, daß ein Armeeangehöriger mit Verwandten ersten Grades im Westen in einer Berliner Dienststelle beschäftigt werden kann, während ein anderer, der nach dem Juni 1946 noch in englischer Kriegsgefangenschaft war, niemals als Bearbeiter von Verschlußsachen verwendet werden kann.
Die strengen Maßstäbe, die 1949 angelegt wurden, konnten allerdings nicht aufrechterhalten werden. Damals, am 30. Mai 1949, bestimmte eine Anordnung der Sowjetischen Militärverwaltung (SMAD-Befehl Nr. 240/2), daß alle Angehörigen der Volkspolizei, die

a) Verwandte ersten Grades in Westdeutschland haben,
b) längere Zeit in westalliierter Kriegsgefangenschaft gewesen sind,
c) Umsiedler aus dem Osten sind,
d) politisch als unzuverlässig gelten,
e) vor 1945 Angehörige der Polizei waren,

entlassen werden müßten. Diese Säuberungsaktion ging bis Anfang 1951. Bei ihr wurden u. a. zwei Drittel des damaligen Offizierskorps ausgeschaltet.
Auf Grund dieser Klassifizierung werden die einzelnen Angehörigen auch in mancher anderen Hinsicht unterschiedlich behandelt. Was z. B. bei einem ehemaligen Arbeiter als „Überbleibsel aus der Zeit des Faschismus" gewertet wird, dem man mit sorgsamer Hilfe und geduldiger Überzeugungsarbeit begegnen muß, gilt bei einem Angehörigen des Mittestandes schon als „Klassenreaktion", als politischer Widerstand, den man mit den schärfsten Mitteln bekämpfen muß. Diese Klassifizierung fördert in starkem Maße das gegenseitige Mißtrauen und muß sich auf die inneren Verhältnisse der Nationalen Volksarmee ebenfalls negativ auswirken.

Die inneren Verhältnisse in den bewaffneten Verbänden der Sowjetzone, verbunden mit dem starken Anreiz, den der Westen allgemein auf die Bevölkerung ausübt, haben zu erheblichen *Desertionen* geführt. Beispielsweise sind im dritten Quartal 1957 650 Angehörige der Nationalen Volksarmee (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) nach dem Westen geflohen.

Zwischen 1950 und dem 30. November 1957 haben sich in Westberlin insgesamt 20 947 „ehemalige Volkspolizisten" (zu denen in der Statistik auch die Angehörigen der Verbände der „Inneren Sicherheit" und der Nationalen Volksarmee gerechnet werden) als Flüchtlinge gemeldet. Diese Flucht hat den bewaffneten Verbänden der Sowjetzone den Ruf eingetragen, in der Hand der politischen Führung ein völlig unzuverlässiges Instrument zu sein. Die Ansicht wäre berechtigt, wenn es sich nur um aus dem aktiven Dienst geflüchtete Polizisten bzw. Soldaten gehandelt hätte. Es sind aber in diesen Zahlen alle diejenigen Personen enthalten, die während der letzten zehn Jahre auch kürzere Zeit der Volkspolizei (einschließlich der Berufsfeuerwehr, des polizeilichen Betriebsschutzes usw.) angehörten.

Demgegenüber ergibt eine Statistik der aus dem aktiven Dienst oder in einem Zeitraum bis zu 6 Monaten nach der Entlassung Geflüchteten folgendes Bild:

Jahr	Gesamtzahl	davon:	
		Volkspolizei	militärische Verbände (NVA)
1950	2 034	.	.
1951	2 143	.	.
1952	2 900	.	.
1953	4 731	.	.
1954	1 848	.	.
1955	2 553	.	.
1956	2 170	703	1 467 [1])
1957	2 706	811	1 895

Die Flucht aus den kasernierten Verbänden der Sowjetzone erreichte im Juli 1953 den Höhepunkt. Das darauf folgende Absinken der Flüchtlingszahl

[1]) Ab 1. 1. 1956 wird in der Statistik eine Aufgliederung nach Angehörigkeit zur Volkspolizei und den militärischen Verbänden (NVA) vorgenommen.

ist einmal auf die erhebliche Verschärfung der Überwachung innerhalb wie außerhalb der Einheiten zurückzuführen, die das Fluchtrisiko verstärkt hat. Dieser Rückgang spiegelt aber auch die um sich greifende Auffassung wider, daß man sich mit einem Militärdienst wohl oder übel abzufinden habe. Hinzu kommt, daß die soziale Eingliederung der aus den bewaffneten Verbänden der Sowjetzone in die Bundesrepublik Geflüchteten häufig mißlang, wobei zu berücksichtigen ist, daß – wenn es sich um geflüchtete Offiziere oder auch Unteroffiziere handelte – diese häufig falsche Vorstellungen von ihren persönlichen Verwendungsmöglichkeiten unter den ihnen fremden Verhältnissen hatten. Das Regime ist verschiedentlich dazu übergegangen, Deserteure, die freiwillig – d. h. nach einem Besuch durch Agenten – zurückkehrten, in den Einheiten Vorträge über „das Elend und die kapitalistische Ausbeutung in Westdeutschland" halten zu lassen. Nach diesen Vorträgen wurden sie zwar aus der Volksarmee entfernt, erhielten aber eine Arbeitsstelle in volkseigenen Betrieben. Mit einer solchen Propaganda hat das Regime die Flüchtlingszahlen herabgedrückt.

Bei den Deserteuren handelt es sich zum großen Teil um junge Leute, die in ihrer geistigen Entwicklung die Schwelle vom Jünglings- zum Mannesalter noch nicht oder gerade erst überschritten haben. Ein häufig noch unklares Streben nach einem „besseren Leben", nicht selten verbunden mit jugendlicher Abenteuerlust, beherrscht das Denken vieler dieser Jugendlichen. Fern der sonst ausgleichend wirkenden Familie, sind sie in der Kaserne zum ersten Mal im Leben ganz auf sich gestellt, dazu noch in einem zur Opposition neigenden Alter. Besonders häufig entzündet sich die Unzufriedenheit an den nicht eingelösten Versprechungen der Werber. Der scharfe militärische Drill, eine dem Jugendlichen neue Form des auf ihn einwirkenden Zwanges oder das oft ungeschickte Verhalten der Vorgesetzten, denen es häufig an wahrer Autorität mangelt, steigern dann die Unlust bis zum Fluchtentschluß. Diese allgemeine, meist nicht näher definierbare Unzufriedenheit führte 1953 noch 50 v. H. dieser Flüchtlinge nach Westberlin. In der Folge ist dieser Anteil laufend zurückgegangen.

Demgegenüber ist der Anteil der letztlich aus politischen Gründen Geflüchteten gestiegen. Die größte Gruppe unter diesen bilden die an sich unpolitischen Naturen, die mit dem SED-System erst bei der Truppe in Konflikt geraten. Ihre Opposition entzündet sich vielfach gerade im Polituntericht, wo sie auf die Diskrepanz zwischen der kommunistischen Theorie und Praxis gestoßen werden. „Negative Diskussionsbeiträge" sind die Folge, die wiederum Drohungen seitens der Vorgesetzten nach sich ziehen, die Betreffenden wegen „Zersetzung" belangen zu wollen. Derartige Drohungen werden zuweilen ernster genommen, als sie gemeint sind, weil allgemein mit Disziplinarstrafen nicht gegeizt wird und unvorsichtige Äußerungen schon manchen in wenig angenehme Berührung mit dem Verbindungsoffizier des Ministeriums für Staatssicherheit gebracht haben. Andere geraten mit den Politoffizieren in Konflikt, weil sie

sich nicht mit Problemen beschäftigen wollen – gleichgültig, welches ihr unbewußter Standpunkt sein mag –, die sie nicht interessieren oder die oft auch ihr Begriffsvermögen übersteigen.
Eine weitere, kleinere Flüchtlingsgruppe bilden diejenigen jungen Leute, die ihre Einheit verlassen, um ihren in den Westen geflüchteten Eltern zu folgen. Andere suchen sich einer Bestrafung zu entziehen, wobei zu bemerken ist, daß es sich häufig um Disziplinarvergehen handelt, die vielfach in der Nationalen Volksarmee mit Strafen belegt werden, die in keinem Verhältnis zu dem Delikt stehen.
Länger dienende Unteroffiziere setzen sich nicht selten ab, weil ihnen die Entlassung nach Ablauf ihrer Verpflichtung verweigert wird. Bei den meisten Offizieren sind die Schwierigkeiten, die sie in den Westen führen, in der Regel in ihrer Person begründet und nur selten politischer Natur.
Zusammenfassend läßt sich nach der Untersuchung über die inneren Verhältnisse sagen, daß die Nationale Volksarmee zwar von erheblichen Spannungen erfüllt ist, daß diese aber erst dann offen zutage treten werden, wenn das Gesamtregime in eine ausweglose Situation geraten ist.

VI. DIE NATIONALE VOLKSARMEE – EIN KONTINGENT DES SOWJETBLOCKS

Am 28. Januar 1956, zehn Tage nach dem Volkskammer-Beschluß über das „Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung", nahm in Prag der Politische Beratende Ausschuß der Signatarstaaten des Warschauer Paktes auf seiner ersten Sitzung den Vorschlag der Delegation der „DDR" an, daß „nach der Schaffung der Nationalen Volksarmee der DDR ihre bewaffneten Kontingente in die Vereinten Streitkräfte einbezogen werden".[1]) Damit wurde auch förmlich festgelegt, worüber es seit dem ersten Auftreten bewaffneter militärischer Einheiten der deutschen Sowjetzone im Sommer 1948 keinen Zweifel gegeben hatte: daß diese Streitkräfte als Werkzeug der sowjetischen Politik geschaffen waren. Der am 14. Mai 1955 geschlossene Warschauer Vertrag (dem die Sowjetzone zunächst nur mit ihrem nichtmilitärischen Potential angehören sollte) hatte schon vorher die seit Jahren bestehende Einheit des Sowjetblocks unterstrichen, die sich schon früher, beispielsweise auch in der Schlußdeklaration der 3. Konferenz der Ostblockstaaten vom 2. Dezember 1954 in Moskau, manifestiert hatte:

„Unsere Völker sind sich ihrer Kräfte und ihrer unerschöpflichen Hilfsquellen gewiß. Noch nie waren die Kräfte des Friedens und des Sozialismus so mächtig und geschlossen wie jetzt. Jegliche Versuche, einen Überfall zu verüben, einen Krieg zu entfesseln und das friedliche Leben unserer Völker zu stören, werden auf eine vernichtende Abfuhr stoßen."

Wenn dem Abschluß des Warschauer Paktes[2]) Bedeutung zukommt, dann gilt das zunächst mehr für das Verhältnis der UdSSR zu den anderen Satelliten als für die Beziehungen zur deutschen Sowjetzone: So wären z. B. die Sowjets nach Inkrafttreten des österreichischen Staatsvertrages vom Mai 1955 auf Grund der Friedensverträge von 1947 verpflichtet gewesen, ihre Truppen aus Ungarn und Rumänien abzuziehen. Der Warschauer Vertrag ermöglicht der Sowjetunion jedoch, in allen Satellitenstaaten – auch in der CSR, wo bisher

[1]) Aus: „Neues Deutschland" vom 29. Januar 1956.

[2]) Text bei *Boris Meißner:* Das Ostpakt-System. Dokumente Heft XVII. Herausgegeben von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg. Frankfurt am Main 1955, S. 203. – Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Neue Folge, Juni 1955, S. 188 ff.

keine sowjetischen Truppen, und in Polen, wo bisher nur geringe sowjetische Truppen stationiert waren – militärische Verbände und Kommandos zu unterhalten.

Dieser „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ zwischen Albanien, Bulgarien, der CSR, Polen, Rumänien, der deutschen Sowjetzone, Ungarn und der UdSSR bestimmt in militärischer Hinsicht:

„Artikel 4. Im Falle eines bewaffneten Überfalles in Europa auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages seitens irgendeines oder einer Gruppe von Staaten wird jeder Teilnehmerstaat des Vertrages in Verwirklichung des Rechtes auf individuelle oder kollektive Sicherheit in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Satzungen der UNO dem Staat oder den Staaten, die einem solchen Überfalle ausgesetzt sind, sofortigen Beistand individuell und in Vereinbarung mit den anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages mit allen Mitteln, die ihnen erforderlich erscheinen, einschließlich der Anwendung von militärischer Gewalt, erweisen . . .“

Es ist sicher, daß im Falle eines internationalen Konfliktes die Staaten des Warschauer Paktes selbst bestimmen, wer der Überfallende und wer der Überfallene ist. 1950 erklärten die Sowjets das von dem kommunistischen Nord-Korea überfallene Süd-Korea für den Angreifer – entgegen den Feststellungen der UNO, nach deren Satzungen zu handeln die Sowjets bei jedem Vertragsabschluß vorgeben.

Wesentliche Bedeutung im Warschauer Pakt hat der Artikel 5: „Die vertragschließenden Seiten kamen überein, ein *Vereintes Kommando* derjenigen ihrer Streitkräfte zu schaffen, die nach Vereinbarung zwischen den Seiten diesem auf Grund gemeinsam festgelegter Grundsätze handelnden Kommando zur Verfügung gestellt werden . . .“

Daher wurde noch bei Abschluß des Paktes in Warschau festgesetzt:

„Zum Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, die aus den von den Staaten, die den Vertrag unterzeichnet haben, zugeteilten Streitkräften bestehen, wird Marschall der Sowjetunion *I. S. Konjew* ernannt. Zu Stellvertretern des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte werden die Verteidigungsminister oder andere militärische Führer der Teilnehmerstaaten des Vertrages ernannt, die mit dem Kommando der Streitkräfte eines jeden Teilnehmerstaates des Vertrages beauftragt werden, die den Vereinten Streitkräften zugeteilt wurden.“ [1])

Nach Unterstellung der sowjetzonalen Nationalen Volksarmee unter das Kommando des Warschauer Paktes wurde auch der „Minister für Nationale Verteidigung der DDR“, *Willi Stoph*, einer der *Stellvertreter des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte*. Um das Verhältnis dieses Stellvertreters zu dem Oberkommandierenden richtig einzuschätzen, darf man nicht nur die totale Abhängigkeit der deutschen Sowjetzone von der Sowjetunion sehen, sondern muß auch berücksichtigen, daß der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte, Marschall *Konjew*, einer der bedeutendsten militärischen Führer der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg war, während sein Stellvertreter

[1]) Die Bemühungen der Bundesrepublik. A. a. O. S. 192.

für das deutsche Kontingent, Generaloberst *Stoph,* über keinerlei militärische Führungserfahrungen im Kriege verfügt. [1])
In dem „Beschluß über die Bildung eines Vereinten Kommandos" vereinbarten die Signatarmächte des Warschauer Paktes am 14. Mai 1955, daß beim Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte in Moskau ein *Stab der Vereinten Streitkräfte* gebildet wird, dem ständige Vertreter der Generalstäbe der Teilnehmerstaaten des Vertrages angehören sollten.
Auch die Nationale Volksarmee (bei der es allerdings keinen förmlichen Generalstab gibt) ist in Moskau, dem Sitz des Stabes, vertreten. [2]) Ein kollegiales System existiert dort allerdings nicht: Umgekehrt sind jedoch sowjetische Offiziere als Vollzugsorgane des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte bei allen Armeen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes zu finden. Beispielsweise soll die sowjetische Militärmission in der Tschechoslowakei, in der keine sowjetischen Truppen stationiert sind, über tausend Sowjetoffiziere mit mehr als 20 Generalen umfassen. An jeder Sitzung und Beratung des tschechoslowakischen Generalstabes nehmen sowjetische Offiziere als Vertreter des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte teil. Der Beauftragte Marschall *Konjews* im sowjetzonalen Ministerium für Nationale Verteidigung ist Generalleutnant *Kosjakin,* mit Dienstsitz in Potsdam.
Ob die Sowjets eine förmliche Handhabe besitzen, die Nationale Volksarmee aus der Sowjetzone abzuziehen und ihre Verbände an einen beliebigen Ort zu verlegen, ist im „Beschluß über die Bildung eines Vereinten Oberkommandos" vom 14. Mai 1955 unklar definiert:

„Die Standortverteilung der Vereinten Streitkräfte auf dem Territorium der Teilnehmerstaaten des Vertrages wird in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der gemeinsamen Verteidigung nach Vereinbarung zwischen diesen Staaten durchgeführt."

Es lag auf der Linie der sowjetischen Deutschlandpolitik, die sich die Isolierung des wiedervereinigten Deutschlands (wenn nicht die Sowjetisierung) zum Ziel gesetzt hat, daß der Warschauer Vertrag auch mit dem Plan eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa [3]) abgestimmt war:

„Im Falle der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und des Abschlusses eines diesem Ziele dienenden gesamteuropäischen Vertrages über kollek-

[1]) Vgl. die Biographie auf S. 160 f.

[2]) Vertreter der „DDR" beim Stab des Oberkommandos der Vereinten Streitkräfte in Moskau ist Generalleutnant *Karl-Heinz Hoffmann.*

[3]) Den „Entwurf eines Gesamteuropäischen Vertrages über die kollektive Sicherheit in Europa" hatte Außenminister *Molotow* auf der Berliner Konferenz am 10. Februar 1954 vorgelegt (Die Bemühungen der Bundesregierung. A. a. O., S. 57 ff.) und auf den Genfer Konferenzen am 20. Juli 1955 und am 28. Oktober 1955 wiederholt. *Eberhard Jäckel:* Die deutsche Frage 1952–1956. Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte. Frankfurt am Main 1957, S. 69 ff., 114 ff und 130.)

tive Sicherheit, den die vertragschließenden Parteien unentwegt anstreben werden, verliert dieser Vertrag am Tage des Inkrafttretens des gesamteuropäischen Vertrages seine Gültigkeit."

Für die Sowjetzone gab Ministerpräsident *Otto Grotewohl* eine zusätzliche Erklärung ab:

„Bei der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages . . . geht die Regierung der DDR davon aus, daß das wiedervereinigte Deutschland von den Verpflichtungen frei sein wird, die ein Teil Deutschlands in militär-politischen Verträgen und Abkommen, die vor der Wiedervereinigung abgeschlossen wurden, eingegangen ist." [1])

Das hinderte den Minister für Nationale Verteidigung *Stoph* nicht, in der Sitzung der Volkskammer am 18. Januar 1956 die Nationale Volksarmee als eine Einrichtung zu bezeichnen „zum Schutze des souveränen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staates, der durch den Warschauer Vertrag . . eng und unlösbar mit dem großen Friedenslager verbunden ist".
Bezeichnenderweise heißt es auch in der ersten Nummer der Zeitung „Die Volksarmee":

„Die Nationale Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik verteidigt den Frieden in Deutschland und damit in Europa und ist in diesem Ziel eng und in untrennbarer Waffenbrüderschaft verbunden mit der ruhmreichen Armee der Sowjetunion und den Armeen aller volksdemokratischen Länder. Sie ist ein untrennbarer Bestandteil der Armeen des Weltlagers des Sozialismus." [2])

Die politische und militärische Integrierung der Nationalen Volksarmee mit den Streitkräften der Warschauer Paktmächte und darüber hinaus mit dem ganzen kommunistischen Block zeigt ein Artikel im „Taschenkalender der Kasernierten Volkspolizei 1956" auf:

„Die bewaffneten Kräfte der Staaten des Warschauer Vertrages sind untereinander, aber auch mit den Armeen Volks-Chinas, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und des demokratischen Vietnam fest verbunden und verpflichtet, Seite an Seite die welthistorischen Errungenschaften des sozialistischen Lagers zu verteidigen."

In diesem Zusammenhang ist die Teilnahme des Verteidigungsministers und Stellvertreters des Ministerpräsidenten der Chinesischen Volksrepublik, Generals *Peng Teh-huei,* an der Ostblockkonferenz anläßlich des Abschlusses des Warschauer Paktes zu erwähnen. Der General erklärte dort:

„Im Auftrage der Regierung der Chinesischen Volksrepublik erkläre ich, daß unsere Regierung mit Ihnen zusammenarbeiten wird zur Erfüllung aller Beschlüsse der Warschauer Konferenz . . . Wird der Friede in Europa verletzt, brechen die imperialistischen Aggressoren einen Krieg gegen die europäischen friedliebenden Völker

---

[1]) Aus: „Tägliche Rundschau" vom 15. Mai 1955.

[2]) Aus: „Die Volksarmee", 1. Jahrgang, Nr. 1 vom 1. September 1956.

vom Zaun, so wird unsere Regierung und unser heldenhaftes Sechshundert-Millionen-Volk zusammen mit den Regierungen und Völkern unserer Bruderländer den Kampf gegen die Aggression bis zum Endsieg führen."

Das kommunistische China ist zwar am Warschauer Vertrag nicht beteiligt, ist jedoch wie auch die Äußere Mongolei durch zweiseitige Militärverträge eng mit der Sowjetunion verbunden.
Die Einheit und zahlenmäßige Stärke des „Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, dem zwölf Länder mit über 900 Millionen Einwohnern angehören, ... das eine zusammenhängende Raumeinheit auf dem europäisch-asiatischen Festland darstellt, was günstige Voraussetzungen für gegenseitige Hilfe in jeder Lage schafft",[1]) wird in der Propaganda der Sowjetzone groß herausgestellt. „Auch die 5000 Divisionen, die allein Volkschina aufstellen kann, stehen zur Verteidigung des ganzen sozialistischen Lagers auf Wacht."[2])
Zweifellos ist die militärische Stärke des Sowjetblockes groß. Aber auf eine zahlenmäßige Zusammenstellung der einzelnen Kontingente kann hier verzichtet werden, da eine solche Liste, zumal in der Periode einer allgemeinen Umrüstung unter Berücksichtigung einer möglichen atomaren Kriegführung und bei Verminderung der Personalstärken, nur wenig aussagt.
Trotz des Vereinten Oberkommandos muß der Sowjetblock mit den natürlichen und historischen Spannungen zwischen den beteiligten Völkern rechnen. Seit dem Herbst 1956 wissen die Sowjets, daß sie die Divisionen der osteuropäischen Volksdemokratien – man schätzt ihre Zahl auf etwa 120 – nicht mehr ohne weiteres ihrem militärischen Potential zurechnen können. Der Unsicherheitsfaktor gilt insbesondere für Polen, Ungarn und Rumänien, während Bulgarien, Albanien und die Tschechoslowakei vom sowjetischen Standpunkt aus verhältnismäßig zuverlässig sein dürften. Es wird im sowjetischen Oberkommando besonderer Untersuchungen bedürfen, um zu klären, wie in Ungarn die offene Beteiligung großer Teile der Armee am Volksaufstand und die eindeutige Haltung der polnischen Armee angesichts der sowjetischen Drohungen im Herbst 1956 möglich waren. Es ist nicht anzunehmen, daß der sowjetisch-polnische Truppenvertrag vom 17. Dezember 1956 über den künftigen Status der sowjetischen Truppen in Polen eine neue Ära in den Beziehungen der Sowjetunion zu den anderen Ostblockstaaten eingeleitet hat. Dieser Vertrag sollte vielmehr das mit elementarer Gewalt durchgebrochene Nationalgefühl der Polen besänftigen. Während der Warschauer Pakt in der Frage der „Standortverteilung der Vereinten Streitkräfte auf dem Territorium der Teilnehmerstaaten des Vertrages" nur allgemein von „Vereinbarungen zwischen diesen Staaten" spricht, legt der sowjetisch-polnische Truppenvertrag fest, daß bei-

[1]) Der chinesische Verteidigungsminister *Peng Teh-huei* auf der Warschauer Ostblockkonferenz am 14. Mai 1955. *Boris Meißner:* Das Ostpakt-System. A. a. O. S. 207.

[2]) Aus: „Kalender der Kasernierten Volkspolizei 1956", S. 126.

spielsweise die Bewegung von sowjetischen Truppen außerhalb ihrer Standorte auf polnischem Staatsgebiet in jedem einzelnen Fall der Zustimmung der polnischen Behörden bedarf.

Auch mit der Sowjetzone ist am 12. März 1957 ein *Truppenvertrag* über die Unterbringung der sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der Sowjetzone abgeschlossen worden, der auch die Jurisdiktion in strafrechtlichen und zivilrechtlichen Angelegenheiten, die Benutzung von Wohn- und Diensträumen, die Inanspruchnahme von Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen regelt. Aber ein Vergleich der Texte des polnischen und des sowjetzonalen Truppenvertrages zeigt, daß die Souveränität der Zone wenig gilt. In dem Vertrag für die Sowjetzone fehlt z. B. der oben zitierte Passus des sowjetisch-polnischen Vertrages über die Zustimmung zu sowjetischen Truppenbewegungen. Heißt es im polnisch-sowjetischen Vertrag (im Artikel 2), daß die Stärke der sowjetischen Truppen und ihre Dislozierung auf der Grundlage „besonderer Vereinbarungen" bestimmt werden sollen, dann bestimmt der Vertrag zwischen Sowjetunion und „DDR" (ebenfalls Artikel 2), daß diese Fragen nur „Gegenstand von Konsultationen" zwischen den beiden Regierungen sein sollen. Im polnischen Vertrag, der die Rechte Polens weit mehr im einzelnen festlegt, fehlt die grundsätzliche Bestimmung des Truppenvertrages zwischen Sowjetunion und Sowjetzone über das Eingreifen der sowjetischen Truppen (Artikel 118):

„Im Falle der Bedrohung der Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Territorium der DDR stationiert sind, kann das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik bei entsprechender Konsultation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und unter Berücksichtigung der entstandenen Lage und der Maßnahmen, die durch die staatlichen Organe der DDR eingeleitet werden, Maßnahmen zur Beseitigung einer derartigen Bedrohung treffen." [1])

Die „Waffenbrüderschaft" wird mit einigen Äußerlichkeiten manifestiert: So wurden z. B. mit Beginn des Winterfahrplanes 1956/57 in den Zügen der Deutschen Reichsbahn die bisher getrennten Abteile „Für Angehörige der Sowjetarmee" und „Für Angehörigen der Nationalen Volksarmee" zu einem gemeinsamen Abteil „Für Militärangehörige" zusammengelegt. Ein anderes Beispiel sind Reisen von „Touristendelegationen" der Nationalen Volksarmee ins „befreundete Ausland".

Bereits bei Abschluß des Warschauer Paktes war beabsichtigt, die militärischen Kräfte der Sowjetzone in die *Vereinten Streitkräfte* einzugliedern. Die „Waffenbrüderschaft" mit einer Armee, deren Angehörige selbst unter kommunistischer Führung noch Deutsche sein würden, war aber für die polnischen und tschechoslowakischen Vertreter nur schwer tragbar. Wie fast alle Satellitenstaaten untereinander, so haben auch Polen und die CSR einen zweiseitigen „Vertrag

[1]) Aus: „Neues Deutschland" vom 14. März 1957.

über Freundschaft und gegenseitigen Beistand", vom 10. März 1947, abgeschlossen, der sich gegen „jede neue aggressive Bedrohung seitens Deutschlands" richtete. Er ging von dem Wunsch aus,

„diesen beiden slawischen Ländern, die als unmittelbare Nachbarn Deutschlands im Laufe ihrer Geschichte Opfer deutscher Aggression gewesen sind und deren Existenz mehr als einmal in Frage gestellt war, eine friedliche Entwicklung zu gewähren, auf Grund der Erfahrungen des letzten Krieges, durch den die beiden Völker in eine tödliche Gefahr gebracht wurden, im Bewußtsein des Interesses, welches beide Länder an einer gemeinsamen Verteidigung haben, falls Deutschland seine Aggressionspolitik gegen ihre Freiheit, ihre Unabhängigkeit und ihre territoriale Unversehrtheit wieder aufnehmen sollte . . ." [1])

Wenn nach der Gründung der sogenannten „DDR" Polen und die CSR verschiedene Abkommen mit diesem „demokratischen deutschen Staat" abschlossen, so dienten diese mehr dem Sicherungsbedürfnis Polens und der CSR als etwa der Versicherung einer gleichberechtigten Partnerschaft: In einer gemeinsamen Erklärung beschlossen am 6. Juni 1950 die Sowjetzonenregierung und Polen, die „zwischen beiden Staaten bestehende Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und Neiße als unantastbare Grenze endgültig zu ziehen"; ein entsprechender Grenzvertrag folgte bereits am 6. Juli 1950. [2]) Zur gleichen Zeit stellten die Sowjetzonenregierung und die Regierung der CSR in dem Kommuniqué vom 23. Juni 1950 fest, daß „die durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Republik unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst ist". [3]) Mit keinem der Ostblockstaaten konnte die Sowjetzone bislang einen Bündnisvertrag abschließen.
Auf die Polen und Tschechen mußte also bei der Aufstellung der Streitkräfte der Sowjetzone besondere Rücksicht genommen werden. Für sie wurde die sowjetzonale Armee als der Hort der Traditionen von *Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg* (polnischer Herkunft) und *Ernst Thälmann* hingestellt. Damit blieb ihnen jedoch nicht verborgen, daß eine Reihe von höheren und mittleren Offizieren der gefürchteten und jahrelang als das größte Übel angesehenen ehemaligen deutschen Wehrmacht in der neuen Armee wiederverwendet wurde. Die Ausführungen *Grotewohls* auf der Warschauer Konferenz vom 14. Mai 1955 enthielten auch die Versicherung, daß nicht nur in der Sowjetzone, sondern auch bei den „Volksmassen in Westdeutschland" ein „Umschwung" eingetreten sei, der eine Absage an den „deutschen Militarismus" bedeute, den eine „dünne Schicht von Monopolherren, Rüstungsunternehmern, Großagrariern und korrupten Politikern" vertrete. [4]) Dennoch wurden die militärischen Kräfte der

[1]) *Boris Meißner:* Das Ostpakt-System. A. a. O. S. 29 f.

[2]) ebendort, S. 78.

[3]) ebendort, S. 79.

[4]) Nach: „Tägliche Rundschau" vom 14. Mai 1955.

Zone erst am 28. Januar 1956, nach der Proklamierung der Nationalen Volksarmee, in die Vereinten Streitkräfte der Ostblockstaaten einbezogen. Die Zustimmung des tschechoslowakischen Außenministers *Vaclav David* wurde von dem SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" groß herausgestellt.
Angesichts der polnischen und tschechoslowakischen Bedenken gegen eine militärische Aufrüstung der Sowjetzone hatten die Sowjets bereits frühzeitig versucht, durch Bildung eines militärpolitischen *Dreiecks Warschau-Prag-Ostberlin* diese Spannungen zu beheben. So fand Ende Dezember 1954 in Prag eine Konferenz der „Repräsentanten der Volksvertretungen der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik" statt. Danach sollten die Streitkräfte der Sowjetzone fest in die polnischen und tschechoslowakischen Heeresgruppen eingegliedert werden. Eine Zusammenarbeit der vormilitärischen Organisationen in den drei Ländern – der „Gesellschaft für Sport und Technik" der Sowjetzone, der „Freiwilligen Gesellschaft der Zusammenarbeit mit der Armee" in der Tschechoslowakei, der „Liga der Soldatenfreunde" in Polen – wurde seit langem betrieben oder doch propagandistisch stark betont. Im Januar 1956 erhielt auch die Einbeziehung der sowjetzonalen Nationalen Volksarmee in die Vereinten Streitkräfte „die besondere Zustimmung der tschechoslowakischen und polnischen Delegation". Das Organ der Politverwaltung des Ministeriums für Nationale Verteidigung widmete dieser Angelegenheit seinen Leitartikel unter der Überschrift „In enger Waffenbrüderschaft", in dem es folgendermaßen heißt:

> „Im Gegensatz zu früheren Zeiten, da die deutschen, tschechoslowakischen und polnischen Arbeiter gegen ihre Klassenbrüder ins Feld ziehen mußten, werden von nun an die Volksarmeen unserer drei Länder fest und unverbrüchlich verbunden sein."
> „Das militärische Bündnis zwischen den Armeen der drei Länder, die entsprechend ihrer geographischen Lage in der vordersten Front gegen den wiedererstandenen westdeutschen Militarismus stehen, ist ein vernichtender Schlag gegen die Revanche- und Raubpläne des deutschen Imperialismus." [1])

Trotz solcher Erklärungen bleibt es jedoch fraglich, ob es zu einem förmlichen militärischen Bündnis der drei Länder gekommen ist. Die Sowjets, die schon einmal – während des Zweiten Weltkrieges – mit der Gründung des „Nationalkomitees Freies Deutschland" auf Polen einen Druck auszuüben suchten, werden nach den Ereignissen in Polen im Herbst 1956, als u. a. der Sowjetmarschall *Rokossowskij* den Oberbefehl über die polnische Armee abgeben mußte, kein Interesse haben, daß es im Vorfeld der Sowjetunion zu einer separaten Allianz kommt. Ebenso dürfte den sowjetischen Interessen nicht gedient sein, wenn z. B. im September 1956 zur „Woche der deutsch-tschechoslowakischen Freundschaft" ein tschechoslowakischer Hauptmann der sowjetzonalen Nationalen Volksarmee erklärt, daß die tschechoslowakischen Streitkräfte alle Waffen – „die modernsten Düsenflugzeuge", „die modernsten Raketengeschütze", die

[1]) Aus: „Der Politarbeiter", Nr. 6, März 1956.

„modernsten Maschinen der Pionierheinheiten", die „neuesten Schnellfeuergewehre" – aus tschechoslowakischer Produktion enhalten.[1]) Wozu – so liegt der Schluß für die Nationale Volksarmee nahe – ist dann auf dem Gebiet der Rüstung noch die „brüderliche Hilfe" der Sowjetunion notwendig?!
So sind also mit der Aufrüstung der Sowjetzone eine Reihe von gegensätzlichen Problemen für den Ostblock aufgeworfen, die sich namentlich im Dreieck Warschau-Prag-Ostberlin stellen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Nationale Volksarmee zu einem Zeitpunkt, im Januar 1956, in die Vereinten Streitkräfte einbezogen wurde, als sich die Phase internationaler „Entspannung" fortzusetzen schien.[2]) Für die bewegliche sowjetische Außenpolitik ist die Nationale Volksarmee auch ein Objekt im internationalen Spiel.

[1]) „In fester Waffenbrüderschaft" von Kapitän *Jaroslav Homuta*. In: „Die Volksarmee", Nr. 11, 1956.

[2]) Vgl. Briefwechsel *Bulganin – Eisenhower* vom Januar bis März 1956. In *Eberhard Jäckel:* Die deutsche Frage. A. a. O. S. 133 ff.

VII. DAS SCHRIFTTUM DER BEWAFFNETEN STREITKRÄFTE – EINE AUSWAHL AUS DEN JAHREN 1955/56 –

A. ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Im Stadium der Entwicklung der militärischen Einrichtungen spielen die periodischen Publikationen die größere Rolle. Während die allgemeine Tagespresse unter Führung der SED-Zeitungen sowie die Presse der „Massenorganisationen" sich auf eine zwar dauernde, aber oberflächliche und oft in sich widerspruchsvolle militärische Propaganda beschränken, haben einige allgemeine politische Zeitschriften auch die Aufgabe einer tiefergreifenden militärischen Propaganda und Erziehung. Unter den für die Funktionäre der SED bestimmten Zeitschriften ist vor allem eine 1955 gegründete Zeitschrift zu nennen:

Neuer Weg, Organ des ZK der SED für Fragen des Parteiaufbaus und des Parteilebens. Ostberlin, halbmonatlich.

Die militärpolitische Propaganda und Erziehung für die „ehemaligen Berufssoldaten, Offiziere und Mitglieder der NSDAP" betreibt:

Die Nation, Zeitschrift für Theorie und Praxis nationaler Politik, herausgegeben vom Parteivorstand der National-Demokratischen Partei Deutschlands. Ostberlin, monatlich.

Militärische Aufsätze und Artikel aus der Sowjetunion werden häufig in einem mehrmals wöchentlich erscheinenden Organ gebracht:

Die Presse der Sowjetunion, herausgegeben vom Presseamt beim Ministerpräsidenten der Regierung der DDR. Ostberlin.

Entsprechend der in den neuen FDJ-Statuten vom Mai 1955 festgelegten Verpflichtung für die kommunistische Jugendorganisation, „die gesamte Jugend mit dem hohen Bewußtsein der Bereitschaft zur Verteidigung des Friedens und der Heimat zu erfüllen", behandeln alle Organe der FDJ militärische und verwandte Themen an bevorzugter Stelle:

Junge Welt, Organ des Zentralrats der FDJ. Ostberlin, täglich.
Forum, Organ des Zentralrats der FDJ. Ostberlin, wöchentlich.
Junge Generation, Monatsschrift für Fragen der Jugendbewegung, Funktionärs-Organ der FDJ. Ostberlin.
Der Pionierleiter, Zeitschrift des Zentralrats der FDJ für Pionierleiter. Ostberlin, monatlich.

Der Junge Pionier, Organ des Zentralrats der FDJ für die Jungen Pioniere. Ostberlin, wöchentlich.
Landjugend, Zeitschrift des Zentralrats der FDJ für die werktätige Jugend in der Landwirtschaft. Ostberlin.

Ausschließlich im Dienste der vormilitärischen Erziehung und Ausbildung stehen die Presse-Organe der Gesellschaft für Sport und Technik (GST):

Sport und Technik in Wort und Bild, Organ des Zentralvorstandes der GST. Ostberlin, monatlich. (Ist am 1. Februar 1957 an die Stelle des „Banners" getreten.)
Das Banner, Organ des Zentralvorstandes der GST. Ostberlin, halbmonatlich, hat im Januar 1957 sein Erscheinen eingestellt.
Sport und Technik, Herausgegeben vom Zentralvorstand der GST. Ostberlin, monatlich. Mit folgenden Ausgaben:

A. *Motorsport,*
B. *Flügel der Heimat,*
C. *Seesport,*
D. *Der Funkamateur, Fernsprech- und Fernschreibtechnik,*
E. *Der Sportschütze* (bis 1957 *Sportschießen und Pferdesport),*
F. *Der Hund,*
G. *Modellbauer, eine Zeitschrift für Flugzeug-, Schiffs- und Auto-Modellbau.*

Für die Angehörigen der Nationalen Volksarmee erscheinen im Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung einige im folgenden aufgeführte Zeitungen und Zeitschriften, in denen neben der allgemein oberflächlichen Partei- und militärpolitischen Propaganda in wachsender Weise militärische Fachthemen behandelt werden. Vielfach werden dabei auch ausländische Waffen erklärt sowie die besonderen Probleme atomarer Kriegführung erläutert:

Die Volksarmee, Organ des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Ostberlin, dreimal wöchentlich. (Nachfolger der Zeitung der Kasernierten Volkspolizei „Der Kämpfer".)
Sturmbrigade, Zeitung der Heeresstreitkräfte der Nationalen Volksarmee. Ostberlin.
Kampfflieger, Zeitung der Luftstreitkräfte der Nationalen Volksarmee. Ostberlin.
Flottenecho, Zeitung der Seestreitkräfte der Nationalen Volksarmee. Ostberlin.
Armee-Rundschau, Zeitschrift für Militärwesen, Politik und Kultur in der Nationalen Volksarmee. Ostberlin, monatlich.
Der Armee-Korrespondent.
Militärwesen, Zeitschrift für Militärpolitik und Militärtheorie. Ostberlin, zweimonatlich, seit Januar 1952, Umfang jeweils 120–140 Seiten.

Außer diesen zentralen Organen erscheinen zahlreiche andere Zeitschriften der Truppenteile und Verbände der Nationalen Volksarmee, wobei schließlich auch die Wandzeitungen, die es selbst in den kleinsten Einheiten gibt, berücksichtigt werden müssen.

Für die Angehörigen der dem Ministerium des Innern (bis 1957 des Ministeriums für Staatssicherheit) unterstehenden Verbände erscheinen:

Der Kampfruf, Organ des Ministeriums des Innern – Verwaltung der Bereitschaftspolizei. Druckerei des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Ostberlin, halbmonatlich.

Der Grenzpolizist, Organ des Ministeriums des Innern – Deutsche Grenzpolizei. Ostberlin, wöchentlich.

Der Transportpolizist.

Für die Angehörigen der dem Ministerium des Innern unterstehenden allgemeinen Polizei erscheinen:

Die Volkspolizei, Zeitschrift für alle Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, Verlag für Fachliteratur der Volkspolizei. Berlin-Wilhelmsruh, halbmonatlich.

Schriftenreihe der Deutschen Volkspolizei, Verlag für Fachliteratur der Volkspolizei, Berlin-Wilhelmsruh.

B. BROSCHÜREN UND BÜCHER

Die nichtperiodischen Publikationen zu militärischen und verwandten Themen umfassen nach einer unter dem Titel *„Zum Schutze der Heimat – Nationale Verteidigung im Buch“* im Juni 1956 zusammengestellten Liste der „Werbeabteilung des LKG – Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel“ 150 Titel, ungerechnet die Hefte einiger Schriftenreihen zum Thema. Inzwischen dürfte sich die Zahl der Titel wesentlich erhöht haben. Es fehlen aber vollständig Werke mit den Erfahrungen der deutschen und anderen nichtsowjetischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg. Diese werden jedoch ebenso wie die neueren amerikanischen Erfahrungen in Studien für die höheren Kommandeure auf der Militärakademie Dresden berücksichtigt. Es fehlt aber auch eine sowjetische Gesamtdarstellung des Zweiten Weltkrieges. Hier wirkt noch die These *Stalins* nach, derzufolge die Niederlagen der Sowjetarmee 1941 planmäßige Rückzüge waren – eine These, die sich in einer nur einigermaßen eingehenderen Kriegsgeschichte nicht aufrechterhalten läßt und die zudem auch den sowjetischen Militärs selbst nicht passen konnte. Es ist zwar in der sowjetischen und – seit dem Herbst 1956 – auch in der sowjetzonalen militärischen Presse damit begonnen worden, die 1941 erlittenen schweren Niederlagen der Sowjetarmee zuzugeben. Aber nach der Verwerfung der „Stalinschen Kriegswissenschaft“ dürfte es immerhin noch eine Weile dauern, bis dieser Mangel in der militärischen Literatur der Sowjetunion behoben ist. Ob eine solche tiefergreifende Literatur jemals in die Sowjetzone kommt, bleibt zunächst abzuwarten, da auch Teilsiege der „faschistischen deutschen Wehrmacht“ über die „unbesiegbare Sowjetarmee“ besondere Probleme aufwerfen.

Inzwischen vermitteln die Bücher und Broschüren mehr veraltetes als neues Material: *Frunses* „Ausgewählte Schriften", die 1956 – innerhalb von zwei Jahren – die dritte Auflage erlebten, erschienen bereits 1940 in Moskau; der Verfasser selbst ist seit über 30 Jahren tot (neuerdings wird das Werk allerdings weniger als jetzt noch gültige Militärlehre, sondern mehr als Kriegsgeschichte gewertet). Nach dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sind die militärischen Fachthemen – in den periodischen wie in den nichtperiodischen Publikationen – gegenüber den ideologischen mehr in den Vordergrund gerückt worden. Auf diese Weise suchte man einer auch für die „nationalen Streitkräfte" der Sowjetzone gefährlichen Auseinandersetzung über die Abwertung *Stalins* zu entgehen.
Mittelpunkt des militärischen Publikationswesens ist seit Mai 1956 der Verlag des *Ministeriums für Nationale Verteidigung*, der in enger Verbindung zur Politischen Verwaltung des Ministeriums steht. Er hat sehr weitgesteckte Aufgaben nicht nur in der Truppe, sondern auch in der Öffentlichkeit:

„Auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Lehre über Krieg und Armee wird der Verlag für alle Angehörigen der Nationalen Volksarmee, für die Zweige der Volkspolizei sowie für alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik Arbeiten veröffentlichen, die die patriotische Erziehung unterstützen und vor allem dazu beitragen, die Bereitschaft zur bewaffneten Verteidigung der Arbeiter- und Bauern-Macht zu erhöhen sowie die Waffenbrüderschaft mit den Armeen der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratien zu festigen."

In dieser Ankündigung des Verlagsprogramms[1]) werden einige besondere Aufgaben hervorgehoben. So soll eine enge Verbindung zu den Militärverlagen der Volksdemokratien hergestellt und die Lücke geschlossen werden, die zur Zeit noch durch das Fehlen von Literatur über die Armeen der Staaten des Warschauer Paktes vorhanden ist. Das Überwiegen der Übersetzungen aus dem Russischen wird mit dem Fehlen entsprechender deutscher Literatur, nicht mit dem Hegemonieanspruch der Sowjets erklärt. Auf zwei Wegen soll dieser Mangel behoben werden:
1. In einer „Arbeitsgemeinschaft junger Autoren in der Nationalen Volksarmee" sollen junge, schriftstellerisch begabte Angehörige der Nationalen Volksarmee auf „literaturgeschichtlichem, literaturwissenschaftlichem Gebiet und auf dem Gebiet der Sprache und der Stilistik geschult werden". Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sollen jeden zweiten Monat an einem Wochenende zusammengerufen werden.
2. In enger Zusammenarbeit zwischen der Politischen Verwaltung, dem Verlag und dem Schriftstellerverband sollen bestimmten Autoren Themen über die Nationale Volksarmee gestellt werden.
Auf diese Weise hofft man, eine Literatur zu schaffen, die „Munition in den Händen der Soldaten, Offiziere, Volkspolizisten, Kampfgruppen, Arbeiter

[1]) Aus: „Der Politarbeiter", Nr. 12, Juni 1956.

und Bauern“ ist. Die folgende Liste ist symptomatisch. Sie erfaßt die Mehrzahl aller in den Jahren 1955–1956 in der Sowjetzone zum Thema erschienenen Bücher und Broschüren. Die mit einem * versehenen Titel sind unter der Überschrift „Bücher, die der Soldat lesen sollte“ im „Taschenkalender der Nationalen Volksarmee 1957“ besonders empfohlen.

1. Militärpolitik

Ruhmreiche Sowjetarmee, Beschützerin des Weltfriedens. Herausgegeben vom Zentralvorstand der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, Ostberlin, 1956.

W. Schäfer: Die Warschauer Vertragsstaaten, ca. 64 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, Ostberlin, geplant für Herbst 1956.

Von der Moskauer Konferenz europäischer Länder bis zum Warschauer Vertrag, Dokumente von welthistorischer Bedeutung, 130 Seiten. Kongreß-Verlag, Ostberlin, 1955.

Ulbricht, Walter: Die Warschauer Konferenz und die neuen Aufgaben in Deutschland, Referat auf der 24. Tagung des ZK der SED am 1. Juni 1955, 104 Seiten. Dietz-Verlag, Ostberlin, 1955.

Frankenberg, Egbert von: Die militärische Stärke des Weltfriedenslagers, ca. 40 Seiten. Urania-Verlag, Leipzig, 1956.

Fedossejew, P. N.: Sozialismus und Patriotismus, 55 Seiten. Dietz-Verlag, 2. Auflage 1955.

* *K. H. Lehmann / F. Wendt:* Militaristisch oder militärisch, 80 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* *R. Scholze:* Der Klassencharakter der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik, ca. 64 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* *W. Döhnert / M. Seifert:* Söldner oder Soldat, 70 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

W. Held: Der Friede braucht Waffen, ca. 272 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant für Winter 1956.

Der Pazifismus – Hemmschuh der patriotischen Erziehung, ca. 64 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant für Winter 1956.

* *Lenzim, K. H.*, und *Schwabe, H.:* USA-Militärstützpunkte bedrohen den Frieden, 87 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* *Peck, Dr. J.:* Das imperialistische Kriegspaktsystem und seine Krise, ca. 96 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Peck, J.: Was wird aus Europa? Teil I: Amerikanische Europa-Pläne, 160 Seiten, 1955; Teil II: Der Weg zum europäischen Frieden, 148 Seiten, 1956. Verlag der Nation, Ostberlin.

Brandweiner, H.: Die Pariser Verträge, 363 Seiten. Akademie-Verlag, Ostberlin, 2. Auflage 1956.

Brandweiner, H.: Die Pariser Verträge, Ausgabe A in den drei Originalsprachen, ca. 944 Seiten. Akademie-Verlag, Ostberlin, 1956.

Scheler, Hermann: Der Marxismus über den imperialistischen Krieg in unserer Epoche. Dietz-Verlag, in Vorbereitung 1956.

Semjonow, J. N.: Die faschistische Geopolitik im Dienste des amerikanischen Imperialismus, 210 Seiten. Dietz-Verlag, 1955.

Die strategischen Ziele der westdeutschen Militaristen, ca. 80 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant 1956.

* *Raddatz, K.:* Struktur, Bewaffnung und Ausrüstung der westdeutschen Armee, ca. 64 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* *Tillmann, Dr. H.:* Die NATO-Armee – Instrument der USA-Imperialisten, ca. 64 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Westdeutschland – Manövergelände der NATO-Kriegsbasis, ca. 96 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant 1956.

* *Lezim, K. H.:* Imperialistische Militärspionage – Mittel des Kalten Krieges, ca. 80 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant 1956.

Hermann, Albert: Halt – das Urteil sprechen wir! Über die Tätigkeit imperialistischer Geheimdienste nach Dokumenten und Gerichtsakten bearbeitet, 79 Seiten. Kongreß-Verlag, 1955.

Wandel, Paul: Der deutsche Imperialismus und seine Kriege – das nationale Unglück Deutschlands. Ein Beitrag zum Verständnis von 45 Jahren verhängnisvoller deutscher Geschichte, 191 Seiten. Dietz-Verlag, 1955.

Nuschke, O.: Gegen Militarismus – für nationale Verteidigung, 60 Seiten. Kongreß-Verlag, 1955.

Bolz, Lothar: Fluch dem deutschen Militarismus! Sicherheit den Völkern Europas! Friede und Einheit unserem deutschen Volk! Eröffnungsansprache und Referat auf dem 6. Parteitag der NDPD, Leipzig, 15.–17. September 1955, 68 Seiten. Verlag der Nation, Ostberlin, 1955.

Wischnew, S. M.: Der moderne Militarismus und die Monopole, 265 Seiten. Dietz-Verlag, 1955.

2. *Militärwissenschaft*

In der Schriftenreihe „Militärwissenschaftliche Aufsätze“ des Verlages des Ministeriums für Nationale Verteidigung sind 1956 folgende Hefte erschienen, bzw. angekündigt:

* *1. Crustow, F. D.:* M. W. Frunse zu Fragen der militärischen Erziehung, 53 Seiten.

* 2. Die Rolle der Volksmassen und der Heerführer im modernen Krieg, 28 Seiten.

* 3. Über die sowjetische und die bürgerliche Militärwissenschaft, 31 Seiten.

* 4. Die bürgerliche Militärwissenschaft über die Besonderheiten des modernen Krieges und die Arten seiner Führung, 28 Seiten.

5. *Scholze, R.:* Die Demagogie der imperialistischen Militärideologen in Westdeutschland (setzt sich mit dem ehem. Generaloberst Dr. jur. Rendulic auseinander), 70 Seiten.

6. W. I. Lenin als Militärwissenschaftler, 64 Seiten.

7. *Naumann, Hans:* Über die wichtigsten Faktoren und Bedingungen zur Erringung des Sieges im modernen Krieg, 32 Seiten.

8. W. I. Lenin – der Schöpfer der sowjetischen Militärwissenschaft, ca. 40 Seiten, geplant.

9. *Eyermann, Karl-Heinz:* Der XX. Parteitag der KPdSU zu militärischen Fragen, ca. 48 Seiten, geplant.

* *Frunse, M. W.:* Ausgewählte Schriften, 572 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 3. verbesserte Auflage 1956.

Gessner, Herbert: Menschen und Technik im modernen Krieg. In der Schriftenreihe der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, 43 Seiten. Urania-Verlag, Leipzig, 2. Auflage 1956.

Zahn, Ralph: Uran-, Wasserstoff- und Kobaltbomben – der Schrecken der Menschheit. Kongreß-Verlag.

* *Autorenkollektiv Militärverlag der UdSSR:* Der Marxismus–Leninismus über Krieg, Armee und Militärwissenschaft, ca. 160 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Engels, Friedrich: Die Armee. Kleine Bücherei des Marxismus–Leninismus, 62 Seiten. Dietz-Verlag, 1956.

Friedrich Engels über den bewaffneten Volkskampf, 80 Seiten. Dietz-Verlag, 1956.

Tschaschnikow, I., Oberst: Lenin als Militärwissenschaftler (aus Krasnaja Swesda, April 1956), 7 Seiten. Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei, Königswusterhausen, 1956.

Autorenkollektiv Militärverlag der UdSSR: Über die sowjetische Militärwissenschaft, ca. 176 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant Winter 1956.

Koslow, S. N.: Die Bewaffnung der Armee – einer der ständig wirkenden Faktoren, die den Ausgang eines Krieges entscheiden, 52 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Kaschirin, P. A.: Der moralische Faktor im modernen Krieg, 43 Seiten. Dietz-Verlag, 1. und 2. Auflage 1955.

Große Sowjet-Enzyklopädie – Reihe Militärwissenschaft:

* Die Artillerie – Folge I und II. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* Die Streitkräfte – die Armee, 46 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* Militärwissenschaft (Militärwissenschaft, Kriegskunst, Strategie, operative Kunst, Taktik). Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* *Bluth, O.:* Uniform und Tradition, 70 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* Die Volksarmee Vietnams (Entstehung, Kampf und Entwicklung), ca. 112 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

3. Kriegsgeschichte

Rasin, E. A.: Geschichte der Kriegskunst, Band I (Teil einer fünfbändigen Monographie; der erste Band behandelt die Kriegskunst der ältesten „Sklavenhalterstaaten"), ca. 720 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant 1956.

* *Müller, E.:* Die Geschichte der Waffen, ca. 96 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Engels, Friedrich: Der deutsche Bauernkrieg, 152 Seiten. Dietz-Verlag, 1955.

Schötzki, Horst: Florian Geyer, eine biographische Studie, 115 Seiten. Kongreß-Verlag, 1955.

Blücher – der Held des Volksheeres, 275 Seiten. Rütten & Loening, 2. Auflage 1956.

* *Hädicke, K. H.:* Ernst Moritz Arndt – Kurzer Katechismus für den teutschen Soldaten (Nachdruck der ersten Ausgabe von 1812), ca. 64 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Lange, F.: Neithardt von Gneisenau, 464 Seiten. Rütten & Loening, 1954.

Lehren des nationalen Befreiungskampfes 1806 bis 1815, 288 Seiten. Verlag der Nation, 1955.

Michalewicz, G.: Die Befreiungskriege 1812/13 in der Sicht der patriotischen und militärischen Erziehung, ca. 64 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant 1956.

Norden, A.: Das Banner von 1813, 66 Seiten. Rütten & Loening, 3. Auflage 1955.

Starke, W.: Leipzig – Schauplatz der Völkerschlacht 1813, 56 Seiten. Bibliographisches Institut, Leipzig, 2. Auflage 1955.

Wernicke, K.: Schill – Rebell und Patriot, 43 Seiten. Urania-Verlag, 1955.

Engels, Friedrich: Der deutsch-französische Krieg 1870/71, 60 Artikel aus der Pall Mall Gazette. Dietz-Verlag, geplant 1956.

Kozicka, Joanna: Pariser Kommune 1871, 293 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Bebel, A.: Kampf dem Militarismus, 44 Seiten. Dietz-Verlag, 1955.

Winzer, O.: Revolutionäre Traditionen des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung gegen Militarismus und Krieg, 47 Seiten. Dietz-Verlag, 1956.

Zetkin, Clara: Gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, 40 Seiten. Dietz-Verlag, 2. Auflage 1955.

Lenin, W. I.: Sozialismus und Krieg, Stellungnahme der SDAPR zum Krieg, 64 Seiten. Dietz-Verlag, 3. Auflage 1955.

Die ausländische militärische Intervention und der Bürgerkrieg in der UdSSR 1918–1920, 134 Seiten. Rütten & Loening, 1954.

Grotsche, Otto: Märzstürme (Aufstände in Mitteldeutschland 1918–1921), 515 Seiten. Dietz-Verlag, 1956.

Hammer, F.: Freistaat Gotha im Kapp-Putsch. Nach Dokumenten und Erinnerungen alter Mitkämpfer, 119 Seiten. Verlag Neues Leben, Ostberlin, 1955.

Die Märzkämpfe 1921. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 188 Seiten. Dietz-Verlag, 1956.

Kulbakin, W. D.: Die Militarisierung Deutschlands 1928–30, 228 Seiten. Dietz-Verlag, 1956.

Mammach, Klaus: Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse im August 1930 gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg. Herausgegeben vom Institut für Marxismus–Leninismus beim ZK der SED, 51 Seiten. Dietz-Verlag, 1956.

Dimitroff. G., W. Kolaroff, W. Tscherwenkoff: Der Septemberaufstand 1923, 83 Seiten. Dietz-Verlag, 1954.

Norden, Albert: Die spanische Tragödie, 80 Seiten. Dietz-Verlag, geplant 1956.

Ibarruri, Dolores: Der national-revolutionäre Krieg des spanischen Volkes von 1936 bis 1939, 36 Seiten. Dietz-Verlag, 1956.

Spaniens Freiheitskämpfe 1936–1939. Herausgegeben vom Komitee der antifaschistischen Wiederstandskämpfer in der DDR, 72 Seiten. Kongreß-Verlag, 1956.

Der Freiheitskampf des spanischen Volkes und die internationale Solidarität. Dokumente und Bilder zum national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes 1936–1939. Herausgegeben vom Institut für Marxismus–Leninismus beim ZK der SED, ca. 250 Seiten. Dietz-Verlag, geplant 1956.

* *Szinda, Gustav:* Die XI. Brigade, 110 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Siehe auch weitere Bücher zum Spanienkrieg unter „Romane und Erzählungen".

* *Fiedler, F.:* Für eure und unsere Freiheit (Geschichte des Freiheitskampfes Polens Ende des 18. Jahrhunderts), ca. 52 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* *Linowski, A.:* Polen im französischen Widerstandskampf 1940–1944, 37 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Mark, Bernhard: Aufstand im Warschauer Ghetto, Entstehung und Verlauf, ca. 420 Seiten. Dietz-Verlag, geplant 1956.

Geschichtsfälscher. Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, 71 Seiten. Dietz-Verlag, 5. Auflage 1955.

Köhler, Fritz: Die Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch, 104 Seiten. Kongreß-Verlag, 1955.

Mao Tse-tung: Strategische Fragen des revolutionären Krieges in China, 115 Seiten. Dietz-Verlag, 1955.

Nikiforow, W., G. Erenburg, M. Jurjew: Die Volksrevolution in China, Abriß der Geschichte des Kampfes und Sieges des chinesischen Volkes, 150 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Lju Da-njän: Geschichte der amerikanischen Aggression in China, 352 Seiten. Dietz-Verlag, 1956.

Tschoibalsan, H., H. Zedenbal: Die mongolische Volksrevolution und das Lebenswerk des Marschalls Tschoibalsan, 127 Seiten. Dietz-Verlag, 1954.

Knobloch, H.: Der bakteriologische Krieg (Korea), 336 Seiten. Dietz-Verlag, 1955.
Der Befreiungskampf der Völker von Vietnam, Khmer und Pathet Lao, 127 Seiten. Dietz-Verlag, 1954.

In der Schriftenreihe „Gewehre in Arbeiterhand" des Verlages des Ministeriums für Nationale Verteidigung sind 1956 folgende Titel erschienen, bzw. angekündigt:

J. Schunke: Schlacht um Halle, 110 Seiten.

* *Fischer, Dr. K.:* Die Berliner Abwehrkämpfe 1918/1919, 47 Seiten.

* *Schreiner, K.:* Die badisch-pfälzische Revolutionsarmee.

* *Zeisler, K.:* Der Kieler Matrosenaufstand, 96 Seiten.

* *Beyer, H.:* Die bayrische Räterepublik

* *Wrobel:* Die Geschichte der Volksmarinedivision.

* *Hennicke, O.:* Die Rote Ruhrarmee.

Habedam, G.: Der Hamburger Aufstand 1923.

Stein, B.: Die März-Aktion 1921.

Lohse, Dr. H.: Die Geschichte des Roten Frontkämpferbundes in der legalen Periode (1924–1929).

* *Hanisch:* Die proletarischen Hundertschaften.

4. Truppenpraxis

Schlegel, M.: Die Besten-Bewegung und die Propagierung der Erfahrungen der Besten. Erfahrungen der Kommandeure, Polit-Offiziere, der Partei- und FDJ-Organisationen bei der Erziehung der Besten in der Kampf- und Politausbildung, ca. 64 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant 1956.

* *Adam, W.:* Wesen und Methoden der militärischen Ausbildung, ca. 64 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* *Michalewicz:* Zur Methodik der patriotischen Erziehung. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* *Schwabe, H.:* Belobigung und Bestrafung – wichtige Mittel der militärischen Erziehung, ca. 64 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* *Bartz, E.:* Militärische Kameradschaft – Gegenseitige Hilfe im Kampf, ca. 64 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Böhme, K., H. Lakner: Mut und Heldentum, ca. 80 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant Herbst 1956.

Klett, W.: Die Bedeutung des moralischen Faktors für die Nationale Volksarmee in der Deutschen Demokratischen Republik, 180 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Grebentschikow, D.: Kriegslist – Findigkeit, 68 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Hauschild, W.: Bei den Felddienstübungen wie im Kampf handeln, ca. 80 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant 1956.

Rationalisatoren und Erfinder im Nachrichtenwesen, ca. 64 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant 1956.

* *Mellenthin, Günther:* Fahren in Kolonne, 47 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Einfache militärische Brücken, ca. 80 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant 1956.

Überwinden von Sperren, die von Pionieren angelegt wurden, ca. 80 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant 1956.

Schütz, G.: Massenvernichtungswaffen. Der Einsatz der Truppen bei der Anwendung von atomaren, chemischen und bakteriologischen Waffen, 144 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* Schutz gegen die Atomwaffe, ca. 80 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* Lehrbuch der Militär-Topographie, ca. 160 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Warenischew, B. W.: Einfache Schutzanlagen gegen Kälte und Unwetter, 64 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Skorbin, Boris P.: Artillerieaufklärer, 90 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* Lernt Scharfschießen, ca. 80 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Smotritzki, J.: Der Spaten – Freund des Soldaten, 46 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Firsow, Oberst S. P.: Stähle deinen Körper, 66 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Schreiber, Dr. med. V.: Hygiene-Fibel für den Soldaten, ca. 80 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant 1956.

In der Reihe „Soldaten singen" sind im Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung 1956 3 Hefte erschienen (Lieder in Bearbeitung für Männerchöre mit Klavierauszug).

Heft 1,

Heft 2, Zur Woche des spanischen Freiheitskampfes.

Heft 3, Lieder vom Kampf und Sieg der Arbeiterklasse und ihrer Partei.

5. *Verschiedenes für den Soldaten*

* *Ritter, H. / Prof. H. Gute:* Glaube oder Wissen. Erstes Heft einer Schriftenreihe des Verlags des Ministeriums für Nationale Verteidigung für die „atheistisch-wissenschaftliche Propaganda" in der Truppe, 40 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* *Gurjew, G. A.:* Wissenschaftliche Voraussicht – Religiöses Vorurteil, 96 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Gute, Prof. H.: Religiöse Sitten, Gebräuche, Feiertage, ca. 96 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant 1956.

* *Bujanow, A. F.:* Chemie im Dienste des Menschen, 168 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* *Wassiljew, M.:* Maschinen als Helfer des Menschen, 96 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* *Sternfeld:* Der Flug ins Weltall, 56 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

6. Vormilitärische Erziehung und Ausbildung

Geländeübungen. Die patriotische Erziehung der Jungen Pioniere und Schüler bei Geländeübungen und -spielen, 31 Seiten. Herausgegeben vom Zentralrat der FDJ, Abt. Junge Pioniere und Schulen. Verlag Junge Welt, Ostberlin, 1955.

Über die revolutionären Heldentaten des Komsomol und der Sowjetjugend, 24 Seiten. Herausgegeben vom Zentralrat der FDJ. Verlag Junge Welt, 1956.

Chapajew, A.: Soldaten vollbringen Heldentaten, 45 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Handbuch für das Sportschießen, 103 Seiten. Verlag Sport und Technik, Halle/Saale, 2. überarbeitete Auflage 1955.

Guckel, Herbert: Die technische Ausbildung des Segelfliegers. Selbststudienmaterial für die Baustufe C. Herausgegeben vom Zentralvorstand der Gesellschaft für Sport und Technik, Abt. Flugsport, Halle/Saale, 1954.

Polosuchin, P. O.: Sportler zwischen Himmel und Erde, 241 Seiten. Verlag Sport und Technik, 1955.

7. Romane und Erzählungen

Im Dienste der militärischen Propaganda erscheinen einige Erzählerreihen:

Für Volk und Vaterland, im Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung (vor dessen Gründung im Verlag des Ministeriums des Innern), bringt „packende Schilderungen über mutige Männer und Frauen, Heldentaten im Kampf gegen Faschismus und Unterdrückung, für nationale und soziale Befreiung der Völker“. Jedes Heft hat ca. 56 Seiten.

1955 erschienen:

Nr. 14. *Tschen Se Bon:* Die Kiefer.
Nr. 15. *Plura, Franz:* Für Spaniens Freiheit.
Nr. 16. Unterseebootfahrer Gadschiew.
Nr. 17. *Bondarew, Juri:* Du oder ich!
Nr. 18. *Arden, Johannes:* Zwischenfall im D-Zug.
Nr. 19. *Winogradow, Iwan:* Die zwei Leben Stecheglows.
Nr. 20. *Djacenko, Boris:* Der Weg in die Wälder.
Nr. 21. *Mast, Werner:* Rote Patrouille vor München.
Nr. 22. *Panitz, E.:* Grenzstreife.
Nr. 23. *Hakenbeck, Herbert:* Nächte vor Wielbark.
Nr. 24. *Grossmann, Wassili:* Die unterirdische Festung.
Nr. 25. *Bredel, Willi:* Here is the „Lincoln".
Nr. 26. *Beresko, Georgij:* Die rote Rakete.
Nr. 27. *Renn, Ludwig:* Die Schlacht bei Guadalajara.

1956 erschienen:

Nr. 28. *Strahl, Rudi:* Sturm auf Stollberg.
Nr. 29. *Perwenzew, Arkadij:* Walka.
Nr. 30. *Bredel, Willi:* Der Kommissar am Rhein.
Nr. 31. Der Lange Marsch.
Nr. 32. *Dieckmann, Friedrich-Karl:* Duell in Böhmen.
Nr. 33. *Wiesner, Otto:* An der Kreuzung.
usw.

Zur Abwehr bereit, im Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung (vor dessen Gründung im Verlag des Ministeriums des Innern), bringt „fesselnde Spionageerzählungen und spannende Berichte vom Kampf gegen Agenten und Saboteure". Jedes Heft hat ca. 48 Seiten.

Nr. 1. *Samoilow, Lew, Boris Skorbin:* Jaguar 13.
Nr. 2. *Wakurow, I.:* Ein Brief ging verloren.
Nr. 3. *Samoilow, Lew, Boris Skorbin:* Operation Gambit.
Nr. 4. *Toman, Nikolai:* Die Notlandung.
Nr. 5. *Monastyrjow, Wladimir, Witali Petlowany:* Es geschah gegen 23.00 Uhr.
Nr. 6. *Djacenko, Boris:* Die Khmer-Kette.
Nr. 7. *Toman, Nikolai, A. Awdejenko:* PKW M 22-45.
Nr. 8. *Arefjew, S.:* Der rätselhafte Schuß.
Nr. 9. *Bredel, Willi:* Marcel, der junge Sansculotte.
Nr. 10. *Tschernoswitow, W.:* Der sibirische Wolf.
Nr. 11. *Djacenko, Boris:* Wölfe.
Nr. 12. *Reimann, Brigitte:* Der Tod der schönen Helena.
Nr. 13. *Ochotnikow, Wladim:* Die geheimnisvolle Explosion.
Nr. 14. *Heinz, Lothar:* Fehlmeldung vom Objekt Panther.
Nr. 15. *Goll, Joachim:* Unter dringendem Tatverdacht.

Nr. 16. *Eggert, Herbert:* Unternehmen Wertpaket.
Nr. 17. *Mildner, Heinz:* Café de la Paix.
Nr. 18. *Bubenow:* Feuer in der Taiga.
Nr. 19. *Kubka, Frantisek, Jiri Kubka:* Am Sechserstein.
Nr. 20. *Bredel, Willi:* Die Tauben des Paters.
Nr. 21. *Wolf, Friedrich:* Jules.
usw.

Große Patrioten, im Verlag Rütten & Loening, „schildert in spannender, lebenswahrer und lehrreicher Darstellung das Leben und Wirken hervorragender Persönlichkeiten in der deutschen Geschichte". In der Schriftenreihe, deren Herausgabe „auf Anregung des ZK der SED erfolgte", erschienen:

Back, Claus: Leier und Schwert (Theodor Körner).
Brennecke, Bert: Zwischen gestern und morgen (Grimmelshausen im 30jährigen Krieg).
Brennecke, Bert: Ihr Maß ist voll (Georg Büchner).
Brennecke, Bert: Der Stein kommt ins Rollen (Der Arzt Johann Jakobi 1830 bei der Bekämpfung der Pest in Königsberg).
Deutsch, J. E.: Ohne Kommando (Scharnhorst).
Halla, Hans: Herz ohne Heimat (Ernst Moritz Arndt).
Herold, Gottfried: Hoffnung kocht in den Retorten (Justus von Liebig).
Höhne, Reinhard: Kurs auf den Sund (Lübecker Bürgermeister Jürgen Wullenweber).
Miethke, Helmuth: Marschall Vorwärts (Blücher).
Schuder, Rosemarie: Ich hab's gewagt (Ulrich von Hutten).
Schuder, Rosemarie: Paracelsus.
Schuder, Rosemarie: Meine Sichel ist scharf (Thomas Münzer).
Selbiger, Horst: Es wird kommen der Tag.
Strobel, A. G.: Florian Geyer.

Der junge Patriot; im Verlag Sport und Technik erscheint seit dem 1. Juni 1956 jeden Monat ein Heft dieser Schriftenreihe. Umfang ca. 40 Seiten.
Nr. 1. *Finster, Ernst:* General Pecheux glaubt nicht an Gespenster (Freiheitskriege 1813).
Nr. 2. *Gotsche, Otto:* Der Schütze im Haus Nr. 24 (Kampf um die Fahne von Kriwoj-Rog).
Nr. 3. *Heinz, August-Helmut:* Der letzte Schuß des T 011.
Nr. 4. *Hudat, Rolf:* Operation tapster.

Das neue Abenteuer, im Verlag Neues Leben; unter diesem Titel erschienen 1956 u. a.:
Kast, Peter: Die Versprengten.
Schreyer, Wolfgang: Schüsse über der Ostsee.
Achterberg, Gerhard: Jeder kennt Pratton.
Bredel, Willi: Der Kommissar am Rhein.
Ball, Kurt Herwarth: Ein harmloser Urlauber.
Loest, Erich: Hitlers Befehl.
Vieweg, Heinz: Ultrasymet bleibt geheim.

Bubennow, Michail: Die weiße Birke (Herbst 1941 in Rußland), 856 Seiten. Verlag Volk und Welt, Ostberlin, 2. Auflage 1956.

* *Bubennow, M.:* Unsterblichkeit (Weißrußland 1918), 176 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Djagilew, Wladimir: Arzt, Gardist und Kommandeur, 210 Seiten. Verlag des Ministeriums des Innern, 1955.

Ehrenburg, Ilja: Sturm, 1021 Seiten. Verlag Volk und Welt, Ostberlin, 1955.

Fadejew, Alexander: Die Neunzehn (Partisanen, russischer Bürgerkrieg), 192 Seiten. Dietz-Verlag, 1955.

Furmanow, D. A.: Meuterei (Konterrevolution 1920), 389 Seiten. Verlag Kultur und Fortschritt, Ostberlin, 1955.

Furmanow, D. A.: Zwischen Weiß und Rot (Russischer Bürgerkrieg), 68 Seiten. Verlag Kultur und Fortschritt, 1956.

Gaidar, Arkadi: Der verwundete Kommandeur (Russischer Bürgerkrieg), 51 Seiten. Verlag Kultur und Fortschritt, 1955.

Gontschar, Oles: Die Bannerträger. Roman aus dem Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, 475 Seiten. Volksverlag, Weimar, 1955.

Ignatjew, A. A.: Fünfzig Jahre in Reih und Glied, 607 Seiten. Verlag der Nation, 1956.

Iwanow, Wsewolod: Alexander Parchomenko (Russischer Revolutionär 1905, 1917 und Bürgerkrieg), 616 Seiten. Dietz-Verlag, 1955.

Iwanow, Wsjewolod: Panzerzug 14-69, 127 Seiten. Verlag Reclam, Leipzig, 1955.

* *Kasakewitsch, Emanuel:* Das Herz des Freundes, ca. 288 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Kasakewitsch, Emanuel: Frühling an der Oder (Zweiter Weltkrieg), 656 Seiten. Verlag Volk und Welt, 5. Auflage 1956.

Katajew, W.: In den Katakomben von Odessa (Partisanen), 632 Seiten. Verlag Kultur und Fortschritt, Ostberlin, 1955.

Kataiew, Valentin: Der Sohn des Regiments, 203 Seiten. Verlag Neues Leben, 1954.

Kawerin, W. A.: Zwei Kapitäne, 823 Seiten. Aufbau-Verlag, Ostberlin, 1955.

Koshedub, I.: Ich greife an (Fliegerroman des dreifachen Helden der Sowjetunion), 288 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 2. Auflage 1956.

Kosmodemjanskaja, L.: Soja und Schura (Komsomolzen im Partisanenkampf im zweiten Weltkrieg), 292 Seiten. Verlag Neues Leben, 4. Auflage 1956.

Linkow, G.: Die unsichtbare Front (Partisanenkampf, zweiter Weltkrieg), 724 Seiten. Verlag Volk und Welt, 2. Auflage 1956.

Nekrassow, Viktor: In den Schützengräben von Stalingrad, 321 Seiten. Aufbau-Verlag, 1954.

Nowikow-Priboi, Alexej Silytsch: Tsuschima, 815 Seiten. Volksverlag, Weimar, 1955.

Pantelejew, L.: Die Geheimmeldung (Russischer Bürgerkrieg), 60 Seiten. Verlag Kultur und Fortschritt, 1955.

* *Saizew, L., G. Shulsko:* Im fernen Hafen, 530 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Schpanow, Nikolai: Brandstifter (Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges), 1076 Seiten. Verlag Volk und Welt, 7. Auflage 1955.

Schpanow, Nikolai: Verschwörer (Nach dem zweiten Weltkrieg), 992 Seiten. Verlag Volk und Welt, 5. Auflage 1956.

Sedych, Konstantin: Die Steppe brennt um Mungalow (Russische Revolution), 960 Seiten. Dietz-Verlag, 3. Auflage 1956.

Serafimowitsch, Alexander: Der eiserne Strom (Russischer Bürgerkrieg), 237 Seiten. Reclam, Leipzig, 1954.

* *Shurawljow, T.:* Der alte Soldat, 182 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* *Sobolow, L.:* Der grüne Strahl, 208 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Stadnjuk, Iwan: Maxim Perepliza, 236 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Wasileska, Wanda: Die Flüsse brennen (Zweiter Weltkrieg), 660 Seiten. Verlag Volk und Welt, 1956.

Tschakowski, Alexander: Huan Tscher hält Wacht (Koreakrieg), 300 Seiten. Verlag Kultur und Fortschritt, 3. Auflage, 1955.

Thema Spanienkrieg

Allan, Ted und Sidney, Gordon: Arzt auf drei Kontinenten. Verlag Volk und Welt, 1956.

Arendt, Erich: Bergwindballade, 103 Seiten. Dietz-Verlag, 1956.

Bredel, Willi: Vom Ebro zur Wolga, 387 Seiten. Aufbau-Verlag, 1954.

Fürnberg, Louis: Die spanische Hochzeit, 62 Seiten. Dietz-Verlag, Neuauflage über 100 000, 1956.

Claudius, Eduard: Grüne Oliven und nackte Berge, 388 Seiten. Verlag Volk und Welt, 1956.

* *Kantorowicz. A.:* Tschapajew – Bataillon der 21 Nationen. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Kurella, A.: Wo liegt Madrid? Sieben Erzählungen, ca. 80 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, geplant 1956.

Maassen, Hanns: Die Messe des Barcelo. Mitteldeutscher Verlag, Halle/Saale, 1956.

Nelson, Steve: Die Freiwilligen, 220 Seiten. Dietz-Verlag, 1955.

Neruda, Pablo: Spanien im Herzen, 48 Seiten. Verlag Volk und Welt, 1956.

Renn, Ludwig: Der spanische Krieg, 383 Seiten. Aufbau-Verlag, 1955.

Salud Internationale! Bildband, 42 Fotos, 16 Textseiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Weinert, Erich: Camaradas. Eine Sammlung von Gedichten. Verlag Volk und Welt, erneut herausgegeben 1956.

Siehe auch die unter *3. Kriegsgeschichte* aufgeführten Werke zum spanischen Krieg.

Thema Ostasien

Jensen, Fritz: Erlebtes Vietnam, 254 Seiten. Dietz-Verlag, 1956.

* *Lu Tschu-Kou:* Der Mensch ist stärker als Eisen, 146 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Söhne und Töchter Chinas (Bürgerkrieg Chinas), 72 Seiten. Verlag Neues Leben, 1955.

* *Ma Feng:* Die Helden vom Ly-Lian-Schan (Volksbefreiungsarmee), 510 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Stage, Werner: Hong Chi – Vom Legionär zum Vietnamoi, 192 Seiten. Kongreß-Verlag, 1955.

Zulawski, Miroslaw: Der rote Strom (Vietnam), 212 Seiten. Dietz-Verlag, 1955.

Übrige Kriegsliteratur

Barbusse, Henri: Das Feuer – Tagebuch einer Korporalschaft, 467 Seiten. Verlag Volk und Welt, erneute Auflage 1955.

* *Bartz, E.:* Soldat auf Bewährung (Strafbataillon 999), 148 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Becher, Johannes R.: Winterschlacht (Schlacht um Moskau), Schauspiel, 122 Seiten. Aufbau-Verlag, 2. Auflage 1956.

Bredel, Willi: Der Kommissar am Rhein – Die Feinde des Berges, 116 Seiten. Reclam-Verlag, Leipzig, 1955.

Chabrol, Jean-Pierre: Die letzte Patrone (Aus dem Französischen), 442 Seiten. Aufbau-Verlag, 1955.

Dieckmann, Friedrich-Karl: Ein Wiedersehn, 132 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

* *Fiker, E.:* Die goldene Vier (Agentenroman), ca. 280 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Finster, Ernst: Die Wälder leben (1813), 382 Seiten. Verlag Sport und Technik, 1955.

Günther, Egon: Flandrisches Finale (1815), 402 Seiten. Mitteldeutscher Verlag, Halle, 1955.

Hasek, Jaroslav: Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges, 415 Seiten. Dietz-Verlag, erneute Auflage 1955.

Hermlin, Stephan: Der Leutnant Yorck von Wartenburg, 53 Seiten. Insel-Verlag, Leipzig, 1954.

Herrmann, Hugo: Die zweite Front (Antifaschistischer Widerstand in Deutschland im zweiten Weltkrieg), 388 Seiten. Mitteldeutscher Verlag, 1955.

Illés, Béla: Das Lied von Waffen und Helden (Die Sowjetarmee auf ihrem Zug von Moskau bis Budapest), 232 Seiten. Dietz-Verlag, 1956.

Illés, Béla: Karpatenrhapsodie, 564 Seiten. Dietz-Verlag, 1956.

Iwaskiewicz, Jaroslaw: Die roten Schilde, 467 Seiten. Volksverlag, Weimar, 1955.

Kerndl, Rainer: Frontbewährung, 92 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Lafitte, Jean: Rose France (Französische Partisanin im zweiten Weltkrieg), 290 Seiten. Verlag Volk und Welt, 1956.

Meichner, Fritz: Der Befreier (Blücher), 272 Seiten. Verlag Hirnstorff, Rostock, 1956.

Opitz, Karl Ludwig: Der Barras, 269 Seiten. Mitteldeutscher Verlag (Lizenzausgabe des Rowohlt-Verlages, Hamburg), 1954.

Reimann, Brigitte: Kinder von Hellas (Partisanen in Griechenland), 212 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Renn, Ludwig: Krieg – Nachkrieg, 485 Seiten. Aufbau-Verlag, 5. Auflage 1955.

Strahl, R.: Zwischen Zapfenstreich und später, 148 Seiten. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956.

Stübe, Gerhard: Das große Beispiel (Gneisenau), 508 Seiten. Verlag Das Neue Berlin, Ostberlin, 1955.

Uhse, Bodo: Leutnant Bertram, 609 Seiten. Aufbau-Verlag, 2. Auflage 1954.

Uhse, Bodo: Die Patrioten, 570 Seiten. Aufbau-Verlag, 3. Auflage 1954.

Weisskopf, Franz: Abschied vom Frieden – 1913–1914, 491 Seiten. Dietz-Verlag, 1955.

Zápotocky, Antonin: Rote Glut über Kladno (Aus dem Tschechischen), 452 Seiten. Dietz-Verlag, 1955.

Zimmering, Max: Phosphor und Flieder – Vom Untergang und Wiederaufstieg der Stadt Dresden, 492 Seiten. Dietz-Verlag, 1954.

Zweig, Arnold: Erziehung vor Verdun, 498 Seiten. Aufbau-Verlag, 7. Auflage 1955.

VIII. BIOGRAPHISCHE NOTIZEN[1]

Adam, Wilhelm. Geb. 1893 in Eichen (Baden) als Sohn eines Bauern. Nach Besuch der Volksschule und des Lehrerseminars bis 1934 als Lehrer, zuletzt in Hessen, tätig. 1914–1918 Offizier. 1934 Reaktivierung. Taktiklehrer an der Kriegsschule Dresden. 1943 Oberst, Adjutant von Generalfeldmarschall Paulus, bei Stalingrad in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Dort Mitglied des Bundes deutscher Offiziere und des Nationalkomitees Freies Deutschland, Kurs auf der Antifa-Schule und Lehrer an einer sowjetischen Offiziersschule als Dozent für Mathematik. 1948 Entlassung aus Kriegsgefangenschaft, Mitarbeiter im sowjetzonalen Ministerium für Volksbildung und Ministerium für Finanzen in Sachsen, 1950 sächsischer Finanzminister. 1948 Mitbegründer der National-Demokratischen Partei, Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen, später Mitglied des Hauptausschusses. Seit 1950 Abgeordneter der Volkskammer. 1952 Eintritt in die KVP, seitdem Leiter der Kriegsakademie Dresden. Oberst der NVA. Vaterländischer Verdienstorden in Silber 1956, Medaille für treue Dienste der KVP 1954.

Bamler, Rudolf. Im zweiten Weltkrieg Generalleutnant, zuletzt Kommandeur der 44. Inf.-Div. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft Mitglied des Bundes deutscher Offiziere und des Nationalkomitees Freies Deutschland. Nach Aufstellung der KVP als Generalmajor Leiter der Schule für technische Offiziere (Sturmgeschütze).

Bechler, Bernhard. Geb. 1911 in Grün bei Lengenfeld (Vogtland) als Sohn eines Fabrikanten. Nach Besuch einer Volks- und höheren Schule 1931 Eintritt in die Reichswehr. 1939 Major im Generalstab, 1942 Kommandeur des Grenadier-Regiments 29, bei Stalingrad in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Mitglied des Bundes deutscher Offiziere und des Nationalkomitees Freies Deutschland.

---

[1]) In diesen biographischen Notizen, die zum Verständnis des inneren Wesens der sowjetzonalen militärischen Einrichtungen und ihres Apparates beitragen sollen, konnte nicht der gesamte mit der sowjetzonalen Aufrüstung zusammenhängende führende Personenkreis behandelt werden, doch kann die Auswahl als repräsentativ gelten. – Für die Zusammenstellung wurden u. a. – mit freundlicher Genehmigung der Verlage – folgende Werke ausgewertet: „Wer ist wer in der SBZ?“, Verlag für Internationalen Kulturaustausch, Berlin, 1958; „Armee gegen die Freiheit – Ideologie und Aufrüstung in der Sowjetzone“, Markus-Verlag, Köln, 1956; „SBZ von A bis Z“, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn, 1956.

Mai 1945 Rückkehr nach Deutschland, von den sowjetischen Militärbehörden mit den Vorarbeiten zur Aufstellung der Provinzialverwaltung in Brandenburg beauftragt, Innenminister des Landes Brandenburg. Ehemaliges Mitglied der NSDAP, nach 1945 der SED. Mitglied der Volkskammer. 1949/50 Kursant des ersten Lehrganges an der Kriegsschule Priwolsk bei Saratow, danach Chefinspekteur der KVP, Generalmajor und stellvertretender Stabschef der NVA.

Blau, Rudolf. Geb. 1927 in Leutewitz im Kreis Meißen (Sachsen) als Sohn eines Arbeiters. Nach Besuch einer Volksschule als Schlosser tätig. Reichsarbeitsdienst und Kriegsdienst. 1946 FDJ-Sekretär. Mitglied der SED. Seit 1954 Mitglied der Volkskammer. 1952 Eintritt in die KVP, seit 1956 Offizier der NVA. Friedensmedaille, Ernst-Thälmann-Medaille.

Blechschmidt, Paul. Mitglied der KPD, später der SED. 1956 Mitarbeiter des Ministeriums für Nationale Verteidigung, jetzt Leiter der Kadettenanstalt Naumburg an der Saale, Generalmajor der NVA. Vaterländischer Verdienstorden in Silber 1956.

Bolz, Lothar. Geb. 1903 in Gleiwitz (Oberschlesien) als Sohn eines Uhrmachers. Nach Besuch einer Volks- und höheren Schule Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Literatur und Kunstgeschichte, Dr. jur., bis 1933 Rechtsanwalt in Breslau. Mitglied der KPD. 1933 Emigration, 1935–1945 in der Sowjetunion, u. a. als Assistent am Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau, im zweiten Weltkrieg Antifa-Lehrer. Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland, Leiter der Zeitung „Freies Deutschland". 1946 Rückkehr nach Deutschland, bis 1948 als Jurist in Sachsen-Anhalt tätig. Mitbegründer und erster Vorsitzender der National-Demokratischen Partei, der als Sammelbecken für die ehemaligen Offiziere für den Aufbau der sowjetzonalen Streitkräfte besondere Bedeutung zukommt. 1949–1953 Minister für Aufbau, seit 1953 Minister für auswärtige Angelegenheiten. Abgeordneter der Volkskammer. Vaterländischer Verdienstorden in Gold 1954, Ernst-Moritz-Arndt-Medaille, Orden des Staatsbanners der Koreanischen Volksrepublik I. Klasse, Kommandeurkreuz zum Orden Polonia Restituta I. Klasse.

Borufka, Helmut. Geb. 1918. Im zweiten Weltkrieg Hauptmann, bei Stalingrad in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Mitglied des Bundes deutscher Offiziere und des Nationalkomitees Freies Deutschland. Mitglied der SED. 1949 Eintritt in die KVP, 1950 Leiter der Abteilung Ausbildung in der HVA als Chefinspekteur, 1956 Leiter der Verwaltung Ausbildung im Ministerium für Nationale Verteidigung als Generalmajor. Vaterländischer Verdienstorden in Bronze 1956.

Breitfeld, Walter. Geb. 1903 in Meinersdorf (Erzgebirge) als Sohn eines Fabrikarbeiters. Nach Besuch einer Volksschule als Strumpfwirker tätig. 1921 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, 1923 Mitglied des Kommunistischen

Jugendverbandes und der KPD. 1934 nach Prag emigriert, in Abwesenheit zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1937–1939 Politkommissar im Thälmann-Bataillon im spanischen Bürgerkrieg, danach Internierung in Frankreich. 1945 Rückkehr nach Deutschland und in der KPD in Sachsen tätig. 1949 Eintritt in die VP, später Leiter der Organisationsabteilung der Politischen Verwaltung der HVDVP, 1953 stellvertretender Polizeipräsident von Ostberlin, Inspekteur der DVP. Ehrenzeichen der DVP.

Dölling, Rudolf. Geb. 1902 in Rossbach (Böhmen) als Sohn eines Arbeiters. Nach Besuch einer Volksschule als Bergmann tätig. 1923 als Angehöriger der tschechischen KP aus Deutschland ausgewiesen; in der Tschechoslowakei kommunistischer Abgeordneter. 1938, nach Einmarsch der deutschen Truppen, in die Sowjetunion emigriert. Dort Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland und als Lehrer einer Antifa-Schule für die kommunistische Schulung der Kriegsgefangenen tätig. 1946 in Deutschland in der Parteiarbeit eingesetzt. 1949 Eintritt in die DVP, 1950 mit der Leitung der Hauptabteilung Polit-Kultur in der Hauptverwaltung Ausbildung der DVP beauftragt, im Range eines Chefinspekteurs. 1951 Generalinspekteur. Seit 1952 im Range eines Generalmajors Chef der Polit-Verwaltung der KVP und für die gesamte politische Arbeit verantwortlich, einer der Stellvertreter des Innenministers. Nach der Herausnahme aller militärischen Führungsaufgaben aus dem Innenministerium als Stellvertreter des Innenministers ausgeschieden. 1956 einer der Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung, General der NVA. Mitglied der SED, seit 1954 Abgeordneter der Volkskammer. Vaterländischer Verdienstorden in Silber 1954.

Dollwetzel, Heinrich. Geb. in Hamburg als Sohn eines Arbeiters. Nach Besuch einer Volksschule als Heizungsmonteur tätig. Schloß sich mit 18 Jahren der KPD an. Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg, Chef einer Panzerkompanie. Danach in die Sowjetunion emigriert. Dort zuerst Heizungsmonteur, dann Lehrer an einer Antifa-Schule. 1949/50 Kursant des ersten Lehrganges an der Kriegsschule Priwolsk bei Saratow, danach Generalinspekteur der VP. Später Leiter der Verwaltung-Lehranstalten im Stab der KVP. Generalleutnant der NVA, einer der Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung. 1957 Leiter der Infanterie-Schule in Plauen. Mitglied der SED. Vaterländischer Verdienstorden in Silber 1955.

Eikemeyer, Fritz. Altkommunist, im NS-Regime inhaftiert. Von 1945 bis 1948 Angehöriger der Berliner Polizei. Nach der Spaltung Berlins Leiter der Ostberliner Schutzpolizei. Von 1952 bis 1953 Leiter der DVP im Bezirk Potsdam, danach Polizeipräsident in Ostberlin.

Frankenberg und Proschlitz, Egbert von. Geb. 1909 in Schlesien als Sohn eines Offiziers. 1934 als Verkehrsflieger von der Luftwaffe übernommen, im

Spanienkrieg Kommodore des Edelweiß-Geschwaders. 1943 bei Stalingrad in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Führend bei der Gründung des Bundes deutscher Offiziere und im Nationalkomitee Freies Deutschland tätig. Kursant einer Antifa-Schule. 1947 Rückkehr nach Deutschland, hauptamtlicher Mitarbeiter der National-Demokratischen Partei in Sachsen, später Landesleiter der Partei in Thüringen, Mitglied des Hauptausschusses. 1950–1954 Abgeordneter der Volkskammer. Seit 1952 als Spezialist beim Aufbau der KVP-Luft mitwirkend. 1955 als Mittelsmann des ehemaligen Generalfeldmarschalls Paulus zur Organisierung „Gesamtdeutscher Soldatentagungen" tätig. Seit 1956 stellvertretender Vorsitzender der Sektion Militärpolitik beim Präsidium der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse. Seit 1957 Präsident des Allgemeinen Motorsportverbandes der Sowjetzone.

Freytag, Walter. Geb. 1892 in Hasselburg als Sohn eines Großgrundbesitzers. Seit 1910 Berufssoldat, bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges Oberst, 1942 Generalmajor, Stadtkommandant von Elbing, später von Danzig. 1945 von den Sowjets auf seinem von Hitler geschenkten Gut bei Küstrin gefangengenommen und in die Sowjetunion gebracht. Dort Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland. 1949 Rückkehr nach Deutschland. Seitdem Angehöriger der DVP bzw. der NVA. 1950–1951 Leiter der VP-Bereitschaft Kochstedt. 1952 Teilnehmer an einem Lehrgang in der Sowjetunion. Danach Chef der Regimentskommandeur-Schule in Dresden im Range eines Generalmajors. Bis 1951 Mitglied der Demokratischen Bauernpartei, danach der SED.

Garthmann, Hermann. Geb. 1903 in Berlin. Nach Besuch einer Volksschule Arbeiter. Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg. Im zweiten Weltkrieg Flugplatzarbeiter in Schönwalde. 1950 Chef des Staatssicherheitsdienstes im Land Brandenburg. 1952 Chef der Hauptverwaltung der Deutschen Grenzpolizei, Chef der Hauptverwaltung der Transportpolizei, Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit. Generalleutnant. 1957 Militärattaché in Moskau.

Grünstein, Herbert. Geb. 1912 in Erfurt. Besuch einer Volksschule. Altkommunist. Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg. 1939 Rückkehr in die Sowjetunion. 1940 Tätigkeit für den Nachrichtendienst in Schweden. Danach illegale Tätigkeit für die KP in Rumänien. 1948 Rückkehr nach Deutschland. Leiter der Hauptabteilung Polit-Kultur, stellvertretender Chef der Hauptverwaltung und Chefinspekteur der DVP. Seit 1956 einer der Stellvertreter des Innenministers.

Heitsch, Heinrich. Im zweiten Weltkrieg Oberstleutnant. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft Besuch einer Antifa-Schule. Leiter der VP-Schule (Infanterie) Döbeln in Sachsen, später Chef der rückwärtigen Dienste der KVP und NVA, Generalmajor.

Hoffmann, Heinz. Geb. 1910 in Mannheim als Sohn eines Arbeiters. Nach Besuch einer Volksschule als Maschinenschlosser tätig. 1926–1930 Funktionär des kommunistischen Jugendverbandes in Mannheim, 1930 Mitglied der KPD. 1935 in die Sowjetunion emigriert. Dort Absolvent der Frunse-Militärakademie. Im spanischen Bürgerkrieg Politischer Kommissar der XI. Internationalen Brigade. Ab 1939, nach Rückkehr in die Sowjetunion, erneute militärpolitische Studien und Absolvent der Kominternschule. 1945 Rückkehr nach Deutschland, bis 1949 in der SED-Landesleitung Berlin tätig. 1949 ständiger Vertreter des Leiters der deutschen Verwaltung des Innern und Leiter der Hauptabteilung Politkultur in der Hauptverwaltung der DVP. 1950 Generalinspekteur und Leiter der Hauptverwaltung Ausbildung der DVP. 1952 Generalleutnant der KVP und einer der Stellvertreter des Innenministers. Seit 1953 als solcher auch Chef der KVP-See und KVP-Luft. Seit Gründung der NVA Vertreter der Sowjetzone im Oberkommando der Warschauer Paktstaaten. Ehrenzeichen der DVP 1950, Medaille für treue Dienste in der KVP, Vaterländischer Verdienstorden in Gold 1954, Hans-Beimler-Medaille 1956.

Honecker, Erich. Geb. 1912 in Neunkirchen (Saar) als Sohn eines Bergarbeiters. Nach Besuch einer Volksschule als Dachdecker tätig. Mit 10 Jahren Mitglied kommunistischer Kindergruppen, mit 14 Jahren Mitglied des Jung-Spartakus-Bundes. 1930 Eintritt in die KPD, 1931 Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes im Saargebiet. 1935 wegen illegaler KP-Arbeit verhaftet und zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach 1945 Aufbau der FDJ in der Sowjetzone, deren Vorsitzender er bis 1955 war. Abgeordneter der Volkskammer. Seit 1955 leitender Mitarbeiter der Militärpolitischen Abteilung des ZK der SED, später Leiter der Abteilung Sicherheit im ZK der SED und verantwortlich für die politische Gesamtführung der Kampfgruppen. Vaterländischer Verdienstorden in Gold.

Illner, Arthur s. *Stahlmann*

Johne, Fritz. Altkommunist, Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg. 1949/50 Kursant des ersten Lehrganges an der Kriegsschule Priwolsk bei Saratow, danach Chef der Verwaltung Lehranstalten im Stab der KVP, 1954 Kommandeur des Armeekorps Süd der KVP, Generalmajor der NVA. Vaterländischer Verdienstorden in Silber 1954.

Kessler, Heinz. Geb. 1920 in Lauban (Schlesien) als Sohn eines Arbeiters. Nach Besuch einer Volksschule als Maschinenschlosser tätig. 1926 Mitglied der Jungen Pioniere. 1941 zur Roten Armee übergelaufen. In der Sowjetunion Kursant einer Antifa-Schule. Mitglied und Frontbevollmächtigter des Nationalkomitees Freies Deutschland. 1945 Rückkehr nach Deutschland. Seit 1946 ununterbrochen Mitglied des Parteivorstandes bzw. des ZK der SED. 1947 Vorsitzender des Landesverbandes Groß-Berlin der FDJ. Abgeordneter der Volks-

kammer. 1950 Chefinspekteur in der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei. 1952 Generalmajor und Chef der KVP-Luft. 1952–1953 einer der Stellvertreter des Innenministers. 1956 Generalmajor der NVA und seit 1957 einer der Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung. Vaterländischer Verdienstorden in Silber 1954.

Korfes, Otto. Geb. 1889. Nach Besuch einer Volks- und höheren Schule Studium und Dr. rer. pol., Berufsoffizier. Im zweiten Weltkrieg Generalmajor und Kommandeur der 295. Inf.-Div. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft Mitbegründer und führendes Mitglied des Bundes deutscher Offiziere und des Nationalkomitees Freies Deutschland. Nach Aufstellung der KVP zeitweilig stellvertretender Leiter des Stabes der Operativ-Abteilung. 1957 Vorsitzender des Bezirksausschusses Potsdam der Nationalen Front.

Lattmann, Martin. Berufsoffizier. Im zweiten Weltkrieg Generalmajor und Kommandeur der 14. Panz.-Div. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft Mitbegründer und führendes Mitglied des Bundes deutscher Offiziere und des Nationalkomitees Freies Deutschland. Nach Aufstellung der KVP zeitweilig stellvertretender Leiter der Fachverwaltung C (Panzerwesen) im Ministerium des Innern, Generalmajor der KVP. 1957 Abteilungsleiter im Ministerium für Schwermaschinenbau.

Lenski, Arno von. Berufsoffizier. Im zweiten Weltkrieg Generalmajor und Kommandeur der 24. Panz.-Div. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft Mitglied des Bundes deutscher Offiziere und des Nationalkomitees Freies Deutschland. Nach Aufstellung der KVP Leiter der Fachverwaltung C (Panzerwesen) im Ministerium des Innern, Generalmajor, heute Chef der Fachverwaltung für schnelle Truppen im Ministerium für Nationale Verteidigung. Mitglied des Hauptausschusses der National-Demokratischen Partei. Vaterländischer Verdienstorden in Bronze 1954.

Lehwess-Litzmann, Walter. Geb. 1913, entstammt einer preußischen Offiziersfamilie. Offizier in der Reichswehr. Im zweiten Weltkrieg Oberstleutnant im Oberkommando der Luftwaffe, Kommandeur eines Geschwaders. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft Mitglied des Bundes deutscher Offiziere und des Nationalkomitees Freies Deutschland, Kursant an Antifa- und Militärschulen. Bis 1952 Militärberater der Sowjetzonenregierung und Militärschriftsteller. Früher Mitglied der NSDAP, heute der SED. Nach Aufstellung der KVP-Luft Stellvertreter für Fliegerausbildung. 1957 Kommandeur der Fliegerschule Kottbus, Oberst.

Lohberger, Kurt. Besuch einer Volksschule. Altkommunist. Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg. Nach Aufstellung der KVP Leiter der Organisations-Instrukteur-Abteilung in der Polit-Verwaltung. 1957 stellvertretender Chef für Polit-Arbeit des Militärbezirks Nord der NVA, Oberst. Mitglied der SED. Vaterländischer Verdienstorden in Bronze 1956.

Maron, Karl. Geb. 1903 in Berlin als Sohn eines Kutschers. Nach Besuch einer Volksschule als Maschinenschlosser tätig. 1925 Mitglied der KPD. 1932 Vorsitzender des Arbeitersportvereins „Fichte". 1934 emigriert nach Dänemark, dort Mitarbeiter der Roten Sportinternationale. Ab 1935 in der Sowjetunion. Dort Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland. 1945 Rückkehr nach Deutschland, stellvertretender Oberbürgermeister von Groß-Berlin. 1949 stellvertretender Chefredakteur des „Neuen Deutschland". 1950 Generalinspekteur und Chef der Hauptverwaltung der DVP. 1954/55 einer der Stellvertreter des Ministers des Innern, seit 1955 Innenminister. Mitglied des ZK der SED seit 1954. Vaterländischer Verdienstorden in Gold 1955.

Menzel, Rudolf. Besuch einer Volksschule. Nach Aufstellung der KVP bis 1949 Leiter des Sekretariats der Hauptverwaltung Ausbildung, danach Personalsachbearbeiter des Unterführerkorps. Bis zur Bildung des Ministeriums für Nationale Verteidigung einer der Stellvertreter des Innenministers, Generalmajor im Ministerium für Nationale Verteidigung. Mitglied der SED.

Mielke, Erich. Geb. 1905 in Berlin als Sohn eines Arbeiters. Nach Besuch einer Volksschule als Expedient tätig. 1921 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, 1927 der KPD. Reporter der „Roten Fahne". Ermordete 1931 die Polizei-Hauptleute Anlauf und Lenk in Berlin, floh nach Belgien, wurde 1936 Ausbilder im spanischen Bürgerkrieg, 1940 in Frankreich interniert, danach in der Sowjetunion. 1945 Rückkehr nach Deutschland, 1946 im sächsischen Innenministerium. Organisierte mit Zaisser die politische Polizei, wurde 1950 Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit, nach Auflösung dieses Ministeriums im Juli 1953 stellvertretender Staatssekretär für Staatssicherheit im Ministerium des Innern und Generalleutnant. Seit Neugründung des Ministeriums für Staatssicherheit 1955 wieder Staatssekretär und Stellvertreter des Ministers, 1957 nach dem Ausscheiden Wollwebers Minister für Staatssicherheit. Seit 1950 Mitglied des ZK der SED. Vaterländischer Verdienstorden in Gold 1954.

Müller, Vincenz. Geb. 1894 in Aichach (Oberbayern) als Sohn eines Gerbermeisters. Nach Besuch einer Volksschule und eines Gymnasiums Berufsoffizier. Im zweiten Weltkrieg Generalleutnant, kommandierender General des XII. Armeekorps und stellvertretender Oberbefehlshaber der IV. Armee, kapitulierte mit seiner Armee im Sommer 1944 bei Minsk. Mitglied des Bundes deutscher Offiziere und des Nationalkomitees Freies Deutschland. Besuch einer Antifa-Schule. 1948 Rückkehr nach Deutschland, Mitbegründer der National-Demokratischen Partei, 1949–1953 erster stellvertretender Vorsitzender. Abgeordneter der Volkskammer. Maßgeblich am Aufbau der KVP beteiligt. 1952 Generalinspekteur der KVP. Seit 1953 Generalleutnant und Chef des Stabes der KVP bzw. der NVA. Vaterländischer Verdienstorden in Silber; daß er seit Dezember 1957 vom Dienst suspendiert sei, ist nicht bestätigt.

Neukirchen, Heinz. Geb. 1901. Ehemaliger Offizier der Handelsmarine. Im zweiten Weltkrieg Korvettenkapitän der Kriegsmarine. 1950 Geschäftsführer der National-Demokratischen Partei, Landesverband Mecklenburg, Mitglied des Hauptausschusses. Seit 1951 Chefinspekteur der VP-See. Konteradmiral und Stabschef der sowjetzonalen Seestreitkräfte.

Rentsch, Hermann. Geb. 1907. Im zweiten Weltkrieg Oberleutnant. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft Frontbeauftragter des Nationalkomitees Freies Deutschland. 1949/50 Kursant des ersten Lehrganges an der Kriegsschule Priwolsk bei Saratow. Nach Aufstellung der KVP Chef der Heeresgruppe Nord (Militärbezirk 3 der KVP), später des Militärbezirks V der NVA, Generalmajor.

Roebelen, Gustav. Nach 1933 Emigration nach England und in die Sowjetunion. Im spanischen Bürgerkrieg Major in der Internationalen Brigade. 1945 Rückkehr nach Deutschland. Hauptamtlicher Mitarbeiter des ZK der SED, Leiter der Abteilung Schutz des Volkseigentums und später der Abteilung Sicherheit. Vaterländischer Verdienstorden in Silber 1955.

Rothe, Erwin. Geb. 1928 in Neumarkt (Schlesien). Nach Besuch einer Volksschule als Bauschlosser tätig. 1949–1956 Angehöriger der KVP, seit 1956 Offizier der NVA. Seit 1954 Abgeordneter der Volkskammer. Medaille für treue Dienste.

Schahn, Rolaf. Geb. 1928 in Forst (Lausitz) als Sohn eines Arbeiters. Nach Besuch einer Volks- und Mittelschule als Schlosser und Schweißer tätig. Im zweiten Weltkrieg kurze Zeit Soldat. 1946 Eintritt in die SED. Seit 1954 Abgeordneter der Volkskammer. 1948 Eintritt in die DVP, seit 1956 Offizier (Major) der NVA. Medaille für treue Dienste, Ernst-Thälmann-Medaille, Friedensmedaille.

Schröter, Hans-Gustav. Geb. 1916. Im zweiten Weltkrieg Offizier der Luftwaffe, Überläufer zur Roten Armee, Partisan auf sowjetischer Seite und Träger eines Partisanenordens. Kursant an Polit- und Militärschulen in der Sowjetunion. Nach Aufstellung der KVP-Luft Leiter der Abteilung Ausbildung, Oberst.

Schütz, Josef. Geb. in der Tschechoslowakei als Sohn eines Handschuhmachers. Nach Besuch einer Volksschule als Handschuhmacher tätig. Vor 1945 Mitglied der KP der Tschechoslowakei. Mit 14 Jahren Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes, 1931 Besuch der Internationalen Leninschule in Moskau. 1939 aus der Tschechoslowakei in die Sowjetunion emigriert. 1942 Partisan in der Tschechoslowakei. 1946 Übersiedlung nach Deutschland. Leitende Positionen in der DVP. 1949 Botschaftsrat in Moskau. Oberst der NVA. Vaterländischer Verdienstorden, Ernst-Moritz-Arndt-Medaille.

Stahlmann, Richard (richtiger Name *Arthur Illner).* Geb. 1891 in Königsberg. Nach Besuch einer Volksschule als Tischler tätig. Eintritt in die KPD bald nach deren Gründung. Beteiligt an der Vorbereitung der kommunistischen Aufstände in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet (Waffenbeschaffung). Kursant der Moskauer Militärschule. Von dort (zusammen mit Zaisser) als Bürgerkriegsspezialist nach China geschickt. Mitarbeiter der IV. Abteilung der Roten Armee. Nach 1933 für die Sowjetspionage in Deutschland tätig. Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg als Politkommissar. Danach in der Sowjetunion. 1940 nach Schweden geschickt, um Spionageauftrag gegen Deutschland zu erfüllen. Nach 1945 maßgeblich am Aufbau der Abteilung Verkehr des ZK der SED beteiligt (Westkommission), deren Hauptaufgabe das Einschleusen von Agenten, Instrukteuren, Kurieren und Materialien in den Westen ist. Seit 1954 Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts in Ostberlin, einer Organisation, die sich mit Spionage in der Bundesrepublik beschäftigt. Vaterländischer Verdienstorden in Silber 1954.

Staimer, Richard. Geb. 1907 in München. Nach Besuch einer Volksschule als Fliesenleger tätig. Als Sohn eines führenden Münchener KP-Funktionärs bereits frühzeitig Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes. 1928 Eintritt in die KPD. 1930 Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes. 1931 Kursant der Internationalen Militärschule in Moskau. Danach Leiter des illegalen Roten Frontkämpferbundes in Nordbayern. 1933 in die Sowjetunion emigriert. 1936 als „General Hoffmann" Kommandeur der XI. Internationalen Brigade. 1939 in der Schweiz wegen illegaler kommunistischer Umtriebe zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. Ab 1945 verschiedene Funktionen in der DVP. 1949/50 Kursant des ersten Lehrganges an der Kriegsschule Priwolsk bei Saratow, danach VP-Kommandeur in Leipzig. 1952 stellvertretender Generaldirektor der Reichsbahn. 1953 einige Monate als Generalmajor in der Verwaltung Kader im Stab der KVP, danach wieder stellvertretender Minister für das Eisenbahnwesen. Seit 1955 Erster Sekretär der GST. 1948–1955 verheiratet mit Lore Pieck, Tochter von Wilhelm Pieck. Vaterländischer Verdienstorden in Silber 1955.

Stoph, Willi. Geb. 1914 in Berlin als Sohn eines Arbeiters. Nach Besuch einer Volksschule als Maurer tätig. 1928 Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes. 1931 Eintritt in die KPD. Während der Hitlerzeit illegale kommunistische Tätigkeit in Deutschland. 1945 Leiter der Abteilung Wirtschaft im Zentralsekretariat der KPD. Enger Mitarbeiter der Politischen Abteilung der Sowjetischen Militäradministration. 1950 Mitglied des ZK der SED. 1951 Leiter des Büros für Wirtschaftsfragen beim Ministerpräsidenten der „DDR", einer Stelle, an der die Fäden der Aufrüstung zusammenliefen. 1952 Generalvollmacht für alle Bauvorhaben der Sowjetzone. 1952 als Innenminister mit der obersten Befehlsgewalt über die gesamte Volkspolizei betraut. Nach dem Sturz Zaissers 1953 an dessen Stelle Mitglied des Politbüros. Mit Herausnahme der

KVP aus dem Innenministerium 1955 als Innenminister zurückgetreten, aber weiterhin stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, dort für alle Fragen der Kernforschung und -technik verantwortlich. Im Januar 1956 Minister für Nationale Verteidigung und Generaloberst. Einer der stellvertretenden Oberkommandierenden der Vereinigten Streitkräfte der Warschauer Paktstaaten. Vaterländischer Verdienstorden in Gold 1954.

Verner, Waldemar. Geb. 1907. Nach Besuch einer Volksschule als Schaufensterdekorateur tätig. Vor dem zweiten Weltkrieg Mitglied der KPD. 1940 nach Skandinavien emigriert. Dort Angehöriger der Widerstandsbewegung. Nach der Rückkehr hauptamtlicher SED-Funktionär. 1950 Chef der KVP-See, Vizeadmiral. 1952–1953 einer der Stellvertreter des Innenministers. Seit 1956 Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte. Seit 1954 Kandidat des ZK der SED. Vaterländischer Verdienstorden in Silber 1954.

Wollweber, Ernst. Geb. 1898 in Hannoversch-Münden als Sohn eines Bergarbeiters. Nach Besuch einer Volksschule Matrose, Bauarbeiter und Hafenarbeiter. Im ersten Weltkrieg Soldat (Kriegsmarine), 1918 an den Matrosenmeutereien in Kiel beteiligt. 1919 Eintritt in die KPD. Mitglied der Internationale der Hafenarbeiter und Seeleute, später Generalsekretär der deutschen Sektion der Internationale der Hafenarbeiter und Seeleute. 1932 Reichstagsabgeordneter. Nach 1933 im illegalen Apparat der KPD in Berlin tätig. Danach emigriert nach Dänemark. Maßgeblich am Aufbau des Westeuropa-Büros der Komintern beteiligt. Spezialist für Waffenschmuggel und Schiffssabotage. 1940 in Schweden wegen Sprengstoffdiebstahl zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. 1941 als „Sowjetbürger" von Schweden an die Sowjetunion auf deren „Anforderung" ausgeliefert. 1947 Leiter der Generaldirektion Schiffahrt in der Sowjetzone. 1949 Staatssekretär im Ministerium für Verkehr. 1953 Staatssekretär für Schiffahrt. 1953–1957 Staatssekretär bzw. Minister für Staatssicherheit. 1958 aus dem ZK der SED ausgeschlossen. Vaterländischer Verdienstorden in Gold 1954.

Wulz, Hans. Geb. 1898. Berufssoldat. Im zweiten Weltkrieg Generalmajor und Artillerie-Kommandeur des IV. Armeekorps. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft Mitglied des Bundes deutscher Offiziere. Nach Aufstellung der KVP Leiter der Verwaltung Artillerieversorgung, Generalmajor. Vaterländischer Verdienstorden in Bronze 1955.

Zaisser, Wilhelm. Geb. 1893 in Gelsenkirchen-Rotthausen. Vor dem ersten Weltkrieg als Lehrer tätig. Im ersten Weltkrieg Reserveoffizier. 1918 Mitglied der Unabhängigen Sozialistischen Partei. 1920 Mitglied der KPD und Leiter der Roten Armee im Ruhrgebiet. 1923 Leiter des Militärapparates der KPD im Ruhrgebiet. 1924 Kursant der Internationalen Militärschule in Moskau. Mitarbeiter der 4. Abteilung des Stabes der Roten Armee. Danach bis 1930

Agent in China. 1930 Rückkehr nach Deutschland, Wirtschaftsspionage. Emigriert in die Sowjetunion. Im spanischen Bürgerkrieg als „General Gomez" Kommandeur der XIII. Internationalen Brigade und später Stabschef aller Brigaden. Danach wieder in der Sowjetunion. Im zweiten Weltkrieg Leiter der deutschen Sektion der Antifa-Schule in Krasnogorsk, besonders Schulung höherer Wehrmachtsoffiziere. 1945 Chef der Polizei im Land Sachsen-Anhalt. 1948 Innenminister in Sachsen. Maßgeblich am Aufbau der Politischen Polizei beteiligt. 1950–1953 Minister für Staatssicherheit und Mitglied des ZK und des Politbüros der SED. Im Juli 1953 sämtlicher Funktionen enthoben, 1954 aus der SED ausgeschlossen. Gestorben 3. März 1958.

Zorn, Heinz. Geb. 1908. Politischer Leiter der NSDAP, im zweiten Weltkrieg Major der Luftwaffe, Überläufer zur Roten Armee, Partisan auf sowjetischer Seite und Träger eines Partisanenordens. Nach Aufstellung der KVP-Luft als Generalmajor Chef des Stabes der KVP-Luft. 1957 Chef des Kommandos der Luftstreitkräfte und der Luftverteidigung der NVA.

ANLAGEN



GESETZ ZUR ERGÄNZUNG DER VERFASSUNG, VOM 26. SEPTEMBER 1955[1])

Der Wortlaut des Gesetzes zur Ergänzung der Verfassung

§ 1

Der Artikel 5 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik wird wie folgt ergänzt:
„Der Dienst zum Schutze des Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen ist eine ehrenvolle nationale Pflicht der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik."

§ 2

Der Artikel 112 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik wird wie folgt ergänzt:
„Der Republik obliegt die Gesetzgebung über den militärischen Schutz der Heimat und über den Schutz der Zivilbevölkerung."

§ 3

Die Organisierung des Dienstes zum militärischen Schutz der Heimat und zum Schutze der Zivilbevölkerung wird durch Beschluß des Ministerrates geregelt.

§ 4

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.
Das vorstehende, vom Präsidenten der Volkskammer im Namen des Präsidiums der Volkskammer unter dem siebenundzwanzigsten September neunzehnhundertfünfundfünfzig ausgefertigte Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den sechsten Oktober neunzehnhundertfünfundfünfzig.

Der Präsident
der Deutschen Demokratischen Republik
W. Pieck

---

[1]) Aus: „Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik", Teil I Nr. 82 vom 6. Oktober 1955.

Anlage 2

GESETZ ÜBER DIE SCHAFFUNG DER NATIONALEN VOLKSARMEE UND DES MINISTERIUMS FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG[1])

Der Schutz der Arbeiter-und-Bauern-Macht, der Errungenschaften der Werktätigen und die Sicherung ihrer friedlichen Arbeit sind elementare Pflicht unseres demokratischen, souveränen und friedliebenden Staates. Die Wiedererrichtung des aggressiven Militarismus in Westdeutschland und die Schaffung der westdeutschen Söldnerarmee sind eine ständige Bedrohung des deutschen Volkes und aller Völker Europas.
Zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und der Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik beschließt die Volkskammer auf der Grundlage der Artikel 5 und 112 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik das folgende Gesetz:

§ 1

(1) Es wird eine „Nationale Volksarmee" geschaffen.
(2) Die „Nationale Volksarmee" besteht aus Land-, Luft- und Seestreitkräften, die für die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik notwendig sind. Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte wird begrenzt entsprechend den Aufgaben zum Schutze des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik, der Verteidigung ihrer Grenzen und der Luftverteidigung.

§ 2

(1) Es wird ein „Ministerium für Nationale Verteidigung" gebildet.
(2) Das „Ministerium für Nationale Verteidigung" organisiert und leitet die „Nationale Volksarmee" (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) auf der Grundlage und in Durchführung der Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse der Volkskammer und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik.
(3) Die Aufgaben des „Ministeriums für Nationale Verteidigung" werden vom Ministerrat festgelegt.

§ 3

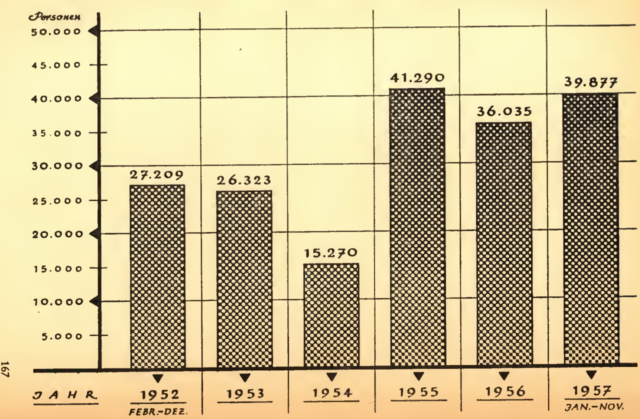
Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Berlin, den 18. Januar 1956

Dr. Dieckmann

Präsident

[1]) Aus: „Neues Deutschland" vom 19. Januar 1956.


MÄNNLICHE JUGENDLICHE SOWJETZONENFLÜCHTLINGE
IM ALTER VON 18 BIS UNTER 25 JAHRE (Februar 1952 bis November 1957)
Personen
50.000
45.000
40.000
35.000
30.000
25.000
20.000
15.000
10.000
5.000
27.209
26.323
15.270
41.290
36.035
39.877
JAHR
1952
FEBR.-DEZ.
1953
1954
1955
1956
1957
JAN.-NOV.



Das Überwachungssystem in der NVA





VERZEICHNIS DER STICHWORTE

DAS BUNDESMINISTERIUM FÜR GESAMTDEUTSCHE FRAGEN

veröffentlicht in zwangloser Folge Berichte über die Lage in der Sowjetzone und in den deutschen Ostgebieten. Die Veröffentlichungen behandeln jeweils ein Thema des geistigen, politischen oder wirtschaftlichen Lebens und stützen sich auf neuestes authentisches Material.

Sie vermitteln den westdeutschen Fachkreisen, den Behörden, Institutionen und Verbänden, den Erziehern und allen politisch arbeitenden Menschen Informationen, die ihnen auf andere Weise nicht erreichbar sind.

Alle diese Kreise sollen dadurch in die Lage versetzt werden, das Wissen um die Entwicklung der Dinge in den deutschen Gebieten jenseits des Eisernen Vorhangs zu verbreiten und damit zur Erhaltung des deutschen Einheitsbewußtseins beizutragen.